The Wayback Machine - https://web.archive.org/web/20241205101234/https://www.mao-projekt.de/BRD…
Zur Hauptübersicht der Datenbank MAO Zur nächsten Zwischenübersicht

Januar 1968

Materialien zur Analyse von Opposition

Von Jürgen Schröder, Berlin, 30.12.2017

Die Datenbank MAO ist ein vollständig selbstfinanziertes Projekt. Unterstützen Sie uns durch

Spenden

Der Januar 1968 wird hier im Spiegel der oppositionellen und studentischen Gruppierungen sowie ihrer Publikationen dargestellt, wobei die benutzten Quellen keineswegs erschöpfend sind und der Ergänzung bedürfen.

Der Januar 1968 ist auf internationaler Ebene vor allem gekennzeichnet durch die Fortführung der Proteste gegen die Militärjunta in Griechenland, aber auch gegen den Prozess gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa in der Sowjetunion, den rechte Gruppierungen für sich zu reklamieren versuchten, den aber auch etwa der SDS und die Studentenvertretung der TU Berlin mittrugen, sowie durch den Beginn der Tet-Offensive in Vietnam. Eher wenig Aufmerksamkeit scheint die Biafra-Demonstration in Berlin gefunden zu haben.

Die antiautoritären Schüler organisieren sich weiter, wobei dies in Berlin auch innerhalb des Rahmens der Kritischen Universität (KU) geschieht, die sich dort im Januar in neuen Arbeitskreisen trifft und den Rahmen der Hochschule zu sprengen versucht, sich so auch an Lehrer wendet. Auch an anderen Hochschulen, etwa an der Universität Heidelberg und der Universität Hamburg, gab es solche Arbeitskreise und Seminare der KU.

An den Hochschulen ging auch die Auseinandersetzung um die Hochschulreform weiter, wobei vor allem die 'Godesberger Rektorenerklärung' im Mittelpunkt der bundesweiten Debatte stand.

Sowohl die Maoisten als auch die Sozialisten des späteren Sozialistischen Büros in Gestalt des Arbeitsausschusses der Sozialistischen Opposition sowie die Berliner Trotzkisten in Gestalt der ehemaligen Schülergruppe Neuer Roter Turm, die ihre Tätigkeit auf Lehrlinge ausdehnte, versuchen sich im Januar 1968 enger zu organisieren, ebenso wie die Frauen, die in Berlin den Aktionsrat zur Befreiung der Frau gründen.

In Berlin gehen die Auseinandersetzungen mit der Polizei und der Justiz weiter, angegriffen werden mutmaßliche alte NS-Kader, die damals als Richter tätig waren, was nicht zuletzt im Massenprozess wegen der Proteste gegen den Film 'Africa Addio' angeprangert wird. Aktiv wird dazu erstmals die Berliner Rechtshilfe, ein Vorläufer der späteren Roten Hilfe (RH). Ende Januar begann dann in Berlin die Mobilisierung zum Springer-Tribunal gegen die Springer-Presse.

In Hamburg verknüpft sich der Protest an den Hochschulen mit dem innerhalb der Kirchen, wobei die Hamburger Vorgänge etwa auch in Heidelberg zu weiteren Diskussionsversuchen führen, die aber ebenso wie Diskussionsversuche an den Hochschulen von den jeweiligen Obrigkeiten als Störungen gewertet werden. Gestört wird auch in Heidelberg die Tanzveranstaltung des Akademischen Auslandsamtes.

In Bremen, aber auch in Bochum, finden Proteste gegen die Fahrpreiserhöhungen statt.

Auszug aus der Datenbank "Materialien zur Analyse von Opposition" (MAO)

Januar 1968:
Laut Schlomann/Friedlingstein wird Anfang 1968 unter Leitung Appels in Dänemark die Jugendgruppe Kommunistik Ungdoms Forbund (KUF) konstituiert.
Quelle: Schlomann, Friedlingstein: Die Maoisten, Frankfurt 1970, S. 201

Januar 1968:
Laut Schlomann/Friedlingstein nimmt um den Januar 1968 'Hsinhua' in London seine Arbeit auf.
Q: Schlomann, Friedlingstein: Die Maoisten, Frankfurt 1970, S. 76

Januar 1968:
Der Kommunistische Bund Bremen (KBB - vgl. 3.4.1972) berichtet über die Ostpolitik bzw. über die Politik gegenüber der SU:"
WELCHE PLÄNE VERFOLGEN DIE IMPERIALISTEN MIT DER NEUEN 'FRIEDENS'-POLITIK?

Im Jahre 1968 legte Z. Brezinski, einer der führenden Ideologen des US-Imperialismus, im Januar-Heft der Zeitschrift 'Foreign Affairs' Ziele und Mittel der 'neuen Ostpolitik' dar. Diesem Aufsatz sind die folgenden Passagen entnommen (deutsch in 'Das Parlament', Beilage 13/1968).

Dennoch spricht einiges für die Annahme, daß im nächsten Jahrzehnt die militanten Züge des Marxismus-Leninismus ständig weiter abbröckeln werden. Der chinesisch-sowjetische Konflikt und der innenpolitische Druck in der Sowjetunion wirken beide auf einen solchen Wandel der Perspektive hin. Der ideologische Wandel seinerseits wird helfen, politische Veränderungen herbeizuführen. Natürlich werden die Sowjetunion und die meisten osteuropäischen Staaten noch lange Einparteiendiktaturen bleiben. Die herrschenden Bürokratien werden mehr und mehr nationalistisch, und zusammen mit ihren etatistischen und sozialistischen Tendenzen gibt ihnen das einige Ähnlichkeit mit sozialfaschistischen Bewegungen im Osteuropa der Vorkriegszeit.

Nichtsdestoweniger werden diese Staaten in dem Maße, wie ihnen ihre wachsende soziale und ökonomische Komplexität zu Bewußtsein kommt, wahrscheinlich mehr Toleranz gegenüber politischen und intellektuellen Abweichungen zeigen. Die fortschreitende Dezentralisierung der kommunistischen Volkswirtschaften wird die internationale ökonomische Zusammenarbeit erleichtern, die bisher durch die zentralisierte nationale Planung behindert war. Sie wird auch die Herausbildung selbständigerer, mehr technisch orientierter Eliten erleichtern, die an wirtschaftlicher Kooperation mit Westeuropa und den Vereinigten Staaten interessiert sein werden.

Tatsächlich erkennen schon jetzt einige kommunistische Länder, daß sie zumindest ein wirtschaftliches Interesse an der Einheit des Westens haben. Der Handel mit Westeuropa ist für die kommunistischen Volkswirtschaften die Hauptquelle an harter Währung, und die Entwicklung einer prosperierenden EWG ist ein Faktor für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der kommunistischen Staaten geworden. Eine veränderte wirtschaftliche Betrachtungsweise könnte mit der Zeit zu einer veränderten politischen Betrachtungsweise führen.

Die Teilnahme der kommunistischen Staaten an einem umfassenden multilateralen System der Ost-West-Kooperation hätte einen europäisierenden Einfluß auf die kommunistischen Eliten selbst. Sie könnte dazu beitragen, daß sich im Osten eine europäisch denkende technische und wirtschaftliche Elite herausbilden würde; schließlich könnte sie auch bei der politischen Elite eine großzügigere, weniger provinzielle Denkweise fördern. Da außerdem multilaterale Kooperation unvereinbar ist mit hochgradig zentralisierter, staatlich kontrollierter Planung im Innern, würde sich der Druck in Richtung auf eine innenpolitische Liberalisierung verstärken. Die stärkere Beteiligung der osteuropäischen Staaten an institutionellen und multilateralen Formen der Kooperation mit einer integrierten westlichen Gemeinschaft würde also die Prozesse der inneren Evolution im Osten unterstützen, die alle zusammen die Herausbildung einer neuen politischen Haltung fördern würden.

Mit der Zeit würden die kommunistischen Eliten von der Auffassung abkommen, daß ihre Sicherheit ausschließlich von der Aufrechterhaltung des Status quo abhänge. Wenn einmal die Deutschlandfrage nicht mehr so akut sein würde und es nicht mehr so wichtig wäre, die doktrinäre Starre Ostdeutschland aufrechtzuerhalten, so würde das Problem der Teilung Europas einer Lösung durch friedlichen Wandel eher zugänglich werden.

Aus alledem folgt, daß die Aussöhnung zwischen Ost und West nicht durch einen einmaligen Akt der Verständigung erreicht werden wird, ebensowenig wird die Lösung des deutschen Problems ein einziges, isoliertes Ereignis sein. Ost und West müssen allmählich zusammenwachsen, und auf andere Weise auch beide Teile Deutschlands. Dieser prozeß wird wirtschaftliche, kulturelle, politische und Sicherheistaspekte haben, er wird auf längere Sicht einen institutionalisierten multilateralen Rahmen brauchen.

Es ist nicht unsinnig, damit zu rechnen, daß in den siebziger Jahren - vielleicht unter der Patenschaft von OECD, ECE und RGW - eine Art Ost-West-Wirtschaftsparlament entstehen wird. Es könnte Gemeinschaftsunternehmungen, den Informationsaustausch und die technische Zusammenarbeit fördern; es könnte Studien anstellen, wie man mit dem schwierigen Problem der multilateralen Kooperation von Markt- und Staatswirtschaften fertig wird; es könnte gesamteuropäische Projekte entwickeln, zum Beispiel das einer Autobahn Lissabon-Moskau. Man kann auch die Erwartung hegen, daß der Osten im Laufe der nächsten fünf Jahre seinen überschüssigen Arbeitskräften gestatten wird, nach dem Westen zu gehen.

Das könnte beträchtliche soziale und kulturelle Auswirkungen haben, wenn die Arbeiter wieder nach Hause kämen.

Eine kontinuierliche Ausweitung der gesamtdeutschen Verbindungen ist zu erwarten, besonders nach dem Tode Ulbrichts. Zu denken ist an gemischte Kommissionen, Wirtschaftsverbindungen, gemeinsame Entwicklungen auf dem Gebiet der Post, des Telefonverkehrs und des Fernsehens, Schaffung eines elektrischen Verbundnetzes, Erweiterung der individuellen Freizügigkeit und so fort.

All das wird allmählich ein günstiges Klima für offiziellere, systematischere gesamtdeutsche Wirtschaftsbeziehungen schaffen. Vielleicht nehmen sie die Form einer Wirtschaftsgemeinschaft an, die es Ostdeutschland erlaubt, in ein formelles Verhältnis zur EWG zu treten und gleichzeitig seine Bindungen an den RGW sowie einige seiner bestehenden Verpflichtungen gegenüber dem Osten aufrechtzuerhalten. (Jugoslawiens offizielle Zusammenarbeit mit dem RGW hat es nicht daran gehindert, seine Beziehungen zur EFTA und zur EWG auszubauen.) Vorausgesetzt, daß die Entwicklung auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Politik und der Sicherheit positiv verläuft; vorausgesetzt ferner, daß diese Prozesse getrennt gehalten werden von den westdeutschen Bemühungen, normale diplomatische Beziehungen zu osteuropäischen Staaten herzustellen; vorausgesetzt schließlich, daß sich keine anderen nichtkommunistischen Staaten zu einer offiziellen Anerkennung der beiden Teile Deutschlands verleiten lassen, wird die Entwicklung gesamtdeutscher Verbindungen dazu beitragen, die Teilung allmählich politisch zu überbrücken. Mitte oder Ende der siebziger Jahre kann der Prozeß der deutschen Reassoziierung im Rahmen zunehmender Aussöhnung zwischen Ost und West schon ein ganzes Stück vorangekommen sein."
Q: Wahrheit Nr. 3, Bremen Apr. 1972, S. 14

Januar 1968:
Die Aktion Lateinamerika (ALA) Freiburg (vgl. 2.7.1973) berichtet aus Guatemala über die ersten beiden rechten Terrorgruppen (vgl. Feb. 1967, Apr. 1970), ihnen folgten "später weitere fünfzehn Gruppierungen (viele davon nur als Tarnung), von denen die Mehrzahl Anfang 1968 verschwindet."
Q: Aktion Lateinamerika Nr. 1, Freiburg 1973, S. 9

Januar 1968:
Die Aktion Lateinamerika (ALA) Freiburg (vgl. 2.7.1973) berichtet aus Guatemala über rechte Terrorakte:" Eine andere und weniger häufige Art bestand aus bebilderten Listen, auf denen die Fotografien der Beschuldigten abgedruckt waren. Es konnten Flugblätter sein (das sogenannte 'Volk von Guatemala' kennt die Vaterlandsverräter, die Guerrillos der FAR, wurde im Januar 1968 herausgegeben und enthielt 85 Fotografien)".
Q: Aktion Lateinamerika Nr. 1, Freiburg 1973, S. 12

Januar 1968:
Die Aktion Lateinamerika (ALA) Freiburg (vgl. 2.7.1973) berichtet aus Guatemala aus dem Januar über rechte Terrorakte bzw. die Entdeckung "der nackten Leiche der Studentin Rogelia Cruz Martinez, ehemalige nationale Schönheitskönigin, auf einer Brücke in der Provinz Escuintla, nachdem sie entführt und durch Schläge von der NOA getötet worden war".
Q: Aktion Lateinamerika Nr. 1, Freiburg 1973, S. 16

Januar 1968:
Im Januar 1968 findet in Berlin, laut 'apo press' München, "eine Zusammenkunft vieler gewerkschaftlicher Studentengruppen mit dem Ziel statt, bessere Möglichkeiten zur Abwehr administrativer Maßnahmen des DGB-Bundesvorstandes und des DGB-Landesbezirks Westberlin gegen die gewerkschaftlichen Studentengruppen zu finden" (vgl. Nov. 1967).
Q: apo press Nr. 7, München 25.2.1969, S. 10ff

Januar 1968:
Vermutlich im Januar oder Februar erscheint die Nr. 1 der SMV-Zeitung 'Wir machen mit', in der sich Michael H. Spreng, nach Haug/Maessen, so über die Unabhängige Schülervertretung (USV - vgl. Okt. 1967, Juli 1968) äußert:"
Die USV hat bisher alle Konflikte überstanden, besitzt zur Zeit in Frankfurt und Heilbronn ca. 150 Mitglieder, baut ihren Einfluß bei Parteien, Behörden, Lehrern usw. laufend aus und wird auch die Geheimerlaßpraxis des hessischen Kultusministers, der alles unternimmt, um unbeliebte Schülerorganisationen zu ersticken, heil überleben. Kein Konservativer wird die konstruktive Unruhe der Schüler aufhalten können. Unser Nahziel ist die Gründung von USV-Gruppen in ganz Deutschland."
Die Adresse ist USV c/o Sebastian von Flotow, Waidmannstr.6 in Frankfurt.
Q: Haug, Hans-Jürgen, Maessen, Hubert: Was wollen die Schüler?, Frankfurt 1969, S. 67f

Januar 1968:

Die Januar Nummer der Hamburger Zeitschrift 'Roter Morgen' (vgl. Dez. 1967, Feb. 1968) berichtet von dem Streik bei HDW Kiel (IGM-Bereich - vgl. 19.12.1967) und ruft zum Besuch von Veranstaltungen in Mannheim (vgl. 29.1.1968) und Hamburg (vgl. 7.2.1968) auf.
Im Leitartikel "Marxisten-Leninisten Westdeutschlands vereinigt Euch!" wird ausgeführt:"
Als wir, Hamburger Marxisten-Leninisten den ROTEN MORGEN schufen, gingen wir aus von dem leninistischen Prinzip: Eine Zeitung hat kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator zu sein … Nach dem Versagen der KPD, der Unfähigkeit sogenannter Linkssozialisten, unserem Volk einen gangbaren Ausweg, eine Alternative zur monopolkapitalistischen Diktatur mit all ihren Folgen zu zeigen, ergibt sich zwingend die Notwendigkeit, die, die bereit und willens sind, die Diktatur des Monopolkapitals in Westdeutschland ein für allemal restlos zu vernichten und ihr die Herrschaft des Volkes, die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen, zu sammeln. Welches Bild bietet sich zur Zeit in Westdeutschland im Hinblick auf die sogenannte linke außerparlamentarische Opposition? Im großen und ganzen kann man zwischen vier Richtungen oder Gruppierungen unterscheiden:
1. Die sich 'unabhängig' nennenden Sozialisten oder die heimatlose Linke, wie sie sich öfter bezeichnet … Zu dieser Richtung könnte man zählen: den Sozialistischen Bund (SB), die Vereinigung Unabhängiger Sozialisten (VUS), die Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition (ASO), die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Sozialisten (ADS) … die Deutsche Friedensunion (DFU) und die Demokratische Linke (DL).
2. Im engen Zusammenhang mit diesen Gruppen, durch Querverbindungen in sie hineinwirkend, die KPD …
3. Die vor allem im letzten Jahr an unseren Hochschulen und Schulen entstandene und noch im Entstehen begriffene Opposition der Studenten und Schüler. Kristallisationspunkt dieser Bewegung ist der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Sie unterscheidet sich von den ersten beiden Gruppierungen dadurch, daß sie die bestehende Gesellschaftsordnung in Frage stellt und und ihren Sturz auf revolutionärem Wege anstrebt. Kennzeichen dieser Bewegung sind außerparlamentarische, die Menschenfeindlichkeit der bestehenden Gesellschaft entlarvende Aktionen. Andererseits aber auch anarchistische Züge, Ziellosigkeit in der Frage 'was kommt danach' und ihr bisheriges Unvermögen, sich mit der Arbeiterschaft zu verbünden, ohne die eine revolutionäre Veränderung der bestehenden Verhältnisse nicht möglich ist.
4. Wir, die Marxisten-Leninisten Westdeutschlands. Auch hier Aufspaltung in kleine Gruppen, Zirkel, Vereinigungen. Tragendes Element, die Arbeiter, aber auch - wie in Hamburg - im Bündnis mit marxistisch-leninistischen Studenten. Die Tätigkeit dieser Gruppen beschränkte sich bisher auf die Verbreitung marxistisch-leninistischen Gedankengutes, vorwiegend die Lehren und Erkenntnisse des Vorsitzenden Mao Tse-tung und Teilnahme an Aktionen der außerparlamentarischen Opposition. Zu einer Vereinigung kam es bisher nicht, obwohl entsprechende Bestrebungen vorhanden sind … Eine Gruppe gründete in revolutionärer Ungeduld, ohne die notwendige gründliche Vorbereitung, eine Partei und fiel auf den Bauch. Eine andere gibt seit Jahren ein Organ heraus, in dem zur notwendigen Einigkeit aufgerufen wurde, brachte es jedoch fertig, alle Genossen, die nicht ganz ihrer Meinung waren, vor den Kopf zu stoßen, anstatt den guten Willen zu respektieren und helfende Kritik zu üben. Andere wieder beschränkten sich nur auf Aktionen, ohne auch nur den Versuch einer Sammlung und Zusammenarbeit zu unternehmen. Auch dafür gibt es objektive Gründe. Der Hauptgrund, der uns bisher hinderte, war der, daß sich die Marxisten-Leninisten Westdeutschlands nicht kannten, und daß es noch zu wenige waren … Die Herausgabe des ROTEN MORGEN wurde ein voller Erfolg. Es ist uns in den letzten Monaten gelungen, zahlreiche Verbindungen zu anderen marxistisch-leninistischen Gruppen herzustellen. Und wir sind sicher, daß zur Zeit noch bestehende unbedeutende Schwierigkeiten überwunden werden. Wir, die Gruppe ROTER MORGEN, die Vereinigung Hamburger Marxisten-Leninisten, sind bereit, mit jeder in Westdeutschland bestehenden Gruppierung auf marxistisch-leninistischer Grundlage ohne Vorbedingungen und Vorbehalte zusammenzuarbeiten, um das Ziel der dringend gebotenen Einheit zu erreichen … 1968 wird für uns das Jahr der Sammlung und des Zusammenschlusses aller Marxisten-Leninisten Westdeutschlands sein. An seinem Ende wird die auf breitester Basis vollzogene Einheit stehen."

Weitere Artikel sind:
- "Ho Tschi Minh wies Lenin-Orden zurück";
- "Wider den Mißbrauch des Wortes 'Personenkult'. Die Arbeiterklasse braucht Autorität"; sowie
- "Wieder ein Justizskandal".

Erstmals unterzeichnet auch Günter Ackermann einen Artikel.

Bekanntgegeben wird auf Seite 6, dass allein in Westdeutschland das "Rote Buch" von Mao tse-tung über 100.000 mal verkauft wurde.
Q: Roter Morgen, Hamburg Jan. 1968

Januar 1968:

Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei (IA) gibt die Nummer 58 des 'Informationsbriefes' (IB) heraus (vgl. Dez. 1967, Feb. 1968). Er enthält die Artikel:
- Friedrich Zimmermann: Sozialistische Partei und Studentenrevolte
- Werner Lauritz: Alle linken Kräfte sammeln? Apparate aller (Bundes)Länder vereinigt euch! [zur Konferenz des "Arbeitsausschusses der Sozialistischen Opposition" am 6./7.1.1968 in Frankfurt/M. und zur geplanten Konferenz des "Sozialistischen Zentrums" am 3.2.1968 in Offenbach].
Q: Initiativausschuss zur Gründung einer Sozialistischen Partei: Informationsbrief, Nr. 58, Bergisch-Gladbach Jan. 1968

Informationsbrief

Herausgeber: Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei

Postanschrift: Siegfried Markowski, 507 Bergisch Gladbach
Tel.: 59618 Bergisch Gladbach Dornröschenpfad 3
Postscheckkonto: 157 163, Postscheckamt Köln

Nr. 58 Einzelpreis DM -,50 incl. Porto Januar 1968

Sozialistische Partei und Studentenrevolte

"Und nun haben sich die Manipulateure einen ausgesucht, bei dem es sich 'ne Zeitlang sehr gut machen ließe, ihn zum Bürgerschreck abzustempeln" (Dutschke).

"Die totale Personalisierung gesellschaftlicher Konflikte" (auf Rudi Dutschke), eine richtige Erkenntnis gewiß. Wir haben nicht die Absicht, uns heute umfassend mit der Politik und Praxis des vielgenannten Berliner SDS-Vorsitzenden auseinanderzusetzen.

Es ist zweifellos ein Verdienst von Dutschke und seinen SDS-Genossen, daß sie "mit ihren neuen, antiautoritären, keine Spielregeln des bürgerlichen Staatsapparates achtenden Methoden... eine neue Epoche in der Geschichte der deutschen Opposition" ("konkret" Nr. 1 Jan. 1968) einleiteten. Daß "kein Tag vergeht, an dem die Zeitungen nicht von neuen Aktionen der immer selbstbewußter werdenden Studenten berichten". "Sie bewerfen reaktionäre Staatsoberhäupter..... mit Pudding, Joghurt. Sie dringen in die geweihten Zirkel der Gruppe 47 ein und verlangen von den Schriftstellern politische Aktivität. Sie blockieren die Buchmessestände des Springerkonzerns und lassen sich zum Hungerstreik in einer Kirche nieder." Das ist gut. Gut ist auch, daß

> "...die Studentenrevolte sich ... nicht begnügt mit dem Kampf gegen ausländische Machthaber, Vietnamkriegsschuldige, ehemalige Nazis und rechtsstehende Prediger und Professoren, prügelnde Polizisten und sie aufhetzende Presseorgane. Sie schlachtet auch die heiligen Kühe des linken Establishments. Ihrem Ansturm fällt alles zum Opfer, was jahrzehntelang fälschlich als intellektuelle Führung der Opposition gegolten hat: Augstein, Grass, Hans Werner Richter, Die Professoren Carlo Schmidt, Adorno, Dahrendorf, die SPD-Linken Ristock und seine Freunde in Berlin - alle, die in den entscheidenden Wochen und Monaten beschwichtigen wollen, die Studenten spalten wollen in gutwillige und eine radikale Minderheit, in Hetzer und Aufgehetzte..... Ob SPIEGEL, Gruppe 47, linke SPD-Führer oder Soziologiepäpste - alle, die zwei Jahrzehnte vorgegeben haben, Opposition zu machen, ihnen, den Kerenskis mit dem angeklebten Revoluzzerbart, wird jetzt die Frage gestellt: Wofür seid ihr. Und wogegen"?

Wofür seid ihr, Dutschke und Genossen? Für oder gegen ein Kampf-

instrument der Arbeiterklasse, eine neue sozialistische Partei? Die Antworten, die Dutschke auf diese für uns entscheidend wichtige Frage gegeben hat, sind widersprüchlich und verworren. Man kann mit Dutschke-Zitaten beweisen, daß er für eine Klassenkampforganisation der Arbeiterklasse eintritt und man kann damit auch das genaue Gegenteil beweisen. Bevor wir uns jedoch mit den entsprechenden Äußerungen näher befassen, möchten wir unsere Genugtuung darüber betonen, daß vor allem unter der kritischen Studentenschaft ein positiver Trend zu beobachten ist, den ein "konkret"-Schreiber ("konkret" Jan.68 S.18) so formulierte:

> "Unter allen Einflüssen und Ursachen, die bei der Untersuchung der außerparlamentarischen Opposition berücksichtigt werden müssen, scheint mir die befreiende, beflügelnde Wirkung, die durch die kritische Distanz zu den beiden bürokratischen Apparaten und Denkweisen: der SPD und der KP/SED, erzeugt wurde, das wichtigste Stimulans der neuen Bewegung zu sein".

Diese "befreiende, beflügelnde Wirkung" durch die kritische Distanz zu den beiden bürokratischen Apparaten und Denkweisen der SPD und KP/SED hat uns schließlich schon vor Jahren bewogen, uns im "Initiativausschuß" zusammenzuschließen - auch wenn diese unsere Haltung für eine breitere Öffentlichkeit erst im Jahre 1963 durch unser "Manifest" bekannt wurde. So ist es verständlich, daß es uns mit Optimismus erfüllt, wenn eine der wichtigsten subjektiven Voraussetzungen für den Neubeginn der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik, von uns immer und immer wieder beschworen, die kritische Distanz und Unabhängigkeit zu den Apparaten der traditionellen "Arbeiterparteien", sich mehr und mehr durchzusetzen beginnt.

Trotzdem haben wir keinerlei Anlaß zu hellem Jubel. Wir waren bisher nicht in der Lage, unter akzeptablen Bedingungen eine sozialistische Partei zu gründen und vielleicht wird uns auch in naher Zukunft dieses Vorhaben nicht gelingen. Wir geben jedoch die Hoffnung nicht auf, daß die subjektiven Bedingungen auch für unsere Hauptaufgabe geschaffen werden können und sich unsere Forderung, alles für die Gründung einer linkssozialistischen Partei zu tun, mehr und mehr durchsetzt.

Unter den gegebenen Bedingungen ist es jedoch für uns entscheidend, immer wieder auf die Notwendigkeit der Gründung einer sozialistischen Partei hinzuweisen und dies auch zu begründen; es ist eo ipso genau so wichtig, mit all jenen zu diskutieren, die in dieser zentralen Frage nicht unserer Auffassung sind.

Wir hören ab und zu den höhnischen Einwand: wenn ihr die angestrebte Partei bisher nicht gründen konntet und dies auch in naher Zukunft nicht fertigbringt, warum erklärt ihr das Projekt nicht für gescheitert und macht immer noch Propaganda für eine Parteigründung?

Die Antwort ist einfach. Wir haben uns vor Jahren zusammengeschlossen, weil wir angesichts der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung im nationalen wie im internationalen Rahmen der Auffassung waren und sind, daß die Gründung einer linkssozialistischen Partei auf neuer Grundlage in politischer wie organisatorischer Hinsicht d i e Forderung des Tages ist. Die Notwendigkeit einer Parteigründung bleibt auch dann bestehen, wenn wir bisher unser Ziel nicht erreichten, ja, wir meinen, je schwieriger es ist, die notwendigen Voraussetzungen zur Gründung einer linkssozialistischen Partei zu erarbeiten, desto mehr wird bewiesen, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Oder umgekehrt: wäre

die erfolgversprechende Gründung so einfach, dann bestünden in der BR Bedingungen, die es wahrscheinlich überflüssig machten, eine solche Partei zu gründen.

Durch die Tatsache, daß wir mit Hilfe unserer "Informationsbriefe" und in persönlichen Gesprächen zu Fragen sozialistischer Theorie und Praxis immer wieder Stellung nahmen, daß wir auf das Bewußtsein jener einzuwirken suchen, die wir erreichen können und dies eben dadurch, daß wir die Bedingungen und die Notwendigkeit einer Parteigründung analysieren, leisten wir einen uns möglichen Beitrag zur politischen Entwicklung in der BR. Denn dies beinhaltet, daß wir aufzeigen, was nach unserer Ansicht richtig und was falsch ist und was getan werden muß. Nach einer gewissen Zeit wird dann offenbar, daß viele Genossen aufgrund der Tatsache, daß unsere Argumentation durch die politische Praxis und die gesellschaftliche Entwicklung bestätigt wird, unsere Ansichten teilen und ihrerseits in unserem Sinne agitieren. So ist es durchaus kein Wunder, daß der politische Einfluß des I.A. innerhalb der Linken in der BR nicht unbedeutend ist und mancher Bürger von uns als Sozialist gewonnen wurde, der den Linken gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstand.

Wir sprachen von der schwankenden oder ablehnenden Haltung von Dutschke und vielen SDS-Genossen zur Frage der Parteigründung. Befassen wir uns also zuerst mit jenen Theorien, mit denen Dutschke gegen die Gründung einer sozialistischen Partei argumentierte.

In einem Artikel, der höchstwahrscheinlich aus Dutschkes Feder stammt, veröffentlicht im Berliner "Oberbaum-Blatt" v. Juni 1967 und betitelt "Habermas contra Dutschke" steht zu lesen:

> "Er (Habermas - die Red.) hält aktuell die Gründung einer neuen sozialistischen Partei für unrealisierbar, meint jedoch, daß diese Gründung für eine spätere Phase notwendig würde. Seine Parteikonzeption ist nicht zu trennen von seinem noch tiefen Vertrauen zur bestehenden Ordnung, zum System der "parlamentarischen Demokratie", ist nicht zu trennen von seiner Idee der Arbeit in den bestehenden Apparaten. Er will nicht begreifen, daß eine neue sozialistische Partei - unter welchen Bedingungen auch immer - nur eine Reproduktion der Widersprüche der "alten Parteien" wie SPD, USPD, KPD, KPO oder SAPD wäre.
> Ganz zu schweigen von den Bemühungen der regierenden Parteien", auf Jahrzehnte hinaus ihre "Wahlsiege" durch Wahlgesetzmanipulationen zu sichern.
>
> Die politisch-ideologische Seite des materialistischen Begründungszusammenhangs dieser Erscheinung ist das System der Interessendemokratie, das sich gerade dadurch auszeichnet, daß alle an ihr beteiligten Gruppen und Schichten der Gesellschaft den Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht in Frage stellen, sich "nur" um den Anteil am Sozialprodukt streiten. Die Politik trägt daher Kompromiß- und Resultantencharakter, ohne die Möglichkeiten des qualitativen Umschlags in geschichtlich neue, menschlichere Verhältnisse, die den systematischen Abbau zusätzlicher Herrschaft von Menschen über Menschen beinhalten".

Was ist dazu zu sagen? "Die verschiedenen Formen der Selbst-

organisation und des Widerstandes sind noch nicht koordiniert. .. ..Clubs, Zirkel und Aktionszentren sind erst vorläufige Antworten. Der Stand der praktisch-kritischen Bewegung bestimmt in letzter Konsequenz den Reifegrad der theoretischen und organisatorischen Lösungen" schreibt Dutschke, als wolle er sich selbst widerlegen, in "konkret".
Auf der Landesvollversammlung des SDS am 18.11.1967 hielt Dutschke zum Thema Gewerkschaftsarbeit des SDS eines der Referate. Er erklärte u.a., es fehle die politische Kraft, die einen Streik gesamtgesellschaftlich konfrontiere. Es sei keine Klassenkampforganisation vorhanden (Unterstr. von uns - die Red.) Mandel habe, so Dutschke, darauf hingewiesen, Klassen seien an sich vorhanden, weil es Industrie gebe. Es bedürfe nur der revolutionären Organisation (Partei).

Es bedarf der revolutionären Parteiorganisation, allerdings. Wenn dem so ist, warum sträubt sich Dutschke dann dagegen? Der Stand der praktisch-kritischen Bewegung bestimmt in letzter Konsequenz den Reifegrad der theoretischen und organisatorischen Lösungen, meint Dutschke. Er übersieht dabei, daß der Kampf um den Reifegrad der organisatorischen Lösungen, d.h. der Kampf zur Schaffung der Bedingungen zur Gründung einer Partei mit allen theoretischen und praktischen Konsequenzen wesentlichen Einfluß auf den "Stand der praktisch-kritischen Bewegung" nimmt. Politik und Organisation durchdringen sich wechselseitig, politische Aktionen und Kämpfe, die keiner Systematik und Ordnung fähig sind, verpuffen.

Dutschke lehnt in seinem Habermas-Artikel die Gründung einer sozialistischen Partei ab, weil er glaubt, eine solche Partei sei nur eine Reproduktion der Widersprüche der historischen Arbeiterparteien. Welch eine undialektische Geschichtsauffassung!

Man stelle sich vor, ein Bourgeois würde erklären, die bürgerlichen Parteien seien überholt, denn sie reproduzierten nur die Widersprüche bürgerlicher Parteien früherer Jahrzehnte. Man würde ihn für verrückt erklären. Sinn und Zweck bürgerlicher Parteien ist es, die Massen zu manipulieren und die Macht der Bourgeoisie und des bürgerlichen Staates zu festigen und zu erhalten. Trotz heftigster Widersprüche innerhalb der bürgerlichen Parteien haben sie dieses Ziel in Restdeutschland bis jetzt erreicht. Daß es auf der anderen Seite den proletarischen Parteien in der Vergangenheit nicht gelang, revolutionäre Veränderungen durchzusetzen, spricht doch gegen die Organisationsform der proletarischen Partei in keinem Falle. Die historische Einschätzung von Arbeiterparteien hat nur dann einen Sinn, wenn man aufzeigt, was diese Parteien unter den ehemaligen gesellschaftlichen Bedingungen in organisatorischer und politischer Beziehung falsch machten und wenn man aus diesen Erkenntnissen die entsprechenden Nutzanwendungen zieht. Die Widersprüche in Parteien wiederspiegeln die Widersprüche der Gesellschaft, in der diese Parteien bzw. ihre Mitglieder arbeiten und kämpfen.

Den Widersprüchen in Parteien kann man doch nicht dadurch ausweichen, daß man auf Parteiorganisationen überhaupt verzichtet. Wäre die Dutschkesche These richtig, so müßte er sich konsequenterweise sagen, daß jeder antikapitalistische Kampf, gleich auf welcher Ebene und in welcher Form ebenfalls die "alten" Widersprüche reproduziert. Sollte Dutschke die Widersprüche in den "alten Parteien" mit deren bisheriger Erfolglosigkeit identifizieren, so würde er damit behaupten, diese Erfolglosigkeit

sei nur dadurch erklärbar, daß die "alten Parteien" eben als Parteien existierten.

Auch scheint Dutschke die traditionellen Arbeiterparteien mit der zu gründenden, proletarischen linkssozialistischen Partei zu verwechseln, wenn er sagt, die politisch-ideologische Seite des materialistischen Begründungszusammenhangs für eine neue sozialistische Partei sei das System der Interessendemokratie usw., siehe Zitat. Es ist doch klar, daß eine linkssozialistische Partei einen völlig anderen Charakter besitzen muß als etwa eine sozialdemokratische Partei, für die die Charakterisierung von Dutschke zweifellos zutrifft. Eine neue Partei, die durch kombinierte parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht in Frage stellt, hat in der Tat keine Existenzberechtigung.

Allerdings kann nicht oft genug betont werden, daß die zu gründende Partei sich auf dem Wege zur politischen Macht im Rahmen dieser Ordnung bewegen muß. Jede andere Betrachtungsweise wäre leere Abstraktion und nur eine rein begriffliche Alternative, also gar keine. Oder können Dutschke und Genossen es konkretisieren, etwa außerhalb dieser Ordnung zu stehen, um sie aufzuheben? Man müßte bei diesem Versuch zugleich drinnen und draußen sein, zugleich Dialektiker und Metaphysiker.

Die Begründung der ablehnenden Haltung von Dutschke und seinen Mannen gegen eine neue proletarische Parteiorganisation offenbart einen anarchistisch angehauchten, idealistischen Spontaneitätsglauben. Es hat jedoch wenig Sinn, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Wenn wir für die Gründung einer linkssozialistischen Partei sind, so ist damit noch nicht gesagt, daß wir die Leninsche Parteitheorie unbesehen übernehmen wollen. Es gilt vielmehr, neue Schritte zu wagen, um Spontaneität der Massen mit organisatorischem Kampf zu synchronisieren. Ein bißchen mehr organisatorischer Selbstschutz im Jahre 1919 z.B. hätte bewirken können, daß Luxemburg und Liebknecht nicht wehrlos abgeschlachtet wurden!

Es ist nicht legitim, Organisation und Disziplin pauschal als autoritär zu verketzern. Marx wäre der letzte gewesen, der dies getan hätte. Er führte bestimmt nicht aus Machthunger die I. Internationale mit eiserner Faust und legte sehr großen Wert auf eiserne, organisatorische Disziplin.

> "Im gleichen Maße wie der Spontaneismus nicht die politische Macht für die Ausgebeuteten anstrebt, sich also nicht in einer politischen Partei organisiert".....
> (Régis Debray: "Revolution in der Revolution"? S. 28)

verzichtet er auf die potentielle Überlegenheit der Ausgebeuteten, die der organisierten Macht des Kapitals die organisierte Macht des Proletariats entgegenstellen müssen.

Es führt kein Weg daran vorbei, daß wir von den herrschenden Verhältnissen ausgehen, so wie sie sich uns aufdrängen und erschließen, wenn wir die Voraussetzungen und Bedingungen einer neuen sozialistischen Bewegung herausarbeiten wollen.

Dutschke lehnt den bürgerlichen Parlamentarismus ab und geht so weit, daß er meint, eine existierende sozialistische Partei müßte auf Parlamentsdiskussionen eingehen und sei an al-

len Fehlentscheidungen mitbeteiligt. Wir wissen, daß wichtige politische Entscheidungen längst nicht mehr im Parlament, sondern in den Ausschüssen und durch die Bürokratie vorbereitet und gefällt werden. Trotzdem ist das Parlament die ideale Bühne, um weithin vernehmbar sozialistische Politik zu treiben und den Klassencharakter der Politik der bürgerlichen Parteien und des Staates aufzuzeigen und auf sie einen Druck auszuüben. Es ist nicht einzusehen, warum sozialistische Parlamentsabgeordnete so an Fehlentscheidungen beteiligt wären!

Engels schrieb nicht umsonst:

> "Man fand, daß die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermittelst deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann. Man beteiligte sich an den Wahlen für Einzellandtage, Gemeinderäte, Gewerbegerichte, man machte der Bourgeoisie jeden Posten streitig, bei dessen Besetzung ein genügender Teil des Proletariats mitsprach. Und so geschah es, daß Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesetzlichen als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion. Denn auch hier hatten sich die Bedingungen des Kampfes wesentlich verändert. Die Rebellion alten Stils, der Straßenkampf mit Barrikaden, der bis 1848 die letzte Entscheidung gab, war bedeutend veraltet. Machen wir uns keine Illusion darüber: Ein wirklicher Sieg des Aufstands über das Militär im Straßenkampf, ein Sieg wie zwischen zwei Armeen, gehört zu den größten Seltenheiten.
>
> Die Zeit der Überrumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der g sellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten..... Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt." (Friedrich Engels, Einleitung zu Marx' Die Klassenkämpfe in Frankreich (1895); Marx/Engels Werke, Bd. VII, S. 520 f. S. 523).

Daß dieser Text von Engels von den Revisionisten einseitig so ausgelegt wurde, als habe Engels für jede Situation Gewalt abgelehnt und die Arbeiterklasse ausschließlich auf die friedliche Parlamentsarbeit verwiesen, ist eine andere Sache. Natürlich darf die Parlamentsarbeit und die Beteiligung an Wahlen nur eine Seite des Kampfes einer sozialistischen Partei sein, die vor allem ihr Augenmerk auf den außerparlamentarischen Kampf richten müßte, z.B. den politischen Kampf in den Betrieben um mehr Mitbestimmung und die Selbstbestimmung der Produzenten.

Wenn Dutschke die legale Möglichkeit hat, im Fernsehen zu sprechen, dann tut er es. Wenn Dutschke und Genossen im Kurhaus Baden-Baden von der Provinzbourgeoisie einen Raum zu Diskussionsveranstaltungen haben will, dann kämpft er darum, wenn ihm ein Saal in jenem Gebäude verweigert wird, "in dem die Lumpenbourgeoisie ihre Gelder durchbringt" (Dutschke am 5.1.1968 in Baden-Baden). Warum sollten die Dutschkes nicht

auch das Parlament für ihre Zwecke ausnutzen? Warum wohl bemüht sich die Bonner Einheitspartei darum, durch Wahlgesetzmanipulationen eine echte Opposition im Bundestag zu verhindern, auch wenn man davon ausgeht, daß die Verhinderung des Einzugs der NPD nur ein Vorwand ist?

Die falsche Einschätzung des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes durch Dutschke und seine Freunde ist auch die Ursache dafür, daß sie glauben, die richtigen Organisationsformen und die politische Konzeption für den Kampf in der Bundesrepublik von den Freiheitsbewegungen in Lateinamerika und Asien entlehnen zu können, wobei sie nicht genügend beachten, daß wir in der BR von völlig anderen Voraussetzungen ausgehen müssen. "So wie die Struktur der Länder grundverschieden ist, muß es auch die Bewußtseinslage der in ihnen lebenden Menschen sein", schreibt Karl-Hermann Flach richtig in der ZEIT v. 5.1. 1968.

Für die unterdrückten Massen in Asien und Lateinamerika ist das Schlimmste die Gegenwart, sie haben nichts zu verlieren. In den reicheren Ländern ist es jedoch nicht mehr so sicher, was das Schlimmste ist, auch wenn ein Fünftel der Bevölkerung unter dem Existenzminimum lebt. Die Unerträglichkeit des Systems ist nicht mehr absolut, sie ist nur noch relativ. Die gesellschaftliche Umwälzung in den spätkapitalistischen Staaten ist nur dann noch ein Ziel, das die Massen mobilisieren kann, wenn man genau sagt, was in der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich ist und was durch die Machtübernahme der Arbeiterklasse möglich gemacht werden soll. Auch wenn er ein bürgerlicher Liberaler ist, so hat Flach recht, wenn er schreibt, "es gehört eben zur rationellen Nüchternheit zu wissen, daß das Heil für uns nicht aus der Dritten Welt kommen kann. Genauso wie sie müssen wir unsere eigenen Probleme allein lösen". (ZEIT v. 5.1.1968).

Auch die sozialistischen Gesellschaften Asiens und in Cuba mußten und müssen den Konsum der Produktion unterordnen, die Bedürfnisse, die schöpferischen Bestrebungen, die Kultur, die Erziehung den Anforderungen des Akkumulationsprozesses. Dies geschieht, weil der Sozialismus bisher nichts anderes war als ein gigantisches und systematisches Bemühen um staatliche Akkumulation, angetrieben durch den drückenden Mangel an allem und jedem und durch die äußere Bedrohung.

Die intellektuellen und materiellen Möglichkeiten und Gegebenheiten in den spätkapitalistischen Ländern unterscheiden sich grundlegend von den Bedingungen sowohl der Dritten Welt als auch den bestehenden "sozialistischen Gesellschaften". Dies hat Dutschke selbst in Baden-Baden am 5.1.1968 betont. Und er hat auch richtig erkannt, daß die spätkapitalistischen Gesellschaften es tendentiell möglich machen, einen humanistischen Sozialismus zu erkämpfen, der sich von allem unterscheidet, was es bis heute an Sozialismen auf diesem Globus gibt. (Daß er im gleichen Zusammenhang erwähnte, daß auch die Jugend und die Arbeiterklasse der DDR die Aufgabe hat, eine Revolution zu machen gegen eine von den Massen entfremdete, diese unterdrükkende Bürokratie, muß den anwesenden KP-Leuten mächtig aufgestoßen sein. Wir haben reiche Erfahrungen darin, daß solche richtigen Feststellungen, die wir schon seit Jahren aufgrund eigener Analysen treffen, stupide als Antikommunismus interpretiert werden).

Die Studenten haben z.T. erkannt, daß sie unter allen Umständen

auch unter der Arbeiterschaft politisch arbeiten und sich mit jenen Teilen der Arbeiterklasse verbünden müssen, die dazu reif und fähig sind. Geschieht und gelingt dies nicht bald in stärkerem Maße, dann laufen sie Gefahr, daß Kundgebungen und Demonstrationen als Kampfmittel isoliert werden und ihre Wirksamkeit verlieren. Dann lassen sich auch auf die Studenten jene Bedenken projizieren, die junge Katholiken des Studienzentrums Johannes XXIII in Rom an die Organisatoren des "Friedensmarsches" in Italien richteten:

> "Tatsächlich sind sie bereits zu einer Einrichtung und zu einem stumpfen Werkzeug geworden. Sie haben keine Sprengwirkung mehr und sind fast zu einem folkloristischen Element geworden, das System hat sie absorbiert und duldet sie. Der Weg scheint uns auch deshalb falsch zu sein, weil er zu einem leichten Alibi führt und zum Verzicht auf der Suche nach neuen und wirksameren Waffen, die wirklich geeignet wären, die Fortsetzung der kriegstreibenden Politik zu verhindern." (FRANKFURTER RUNDSCHAU v. 31.12.1967 S. 19).

Dutschke äußerte auf eine entsprechende Frage während einer Diskussion in der Hamburger Universität: "Daß wir dem Volke sagen könnten, was los ist, wäre nichts anderes als eine Reproduktion der Elitetheorie". (ZEIT 1.12.1967 S. 19, SPIEGEL Nr. 51, 11.12. 1967).

Das ist schlichter Unsinn. Wenn Dutschke diese Ansicht konsequent vertreten würde, dann müßte er sich schlafen legen und dürfte politisch nicht in Erscheinung treten. Er dürfte dann nicht jene Sätze des Kommunistischen Manifest akzeptieren, die da lauten:

> "Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus. Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat."

Daß wir dem Volke sagen können, was los ist, hängt also damit zusammen, daß wir "theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung" voraussehen können und hat weder mit einer Elite noch mit einer Elitetheorie etwas zu tun.

Jene, die der Ansicht sind, daß revolutionäres Klassenbewußtsein in einem großen Industrieproletariat nicht lebendig sein kann und muß, daß es genüge, wenn es in der politischen Elite, der "Partei neuen Typs", Gestalt gewonnen hat und die damit das politische Klassenbewußtsein von seinem sozialen Status ablösen und zur auszeichnenden Eigenschaft eigener Führungsansprüche erheben, könnte man als Anhänger der Elitetheorie bezeichnen. Diese können sich nicht mehr damit begnügen, das dem Industrieproletariat "angemessene" politische Bewußtsein zu wecken, den der objektiven Klassenlage angemessenen Bewußtseinszustand zu verkünden, sondern werden zur Führerin und Erzieherin der Massen. Diese "Elite-Revolutionäre" meinte Marx, als er schrieb:

" Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß."

Die gleichen Materialisten sind daher - wie Marx sogleich hinzufügt - auch genötigt, die Gesellschaft "in zwei Teile zu sondieren, von denen einer über ihr erhaben ist".

Wenn Dutschke durch die Lande reist und an vielen Orten spricht, Schülern, Studenten und Arbeitern erklärt, warum und worum sie kämpfen sollen, trifft auf ihn und seine Genossen dann nicht teilweise zu, was Lenin so beschrieb:

"Die außerhalb des proletarischen Daseins stehenden sozialistischen Intellektuellen vermögen auf Grund des "Bruches mit der Spontaneität" den Gesamtbereich der Gesellschaft zu überblicken... Sie.... können aus der Partei eine "Avantgarde aller revolutionären Kräfte" machen, weil sie für jedes konkrete Ziel alle geeigneten Bundesgenossen heranzuziehen wissen, um als "Volkstribunen" die politischen Operationen zu leiten. Im spontanen ökonomischen Kampf des Proletariats liegen nur "Keime des politischen Klassenbewußtseins" (Dutschke in einem Referat am 18.11.1967 auf der Landesvollversammlung des SDS: "Es fehlt die politische Kraft, die einen Streik gesamtgesellschaftlich konfrontiert, es ist keine Klassenkampforganisation vorhanden") wie in der Empfindung erste Keime der Naturerkenntnis liegen; um sie zu entwickeln, muß ein Bruch erfolgen, muß man "reculer pour mieux sauter" - zurückweichen, um sicherer zu treffen". (W.I. Lenin, Konspekt zu Hegels Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie, Werke Bd. 38 Berlin 1964, S. 267).

Augstein hat objektiv recht, wenn er schreibt:

"Was hindert Dutschke dann, (wenn Dutschke das will, was er postuliert und als kommende Ereignisse voraussagt, wie z.B. größere Arbeitslosigkeit - die Red.) eine neue Partei auf marxistischer und sozialistischer Basis zu gründen? Warum kann er die bestehenden parlamentarischen Institutionen nicht zumindest soweit akzeptieren, als er sie erobert"? (Wir würden sagen, als er sie be- und ausnützt). (SPIEGEL Nr. 51 v. 11.12.1967).

Ja, was hindert ihn? Die Furcht vor einer neu entstehenden Elite, so wie er sie begründet, ist nicht glaubhaft. Das Fehlen einer schlagkräftigen proletarisch-sozialistischen Partei, die eine explizite und kohärente antikapitalistische Alternative zu entwickeln in der Lage ist, kann viele Menschen, die potentiell unsere Verbündeten sind, in ihrer "Berufung", dem Kapitalismus zu dienen, rechtfertigen und bestätigen. Die Diktatur der Bourgeoisie ist zugleich wirtschaftlich, politisch, kulturell und psychologisch, sie ist total. Diese totale Diktatur kann unmöglich erfolgversprechend von lose organisierten Studenten und Arbeitern erschüttert werden. Die westliche Arbeiterbewegung kann auch nicht darauf warten, daß ihr ein positives Modell der zu errichtenden Gesellschaft von außen geliefert wird. Weder Mao Tse tung noch Castro können uns die Arbeit abnehmen, dieses Modell sowie angemessene Kampfziele und Kampfformen zu fixieren und attraktiv zu machen.

Es soll Genossen im SDS geben, die die Ansicht vertreten, die Arbeiter seien in die kapitalistische Gesellschaft integriert und deshalb unfähig zur Revolution. Diese Behauptung impliziert, daß diejenigen, die sie aufstellen, auf die wachsende Unzufriedenheit der Massen und auf eine absolute Sackgasse, in die der Kapitalismus gelangen muß, spekulierten. Das enthebt sie der Notwendigkeit, eine Strategie der progressiven Eroberung der Macht und das aktive Eingreifen in die kapitalistischen Widersprüche auszuarbeiten. Die dem Kapitalismus prophezeite Sackgasse wird so zur Sackgasse des revolutionären "Wartens-auf-die-Krise." Die revolutionäre Phraseologie geht mit einer rein tradeunionistischen gewerkschaftlichen Aktion einher, die sich aufs alltägliche beschränkt.

"Politik machen", schrieb Vittorio Foa, "heißt von der Entfremdung des Produzenten im Produktionsprozeß ausgehen, um sie mit der Entfremdung des Produzenten in der Gesellschaft zu verbinden".

Weil wir eine Revolution ohne Proletariat für reaktionären Utopismus halten, so geschieht dies keineswegs, weil wir die Proletarier für Götter halten.

> "Vielmehr umgekehrt. Weil die Abstraktion von aller Menschlichkeit, selbst von dem Schein der Menschlichkeit, im ausgebildeten Proletariat praktisch vollendet ist, weil in den Lebensbedingungen des Proletariats alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft in ihrer unmenschlichen Spitze zusammengefaßt sind, weil der Mensch in ihm selbst verloren, aber zugleich nicht nur das theoretische Bewußtsein dieses Verlustes gewonnen hat...."(Marx/Engels Die Heilige Familie S. 138).

Ein nicht in einer revolutionären Partei organisiertes Proletariat kann die organisierte Bourgeoisie nie besiegen. Das lehren auch alle historischen Erfahrungen, deren Analyse hier nicht angefügt werden kann.

Zu bedenken ist auch, daß die internationale Koordinierung des proletarischen Klassenkampfes notwendigerweise die Form der Synchronisation, d.h. der gemeinsamen Aktion annehmen muß. Die Arbeiterbewegung ist gezwungen, die Strategie ihrer Aktionen wenigstens auf das Niveau des Internationalismus zu bringen, auf dem der Kapitalismus agiert. Ohne Organisation auf nationalem wie internationalem Rahmen wird kein proletarischer Klassenkampf gesellschaftliche Umwälzungen erreichen können.

Wer diese von der Realität erzwungene Notwendigkeit nicht einsieht, wird die Zersplitterung der Arbeiterklasse und aller revolutionären Kräfte verstärken.

Dutschke und seinen Genossen möchten wir abschließend sagen:

> Eure Emanzipierung von jenen, die eine neue sozialistische Partei verhindern wollen, wird zu einer Grundforderung.

Geschieht dies nicht - es wäre verhängnisvoll und schade. Nicht nur um Euch.

Friedrich Zimmermann

.-.

Unsere Leser bitten wir um Verständnis, daß wir den langen Artikel des Gen. Zimmermann ungekürzt und ohne ihn in Fortsetzungen aufzuteilen, in einer IB-NR. veröffentlichen. Er erschien uns so wichtig, daß wir sein zusammenhängendes Studium allen Lesern emp-

fehlen möchten, auch wenn dies einige Mühe bereitet.

Die Redaktion

- - - - - - - - - -

Alle linken Kräfte sammeln?

Apparate aller (Bundes)Länder vereinigt euch!

Am 6. und 7. Januar 1968 fand in Frankfurt eine Konferenz des "Arbeitsausschusses der Sozialistischen Opposition" statt. "Dem Ausschuß gehören Vertreter des Sozialistischen Bundes (SB), der Vereinigung unabhängiger Sozialisten (VUS), der Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition (ASO) und der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Sozialisten (ADS)an. An der Tagung in Frankfurt nahmen außerdem Mitglieder des SDS, der DFU, des Initiativausschusses zur Wiederzulassung der KPD und andere Gruppen der außerparlamentarischen Opposition teil".

"Das Sozialistische Zentrum, das auf der Konferenz in Offenbach konstituiert werden soll und in dem sich alle linkssozialistischen und linksbürgerlichen Kräfte zu gemeinsamer Aktion sammeln sollen, will in "irgendeiner Form in den Wahlkampf eingreifen". Wie mehrere Sprecher der Frankfurter Konferenz erklärten, ist dies das erstemal in der Geschichte des deutschen Sozialismus, daß sich die einzelnen Gruppierungen zu einer gemeinsamen Aktion formieren. Von den Sprechern wurde außerdem bedeutet, daß es durchaus im Bereich des Möglichen liege, daß sich das Sozialistische Zentrum in Form einer "Wählergemeinschaft" am nächsten Bundestagswahlkampf beteilige und eigene Kandidaten aufstelle. Die Ziele des Soz. Zentrums gingen jedoch über einen 'Wahlverein' hinaus. "Unsere Hauptgegner sind die CDU, die FDP und die NPD. Die SPD, die sich in letzter Zeit ihrer wahren Aufgabe völlig entzogen hat, ist nicht unser eigentlicher Gegner. Diese Partei wird sich entweder wieder links orientieren oder aber spalten," erklärte ein Sprecher wörtlich" (FRANKFURTER RUNDSCHAU v. 8.1.68).

Unter dem Motto "Macht die Linke stark - Sozialistisches Zentrum" soll am 3. Februar in der Offenbacher Stadthalle eine Konferenz des Sozialistischen Zentrums stattfinden, die eine echte Alternative zur Politik der Großen Koalition erarbeiten soll.

Ist dieses Vorhaben nicht fein, Freunde? Der bürgerlichen Ordnungspartei in Bonn, bekannt als Große Koalition wird die Große Koalition der sogenannten "Linken" entgegengestellt. Beide Koalitionen sind in ihrer Art gleich reaktionär.

Ist es die Aufgabe der Bonner Großen Koalition, als neue Ordnungspartei die lohnabhängigen Massen in Unmündigkeit zu halten, so die der "linken Großen Koalition", die Sozialisten in der Bundesrepublik in Abhängigkeit zu halten und Verwirrung zu stiften.

Die zwei einzig bedeutenden Fraktionen der Parteiverhinderer schlossen sich zusammen:

> Auf der einen Seite jene Organisationen, die KPD-Politik betreiben (Initiativausschuß zur Wiederzulassung der KPD, DFU, VUS und Teile des SDS), auf der anderen Seite die Handlanger der SPD (ASO,ADS und Teile des SDS).

Beide Fraktionen werden alles tun, ihren Herren auf ihre Art und Weise zu dienen. Vor die Hunde zu gehen droht dabei das, was wir als unser Ziel schon seit Jahren anstreben: Die Gründung einer unabhängigen, sozialistischen Partei, die mit den Fehlern und Verbrechen der Vergangenheit radikal bricht und sich nicht von

den Apparaten der KPD und der SPD für ihre Ziele einspannen läßt.

Daß die KP-Leute und jene Organisationen, die von der KP gesteuert werden, alle sozialistischen Organisationen und Gruppen zu unterwandern und für ihre Ziele einzuspannen versuchen, haben wir oft dargelegt. Man sollte aber auch das Augenmerk auf jene Gruppen wie SB, ASO, ADS lenken, die sich als Handlanger der SPD entpuppen. Unsere Einschätzung dieser Leute wird von ihnen selbst bestätigt, ist es doch ihre erklärte Absicht, die SPD und deren Politik nicht anzugreifen. Um diese skandalöse und verräterische Haltung zu rechtfertigen, faseln sie dummes Zeug, schwatzen daher, daß sich die "SPD in der letzten Zeit (wieso in der letzten Zeit, spätestens seit 1914!) ihrer Aufgabe völlig entzogen hat. Diese Leute wagen es, den zig mal von der Geschichte längst widerlegten Blödsinn zu "prophezeien", daß die SPD sich wieder links orientiere oder aber spalte! Von diesen "Genossen", deren Hinauswurf aus der SPD mehr ihrem politischen Unvermögen und ihrer Unfähigkeit als ihrer nicht vorhandenen sozialistischen Gesinnung zuzuschreiben ist, ist nichts mehr zu erwarten. Und so verkehrt sich ihr selbstgewähltes Motto "Macht die Linke stark" in "Wir machen die Linke schwach".

Mögen noch so viele irregeführte Genossen in Offenbach vertreten sein: Die sozialistische Linke wird von ihnen nicht vertreten. Was sich die Adjektive "links" und "sozialistisch" zulegt, d.h. die "Berechtigung" zur Führung dieser Attribute läßt sich an objektiven Kriterien beurteilen und nicht daran, unter welchem Firmenschild Schund verkauft wird. Auch das läßt sich an zahlreichen geschichtlichen Beispielen nachweisen.

Wir sagen das nicht, weil wir mit unserem Standpunkt hoffnungslos in der Minderheit zu sein scheinen. Zum Glück wächst die Zahl der Genossen, die so denken wie wir. Oft vertritt eben die Minderheit den richtigen Standpunkt und die richtige Politik, nicht die Mehrheit.

Würden alle an der Konferenz in Offenbach beteiligten Gruppen und Vereinigungen sich auf die Gründung einer sozialistischen Partei einigen, ein zeitgemäßes revolutionäres Programm ausarbeiten und Schluß machen mit der Politik von KPD und SPD, wir wären die Ersten, die das begrüßen und alle Kraft dafür einsetzen würden, um dem Projekt zu einem Erfolg zu verhelfen. Doch das ist eine unrealistische Hypothese. Nur wer dem sterilen Apparatdenken verfallen ist, kann sich einen Erfolg davon versprechen, heterogene Gruppen und Vereine zusammenzuschließen. Auf das Offenbacher Konzil bezogen hätte Dutschke recht, wenn er sagen würde, der Zusammenschluß dieser Gruppen bedeutet, daß sich die Unverbesserlichen der "Linken" formieren, um jene Politik fortzusetzen, der die deutsche Arbeiterklasse ihre Ohnmacht zu verdanken hat. Zur richtigen Organisation gehört eben auch die richtige Politik. Das eine ohne das andere ist nutzlos und schädlich.

Werner Lauritz

- - - - - - - - - - - - - - - -

Januar 1968:
Laut 'apo press' München spaltet sich der Gewerkschaftliche Arbeitskreis der Studenten (GAST) München endgültig in zwei Gruppen auf (vgl. Apr. 1968).
Q: apo press Nr. 7, München 25.2.1969, S. 10ff

Januar 1968:
Ende Januar wird in Berlin, laut 'BED', erstmalig die populäre Untergrund-Zeitung Großbritanniens 'it' (The International Times) verbreitet. Die Verbreitung erfolgt über den Gerhardt-Verlag.
Q: Berliner Extra Dienst Nr. 9, Berlin 1968, S. 4

Januar 1968:
Laut KB wird in Berlin der Aktionsrat zur Befreiung der Frau gegründet. "Ziel war der Aufbau von Kinderläden, die eine Alternative zu bestehenden Einrichtungen darstellten, und damit verbunden eine Entlastung der Frauen von der Kindererziehung." Laut 'RPK' wird die Gründung von einigen SDS-Genossinnen im Republikanischen Club (RC) vollzogen. Das erste Flugblatt des Aktionsrates erscheint ebenfalls im noch Januar 1968.
*Q: Arbeiterkampf Nr. 106, Hamburg 13.6.1977 (Beilage); Rote Presse Korrespondenz Nr. 2, Berlin ***1969, S. 6ff*

Januar 1968:
In Berlin gibt der Sozialistische Club (SC), der später den Namenszusatz Neukölln trägt und sich noch in Gründung befindet, das Flugblatt "Wer darf Richter sein in Westberlin?" zu den Richtern Kurt Hirschfeld und Heinz-Günter Lell heraus, die bereits im NS aktiv gewesen seien.
Q: SC: Wer darf Richter sein in Westberlin?, Berlin Jan. 1968

E0702

Westberlin , im Januar 1968

WER DARF RICHTER SEIN IN WESTBERLIN ?

Sie sprechen Recht " Im Namen des Volkes ". Wie einst. Sie klagen an. Im Namen des Volkes. Wie einst: Nur mit einem Unterschied :Heute kön - nen Sie nicht mehr die Todesstrafe beantragen oder zum Tode verurteile Wovon die Rede ist ? Von Richtern und Staatsanwälten , die einst der hitlerschen Terrorjustiz dienten und die heute der Justiz unseres Staa dienen.

Fall 1 oder der Fall KURT HIRSCHFELD :

Am 22. März 1945 wurde von dem SONDERGERICHT für den Oberlandesgericht bezirk Jena in Meiningen die 23-jährige Wirtschaftsgehilfin ELISE GÜNSCH wegen angeblicher Brandstiftung zum TODE verurteilt und später hingerichtet. Sie soll im Oktober 1944 die Scheune ihres Dienstherrn i Brand gesteckt haben.

Als Beisitzer tätig bei dieser " Verhandlung vor dem SONDERGERICHT" wa der damals 37-jahrige Landgerichtsrat KURT HIRSCHFELD. Aktenzeichen dieses Verfahrens : So. 6 376 / 44 .

HIRSCHFELD ist heute Amtsgerichtsrat beim Amtsgerichts TIERGARTEN (Abt STRAFGERICHTSBARKEIT) .

Fall 2 oder der Fall DR. HEINZ - GÜNTER LELL:

Am 6. Dezember 1938 wurde von dem 3. Senat des " VOLKSGERICHTSHOFES " Berlin der 22-jährige Melker MARTIN HOMMES wegen angeblichen Landes - verrats zum TODE verurteilt und anschliessend hingerichtet . Als Vertr der Reichsanwaltschaft wirkte an diesem " Verfahren " mit der damals 3 jährige Staatsanwalt DR. LELL. Aktenzeichen dieses Verfahrens : 3 J 138 / 38 g /3 L 35.38 .

Als OBERSTAATSANWALT ist DR. HEINZ GÜNTER LELL heute beim Westberliner Kammergericht tätig.

Wir fragen : Ist es Recht , wenn heute wieder " Recht " gesprochen wir von Leuten , die sich während der hitlerschen Terrorherrschaft willig dem System des braunen Justizterrors unterworfen haben ?!?

Im Fall des KURT HIRSCHFELD steht fest : Selbst bei vorsätzlicher Bran stiftung , die offensichtlich nicht einmal nachgewiesen war, wurde im " Dritten Reich " nicht grundsätzlich die Todesstrafe verhängt. Das Urteil gegen das Mädchen ELISE GÜNSCH war ein reines Abschreckungs -, also ein Terrorurteil .

Fortsetzung umseitig .

Im Fall des DR. HEINZ- GÜNTER LELL steht fest : Entsprechend seinem An trag als Reichsanwaltschaftsvertreter wurde der Melker MARTIN HOMMES zum TODE verurteilt , obwohl er nach den Gerichtsakten unter hochgradi Schwachsinn litt und der Wert der von ihm "verratenen Geheimnisse " selbst nach Meinung des " Volksgerichtshofes " unwesentlich war. Die Forderung der Todesstrafe für einen GEISTESKRANKEN , deren Verhängung sowie Vollstreckung an einer solchen Person, stand selbst "damaligen Grundsatzen " entgegen. Das Urteil war ebenfalls ein Abschreckungs - , und damit ein Terrorurteil .
HIRSCHFELD und DR. LELL haben nicht nur an diesen Urteilen mitgewirkt . Sie sprachen im " Dritten Reich " standig " Recht ". Beide dürfen heut wieder gegen Angeklagte " Im Namen des Volkes " Strafantrage stellen und Urteile fallen .
Das Vertrauen zur Justiz in dieser Stadt ist ohnehin sehr erheblich er schüttert. Wer es wieder herstellen will , muss die Justiz von Personen säubern , deren Rechtsempfinden empfindlich getrübt ist .

Deshalb fordern wir : Versetzung der beiden Beamten in den Ruhestand . Sofortige Überprüfung der Tätigkeit als NS - Richter dieser beiden Be amten mit dem Ziel , ihre Pensionsbezüge zu kürzen bezw. ganz zu strei chen.

SOZIALISTISCHER CLUB e.V. (in Gründung)
Verantwortlich für diese Flugschrift : Udo K u h n , 1 Berlin 36 , Skalitzer Strasse 81 .

Januar 1968:
Arbeitsgemeinschaften an der FU in Berlin rufen, laut 'BED', zur Gründung eines "Aktionszentrums für Schüler" auf.
Q: Berliner Extra Dienst Nr. 6, Berlin 1968, S. 5

Januar 1968:
Bei Klöckner Bremen stellen, laut IMSF, die Vertrauensleute, aus denen sich die Tarifkommission für die Stahlindustrie Bremens zusammensetzt, eine Forderung von 10% auf, die gegen den Bezirksleiter der IGM aufrechterhalten und erst durch den Hauptvorstand der IGM auf 8% erniedrigt wurde.
Q: IMSF: Die Septemberstreiks 1969, Frankfurt Nov. 1969

Januar 1968:
In Bremen finden, laut IMSF, die Aktionen der Jugendlichen gegen die Fahrpreiserhöhungen statt, bei denen der Betriebsrat von Klöckner der erste ist, der sich solidarisiert, während sich viele Betriebsräte dann anschließen.
Q: IMSF: Die Septemberstreiks 1969, Frankfurt Nov. 1969

Januar 1968:
In Hamburg kommt es in der Michaelis-Kirche, 'Michel', wiederholt zu Diskussionen und Störaktionen.
Q: EPZ: Materialsammlung über die Unruhen an den Universitäten, das politische Mandat der Studentenschaft und die Stellung der Evangelischen Studentengemeinde, Berlin Jan. 1968, S. 36ff und 42

8. "Mit den Führern radikaler Gruppen sprechen"

Bischof Scharf zu den Vorgängen in der Gedächtniskirche

epd Berlin, 4. Januar 68. "Ich glaube, die Gegensätze werden am besten überwunden, wenn wir die Sachfragen, die hinter all der Unruhe stehen, miteinander erörtern und miteinander überlegen, wie hier die Kirche weiterhelfen kann", erklärte Bischof D. Kurt Scharf am Mittwochabend in einem Interview für die "Berliner Abendschau" zu den Vorgängen in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Heiligen Abend und in der Silvesternacht. Die ernsten Sorgen der Studenten müßten noch viel intensiver und ernsthafter als bisher sowohl mit ihnen selbst als auch in der Gemeinde besprochen und bedacht werden. Auch über die Methoden, "die gewisse radikale Gruppen innerhalb der Studentenschaft verwenden", sollten verantwortliche Männer und Frauen in der Kirchenleitung mit den Führern dieser Gruppen sprechen. Scharf verwies auf ähnliche Vorkommnisse in den Zwanziger Jahren und in der nationalsozialistischen Zeit, bei denen die Polizei nicht hätte zur Hilfe gerufen werden können. Damals sei die Gemeinde mit Eindringlingen durch das gelesene und interpretierende Wort Gottes fertig geworden. "Ich meine, wir sollten versuchen, das auch in der jetzigen Situation zu tun. Der Bischof betonte abschließend, es müsse alles getan werden, um die Gegensätze abzubauen. Aber es sollte nicht nur zu Kompromissen äußerer Art kommen.

9. Berliner Kirchenleitung verurteilt Störungen der Gottesdienste

"Nicht durch Demonstrationen zu Diskussionen zwingen lassen"

epd Berlin, 3. Januar 68. "Demonstrationen und Diskussionen gehören nicht in den Gottesdienst. Wer mit der christlichen Gemeinde ins Gespräch kommen will, kann von den vielfach angebotenen Gesprächsmöglichkeiten Gebrauch machen. Er muß dabei die Ordnung der Gemeinde achten. Die Gemeinde kann sich nicht durch Demonstrationen Diskussionen aufnötigen lassen." Mit dieser Erklärung reagierte die West-Berliner Kirchenleitung am Dienstag auf die Vorgänge während eines Gottesdienstes am Silvesterabend in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Sie kam damit einer Aufforderung des zuständigen Gemeindekirchenrats nach, eine "baldige eindeutige Stellungnahme" abzugeben. Die Kirchenleitung verurteilte die wiederholten Störungen von Gottesdiensten in der letzten Zeit aufs Schärfste und zeigte sich "zutiefst betroffen über Reaktionen des Hasses und vorschnelle Urteile aus verschiedenen Gruppen". Die Gemeinden werden ermahnt, "sich nicht durch diese Vorkommnisse in der Treue zu ihren Gottesdiensten beirren zu lassen".

10. Studentische Protestdemonstration im Hamburger "Michel"

Thielicke behauptet, "keine diskussionsfähigen Partner" zu haben

epd Hamburg, 15. Januar 68. Mehrere Hundert Studenten, unter ihnen zahlreiche angehende Theologen, erzwangen am Samstagabend im Anschluß an einen Gottesdienst mit dem Theologieprofessor D.Dr. Helmut Thielicke in der Hamburger Hauptkirche St. Michaelis eine mehrstündige politische Diskussion, die ursprünglich

dem Zwecke der Predigtkritik dienen sollte. Das große Gotteshaus leerte sich erst, nachdem die Protestgruppe einmütig beschlossen hatte, Prof. Thielicke bei seinem nächsten Michaelis-Gottesdienst am 17. Februar zu einer Diskussion im unmittelbaren Anschluß an den Gottesdienst zu zwingen. Thielicke predigt seit Jahren in monatlichen Abständen jeweils samstags um 17 Uhr in St. Michaelis. Bereits im Dezember 1967 war Prof. Thielicke in seinem Gottesdienst um eine Predigtdiskussion gebeten worden. Im Briefwechsel und im persönlichen Gespräch hatte er sich bereiterklärt - wie die Studenten am Samstag die rund 2.500 Gottesdienstbesucher in einem Verteilblatt wissen ließen -, nach Beendigung des Januar-Gottesdienstes mit der versammelten Gemeinde in der Kirche zu diskutieren. Der Michaelis-Kirchenvorstand habe aber beschlossen, das Gotteshaus nicht für diese Diskussion freizugeben; sie sollte statt dessen am Montag, 15. Januar, im Gemeindehaus stattfinden. Die protestierenden Studenten bezeichneten diese Entscheidung als "unnötig", da es ihnen keineswegs um eine Störung des Gottesdienstes gehe, sondern um eine ernsthafte Diskussion mit der Gemeinde und dem Prediger.
Prof. Thielicke teilte nun im Anschluß an seine Predigt von der Kanzel herunter mit, er sei schon immer zur Diskussion über seine Predigten bereit gewesen. Er und der Kirchenvorstand hätten die Bitte der Studenten zu einem solchen Gespräch durchaus begrüßt; es solle am Montagabend im Gemeindehaus stattfinden. Daraufhin forderten Zwischenrufer die unmittelbare Diskussion im Anschluß an den Gottesdienst. Nach weiteren Beifalls- und Mißfallenskundgebungen erklärte Thielicke ohne nähere Erläuterung, nun werde er auch das für Montag angekündigte Gespräch nicht mitmachen; er habe offenbar "keine diskussionsfähigen Partner".
Während die Gemeinde das Gotteshaus verließ, sammelte sich die jugendliche Protestgruppe unter der Kanzel und vor dem Chorraum. Hauptpastor Hans-Jürgen Quest von St. Michaelis erklärte erneut die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft und erläuterte den Beschluß des Kirchenvorstands, bat dann aber um Räumung der Kirche, allerdings vergeblich. Die Gruppe berief den anwesenden Generalsekretär des "Christlichen Vereins Junger Männer" (CVJM) in Hamburg, Gerhard Weber, zum provisorischen Leiter der Demonstration, in deren Verlauf dann etwa 20 Sprecher zu Wort kamen. Eine Vertagung der Diskussion komme einer Abwürgung gleich, hieß es. Dagegen müsse schon jetzt die Ansicht vorgetragen werden, daß Thielicke in individualethischen Ansätzen stecken bleibe und versage, wenn es um die gesellschaftlichen Konsequenzen gehe: Der Krieg in Vietnam erforderte die vorbehaltlose Solidarisierung der Christen mit den dort gefolterten Menschen. Der Bundesrepublik gelte es ein Südvietnam-Schicksal zu ersparen durch entschiedenen Widerspruch gegen eine Notstandsgesetzgebung.

11. Bundeswehr nicht als "Hintergrund-Reserve" im Hamburger "Michel"

Hauptpastor Quest zum Gottesdienst mit Thielicke am 13. Januar

epd Hamburg, 23. Januar 68. "Es gehört in die Verantwortung des Kirchenvorstandes von St. Michaelis, der Obhut und Verantwortung für eine nach tausenden zählende Gemeinde, die sich zum Gottesdienst in der Hauptkirche versammelt, in ausreichender Weise Rechnung zu tragen. Der Kirchenvorstand bekennt sich dazu, Hilfe

anzunehmen von allen Gemeindegliedern und Gottesdienstbesuchern, wenn es für den geordneten Verlauf des Gottesdienstes selbst erforderlich wird." So heißt es in einer Erklärung, die Hauptpastor Hans-Jürgen Quest von St. Michaelis am Montagabend dem Evangelischen Pressedienst in Hamburg übergeben hat.
Als die besonderen Probleme erkennbar geworden seien, die sich beim Gottesdienst am 13. Januar würden ergeben können, habe ein für diesen Zweck gebildeter Ausschuß unter seinem (Quests) Vorsitz die Fragen einer möglichen Störung beraten. An dieser Sitzung habe durch Vermittlung und auf Wunsch des Predigers, Prof. D. Dr. Helmut Thielicke, auch Brigadegeneral Dr. Hermann Wulf, Kommandeur der Heeresoffiziersschule II der Bundeswehr in Hamburg und selbst ständiger Besucher der "Michel"-Gottesdienste, teilgenommen und dabei "im Sinne einer aktiven christlichen Mitverantwortung" die Bereitschaft erkennen lassen, mit "Männern seines Berufes, die vermutlich ohnehin den Gottesdienst Prof. Thielickes besuchen würden", zu sprechen und - wie es in der Erklärung von Hauptpastor Quest heißt - "mit ihnen zur Hilfe zu sein, wobei es darum gehen sollte, auf etwaige Demonstranten beruhigend einzuwirken ebenso wie auf unbedachte Reaktionen von seiten der Gottesdienstbesucher im Falle auftretender Störungen". Ausdrücklich fügt Quest hinzu: "Weder ist zu irgend einem Zeitpunkt Bundeswehr in die Kirche gerufen worden noch auch für die Kirche bereitgestellt worden im Sinne einer Hintergrund-Reserve"; auch sei eine Zahl von Gottesdienstbesuchern, die der Bundeswehr angehören, weder dem Hauptpastor noch dem Kirchenvorstand bekannt oder mit ihm verabredet gewesen. Alle anderslautenden Versionen entsprächen nicht den Tatsachen und hätten Mißverständnisse veranlaßt, die die Gemeinde der Hauptkirche St. Michaelis aufrichtig bedauern müsse.
Hauptpastor Quest äußerte sich mit dieser Erklärung zu zahlreichen Veröffentlichungen und Kommentaren in Presse und Rundfunk. Zuerst hatte das "Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt" (Hamburg) in seiner Ausgabe vom 21. Januar berichtet, daß bei dem "Michel"-Gottesdienst mit Prof. Thielicke am 13. Januar 70 Bundeswehr-Offiziere als "freiwillige Reserve im Hintergrund" gestanden hätten. Ähnliche Angaben enthielten u.a. Berichte in der "Welt" und im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel".

12. Thielicke gegen Diskussionen im Gotteshaus

"Es geht nicht um Reformen, sondern um die Zerstörung der Ordnung"

epd Hamburg, 19. Januar 68. Prof. D. Dr. Helmut Thielicke, Ordinarius für Systematische Theologie an der Universität Hamburg und regelmäßiger Prediger in der Hauptkirche St. Michaelis, hat am Freitag in einer - wie er es nannte - "Schlußerklärung" zu den Vorgängen bei und nach seinem Gottesdienst am vergangenen Samstag mitgeteilt, daß er in Übereinstimmung mit dem zuständigen Kirchenvorstand nicht bereit sei, eine Diskussion im Gotteshaus zuzulassen. Es sei "völlig klar, daß die Gruppen, die danach rufen, nur Terror und die anarchistische Aushöhlung jeder Ordnung wollen", heißt es in der dem Evangelischen Pressedienst übergebenen Erklärung des Theologen.
Thielicke erklärt: "Hintermänner des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) schicken eine Anzahl junger Christen vor, die den berechtigten und auch von mir geteilten Wunsch haben, daß in den Kirchen die Verkündigung durch Diskussionen geklärt und

vertieft werden möge. Diese jungen Christen sind aber völlig ahnungslos, von wem dieser Wunsch ausgenutzt und zu welchen Zielen er gebraucht werden soll. Diese Drahtzieher haben sich in meinem Michaelis-Gottesdienst in aller Öffentlichkeit decouvriert: Sie haben den Gottesdienst gestört, sie wollten - wenn sie auch daran gehindert wurden - die Kanzel stürmen und mich auf dem Weg von der Kanzel zur Sakristei stellen. Sie haben als Gruppe, während die Gemeinde das Vaterunser sprach, laut eine blasphemische Imitation des Vaterunser im Gottesdienst mitgesprochen ('Kapitalunser'), sie haben den Gottesdienst durch viele Zwischenrufe gestört und zudem dies alles durch Flugblätter verleumderischer Art angekündigt." Mit Nachdruck vertritt Thielicke den Standpunkt, daß die Kirche hier in ihrem Widerstand konsequent bleiben werde und müsse und keinen Zentimeter zurückweichen dürfe. Wenn man die Kirche stören und verstören wolle, meine man zugleich die Staats- und Rechtsordnung. Es sei ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man diesen Gruppen zutraue, es ginge ihnen nur um Reformen. Wäre es so, müßte man ihr Streben bejahen, denn es sei tatsächlich vieles faul. Es gehe aber um die Zerstörung der Ordnung überhaupt, es gehe um die maoistische Partisanen-Strategie, die Hinweise gibt, wie man "mit einem Minimum von Leuten ein Maximum gesellschaftlicher Verwirrung erreichen" könne. Der Theologieprofessor meint deshalb: "Neben der christlichen gebietet es auch unsere staatsbürgerliche und politische Verantwortung, daß wir hier festbleiben. Indem wir kämpfen, vollziehen wir die Notstellvertretung der bedrohten Ordnung überhaupt."

13. Vertrauen zur Diskussion wieder herstellen

Bischof Wölber zu den Vorgängen im Hamburger "Michel"

epd Hamburg, 25. Januar 68. "Wir alle sind dafür verantwortlich, dass das Vertrauen zu einer Diskussion, unter welchen Umständen auch immer, wiederhergestellt wird." Dies erklärte Bischof D.Hans-Otto Wölber am Donnerstag vor der Hamburger Synode zu der Anfrage einer Gruppe von Pastoren und Laien, ob er bereit sei, beim Kirchenvorstand von St.Michaelis für eine Predigtdiskussion am 17.Februar im Anschluss an den nächsten Gottesdienst von Prof. Thielicke im Hamburger "Michel" einzutreten, an der sich Christen und Nicht-Christen beteiligen sollen.
"Ich bin bereit, mich für Diskussionsgottesdienste einzusetzen, auch in "St.Michaelis", betonte der Bischof und bot seine Vermittlung an. "Wenn Christenmenschen unter uns sind, die hier etwas Zukunftweisendes erhoffen,so müssen wir dafür Raum geben. Eine Ablehnung wäre wirklich eine Bestätigung des Establishment." Er bedauerte jedoch zugleich, dass in der an ihn gerichteten Anfrage keine Distanzierung von den doch offensichtlichen Störungen der Gottesdienste und den dabei zutagetretenden Praktiken zu finden sei. In dem Michaelisgottesdienst am 13.Januar habe ein Kreis junger Christen einer "turbulenten Hintermannschaft" Vorspanndienste geleistet, indem er sich zum Sprecher auch während des Gottesdienstes machte, um trotz klarer anderer Bitten und Auskünfte eine sofortige Diskussion zu erzwingen. "Ich fordere diese jungen Christen auf, sich klar von Leuten, Methoden und Praktiken anderer Art zu distanzieren und die Last unseres Dilemmas mit uns zu übernehmen." Der Bischof verwies auf die verschiedenen Flugblatt-

aktionen in Hamburg wie auch in Berlin und verlas vor der Synode den Text des sogenannten "Kapitalunser". Man habe sich nicht gescheut, in einem Gottesdienst diesen von der Mehrheit der Gemeinde als gotteslästerlich empfundenen Text "gegenanzubeten". Es geht nicht um einzelne Rüpeleien, meinte Wölber, wohl aber um das System eines sich ausbreitenden jugendlichen Tyrannismus. "Es ist Terror, es ist ungeleugneter Terror, der sich wieder unter uns aufmacht."
"Die Sache mit den Bundeswehroffizieren" nannte der Bischof in seiner Erklärung einen Mißgriff, der ein völlig falsches Licht auf alles geworfen habe. "Sie widersprach auch den ausdrücklichen Willensäußerungen des Kirchenrates, der keinen Deut davon wußte. Ich wiederhole noch einmal, was wir bereits dem Staat gesagt haben: Wir rufen niemanden herbei."

14. Predigdiskussion mit Studenten in Heidelberg

SDS-Resolution zu den Hamburger Vorgängen abgelehnt

epd Heidelberg, den 23.Januar 68. Im Heidelberger Universitätsgottesdienst in der Peterskirche fand am Sonntag zum ersten Mal eine Diskussion unmittelbar im Anschluß an die Predigt statt, die der Kirchenhistoriker Prof.D.Martin Schmidt gehalten hatte. Gottesdienstteilnehmer aus den Reihen der Evangelischen Studentengemeinde und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) forderten in dem fast einstündigen Gespräch vom Prediger größere Konkretheit und kritisierten die Vernachlässigung der sozialethischen Probleme des Textes zugunsten der Individualethik.
Die Möglichkeit einer Diskussion zwischen Prediger und Gemeinde wurde auch von anderen Professoren begrüßt. Prof. Dr. Heinz Eduard Tödt, Ordinarius für Systematische Theologie und Sozialethik, erklärte sich ebenfalls bereit, im Anschluss an seine Predigt mit der Gemeinde im Gotteshaus zu diskutieren. Dagegen verfehlte eine vom Heidelberger SDS-Vorsitzenden Müller eingebrachte Resolution, durch die die "Bereitstellung von Bundeswehroffizieren" beim Gottesdienst mit Prof.Thielicke in der Hamburger Hauptkirche St.Michaelis verurteilt werden sollte, knapp die erforderliche Mehrheit.

15. Landesbischof Heintze: Unruhe positiv beurteilen

Braunschweigische Landessynode zu Studentendemonstrationen in Kirchen

epd Braunschweig, 25.Januar 68. Die Unruhe, die in den vergangenen Wochen durch Studentendemonstrationen in Kirchen entstanden ist, muß nach Ansicht des braunschweigischen Landesbischofs Dr.Gerhard Heintze (Wolfenbüttel) positiv beurteilt werden, da sie zu einem neuen Nachdenken über das Wesen des Gottesdienstes und über Möglichkeiten und Grenzen des politischen Engagements der Kirche geführt habe. In seinem Schlußwort vor der braunschweigischen Landessynode am Mittwochnachmittag betonte der Landesbischof jedoch gleichzeitig, dass der Gottesdienst vor unvorbereiteten Diskussionen geschützt werden müsse. Durch Druck und Erpressung könnten keine echten Diskussionen zustande kommen, sie würden vielmehr dadurch verhindert.

-17- Wölber: Der Schutz des Evangeliums gilt auch der Freiheit

Ein Brief des Hamburger Bischofs an alle Kirchengemeinden

epd Hamburg, 18.Januar 68. "In vielem glaube ich, die Unruhe der jungen Generation zu verstehen, und wir sollten mit ihr diskutieren. Ich vertraue darauf, dass in unserer jungen Generation insgesamt trotz aller schockierenden Aktionen Fairneß und Bereitschaft zu einer Gemeinsamkeit der Verantwortung besteht." So heißt es in einem Brief, mit dem sich Bischof D.Hans-Otto Wölber am Mittwoch an alle Hamburger Kirchengemeinden gewandt hat, um ihnen "eine Orientierung und Wegweisung zu den jüngsten Entwicklungen" zu geben, wie sie sich insbesondere am vergangenen Wochenende im Hamburger "Michel" abgespielt haben. Der Bischof kündigt in seinem Brief zugleich an, dass der Hamburger Kirchenrat Ende Januar mit der Studentengemeinde zum Gespräch zusammenkommen werde. Außerdem sei eine Diskussion zwischen Mitgliedern des Kirchenrates und dem theologischen Seminar der "Kritischen Universität" verabredet worden. Der Bischof bat die "Kirchenvorstände und Amtsbrüder", sich für Gespräche zu öffnen, wo immer sich Gelegenheit biete. Er selber habe im neuen Jahr bereits zweimal eine Aussprache mit der jungen Generation gehabt, dabei auch mit Vertretern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS).

Zugleich aber betont Wölber mit Nachdruck, dass die "jungen Akteure", als sie am vergangenen Samstag nach dem Gottesdienst Prof. Thielicke im "Michel" - trotz der Aufforderung des Hausherrn, Hauptpastor Quest, die Kirche zu verlassen - "vom Gotteshaus Besitz ergriffen", um zu demonstrieren und Resolutionen herbeizuführen, den Frieden und das Recht gebrochen hätten. "Kirchen stehen nicht zur Verfügung, um zu einer Aktion beizutragen, in der Andersdenkenden der Prozeß gemacht wird, und noch weniger ist dies die Sache von Gottesdiensten", schreibt der Bischof. Wie jeder Dialog müsse ein gottesdienstlicher Dialog eine Angelegenheit der beiderseitigen freien Verabredung hinsichtlich der Spielregeln, der Partner, des Themas usw. sein. Jeder habe aber auch die Freiheit, nicht zu diskutieren, und eine Zwangsdiskussion sei keine Diskussion.

Die grundsätzlichen Aspekte der Hamburger Vorgänge greift der Bischof abschließend wie folgt auf: "Sollte sich zeigen, dass das Menschenrecht freier Religionsausübung in dem Rahmen, wie eine Gemeinde es in den gewählten Organen wünscht, nicht mehr gewährleistet ist, so gilt der Schutz des Evangeliums auch der Freiheit. Sie muß auch gewahrt werden, indem man ihre Widersacher in die Schranken zurückweist. Dafür haben Staat und Gesellschaft ihre Ordnungen. Wir werden die Entwicklung sorgfältig beobachten und nach gründlicher Beratung die nötigen Schritte zum gegebenen Zeitpunkt unternehmen".

Januar 1968:
Peter Schütt (vgl. März 1968) berichtet von der Universität Hamburg über Ehrlicher:"
Im Januar drohte der Rektor mehrfach mit der Schließung der Universität oder wenigstens der Philosophischen Fakultät und unterstützte einen Plan, dessen unvermutete Enthüllung zu Semesterende noch einmal viel Staub aufwirbelte. … die provisorische Einsetzung eines 'Not-AStA', die Durchführung unpolitischer Neuwahlen für das Studentenparlament und das Verbot des SDS". Damit habe sich Ehrlicher als Gesprächspartner der Studenten endgültig diskreditiert:"
Als statt seiner im Januar neun als liberal geltende Professoren der Öffentlichkeit 81 'Leitsätze zur Hochschulreform' vorlegten, die zwischen den Vorstellungen des Wissenschaftsrates, der Rektorenkonferenz (WRK, d.Vf.) und des Deutschen Bundestages zu vermitteln suchten, ohne dabei die studentischen Forderungen im Grundsätzlichen zu berücksichtigen, gelang es auch diesem von seiten der Professoren nicht mehr, die klaren Fronten wesentlich zu verschieben."

Schütt berichtet auch:"
SHB und SDS legten im Verlauf des Semesters detaillierte Konzepte zur Universitätsreform vor, die vor allem in der Frage der studentischen Beteiligung erheblich differierten." Wobei der "SDS die Forderung nach einer vollen Parität zwischen Dozenten und Studenten stellte. …
Der Hamburger SDS, der zunächst in Gefahr stand, in seiner katalysierenden Phase stecken zu bleiben, konnte in der zweiten Semesterhälfte sein Programm inhaltlich verdeutlichen und gewann auch über die Solidarisierung mit einzelnen gemaßregelten und verfolgten Mitgliedern hinaus zum ersten Mal eine breite Massenbasis innerhalb der Studentenschaft."

Von der Urabstimmung über Rektor Ehrlicher, die vermutlich im Januar stattfand, tut Schütt kund, dass bei der Wahlbeteiligung von rund fünfzig Prozent deutliche 62 Prozent der Studenten auf die Frage 'Können Sie Rektor Ehrlicher akzeptieren?' mit Nein antworteten.

Der Präses der Hamburger Schul- und Hochschulbehörde, Drexelius (SPD), sei im Januar auf einer Vollversammlung gegen vier Stimmen zum Rücktritt aufgefordert worden.
Q: Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 385ff

Januar 1968:
Laut MLPD (2) kommt Anfang 1968 in Hamburg erstmals ein Roter-Morgen Leserkreis (RMLK) zusammen. Laut Knut Mellenthin werden keine konkreten Ergebnisse erzielt. In den darauffolgenden Monaten sollten weitere Versammlungen folgen.
Q: MLPD-ZK: Geschichte der MLPD, I.Teil, Stuttgart 1985, S. 33; Mellenthin, Knut: Einige Bemerkungen zur Vorgeschichte der KPD/ML, o.O. o.J., S. 1

Januar 1968:
Von Hans Kolbe aus Hamburg wird ein 'Offener Brief' verbreitet, der sich mit der Rolle der KPD und der KPdSU auseinandersetzt. U.a. heißt es:"
Jedes Abweichen vom Marxismus-Leninismus muß und führt dazu, das Vertrauen zu der alles verändernden Kraft der Arbeiterklasse und des Volkes mehr und mehr zu verlieren und sich in gleichem Maße schrittweise den Kapitalisten anzupassen. … Es ist höchste Zeit, daß sich alle Marxisten-Leninisten auf die hervorragende historisch bedeutsame Rolle der deutschen Linken besinnen. Aus diesen Gründen stelle ich mich voll hinter die Genossen der Zeitschrift ROTER MORGEN und hoffe, daß sie mir Gelegenheit geben werde, zu all den vielen noch offengebliebenen Fragen Stellung zu nehmen. Ich rufe alle Kommunisten auf, in offener Diskussion die Plattform des Marxismus-Leninismus für die Bundesrepublik zu erarbeiten und sich in Unterordnung unter die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes auf dieser Plattform zu vereinigen und zu sammeln, zu einer neuen wirklich marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse."
Q: Hans Kolbe: Offener Brief, Hamburg Jan. 1968

Januar 1968:
Der AStA der Uni Kiel gibt die Nr. 1 der 'Skizze' (vgl. Dez. 1967) - Studentenzeitung an der Universität Kiel - heraus. Bekanntgegeben wird: "Diese 'skizze' mußte aufgrund der letzten Ereignisse mehrmals verändert werden; das Erscheinen verzögerte sich dadurch."

Enthalten sind die Artikel:
- "Gemeinsame Erklärung des SDS und HAK zur Zwangsexmatrikulation" mit Solidaritätsadressen der

ASten der FU Berlin und der Unis Frankfurt und Hamburg;
- "Rezension Prof. Spreter v. Kreudenstein";
- "Der rote Hahn im AStA" zum Brand;
- "Neue Bücher";
- "Chronologie eines Sturzes" zum ehemaligen AStA-Vorsitzenden Domann (RCDS);
- "Hochschulkritischer Arbeitskreis. Zur Hochschulpolitik des AStA" von Tilmann Pommeranz;
- "Hochschulkritischer Arbeitskreis. Demokratie und Wissenschaft oder: Über den angeblich aristokratischen Geist";
- "SDS und Verfassungsschutz" von Hisso;
- "Heiligabend in der Gedächtniskirche. Diener des Teufels" zum Vietnamprotest in Berlin, von Hanjo Berg;
- "Zwangsexmatrikulation" mit einem Brief an den Rektor und dessen Antwort;
- "Rektor Herre während einer Podiumsdiskussion: 'Die Fronten verlaufen anders'";
- "Vietnam Berichterstattung in der 'Welt'" von Hisso; sowie
- "Schallplatten".
Q: Skizze Nr. 1, Kiel Jan. 1968

Januar 1968:
Laut Erwin Bawulski werden auf Treffen in den Tagungsstätten der SPD und CDU-Betriebsgruppen der Adam Opel AG Bochum in Sprockhövel und Dülmen die Weichen für die kommende Betriebsratswahl (BRW) (vgl. Mai 1968) gestellt. Danach werden ca. 27 Personen "im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitstagung vorab aufgestellt".
Q: Erwin Bawulski: Die Septemberstreiks 1969 und ihre Folgen unter besonderer Berücksichtigung der Adam Opel AG in Bochum, Dortmund 1974

Januar 1968:
Der SDS Gruppe Bonn gibt die Broschüre "Die repressive Universität. Probleme der Hochschulreform als Ausdruck der Widersprüche des organisierten Kapitalismus in Westdeutschland" heraus, die von Gerd Wille und einem Autorenkollektiv des SDS-Gruppe Bonn verfaßt wurde.

Im Vorwort heißt es einleitend:"
Das vorliegende Papier ist die erweiterte und konkretisierte Form eines Referates, das auf dem von Studentengewerkschaft, SHB und SDS veranstalteten ANTI-DIES - einer studentischen Gegenveranstaltung zum offiziellen 'dies academicus', die trotz des Verbots von Rektor und Senat am 6. Dezember 1967 unter Beteiligung von mehr als 2 000 Bonner Studenten im Universitätshauptgebäude stattfand - gehalten werden sollte. Dies ist nicht geschehen. Dafür hatte ein für Bonn einmalig großer Kreis von Studenten Gelegenheit, die Vorstellungen von Westberliner SDS-Genossen zur Hochschulsituation zu hören und zu diskutieren." Das Autorenkollektiv sei aus der Hochschulpolitischen Arbeitsgruppe des SDS-Gruppe Bonn hervorgegangen, wobei die "26 Thesen zur politischen Ortsbestimmung der SDS-Gruppe Bonn" vom Sept. 1967, der Ausgangspunkt waren.

Enthalten sind die Abschnitte:
- "Erster Teil: Die Hochschule als feudaler Anachronismus und als wissenschaftliche Filiale der Großindustrie";
- "I. Die Funktionen der Universität in der westdeutschen Gesellschaft (Überblick)";
- "Freizeitgestaltung parasitärer Oberschicht. Elitenfachschule. Ideologiefabrik";
- "II. Ständische Struktur der Universität";
- "Hierarchischer Aufbau des Lehrkörpers. Ohnmacht der Studentenvertretung. Akademische Rituale. Lehrveranstaltungen";
- "III. Der Einfluß des Monopolkapitals auf die Hochschulen";
- "Verbindliche Solidarität der Ordinarien mit den politisch-ökonomischen Spitzen. Manipulation";
- "IV. Pläne des Wissenschaftsrates zur Anpassung der Hochschulen an die Anforderungen des Spätkapitalismus";
- "Parasitäre Oberschicht versus Hochschulgammelei. Effizienzsteigerung versus Effizienz";
- "Zweiter Teil: Die Alternative der Studenten - demokratische Hochschulreform";
- "V. Einleitung und strategische Überlegungen";
- "VI. Modell für eine demokratische Hochschule innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft";
- "A. Strukturreform";
- "B. Soziale Unabhängigkeit der Studenten als Weg zum Abbau klassenbedingter Bildungsbarrieren";
- "C. Studien- und Karrieregang";
- "D. Zur Gestaltung der Lehrveranstaltungen";
- "VII. Bemerkungen zur Interessenkonstellation der einzelnen bei der Hochschulreform involvierten Gruppen";
- "Professoren. Studenten. Nichtordinarien. Industrielle. Technologische Intelligenz. Arbeiterklasse";

- "Register Bonner Rädelsführer der professoralen, anarcho-feudalistischen, permanenten Konterrevolution";
- "Anhang: 26 Thesen zur politischen Ortsbestimmung der SDS-Gruppe Bonn";
- "Bibliographie zur kritischen Analyse der gesellschaftlichen und ideologischen Struktur der westdeutschen Hochschulen2; sowie
- "Quellenangaben".
Q: SDS: Die repressive Universität. Probleme der Hochschulreform als Ausdruck der Widersprüche des organisierten Kapitalismus in Westdeutschland, Bonn Jan. 1968

Januar 1968:
In Mainz konstituiert sich Mitte des Monats der Republikanische Club (RC). Führend ist u.a. Reinhard Hippen.
*Q: Berliner Extra Dienst Nr. 7, Berlin ***1968, S. 5*

Januar 1968:
Während die Arbeitslosenquote in der 'BRD', laut IMSF, 3, 2% beträgt, liegt diese im Saarland bei 5, 1%.
Q: IMSF: Die Septemberstreiks 1969, Frankfurt Nov. 1969

01.01.1968:
Die 'Rote Fahne' Nr. 90 erscheint und trägt jetzt den Untertitel: "Organ des Zentralkomitees der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ)". Auf dem Titel befinden sich die fünf Klassiker des ML. Darunter der Aufmacher: "Unter der Roten Fahne des Marxismus-Leninismus vorwärts in ein neues Kampfjahr!"
Inhalt der Ausgabe ist:
- "Hammer oder Amboss sein";
- "Aus der Organisation";
- "Brief aus Tito-Jugoslawien"; sowie
- "Der große Führer, Vorsitzender Mao, sendet Grußbotschaft an den Vorsitzenden Nguyen huu Tho"

Berichtet wird über ein Jugendkollektiv der in der Zwischenzeit gegründeten MLPÖ.
Q: Rote Fahne Nr. 90, Wien 1.1.1968

01.01.1968:
Die KPD/ML-ZB berichtet, "die HDW ist entstanden am 1.1.1968 aus dem Zusammenschluß der Deutschen Werft AG Hamburg, die der Gutehoffnungshütte (GHH, d.Vf.) gehörte, und der bundeseigenen Howaldtswerke in Hamburg und Kiel".
Q: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 56, Bochum 28.7.1971, S. 13

02.01.1968:
Der Republikanische Club (RC) Dortmund wird im Wicküler-Eck in der Humboldtstr. in der Zeit von 20 Uhr bis 23 Uhr 45 gegründet. Im Protokoll der Gründungsversammlung heißt es:"
Am 2.1.1968 fand im Wicküler-Eck die Gründungsversammlung des Republikanischen Clubs Dortmund statt. Der Einladung des Gründungsausschusses waren 45 Personen gefolgt. Die Versammlung wurde von Peter Rath im Auftrage des Gründungsausschusses eröffnet. Folgende Tagesordnung wurde der Versammlung vorgeschlagen und von ihr angenommen:
1. Aufgaben und Bedeutung eines Republikanischen Clubs für Dortmund, Form und Inhalt der Clubarbeit.
2. Diskussion zu Punkt 1.
3. Organisatorische Voraussetzungen.
4. Diskussion zu Punkt 3.
5. Verabschiedung der Satzung.
6. Wahl des Vorstandes.
7. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung referierte Werner Fuchs und zu Punkt 3 referierten Heidrun Fuchs und Wolfdietrich Grosse.

Aufgrund eines angenommenen Geschäftsordnungsantrages wurde Punkt 5 der Satzung nach Punkt 2 durchgenommen. Die vom Gründungsausschuß vorgelegte Satzung (vgl. 20.12.1967, d.Vf.) wurde von der Gründungsversammlung in beiliegender, geänderter Form einstimmig angenommen.

Zur Wahl als Vorsitzender des Republikanischen Clubs wurde Max von der Grün, zu seinen Stellvertretern Heidrun Fuchs und Peter Rath vorgeschlagen. Die Wahlen fanden in geheimer Abstimmung statt. Als Wahlleiter fungierte Dr. Dieter Tetzlaff. Sie hatte folgendes Ergebnis:

1. Wahl des Vorsitzenden
abgegebene Stimmen: 34
ungültige Stimmen: 2

Es entfielen auf Max von der Grün: 28 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen, 1 Nein-Stimme

2. Wahl der Stellvertreter

abgegebene Wahlzettel: 34
davon ungültig: 2

Es entfielen auf
Heidrun Fuchs: 31 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen, 1 Nein-Stimme
Peter Rath: 32 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

Die Gewählten haben die Wahl angenommen.

Die Mitgliederversammlung beschloß eine endgültige personalpolitische Entscheidung spätestens in einem 1/2 Jahr zu fällen und dann den Vorstand durch einen Beirat zu ergänzen. Die Bildung eines Fördererkreises wurde angeregt."

Vermutlich zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde auch folgende Diskussionsvorlage verfaßt:"
Die Aufgabe des Republikanischen Clubs Dortmund

Unsere Gesellschaft ist in ein gefährliches Entwicklungsstadium getreten. Die demokratisch-parlamentarische Verfassung wird heute nicht mehr als Aufforderung zur Demokratisierung aller Lebensbereiche - insbesondere der Arbeitswelt - verstanden. Selbst die bereits verwirklichte Demokratisierung einiger Bereiche droht rückgängig gemacht zu werden. Notstandsgesetzgebung (NSG, d.Vf.) und Große Koalition, die Macht des Springer-Konzerns, die Verketzerung der Gewerkschaften und die aggressiven Reaktionen in der Bevölkerung auf die Aktionen der Studentenschaft kennzeichnen diese Entwicklung. Sie machen deutlich, daß die herrschenden Kräfte innerhalb des bestehenden parlamentarischen Systems bestimmte Meinungen und Ansichten nicht dulden wollen, daß zudem weite Kreise der Bevölkerung ohne politisches Bewußtsein sind. Zur Änderung beider Sachverhalte soll die Organisationsform der politischen Willensbildung als Club dienen. Der Club soll ein Forum sein, für Meinungen, die in den bestehenden Parteien und Organisationen des Parlamentarismus nicht oder nicht mehr ausreichend zu Worte kommen. Er soll zugleich ein Instrument sein, mit dem die entpolitisierte Bevölkerung auf die Bedeutung politischer Entscheidungen für ihren Lebensbereich hingewiesen wird.

Die Organisationsform der politischen Willens- und Meinungsbildung als Club hat ihre Wurzeln in der Geschichte der bürgerlichen Revolution und bezieht von dort her ihre enge Verbindung von Theorie und Praxis.

Als Beispiele lassen sich nennen: der Jakobiner Klub in der französischen Revolution und die von demokratischen Klubs in den Vereinigten Staaten ausgehenden Versuche zur Demokratisierung der amerikanischen Verfassung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Wiederaufnahme dieser Organisationsform bietet uns heute einige Vorteile: wir schaffen eine Ebene der politischen Willensbildung in offener Diskussion, die auf politisches Handeln zielt. Diese Willensbildung ist unabhängig von den etablierten Organisationen. Daher bietet sie mehr und variablere Möglichkeiten zur Einflußnahme auf eben diese Gruppierungen: politisch interessierte und verantwortliche BÜrger treffen sich auf der Ebene der Diskussion und des Arguments. der hier artikulierte Wille ist nur repräsentativ für die Versammelten, spricht nur für sich selbst. Zugleich ist er aber repräsentativ für alle Mitglieder der Gesellschaft, solange sie nicht die Möglichkeit haben, unbeeinflußt von den Zwängen des Arbeitsprozesses, von den Rücksichten auf bestehende Organisationen und Hierarchien in dieser Ebene der praxisbezogenen Diskussion teilzunehmen. Konkret bedeutet dies, daß die im Club Versammelten ähnlich große Freiheitsspielräume für Diskussion und Aktion erhalten, wie sie normalerweise nur der Student hat.

Ohne Zweifel orientiert sich der Versuch, in Dortmund einen Republikanischen Club einzurichten, am Republikanischen Club in West-Berlin. es muß aber dringend davor gewarnt werden, von diesem Vorbild mehr zu übernehmen als die grundsätzlich allen Argumenten und Überlegungen und Personen offene Cluborganisation, sowie die historisch begründete Verbindung von Theorie und Praxis.

Der West-Berliner Club wurde gegründet, nachdem die Studentenschaft der Freien Universität bereits politisiert war, nachdem dieser Club bereits auf eine Vielzahl von Initiativen, Bestrebungen und

Aktionsformen, sowie großen Zahl kritischer und engagierter Bürger zurückgreifen konnte. Insofern hat dieser Club in Westberlin eher die Funktion der Koordinierung gewonnen.

Dortmund ist nicht West-Berlin; dies erteilt dem Republikanischen Club Dortmund von vornherein nicht die Funktion der Koordinierung vorhandener Bewegungen zu, sondern vor allem die Aufgabe der Mobilisierung kritischer und engagierter Bürger. Der Republikanische Club Dortmund muß sich von vornherein nicht allein als Sammelpunkt vorhandener Bewegungen verstehen, sondern als Ausgangspunkt zur Bildung einer politisierten Bevölkerung. Dabei bietet sich als Zielgruppe anders als in Berlin nicht die Studentenschaft an, denn sie nimmt in Dortmund nicht jene Stellung im Kräftepotential ein, wie etwa in Berlin. Zudem dürfen wir auch hoffen, daß die von Berlin ausgegangene Bewegung und Unruhe in der westdeutschen Studentenschaft auch ohne die vordringliche Unterstützung eines Republikanischen Clubs Politisierung der Dortmunder Studentenschaft führt. Als Zielgruppe bietet sich für einen Republikanischen Club die gesamte Bevölkerung dieser Stadt an; die Dortmunder Kommunalpolitik sollte unser Handlungsbereich werden. Insofern hat sich der Republikanische Club Dortmund eine dreifach schwierigere und gefährdetere Aufgabe vorgenommen als der Berliner Club:

1. Wir fangen an, ohne daß es eine Bewegung gibt, die ihrer Phantasie und ihrer öffentlichen Wirksamkeit nach mit der Berliner vergleichbar wäre. Wir müssen uns also nicht vorwiegend als Koordinierungszentrum, sondern als Mobilisierungsinstrument verstehen.

2. Wir wollen nicht primär die Studentenschaft politisieren und die Hochschule reformieren, einen solchen Weg auch nicht als Sprungbrett zu anderen Ansätzen begreifen, sondern denken und handeln vordringlich im und für den Bereich der Dortmunder Kommunalpolitik im weitesten Sinne. Dieser Bereich, als der uns allen am nächsten stehende, fordert unsere Kritik und unsere Aktionen heraus; er soll verändert werden. Dadurch können wir neue Ansätze einer Politisierung der Dortmunder Bevölkerung vorgeben.

3. Wir sind zumeist befangen im traditionellen Organisations- und Mandatsdenken, müssen also ungeheuer viel Phantasie einbringen, um die für Dortmund adäquaten Formen der Politisierung zu erfinden. Wir müssen uns erst lösen von der traditionellen Strategie der Linken - dem Versuch, Andersdenkende zu überzeugen - und statt dessen Unruhe und Möglichkeiten zur Diskussion und Kritik verbreiten, eine politisch denkende und Handlungsfolgen fordernde Öffentlichkeit herstellen, in der begründeten Hoffnung, daß auf diesem Wege unsere inhaltlichen Vorstellungen sich verbreiten werden.

Mit solchen Zielen kann die Gründung des Republikanischen Clubs Dortmund nur als ein gefährdetes und im Erfolg nicht garantiertes Experiment verstanden werden. In diesem Experiment kann die Strategie der Berliner Studenten grundsätzlich Anwendung finden: Politisierung, Herstellung von Öffentlichkeit durch Vorlage von Expertisen, Eingreifen in die Diskussion, Erzwingen von Diskussionen, direkte Aktion. Unser Experiment hat aber nur Erfolgschancen, wenn uns die Übersetzung dieser Strategie in die Dortmunder Verhältnisse gelingt, d.h. wir müssen für Dortmund adäquate Diskussions- und Aktionsformen finden.

Die bestehenden Organisationen der Linken haben bei der Mobilisierung kritischer und engagierter Bürger und der Entfachung von Diskussionen auf breitester Ebene keineswegs versagt, ganz bestimmt aber kein Optimum erreicht. In enger Zusammenarbeit mit diesen Organisationen der Linken soll der Club diese Aufgabe neu aufnehmen.

Er soll dabei nicht als neue Gruppe oder neuer Verband auftreten und von uns verstanden werden, sondern einzig und allein als Instrument und als Tribüne, als Treffpunkt und Forum.

Für eine solche Konzeption des Republikanischen Clubs Dortmund ist keine verbindliche Gesellschaftstheorie notwendig. Sie wäre dem Clubprinzip entgegengesetzt. Notwendig aber ist wohl ein gemeinsamer Demokratiebegriff, der sich in der Gegenüberstellung von formaler Demokratie und sozialer Demokratie schon lange im Sprachschatz der Linken vorfinden läßt. Dieser Demokratiebegriff fordert, daß die unvollständige Durchführung demokratischer Organisationsprinzipien - nämlich allein auf dem politischen Sektor - weitergeführt werden muß, damit nicht auch die demokratische Organisation des politischen Sektors versteinert oder entleert wird. Demokratie soll als Aufforderung verstanden werden, die Herrschaft von Menschen über Menschen in allen Bereichen unseres Lebens so rational und gering wie möglich zu machen. Ein solcher Verständnis von Demokratie macht jede für den Club verbindliche Theorie der Gesellschaft überflüssig.

Ebensowenig scheint es notwendig, daß sich der Republikanische Club Dortmund ausdrücklich zur außerparlamentarischen Opposition rechnet, weil ihm das von vornherein seinen Wirkungsbereich verkleinern könnte.

Drei Hauptfunktionen muß der Republikanische Club Dortmund also haben:

1. Er muß Treffpunkt werden für die Dortmunder Linke. Man muß dort hingehen können in der Gewißheit, interessante Leute treffen zu können, Diskussionen führen zu können, Informationen auszutauschen, Besprechungen mit Repräsentanten anderer Verbände führen zu können, Absprachen zu treffen, Zeitungen zu lesen und Nachrichten aus der westdeutschen Linken zu erhalten.

2. Der Republikanische Club muß Gelegenheit geben zur Vorbereitung von Aktionen, zur Koordinierung der Vorhaben verschiedener Einzelgruppen, zur Entwicklung und Vorbereitung neuer Aktionsformen. Der Republikanische Club braucht nach diesem Konzept selbst nicht dirigierend eingreifen und etwa ständig durch seinen Vorstand Aktionen vorbereiten, er sollte vor allem den Rahmen für diese Vorbereitung bieten und u.U. sachliche und juristische Unterstützung.

Die Organisation als Club impliziert von vornherein eine enge und untrennbare Verbindung von Theorie und Praxis, von Diskussion und Handlung. Nicht ein neues Bildungsinstitut oder eine permanente Podiumsdiskussion sollte er sein, sondern eine Tribüne, auf der die Diskussion dauernd durchsetzt ist mit der Frage: was kann in dieser oder jenen Frage unternommen werden, welche Veränderungschancen bieten sich, in welcher Form sollten wir sie wahrnehmen.

3. Diese untrennbare Verbindung von Theorie und Praxis wird selbst thematisch in den Arbeitsausschüssen des Clubs durchgeführt. In ihnen sollen die Ergebnisse der politischen und sozialen Wissenschaften erarbeitet werden, nicht mit dem abstrakten Ziel der Erarbeitung von Wissensstoff oder einer verbindlichen Theorie, sondern allein unter praktischen Aspekten. Zu einem bestimmten Problem - das die im Club Versammelten für wichtig halten - werden diese Arbeitsausschüsse zusammenkommen, werden die entsprechende Literatur durcharbeiten, diskutieren und zwar regelmäßig in einigen Abständen in der Öffentlichkeit des Republikanischen Clubs, um dann ein Paper vorzulegen oder einen detaillierten Vorschlag, welche Veränderungschancen dieses Problem bietet und wie sie wahrgenommen werden können.

Unter Umständen können neben diesen praxisbezogenen Arbeitsausschüssen, die lediglich auf detaillierte Weise Aktionen vorbereiten, andere Arbeitskreise eingerichtet werden, die im traditionellen Sinne Bildungsveranstaltungen sind. Sie sollten aber keineswegs das Übergewicht haben. Der Republikanische Club kann nicht den Ehrgeiz haben, eine zweite, bessere und linkere Volkshochschule zu werden; er sollte in diesem Fall eher versuchen, das Programm der Volkshochschule in seinem Sinne zu beeinflussen.

Themenvorschläge zur Arbeitsausschüssen liegen bereits vor:

1. Zur Frage des Neonazismus in Westdeutschland
Kann und soll die Verfassungswidrigkeit der NPD nachgewiesen werden? Wie muß man dem bevorstehenden Versuch der NPD begegnen, im Ruhrgebiet und auch in Dortmund an Einfluß unter der Arbeiterschaft zu gewinnen?

2. Entwurf einer neuen BILD-Zeitung
Wie muß eine Boulevardzeitung auf dem gleichen Niveau der sprachlichen Einfachheit geschrieben sein, was muß sie enthalten, damit sie nicht wie die BILD-Zeitung vorgegebene Vorurteilsstrukturen verfestigt?

3. Erarbeitung eines Handbuches für das Verhalten nach Abschluß der Notstandsgesetze.

4. Und wichtigster Arbeitsausschuß: Dortmunder Kommunalpolitik. Durch ihn soll erreicht werden, daß auch die Institutionen und Personen des kommunalen Parlamentarismus in unseren Versuch der Politisierung und Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit einbezogen werden.

Weil der Republikanische Club Dortmund aufgrund der angedeuteten Sachverhalte in größerem Maße als der Republikanische Berlin ein Experiment ist, müssen natürlich von vornherein einige Fehlentwicklungen bedacht werden, die, sobald sie als Gefahren erkannt sind, leichter vermieden werden können.

Der Republikanische Club könnte eine Organisation wie jede andere werden: mit gewähltem Vorstand und passiver Mitgliedschaft. Dem begegnen wir dadurch, daß die Funktionen des Vorstands von vornherein beschränkt werden auf die einer letzten Instanz bei der Garantie des politischen Konzeptes, auf die juristische Absicherung und die Öffentlichkeitsarbeit.

Die Aktivität des Clubs muß von den im Club Versammelten getragen werden, die nicht dorthin gehen, weil sie Politik konsumieren wollen, sondern weil sie im Club ein Instrument erkannt haben, um sich selbst

politische Handlungsmöglichkeiten zurückzuerobern.

Dann könnte der Republikanische Club eine Kneipe werden, in der man sein Bier links trinkt.

Er könnte auch ein Alibi für das Dortmunder Establishment werden, das sich von ihm eine Bereicherung des kulturellen Lebens erhoffen könnte.

Das kann man nur verhindern, indem ALLE aufgefordert werden, ihre Probleme aus dem Bereich der Arbeitswelt zu berichten, auszutauschen, Erfahrungen zu vermitteln, bei brisanten Dingen in der Cluböffentlichkeit zur Diskussion zu stellen mit der Bitte, gemeinsam auf Abhilfe zu sinnen. Fehlentwicklungen dieser Art können also verhindert werden, wenn einmal das Konstitutionsprinzip des Clubs - abgesetzt vom traditionellen Organisations- und Vertretungsmodell - von uns allen anerkannt und praktiziert wird:
kritische und praxisbezogene Öffentlichkeit."
Q: RC Dortmund: Diskussionsvorlage Die Aufgabe des Republikanischen Clubs Dortmund, o.O. (Dortmund) o.J. (1968); RC Dortmund: Protokoll der Gründungsversammlung des Republikanischen Clubs Dortmund, Dortmund 2.1.1968

03.01.1968:
Auf der Sitzung der Gruppe Berlin der deutschen Sektion des VS der 4. Internationale wird bekannt, dass die Berliner Gruppe Neuer Roter Turm (NRT) zwei Berufsschülergruppen gegründet habe, von denen eine an 5 Berufsschulen, die andere bei Schering (CPK-Bereich) arbeite.
Q: Deutsche Sektion der 4. Internationale: 3.1.68, o.O. (Berlin) 3.1.1968

04.01.1968:
Peter Schütt (vgl. März 1968) berichtete von Prof. Wenke (vgl. Nov. 1967, 13.1.1968), Leiter des PI:"
Er erschien Anfang Januar ein letztes Mal, in Begleitung von Kriminalbeamten in Zivil und mehreren Vertretern der Universitätsbürokratie, bevor ihn selbst der Rektor fallen ließ und der Kritischen Universität (KU, d.Vf.) erlaubte, statt der Vorlesung eine Kolloquium zum Thema 'Hans Wenke und die reaktionäre Pädagogik der Bundesrepublik' durchzuführen. Unter der Mitarbeit mehrerer Universitätsassistenten erarbeitete es in der zweiten Semesterhälfte aufschlußreiche Materialien zum Stand der politischen Bildung an den Schulen Hamburgs, für deren antikommunistische und faschistoide Ausrichtung Wenke als ehemaliger Hamburger Schulsenator mitverantwortlich zeichnet."

Schütt berichtet vom Störererlass des Rektors (vgl. 29.12.1967) und, "daß zur nächsten Wenke-Vorlesung am 4. Januar eine Schutztruppe aus Hamburger NPD-Mitgliedern anrückte, die den Rektor in letzter Minute zwang, das Auditorium Maximum zu schließen. Die empörten Studenten zogen daraufhin demonstrativ zum Rektorat und nötigten den Rektor immerhin, die 'falsche Auslegung' seiner Erklärung durch den 'Nationaldemokratischen Hochschulbund' (NHB, d.Vf.) zu bedauern."
Q: Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 382 und 385

05.01.1968:
In Berlin richtet die Aktion Sozialistische Erziehung (ASE), die über den RC erreichbar ist, einen Offenen Brief an den Schulsenator, die Volksbildungsstadträte der Bezirke, die Lehrerverbände und die Lehrerpersonalräte.

Angekündigt wird, dass die sozialistischen Erzieher mit sozialistischen Gruppen zusammenarbeiten und sich tatkräftiger mit verfolgten Kollegen solidarisieren werden.
Q: ASE: Offener Brief, Berlin 5.1.1968

Aktion Sozialistische Erziehung (ASE)
1 Berlin 15, Wielandstraße 27
(Republikanischer Klub)

Offener Brief 5.1.1968

An
den Senator für Schulwesen
die Bezirksstadträte für Volksbildung
die Vorsitzenden der Berliner Lehrerverbände
die Vorsitzenden der Lehrerpersonalräte

Die gegenwärtige gesellschaftliche Bedeutung der Berliner Schule stellt sich dar als simple Tradierung herrschender Normen. Die Übermittlung von Informationen erfolgt nur in dem Umfang, wie zur Erfüllung einer vorgegebenen gesellschaftlichen Leistung in Beruf und Konsumbereitschaft notwendig ist. Jede Form von Herrschaftswissen (Ökonomie, Betriebswirtschaftslehre, Sozialwissenschaften, Psychologie, Statistik u.a.) wird vorenthalten. Die Schulstruktur ist hierarchisch und autoritär wie die der Polizei- und Wehrverwaltungen. Die Übermittlung des traditionellen Bildungskanons ist irrational organisiert und schichtenspezifisch im Sinne der Reproduktion der Klassengesellschaft wirksam.

Unsere Ziele sind:

Das im Grundgesetz (Art. 2,1) garantierte Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit durch ein Schulsystem zu gewährleisten, das Leistung und Wissen als Mittel zur Befreiung aller von den Zwängen der Klassengesellschaft interpretiert.

Die Förderung kritischer Vernunft im Sinne einer emanzipatorischen gesellschaftlichen Entwicklung, die wir nur als eine Entwicklung zum Sozialismus verstehen können und die eine Politisierung der Schule voraussetzt.

Die Überwindung von Zwängen in der Schulpraxis, die wir als ernst genommene Demokratisierung verstehen.

Die konkrete Anwendung der Erkenntnisse der modernen empirischen und kritischen Sozial- und Humanwissenschaften und der Organisationswissenschaften zur Veränderung der Schulpraxis.

In der Berliner Schule sind in letzter Zeit Lehrer, die eine derartige pädagogische Konzeption vertreten, d.h. also aufklärerisch und emanzipatorisch tätig waren, diszipliniert worden. Die Disziplinierungsmaßnahmen reichen von der Diffamierung durch Kollegen und Schulleiter über die Dienstversetzung bis zur Relegation. Lehrer und Erzieher aller Ausbildungsstätten werden solange gemaßregelt, bis sie sich der bürgerlichen Vorstellung von Schule als einer Anstalt der Harmonie, des Gemeinschaftsgeistes, der Ordnung und des Vertrauens angepaßt haben.

In dieser Situation sind die gemaßregelten Lehrer enttäuscht über den Mangel an Unterstützung durch den Schulsenator, die Bezirksstadträte, die gesetzlichen Personalvertretungen und die Lehrerverbände, die sich offensichtlich als Verteidiger einer heilen, funktionstüchtigen pädagogischen Provinz begreifen. Der BVL z.B. beschäftigt sich mit vereinsinternen Querelen und lehnt die Unterstützung einer aus politischen Gründen relegierten Lehrerin im Privatschuldienst ab mit der skandalösen Begründung, die Kollegin sei nicht Mitglied im BVL. Der Schulsenator und die Stadträte für Volksbildung sind dem Druck der Parteien mit ihren ungeheuerlichen Beschlüssen in Sachen Gottschalch anscheinend widerstandslos ausgeliefert. Die Personalräte verstehen sich gemäß dem Personalvertretungsgesetz (§ 54,1) als Organe, die "alles zu unterlassen" haben, "was geeignet ist, die Arbeit und den Frieden der Dienststelle zu gefährden."

Die sozialistischen Erzieher werden sich deshalb tatkräftiger als zuvor solidarisch erweisen, um einzelnen Kollegen Rückhalt zu geben. Sie werden alle disziplinarrechtlichen und strafrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um dem massiven Druck von Disziplinierungsversuchen zu begegnen.
Sie werden mit kritischen Schülergruppen zusammenarbeiten und fordern den Senator für Schulwesen auf, sein diesbezügliches Verbot zurückzuziehen.
Sie werden sich nicht an Geheimhaltungsvorschriften betreffend Konferenzinhalte halten und fordern Öffentlichkeit der Schulkonferenzen.
Sie werden mit sozialistischen Gruppen zusammenarbeiten, insbesondere mit den ad hoc-Gruppen an den Universitäten, den kritischen Sozialarbeitern und Basisgruppen.
Sie werden Aktionen zur Demokratisierung der Schule unterstützen und weitere Maßnahmen vorbereiten, um den Abbau autoritärer Strukturen beschleunigt herbeizuführen.

07.01.1968:
Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Ruegg, verfasst, laut AStA der FU Berlin, der diesen als Flugblatt verbreitet, einen Brief "Zur Motivation der 'Godesberger Rektorenerklärung' und deren Verhältnis zur Westdeutschen Rektorenkonferenz".
Q: AStA FU: Nichtöffentlicher Brief…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Nichtöffentlicher Brief des Präsidenten der Rektorenkonferenz gefunden und verbreitet vom Allgemeinen Studentenausschuß der Freien Universität.

A b s c h r i f t

Westdeutsche Rektorenkonferenz - Der Präsident -

Bad Godesberg, den 7. Jan. 1968

Zur Motivation der "Godesberger Rektorenerklärung" und deren Verhältnis zur Westdeutschen Rektorenkonferenz

1. Obwohl die Öffentlichkeit seit dem verhängnisvollen 2. Juni 1967 eine gemeinsame Stellungnahme der westdeutschen Universitäten zur hochschulpolitischen Lage erwartet, hat die Westdeutsche Rektorenkonferenz bisher äußerste Zurückhaltung in öffentlichen Kundgebungen geübt. Sie hat stattdessen versucht, mit konkreten Vorschlägen die verschiedenen gesellschaftspolitischen Kräfte zur Zusammenarbeit zu veranlassen.
   a) Mit einem Schreiben vom 20.9.1967 habe ich die Parteien aufgefordert, ihr Verhältnis zu ihren Studentengruppen zu reformieren, um der politisch engagierten akademischen Jugend eine Möglichkeit zu politischer Wirksamkeit zu geben, und mit dem Präsidium der Westdeutschen Rektorenkonferenz in eine Diskussion über das "politische Mandat der Studentenschaften" einzutreten.
   b) Mit konkreten Empfehlungen zur Studienreform und Berichten über deren Fortgang hat die Westdeutsche Rektorenkonferenz, zusammen mit der Kultusministerkonferenz und dem Verband Deutscher Studentenschaften, versucht, diejenigen Ursachen der Unruhen zu beseitigen, die in den Studienverhältnissen der Massenfächer liegen.
   c) Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat mit Erfolg auf die Reform des Deutschen Studentenwerkes gedrängt, um künftig sozialpolitischen Gründen von Unruhen vorzubeugen.
   d) Die Erfahrung ausländischer Universitäten mit Studentenunruhen wurden beigezogen, um möglicherweise noch nicht erkannte Ursachen aufzudecken.
2. Die mit diesen Arbeiten verbundenen Hoffnungen erfüllten sich nicht:
   a) Die Parteien reagierten auf meine Warnungen und Vorschläge mit unverbindlichen Äußerungen.
   b) Die systematischen Provokationen lähmen im Wintersemester an mehreren Universitäten die sachliche Zusammenarbeit von Lehrenden und Lernenden bei der Durchführung der Studienreformen..
   c) Noch werden die Provokationen getragen von Studierenden, die nicht aus materieller Not, sondern aus Überdruß gegen die Wohlstandsgesellschaft protestieren. Wenn sich aber in der nächsten Zeit die soziale Lage der Studierenden nicht durch entschlossene Anpassung der Förderungsmaßnahmen und durch energische Selbsthilfe der Studentenschaften verbessert, werden die Provokationen durch soziale Unzufriedenheit potenziert werden.
   d) Die ausländischen Erfahrungen deckten einheitliche Muster der Provokationsmethode und Übereinstimmung in den Provokationszielen auf, nämlich die Einleitung des gesellschaftlichen Umsturzes durch Lähmung des Universitätsbetriebes, Vernichtung der Freiheit von Forschung und Lehre, Zerstörung von Kooperationsorganen und rechtstaatlichen Normen, Ersatz von Leistungsqualifikationen durch

b.w.

egalitäre Plebiszite. Die ausländischen Erfahrungen gaben jedoch keine Ratschläge zur Bewältigung der Unruhen, da sich überall die Autoritäten nur repressiv verhalten haben.

3. Staat und Gesellschaft entziehen sich durchaus der notwendigen Besinnung. Sie lassen kaum Unbehagen darüber erkennen, daß die Universität als eine der Institutionen dieser Gesellschaft in die Rolle des Sündenbocks gedrängt wird. Sie sind weitgehend blind dafür, daß über kurz oder lang alle Institutionen der Gesellschaft (z.B. Kirchen, Gerichte, Parteien, Parlamente) in die gleiche Rolle geraten werden, wenn es den Provokationen gelingt, die Universität einem politischen Rätesystem zu unterwerfen.
Schon nähern sich Staat und Verwaltung dem Gedanken, für die Universitäten ein solches Rätesystem gesetzlich zuzulassen. Man beginnt vor quantitativen Repräsentationsforderungen zu kapitulieren, als ob die Reform der Universitäten davon abhänge, mit welchen Prozenten die Mitglieder der wissenschaftlichen Korporation in den Organen vertreten sind.
Die Grenze aber ist erreicht, wenn die sog. "Drittelpartei" von Lehrstuhlinhabern, Mittelbau und Studenten überhaupt ernstlich diskutiert wird.

. Der Versuch, in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts sich die Reform der Universitäten von der Einführung einer Klassenrepräsentation zu versprechen, ist anachronistisch. Personengruppen in der Körperschaft werden in völliger Verkennung des Universitätszwecks und des daraus folgenden Verhältnisses von Qualifikation und Verantwortung als "Klassen" bezeichnet, deren "Interessen" durch "Schachtelparität" gegeneinander auszugleichen wären.

4. Alle quantitativen Reformen und insbesondere die sog. "Drittelparität
- entwickelt die zu beseitigende Funktionsschwäche der Universitäten zur Funktionsunfähigkeit;
- lähmt den Zusammenhang von Forschung und Wirtschaft;
- gefährdet die verfassungsrechtlich geschützte Freiheit von Forschung und Lehre.

Ein auf wissenschaftlichen Nachwuchs und Ergebnisse von Forschung angewiesener Staat kann auf die Funktionsunfähigkeit von Universitäten nur durch Erfüllung der Forschungsbedürfnisse außerhalb der Universität und durch Rückführung der Universitäten aus wissenschaftlichen Korperschaften von Forschern, Lehrenden und Lernenden in staatlichen Berufsschulen antworten. Damit müßte aber der für die Wohlfahrt einer freien Gesellschaft lebensnotwendige Prozeß selbstverantwortlicher Forschung und Lehre abbrechen.

5. Da die Verfassungen der Universitäten und der Westdeutschen Rektorenkonferenz eine rasche Beschlußfassung über gemeinsame Äußerungen der Universitäten nicht erlauben, haben es die Rektoren der in der Westdeutschen Rektorenkonferenz vereinigten wissenschaftlichen Hochschulen in verschiedenen Beratungen unternommen, ihre persönlichen Vorstellungen von der Universität in einem demokratischen Staat gemeinsam zu formulieren. Sie fühlten sich dazu berechtigt und verpflichtet weil sie, obgleich im Zentrum der Provokationen, die Ordnung ihrer Universitäten und das Zusammenwirken aller ihrer Glieder öffentlich zu verantworten haben und weil sie nicht gewillt sind, Provokation mit Repression zu beantworten. Die am 6.1.1968 bei der Schlußsitzung in Bad Godesberg anwesenden oder vertretenen 26 Rektoren haben die beiliegende "Godesberger Rektorenerklärung zur Hochschulreform" unterzeichnet. Den übrigen Rektoren ist eine Zeichnungsfrist offengehalten worden.
Das Präsidium der Westdeutschen Rektorenkonferenz hat sich der Rektorenerklärung einstimmig angeschlossen und wird in der Zukunft auf ihrer Grundlage arbeiten.

Bad Godesberg, den 7. Jan. 1968 gez. Rüegg

08.01.1968:
Der Republikanische Club (RC) Dortmund (vgl. 2.1.1968, 26.1.1968) gibt seine 'RC-Informationen' Nr. 2 (vgl. 1.2.1968) mit einer Seite DIN A 4 heraus:"
Die Gründung des Republikanischen Clubs Dortmund hat eine weit stärkere Resonanz gefunden, als erwartet wurde. Die Gründungsversammlung wählte zum 1. Vorsitzenden Max von der Grün, zu seinen Stellvertretern Heidrun Fuchs und Peter Rath. Bis zur räumlichen Etablierung des Clubs bitten wir, den Schriftwechsel unter folgender Anschrift zu führen:
Republikanischer Club
c/o Peter Rath
46 Dortmund
Hohe Str. 69
Außerdem möchten wir Ihnen mitteilen, daß wir ein Bankkonto eröffnet haben:
Kto.: 310
Bank für Gemeinwirtschaft Dortmund, auf das wir um die Überweisung der Mitgliedsbeiträge und Spenden bitten.

Der Republikanische Club ist eine politische Notwendigkeit für Dortmund. Wenn Sie dem zustimmen, bitten wir Sie nicht nur um Ihre Mitarbeit, sondern auch um kräftige finanzielle Unterstützung."
Q: RC Dortmund: RC-Informationen Nr. 2, Dortmund 8.1.1968

08.01.1968:
An der FU Berlin stellt sich, laut einer handschriftlichen Datierung heute, der Arbeitskreis "Intellektuelle Psychosynthese" der Kritischen Universität (KU) vor und betont: "Wir sind der Meinung, daß die thetiach-antithetische Konfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus analytisch-synthetisch überwunden werden kann!".
Q: Arbeitskreis Intellektuelle Psychosynthese: Arbeitskreis 'Intellektuelle Psychosynthese', O. O. (Berlin) O. J. (1968)

8.1.68

Arbeitskreis

" Intellektuelle Psychosynthese "

Meldungen: Im AStA der FU, Abt. Kritische Universität

Kommilitonen!

Der Arbeitskreis "Intellektuelle Psychosynthese" hat sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, bewußtseinsintegratorisch tätig zu werden. Die in Ansätzen bestehende studentische Solidarisierung soll bewußt vorangetrieben werden. In der umfassenden Solidarisierung sieht der Arbeitskreis das gegenwärtig wirksamste Mittel des politischen Kampfes. Die Ablehnung des politischen Mandates durch die herrschende Rechtsordnung beruht allein auf der Interpretation der in der Universitätssatzung bestehenden Rechtsvorschriften. Die Rechtsverbindlichkeit des Gerichtsspruches enthebt uns aber nicht der Möglichkeit selbst die Voraussetzungen für das politische Mandat zu schaffen, die von der herrschenden Rechtsordnung niemals geschaffen werden, da diese nie schöpferisch tätig wird.

Es bestehen gegenwärtig starke politische Tendenzen, den Solidarisierungsprozeß aufzulösen. Der Arbeitskreis sieht in diesen Bestrebungen kollektive reaktionär-destruktive Strukturen, die schöpferische Entfaltung gesellschaftlicher Kräfte im Keime ersticken wollen, um den staatlichen Integrationsmechanismus zu befriedigen, der ein kollektiver Angstmechanismus ist.

Um die Realisierung unserer Forderungen optimal voranzutreiben, empfehlen wir desintegratorisches Bewußtsein gegenüber herrschendem Wertbewußtsein und integratorisches Bewußtsein innerhalb der Studentenschaft. Wir fordern die Negation der Identifikation mit herrschendem Wertbewußtsein, da der Mechanismus der Identifikation unkritisch ist. Er führt zur kollektiven Übernahme reaktionär-destruktiver Strukturen. Diese Strukturen müssen verdrängt werden! Suchen Sie den politischen Dialog mit den Kommilitonen!

Tauschen Sie ihre Meinungen und ihr politisches Tatsachenwissen aus,und werden Sie vor allem initiatorisch tätig bei der Organisation politischer Versammlungen innerhalb der Studentenschaft. Noch nicht bekannte Mißstände personeller und sachlicher Art sollen möglichst von jedem Studenten bekanntgemacht und in die politische Diskussion miteinbezogen werden.Hierdurch werden Kriterien gemeinsamer politischer Aktionen erarbeitet,die sowohl maßgebend für studentisches Bewußtsein,wie für die politische Einflußnahme auf die Öffentlichkeit werden.

Wir fordern die totale Negation des Militarismus sowohl in den kapitalistischen als auch in den kommunistischen Ländern!Der Militarismus wird als ein reaktionär-desruktiver Mechanismus zur Errichtung und Erhaltung von Machtposition aufgefaßt.Dieser Mechanismus muß ein für alle Male beseitigt werden!An seiner Stelle verlangen Wir die verstärkte intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Kommunismus!

Wir sind der Meinung,daß die thetisch-antithetische Konfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus analytisch-synthetisch überwunden werden kann!

Der Arbeitskreis

09.01.1968:
In Berlin, vermutlich in Neukölln, tagt das Polit-Kollektiv vermutlich der SJD Die Falken, und diskutiert das Veranstaltungsprogramm für den Januar und Februar.
Q: Sizung des Polit-Kollektivs vom 9. Januar 1968, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

SIZUNG DES POLIT-KOLLEKTIVS VOM 9. JANUAR 1968

anwesend waren Hans Haagen, Kai Dieckmann, Günther Faschkuhn, Michael Fschner, Hans Kriszun, Dagmar Kahl, Willy Mitelstaedt, Jakob Schütz.

neu hinzu kam: Andreas Hallbauer 1-44 Elbestraße 32 68 22 64

Punkt 1 Der che-guevara-film wird auufgeführt. Kosten: 1oo dm

punkt 2 weiteres januar-programm

15. januar "brennende Ruhr" - steht

2o. januar "neofaschismus in der bundesrepublik" es kommen Strecker, Gottschalch, Hameister außerdem sollte Hans Kriszun VVN-Leute kontakti

27. januar Günther verlas einen brief aus dem rathaus, aus dem hervorging, daß Schütz zum vorgesehenen ter nicht in berlin sein wird. Das Interview fällt also vorläufig aus.
Dafür wollen wir Sickert zu einem gespräch einl Falls das nicht klappt, wollen Hans Kriszun und Andreas Hallbauer ein programm über die berline wirtschaftssituation vorbereiten.

punkt 3 februar-programm

3. februar zum Vietnam-Kongress soll ein vietnam-abend veranstaltet werden.
Willy hat eine vietnam-ausstellung organisiert Es sollen an diesem abend US-filme und FNL-film gezeigt werden.
Günther und Jakob werden eine Montage ausarbeit Zu einem Gespräch sollen Semmler, Preßmer und Frör gebeten werden.

1o. februar an geblicher termin der vietnam-veranstaltungen Deshalb wurde vorgeschlagen, den club an diesem abend gesclossen zu halten.

17. februar SC-programm - wir sind lediglich gastgeber

24. februar spanien-abend - wir sind wiederum gastgeber, wollen aber noch versuchen, den film "sterben für madrid" an diesem abend aufzuf hre

punkt 4 märz-programm

vorshläge: emanzipation der frau
politisches theater Andreas versprach einen vergleich Becket-Brecht zu besorgen.
Stolzenberg von der Freien Volksbühne soll zu diesem programm eingeladen werden.

punkt 5 vollversammlu g

Der vorschlag, den club donnerstags zu schließen und daft sonntags zu öffnen, wurde in einer kollektivinternen abstimmung bei stimmgleichheit abgelehnt

11.01.1968:
Der SDS Tübingen rief mit einem Flugblatt "Vietnam-Vorlesung" auf zur heutigen kritischen Gegenveranstaltung.
Q: SDS: Vietnam-Vorlesung, Tübingen o. J. (1968)

VIETNAM - VORLESUNG

VIETNAM-VORLESUNG ALS KRITISCHE GEGENVERANSTALTUNG AM DONNERSTAG UM 10 hct IM HÖRSAAL SCHLACHTHOF.

Tübinger Studentenwerk 10.1.68

Allgemeiner Studentenausschuß GESEHEN Datum: 10.1.68 Tübingen

General Earle Wheeler (Vorsitzender des gemeinsamen Stabes der US-Streitkräfte) : Die USA werden noch mindestens bis Ende dieses Jahrhunderts in Asien militärisch engagiert sein. (WELT, 17.5.1967)

Jean Paul Sartre: Es gibt nur zwei Möglichkeiten für die Amerikaner : aus Vietnam abzuziehen oder alles zu zerstören.

Joan Paul Sartre:
Wenn die Amerikaner den Vietnamesen illusorische 'Chancen' anbieten, dann nur deswegen, weil sie keine Wahl haben, denn sie werden nicht darauf verzichten, in Vietnam zu bleiben. Für eine imperialistische Macht ist Völkermord die einzig mögliche strategische Antwort - ich sage nicht taktische - auf den Widerstand einer Bevölkerung, die ausnahmslos im Kampf steht.
...
Vielleicht wußten einige Amerikaner, selbst in Regierungskreisen, das nicht, als sie sich in Vietnam engagierten. Aber sie können das heute nicht mehr von sich weisen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten für sie: Abzug oder gänzliche Zerstörung. Die amerikanische Regierung weiß das, und ihr vielleicht größtes Verbrechen ist es, die Öffentlichkeit zu belügen, und ihr die logische und unausweichliche Konsequenz der Politik, die im Namen der Amerikaner geführt wird, zu verbergen...
Die amerikanischen Verbrechen in Vietnam zielen auf Dutzende neuer Verbrechen ab, die die USA überall dort, wo ihre Hegemonie in Frage gestellt wird, bereit sind zu begehen.
Das amerikanische Volk weiß das nicht, weil man es belügt, weil man es glauben macht, daß die amerikanische Flagge überall zur Verteidigung der Freiheit weht. Deswegen begreift es nicht den Haß, der überall in der Welt, wo Menschen für ihre Freiheit kämpfen, gegen das amerikanische Volk wächst.

(Aus: Nouvel Observateur, Dezember 1967)

VIETNAM-VORLESUNG am DONNERSTAG, den 11.Januar 1968 im HÖRSAAL SCHLACHTHOF 10 h ct

Themen:
a) Beispiele für die Kriegsauswirkungen in den USA
b) Rüstungswirtschaft - Armut - Rassenproblem

Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Tübingen

11.01.1968:
An der FU Berlin sagt der AStA den für morgen versehentlich angekündigten Vortrag über Themen der Sexualität ab. Der nächste Vortrag finde erst am 19.1.1968 statt.
Q: AStA FU: Liebe Kommilitonen, Berlin 11.1.1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

Berlin 33, 11. Jan. 19
Garystr. 2o
Tel.: 76 9o 2246

Liebe Kommilitonen!

Versehentlich ist in dem Heft "Politik und Bildung" für den 12. Januar eine Veranstaltung "Vorträge über Themen aus dem Bereich der Sexualität" angekündigt worden. Dieser Vortrag findet nicht statt.

Die nächsten Termine für die Vorträge sind:

19. Januar 1968, 19.oo Uhr s.t. Raum 1o2, Wi-So Fakultät
"Empfängnisverhütung"

26. Januar 1968, 19.oo Uhr s.t., Raum 1o2, Wi-So Fakultät
"repressive und nicht-repressive Sexualerziehung

gez. Barbara Witt

11.01.1968:
An der FU Berlin rufen die Studentenvertretungen der Math.-Nat. Fak und der Phil Fak sowie die ad-hoc-Gruppe am OSI mit einem Flugblatt zur Disputation zwischen Gottschalch und Löwenthal am Abend auf.
Q: SV Math.-Nat., SV Phil Fak., ad-hoc-Gruppe OSI: Lehrfreiheit, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

LEHRFREIHEIT

Lehrfreiheit an der FU
nur für Anhänger der
Verfassungswirklichkeit

PROF LÖWENTHAL:

"Ich (habe) in einer Vollversammlung des Otto-Suhr-Instituts dem Vorschl der Erteilung eines Lehrauftrags an Professor Gottschalch von der Pädago gischen Hochschule mit der Begründung widersprochen, daß ich nicht überzeugt bin, daß Herr Gottschalch auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung steht." (ausdrücklich spricht Löwenthal nicht vom Boden der Verfassung!) nach Tagesspiegel 5.12.67, vgl. dazu Info-Die nst der Fachschaft des OSI vom 5.12.67.

Anlaß dieser Äußerung war u.a.

PROF GOTTSCHALCHS

Diskussionsbeitrag auf der Gründungsversammlung der KU. Dort sagte er u.a:

"Die Tatsache, daß im demo-autoritären System der Bundesrepublik politische Macht auf ökonomischer Macht und diese auf Kapitaleigentum beruht - gleiches gilt auch für die anderen bürgerlichen Demokratien - schließt ein, daß in ihr stets faschistische Komponenten und Tendenzen wirksam si

"Eine weitere Konsequenz ergibt sich aus der kapitalistischen Basis des demo-autoritären Systems in der Bundesrepublik: So wie formierter Kapitalismus latenter Faschismus ist, so ist formierter Kapitalismus nicht denkbar ohne Imperialismus und Imperialismus nicht denkbar ohne Terror gegen jene Völker, die sich von imperialistischer Ausbeutung befreien wollen. Daraus entspringt die politische Solidarität der Herrschenden in der Bundesrepublik mit den Herrschenden in den Vereinigten Staaten von Ameri in England, Frankreich und anderswo. Nur so wird es verständlich, wenn d Herrschenden hier so empfindlich reagieren, wenn hierzulande Demokraten gegen den Völkermord in Vietnam, gegen den Terror in Persien und anderswo protestieren. Ihre empfindlichen Reaktionen bestätigen die Solidarität d Herrschenden."

(Ein Teilabdruck des Referats findet sich im FU-Spiegel Nr. 61)

Warum reagiert Löwenthal so empfindlich, wenn ein Professor die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik beim Namen nennt?

Warum liefert Löwenthal Munition für das Disziplinarverfahren gegen Gottschalch?

Will sich Löwenthal mit den Herrschenden dieser Stadt solidarisch zeigen?

Heute abend Disputation zwischen Löwenthal und Gottschalch

Donnerstag 19.30 Uhr im Otto-Suhr-Institut
(Ihnestraße 21)

HEUTE

Studentenvertretung PhilFak
Studentenvertretung MathNat
ad-hoc-Gruppe am Otto-Suhr-Institut
H.-J. Funke Günter Schmidt

11.01.1968:
Der AStA der Universität Göttingen gibt seine 'Göttinger Nachrichten' (GN) Nr. 9 (vgl. 5.12.1967, 18.1.1968) heraus mit dem Leitartikel "Wird der Senat politisch? Reformkommissionen nahmen die Arbeit auf".

Weitere Artikel sind:
- "Du mit uns" zu den Studentenparlamentswahlen (StPW);
- "Lehrfreiheit - eine absolute Größe? Dr. Helfer und die jungen Soziologen";
- "Kein Geld für eine Studienreform. Erhöhung der AStA-Beiträge unvermeidbar";
- "WRK wird aktiv";
- "Und Friede auf Erden… Rudis sozialistische Weltbescherung" zu den Vietnamdemonstration an Kirchen in Berlin und Hannover zu Weihnachten;
- "GN am Telefon: Assistenten: Zweckallianzen mit den Studenten";
- "Taktischer Erfolg des Studentenrates";
- "Meldungen und Meinungen" von Dieter Mützelburg;
- "Wie es ihnen gefällt. Die seltenen Wahlpraktiken der WiWi's";
- "Juristen wachen auf…";
- "Studentenpresse links und rechts. 'gn' auf der Anklagebank";
- "Rebellen, Demonstranten und Studenten. Bücher zur Hochschulrevolte";
- "Kurzkommentar. Hier irrt die Kirche";
- "So wählten die anderen. Berlin, München, Marburg… und Göttingen?" zu den Studentenparlamentswahlen (StPW);
- "Briefchen von 'Franz'. Diffamierung oder Sylvesterscherz" zur Denunziation des AStA-Vorsitzenden als DDR-Agenten;
- "Spätzchens Waschzettel";
- "Über die Mauer mit euch. Vietcong-Sammlung erfolgreich - Empörung der Bürger" zur Vietnam-Sammlung des SDS in der Innenstadt;
- "Was geht in Südamerika vor?"; sowie
- ein Leserbrief "Antifaschismus - hilflos?".
Q: Göttinger Nachrichten Nr. 9, Göttingen 11.1.1968

12.01.1968:
In Berlin verfassen der AStA der FU, die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK), die Studentenvertretung der TU, der SHB, die SJD Die Falken, der VDS, der SDS, die Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft (GSG), die Kampagne für Demokratie und Abrüstung (KfDA) und der 3. Welt-Arbeitskreis des RC eine Presseerklärung zu dem heute beginnenden Strafverfahren gegen 16 Demonstranten wegen der Proteste gegen den Film 'Africa Addio'. Gefordert wird die Einstellung der Verfahren.
Q: AStA FU et al.: Presseerklärung, Berlin 12.1.1968

E0702

PRESSE ERKLÄRUNG

Im August 1966 haben junge Arbeiter und Studenten nach einer Vorführung des Filmes "Africa Addio" ihrer Empörung über die in diesem Film betriebene Rassenhetze in einer spontanen Demonstration Ausdruck gegeben.

Die Polizei griff willkürlich 16 Demonstranten heraus und übergab sie dem Staatsanwalt, der sie wegen Auflaufs anklagte. Seit dem 12. Januar 1968 stehen sie vor dem Richter.

Als Anfang der 50er Jahre Studenten und Arbeiter gegen die Aufführung von Filmen des "Jud-Süß-Regisseurs" Veit Harlan protestierten, wagte die Staatsgewalt es noch nicht, die Demonstranten zu maßregeln und als Kriminelle zu behandeln. Alle Welt wußte, welche Bedeutung der Film "Jud Süß" bei der Vorbereitung der Vernichtung der Juden in Europa spielte.

Die Rassenhetze gegen die afrikanischen Völker bereitet die Massen in den Metropolen psychologisch auf die gewaltsame Niederschlagung der beginnenden nationalen und sozialen Befreiungskämpfe in Afrika vor.

Indem der Westberliner Senat und die Westberliner Justiz die Aufführung des Films "Africa Addio" schützt und die Demonstranten bestraft, leisten sie einen Beitrag zur Unterwerfung der Befreiungsbewegung in der dritten Welt.

Aus wohlerwogenen politischen Gründen wurden damals die Demonstranten gegen Veit Harlan nicht verfolgt. Aus politischen Gründen werden heute Demonstranten gegen antiafrikanische Rassenhetze verfolgt. Darüber kann auch nicht die Tatsache täuschen, daß die Verfolgung in eine scheinbar unpolitische Anklage gekleidet wird.

Die Unterzeichneten solidarisieren sich mit dem Befreiungskampf der 3. Welt und deshalb auch mit den angeklagten Demonstranten.

Eine besondere Herausforderung ist die Tatsache, daß sich die Demonstranten von einem Richter verantworten müsses, der seit 1936 bis zum Ende des Hitlerregimes Mitglied der NSdAP und anderen nazistischen Organisationen war; der sich durch den Beitritt zu diesen Organisationen ausdrücklich zum nationalsozialistischen Rassismus bekannt hatte.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Strafverfahren.

AStA der FU, Internationale der Kriegsdienstgegner, Studentenvertretung der TU, Sozialdemokratischer Hochschulbund, Sozialistische Jugend Deutschlands, Verband Deutscher Studentenschaften - Landesverband Berlin -, Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft, Kampagne für Abrüstung, 3. Welt - Arbeitskreis des Rep.Clubs -

12. Januar 1968

12.01.1968:
An der FU Berlin gibt der AStA seine 'Information' Nr. 6 heraus zur Möglichkeit, Karten für Ostberliner Theater an der Theaterkasse der FU zu erwerben. Zu den dort aufgeführten Stücken gebe es einen Arbeitskreis im Studentendorf der FU.
Q: AStA FU: Information Nr. 6, Berlin 12.1.1968

E0702

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

Berlin 33, 12. Jan.
Garystr. 2o
Tel. 76 9o 2246

Information Nr. 6

Alle westdeutschen und ausländischen Theaterfreunde, die es noch nicht wissen sollten, seien darauf hingewiesen, daß sie dienstags zwischen 12.3o bis 14.oo Uhr vor der Theaterkasse der FU, Ihnestr. 22, Kellergesch sukzessive für Ostberliner Theater Karten erhalten können. Pro Woche werden 8 bis 14 Tage im voraus Karten für 1 bis 2 Aufführungen angeboten.

Gegenüber dem Vorjahr werden die Theaterbesuche unter etwas veränderten Bedingungen organisiert:

1. Die Ausgabe der 5,-- DM-Umtauschbescheinigungen und damit der Treffpunk des Kellektivs, das ein Theater besucht, ohne zusätzlich DM 5,-- umtauschen zu wollen, wird um 15 Minuten verschoben. Nach der Einreise-Kontrolle sind Sie der Gruppe entbunden.

2. Die Möglichkeit, um auf postalischem Wege Karten für Ostberliner Theate zu erhalten, wird durch Einzahlung von DM 5,6o (incl. Programmheft, Garderobe, Kulturfonds) auf das Konto Bln West Nr. 22 39 36 von freitags auf donnerstags vor dem Vorverkausftermin vorverlegt. Die Karten werden 3 Tage vor der Aufführung abgeschickt.

3. Programmveränderungen werden Ihnen schriftlich bzw. auf dem Bahnsteig des S-Bahnhofs Friedrichstraße, dem Treffpunkt der Gruppe, mitgeteilt.

4. Unregelmäßigkeiten, in Bezug auf Kartenbeschaffung werden durch eine innere Umorganisation garantiert ausgeschaltet. Allerdings wird es nich mehr möglich sein, durch Selbstverschulden nicht in Anspruch genommene Karten zu ersetzen.

5. Ein Arbeitskreis, der sich mit Stücken beschäftigt, die zur Zeit in Ost-Berliner Theatern aufgeführt werden, hat sich im Studentendorf der FU, Potsdamer Chaussee 31-33, gegründet. Er tagt unterschiedlich in West- und Ostberlin gegen Voreinsendung von frankierten Briefumschlägen wird Ihnen das jeweilige Programm des Arbeitskreises zugeschickt.

Lutz Hahnenkamp
1 Berlin 38, Potsdamer Chaussee 31-
Haus 4/2o5
Tel.: 84.32.71/App. 41

13.01.1968:
Peter Schütt (vgl. März 1968) berichtete von Prof. Wenke (vgl. 4.1.1968), Leiter des PI, und fährt fort:" Auf dem Höhepunkt der Kontroverse um Wenke griff Hamburgs Startheologe, Prof. Helmut Thielicke, mit einer sofort in der Springerpresse im vollen Wortlaut abgedruckten Solidaritätsadresse für seinen 'zu Unrecht verleumdeten Kollegen' ein … Im Stil des Springerkommentators William S. Schlamm hatte er die Aktionen des SDS mit 'faschistischen Terrormethoden' gleichgesetzt und damit nur die Aufmerksamkeit seiner Kritiker auf seine eigene braune Vergangenheit als SA-Mitglied und theologischer Rechtfertiger der nazistischen Kriegspolitik gelenkt. Thielicke unterbrach aus Protest gegen die 'gossenhaften Frechheiten' der Studenten seine Hauptvorlesung, verzichtete aber nicht auf seine regelmäßigen 'akademischen Predigten' in der Hamburger St. Michaeliskirche. Am 13. Januar wurde er nach dem Gottesdienst, …, zu einer öffentlichen Aussprache aufgefordert; er antwortet von der Kanzel herab, mit einem neuen Zornesausbruch und befahl darauf dem Organisten, alle Ansätze zu einer Diskussion in der Kirche mit Bachorälen zu übertönen. Erfühlte sich offenbar sicher, hatte er doch in einem eigenmächtigen Vorgriff auf die Notsandsgesetze (NSG, d.Vf.) siebzig Bundeswehrsoldaten als 'beruhigende Elemente' zu seinem Schutz bestellt; eine Maßnahme, gegen die zahlreichen Studentenverbände, kirchliche Kreise und sogar einige Bundeswehrangehörige vergeblich protestiert haben, die aber von der Bundesregierung und dem 'Verteidigungsministerium' trotz einer Anfrage der FDP in keiner Weise mißbilligt wurde!"
Q: Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 382; Hamburger Extrablatt Nr. 1, Hamburg 25.1.1968, S. 3

Prozeß um „Pension Clausewitz" wieder aufgerollt

„Mein Puff war kein Spionage-Bordell!"

Der Inhaber der berüchtigten Berliner „Pension Clausewitz", der Hamburger Kaufmann Hans Helmke, will seinen Landesverratsprozeß wieder aufrollen, der in den ersten Monaten des Jahres 1966 Schlagzeilen machte. Er begann jetzt mit einer Klage gegen das Verlagshaus Axel Springer und Sohn sowie drei Redakteure dieses Hauses.

Für die ihm „durch die Berichterstattung in der BILD-Zeitung entstandenen vermögensrechtlichen und nicht vermögensrechtlichen Schäden" verlangt er 16 000 DM, außerdem Ersatz für den Schaden an seinen anderen Geschäften.

„Der Rufmord in BILD hat meine „Victoria Trading Company" und meine Detektei „New York Press Agency" völlig kaputt gemacht. Niemand wagt mehr Geschäfte mit mir. Der jährliche Schaden beläuft sich auf über 300 000 DM."

„Hohe Politiker im Spionage-Bordell", „Bordell-Chef traf sich mit Agenten", „Bordell-Wirt hatte geheime Gästeliste" hießen damals die Schlagzeilen der Boulevardzeitung mit 4 Millionen Auflage.

Helmke: „Völlig aus der Luft gegriffen. Mein Puff war kein Spionage-Bordell." In selbstverständlichem Ton gibt er zu, daß er in seiner „Pension Clausewitz" „Mädchen laufen" hatte. Seine Verurteilung wegen Kuppelei zu 3 000 DM Geldstrafe sieht er als angemessenes Geschäftsrisiko an.

Zu sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung aufgrund des auch unter Rechtswissenschaftlern heftig umstrittenen Paragraphen 100 e des Strafgesetzbuches war Helmke wegen landesverräterischer Beziehungen verurteilt worden.

Das Gericht: Helmke hatte Beziehungen zu einem Ost-Berliner Major des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Helmke: Er habe auf der Leipziger Messe Beziehungen zu Dr. Winkelbauer geknüpft, der sich als Privatdozent der Humboldt-Universität und Fachmann für Patentfragen vorgestellt habe. „Mir wurden im Urteil eigensüchtige Motive vorgeworfen, weil ich in Ost-Berlin wirtschaftliche Beziehungen zu Ostblockländern anknüpfen wollte. Selbst das Gericht warf mir nicht vor, nachrichtendienstliche Aufträge erledigt zu haben."

Helmke bezieht sich weiter auf einen Ausspruch des Generalbundesanwalts Martin, in dem es heißt, die Bundesanwaltschaft „überziehe nicht leichtfertig Leute mit Strafverfahren (aufgrund des § 100 e), die nur Verwandte in Mitteldeutschland besuchen oder mit Geschäftspartnern auf der Leipziger Messe gesprochen haben."

„Gerade das ist aber bei mir der Fall gewesen, und daraus hat die BILD-Zeitung wochenlang Aufmacher in Riesenlettern geschunden" beschwert sich Helmke gegenüber EXTRA.

Angst auf der Kanzel

THIELICKE LIESS IHNEN EINS ORGELN

Wieso meint eigentlich der liebe Thielicke, Gott sei an manchen Orten mehr vertreten als an anderen Orten? Am 13. Januar abends meinte er das nämlich in der Michaeliskirche: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Helmut Thielicke predigte, und das mit unverkennbar politischem Akzent. Aber als hinterher der fast vollständig erschienene Hamburger Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) gemeinsam mit einer Gruppe junger Theologen über diese Predigt diskutieren wollte, da verschwand Thielicke von der

Schon Thielickes erste Reaktion auf das Diskussionsbegehren war ungewollt komisch: Wie ein Lehrer vor der unartigen Klasse, so kommandierte er außerplanmäßig, in Schnellsprache und mit erhobener Stimme: „Die Gemeinde erhebt sich und singt das Lied ‚Großer Gott wir loben Dich'!" Die Gemeinde stand und sang. Sowie es still war und der nächste SDS-ler ihn ansprach, kommandierte Thielicke: „Die Gemeinde erhebt sich noch einmal und singt das Lied: ‚Lobe den Herren'!"

Alte Gesetze für junge Zeitungen

EXTRA soll sterben

finden würde, sondern . Die Zeitung heißt HAM BLATT. Sie halten sie

Es war fast so wie in d Zeitung wurde geboren: „vor EXTRA war vom ersten Tag zeitung, der Straßenverkauf g Das Bezirksamt Mitte beschie einer Zeitung ist ein Gewer Gewerbe beim zuständigen Be Bezirksamt Altona beschied einzelne Verkäufer eine Reis gewerbeschein). Er kostet 35 sonen über 21 und erst nach von zwei Wochen ausgegeben käufer sind häufig unter 21, nicht. Wir meldeten unser Ge

Es gebe auch „hunderte" sagte die freundliche Dame. Dan ob wir vielleicht eine politische Ze eine. Das war schon wieder schl liege die Entscheidung bei ihren setzte entschied: „Sie treiben ein gab er nicht. Nun sind wir zum A kehr, zum Bauamt und zur Innenbe

Herr Baalcke vom Amt für Abt. Gewerbeaufsicht, sagte: „ geplant, nach der eine Sond verkauf von Zeitungen nicht schiedung einer solchen Ver Dienstanweisung, (entgegen d setz) dasselbe schon gewohnhe schen von der Behörde für I werbe treiben oder nicht, ist sensfrage."

Resümee dieser Vorstöße:

Ergo: Wir dürfen die Zeitu schein auf der Straße verkaufe hat uns geraten, einen Verein zu

Bei der Eintragung ins Vereinsr daß wir, wenn wir als gemeinnützi sollten, zum Finanzamt, Abteilung ten: Dort würde unsere Satzung na ten durchgesehen. Beim Finanzam erfuhren wir, es sei zwar möglich, d gemeinnützige Körperschaft Zeitung es kulturelle oder kirchliche Zeitun kirchliche Zeitungen liegt die Entsc Finanzamt. In dem Augenblick ab sche Zeitungen handelt, hat sich d scheidung allein vorbehalten. Also s gelfreund" oder der „Wachtturm" nützig. Bei uns - also, wenn wir uns sere Zeitung so ansehen, glauben gierung EXTRA für gemeinnützig den Rat, unsere Vereinssatzung an dern. Das Urteil steht allerdings sch sagten sie: gemeinnützig - das

Unter anderem bedeutet da Keine Verkäufer. Amen. Übe schaft in vielen Behörden kön gen. Aber die Bestimmungen - genauer Befolgung jederzeit m me Zeitung abzuwürgen.

Wir klagen die Rechtsunsicherheit an, geschaffen durch einen ideen-und couragelosen Gesetzgeber.

Kanzel in die Sakristei. Zum Diskutieren sei eine Kirche nicht da, erklärte in stellvertretender Aufregung Hauptpastor Quest.

Sondern etwas für solche Sprüche: „Wir gehen ins Dunkel wie ein Kind, mit jener Einfalt des Herzens, die uns die Lilien auf dem Felde und die Vögel unter dem Himmel sehen läßt." (Thielicke in seiner Predigt). Die jungen Protestanten diskutierten anschließend doch. In der Kirche, Ohne Thielicke. Gegen das ausdrückliche Verbot des Gemeindekirchenrates.

Die Gemeinde stand und sang.

Die Orgel spielte 40 Minuten lang. Die 300 blieben, bis die Flötentöne von oben schwiegen. Dann diskutierten sie. Schade, daß Thielicke nicht doch da war. So hätte er gleich mitbekommen, daß die Diskutierer am 17. Februar so gegen 17 Uhr im Michel noch viel heftiger diskutieren wollen. Da predigt nämlich Thielicke.

der mit wilhelminischen Zuständen zufrieden ist. Vielleicht aus gutem, beziehungsweise bösem Grund. Beispielsweise: die Zeitung, die Sie soeben lesen, soll sterben.

Sie weigert sich.

14.01.1968:
An der TU Berlin wollen sich die Studentenparlamentarier der Wahlgemeinschaft zu einer Besprechung treffen.
Q: Läpple, D.: Die Parlamentarier…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Die Parlamentarier und Nachrücker der W A H L G E M E I N -
S C H A F T treffen sich am

Sonntag, dem 14.Januar 1968 in
Siegmunds Hof, Clubraum (Haus B)
um 16.oo Uhr

zu einer Vorbesprechung der Parlaments-Sitzung am 15.1.68.

Zu dieser Besprechung haben wir auch noch einige unabhängige Kandidaten eingeladen.

Wir bitten alle, die diesen Brief bekommen, möglichst pünktlich zu erscheinen.

Mit freundlichen Grüssen

i.A.:

(Dieter Läpple)

15.01.1968:
Die KPD/ML-ZB berichtet über die Unterstützung des Vietnamkriegs der USA durch Japan (vgl. Apr. 1966) bzw. die US-Basis Okinawa (vgl. Jan. 1970):"
Die japanische Zeitung 'Peace Information' (Friedensinformation) schrieb am 15.1.1968, daß die Zahl der Japaner, die in versteckter Form am indochinesischen Aggressionskrieg teilnehmen, sehr schnell gewachsen ist."
Q: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 49, Bochum 26.6.1971, S. 14

15.01.1968:
In Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Solidaritätsbekundung des Europäisch-Föderalistischen Studentenverbandes mit der Aktion 'Freiheit für Griechenland'", das vermutlich auf der heutigen Diskussionsveranstaltung verbreitet wird.
Q: EFS: Solidaritätsbekundung des Europäisch-Föderalistischen Studentenverbandes mit der Aktion 'Freiheit für Griechenland', O. O. (Berlin) O. J. (1968)

EOF02

15.1.68

SOLIDARITÄTSBEKUNDUNG des
EUROPÄISCH-FÖDERALISTISCHEN STUDENTENVERBANDES
mit der Aktion
"FREIHEIT FÜR GRIECHENLAND"

Wie lange noch bleibt Griechenland
- Mitglied im Europarat
- Unterzeichner der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
- assoziiertes Mitglied der EWG ?

Das antidemokratische Militärregime mißachtet ständig die Grundfreiheiten und Menschenrechte - aber die Vorteile aus den wirtschaftlichen Verflechtungen stützen es.

Diese Rückendeckung und quasi-Legitimation der Junta muß ab sofort verhindert werden, um die Machthaber in Athen zu stürzen.

Wir fordern daher
- vorläufige Suspendierung des Assoziationsabkommens
- Wegfall jeglicher finanzieller, militärischer und moralischer Unterstützung des Regimes
- Solidaritätsaktionen der Bewohner der europäischen Staaten, u. a.
  keine Touristen nach Griechenland
  Demonstrationen gegen die Junta

Nur durch europäische Solidarisierung gegen ein solches Regime können faschistische Tendenzen überhaupt wirkungslos gemacht werden.

EFS-Landesverband Berlin
gez. Helmut Horst

15.01.1968:
An der TU Berlin ruft das Referat für politische Bildung der Studentenvertretung zur Griechenland-Solidaritätskundgebung in der FU auf und richtet dazu einen Offener Brief an die UAG.
Q: SV TU: Offener Brief an die UAG, Berlin O. J. (1968)

S T U D E N T E N V E R T R E T U N G der Technischen Universität Berlin

---

S o l i d a r i t ä t s k u n d g e b u n g

f ü r G r i e c h e n l a n d

Montag, d. 15.1.1968 Audi Max FU 20^{00} Uhr

Offener Brief an die U A G

Liebe Freunde von der UAG !

Jetzt sitzt Ihr in der Patsche und schweigt betreten ebenso wie Euer schöngeistiges Vorbild, der mit Toqueville im Tornister unsere Jugend Wehrertüchtigung im Namen der NATO in der Umgebung von Salonik[illegible] betreiben lässt.

Am Ende ist Euer Latein wie das der ehrwürdigen Demokratien, die den grossen Autobahnerbauer und Führer in München ganze Länder zur Stillung seiner totalitären Machtbegierde vorwarfen. Das alles im Namen der abendländischen Kultur.

Herr Patakos weiß sich wohl geborgen in der Tradition westlicher Freiheit, als Bollwerk gegen rote Terroristen und humanitätsduslige Sozialutopisten.
Lieschen Müller kann ihren Urlaub nach wie vor ungestört an der schönen Ägäes verbringen, in der DDR ist das nicht möglich. Damit ist wohl der qualitative Unterschied offensichtlich. Immer die bösen Kommunisten und vor denen will Patakos das freie Volk der Hellenen retten. R e c h t h a t e r !
Dies geht natürlich nicht ohne Nato-Unterstützung, bundesrepublikanische Wirtschaftshilfe und den Segen des Patriachen von Athen. Militär-Kz's müssen dabei helfen die Entarteten der Gesellschaft zurückzugewinnen. Nur ein kleiner Umerziehungsprozess. Bei ganz hartnäckigen Fällen wird das Problem durch seine physische Beseitigung gelöst. Schliesslich ist die Verteidigung der Freiheit einige unerlässliche Opfer wert.

Das will Euch nicht gefallen ? Scheint aber so, da Euch hier die Stimme versagt. Vielleicht könnt Ihr Euch heute abend im Parlament dazu äussern oder das Flugblatt No.6 dazu herausgeben.

Peter Riecker
Michael Bühnemann
Referat für politische Bildung

15.01.1968:
In Berlin stellt der Arbeitskreis 28, "Methodik der gewaltfreien, direkten Aktion" der Kritischen Universität (KU) an die heutige Diskussionsveranstaltung "Freiheit für Griechenland" den Antrag auf Gründung eines Komitees der 100 der Opposition und Blockade der griechischen Militärmission.
Q: KU-AK 28: Antrag, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Antrag des KU-Arbeitskreises 28 "Methodik der gewaltfreien, direkten Aktion":

Betreff: Blockade der griechischen Militärmission

Die Versammelten der Solidaritäts-Kundgebung "Freiheit für Griechenland möchten befürworten, daß ein "Kommittee der 100" aus Vertretern oppositioneller Gruppen gebildet wird, das gewaltfreie, direkte Aktionen für die Freiheit Griechenlands vorbereitet.
Die erste Aktion soll eine Blockade der griechischen Militärmission in Form eines unangemeldeten Sitzprotestes von mindestens 3 000 Bürgern sein. Dabei sollen sich die Forderungen zunächst auf die "Freilassung aller politischen Gefangenen in Griechenland" konzentrieren.

Begründung:

Die Lage der politischen Gefangenen in Griechenland und die schwierige Aufgabe, Griechenland zu demokratisieren, gestatten keine unüberlegten Aktionen. Erfolversprechende direkte Aktionen bedürfen längerer öffentlicher Vorbereitungen auf der Basis demokratischer Teilnahme.
Nur gewaltfreie Aktionen sind geeignet, eine größere Anzahl von Berlinern zu mobilisieren und die Sympathie weitester Kreise für das Anliegen unserer griechischen Freunde zu gewinnen.
Das konsequente Zögern der Bundesregierung und des berliner Senats, wirksame Schritte zur Befreiung Griechenlands zu unternehmen, erlauben es nicht, mit Befürwortern dieser Politik, zu der auch Waffenlieferungen an die Militärdiktatur gehören, um die Genehmigung einer Demonstration zu feilschen.
Wenn ein uns befreundetes Volk in die Hände einer Militärdiktatur fällt, ist es unsere demokratische Pflicht, auch alltägliche Gewohnheiten, wie das Beachten von Verkehrsregeln, zurückzustellen, um eine machtvolle Demonstration zu organisieren. Sollte dieses Demokratieverständnis den Regierenden unbegreiflich sein, so müssen wir zivilen Ungehorsam leisten und notfalls unsere Solidarität mit Griechenland durch den Gang ins Gefängnis unter Beweis stellen.
Jeder solidarisiert sich eben auf seine Weise.

Ein günstiger Zeitpunkt scheint uns Samstag, der 3. Februar, 11-13 Uhr zu sein.

In seiner Methode halten wir das mit Bertrand Russell und Rev. Michael Scott im Jahre 1960 gegründete "Komittee der 100", das sich gegen Nuklearwaffen wandte, für vorbildlich.

Anschriften von Mitgliedern des Arbeitskreises 28:
Matthias Mirschel o. Peter Strube, 37, Teltower Damm 120-22, Tel. 847567
Rolf Niemann, 15, Xantener Str. 15a, Tel. 8834969
Theodor Ebert, 48, Welterpfad 55, Tel. 7752489

15.01.1968:
An der TU Berlin stellt die Studentenvertretung an das heute erstmals tagende Studentenparlament einen Antrag gegen den Prozess gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa in der Sowjetunion.
Q: SV TU: Antrag für die 1.o. Parlamentssitzung…, Berlin 15.1.1968

A N T R A G

für die 1.o. Parlamentssitzung des 23. Studentenparlamentes

der Technischen Universität Berlin am 15.1.1968

Die Studentenvertretung und das Studentenparlament der Technischen Universität Berlin haben mit grosser Besorgnis die Presseberichte über den Prozess gegen die sowjetischen Schriftsteller verfolgt und sind über seinen Ausgang erschüttert und empört.

Wir sehen in dem Prozess und den Urteilen eine Disziplinierun und Unterdrückung unbequemer, nonkonformistischer Intellektueller durch den sowjetischen Staat, der dadurch in erschrecke der Weise gegen seine eigenen sozialistischen Grundideen verstösst.

Wir erklären uns mit den Verurteilten und den mutigen sowjetischen Bürgern, die gegen den Ausgang des Prozesses öffentlich protestiert haben, solidarisch.

- Der Vorstand -
gez. Läpple
gez. Borns

Berlin, den 15.1.1968

15.01.1968:
In Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Politische Terrorjustiz" des NHB zu Prozessen in der Sowjetunion.
Q: NHB: Politische Terrorjustiz, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

15.1.

POLITISCHE TERRORJUSTIZ

Die Volkskammer der DDR verabschiedete ein neues Strafgesetzbuch. Politische Verbrecher werden jetzt zu noch höheren Strafen verurteilt. Bei elf Tatbeständen droht die Todesstrafe.

Vor zwei Jahren wurden die sowjetischen Schriftsteller Sinjawski und Daniel zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Sie fristen unter menschenunwürdigen Bedingungen ihr Leben in sibirischen KZs.

Am 12.Jan. verurteilte das Moskauer Stadtgericht die Schriftsteller Ginsburg, Galanskow, Dobrowolski und die Studentin Laschkowa, weil sie sich aktiv für die Freiheit der Meinungsäußerung einsetzten, zu Zwangsarbeit 'unter verschärften Bedingungen' bis zu sieben Jahren. Das heißt: zwölf Stunden täglich härteste körperliche Arbeit bei mangelhafter Ernährung und unzureichender medizinischer Betreuung. Folge: gesundheitlicher Ruin.

Ein Rückfall in stalinistische Methoden? Nein! Stalin ist tot, jedoch seine Methoden wurden nie abgeschafft. Die Beispiele beweisen schlagend, daß den Verbrechercliquen um Ulbricht, Breshnjew und Konsorten nach wie vor jedes Mittel recht ist, um jeglichen Widerstand, ja sogar die Kritik am kommunistischen System zu unterdrükken. Wir protestieren gegen solche Gewaltmaßnahmen und erklären uns solidarisch mit all denjenigen Kräften, welche der kommunistischen Gewaltherrschaft aktiv Widerstand entgegenstellen. Gleichzeitig geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß es diesen aufrechten Menschen gelingen möge, in ihrer Heimat menschenwürdige und demokratische Verhältnisse herzustellen.

Die studentische Opposition
NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND (NHB)

Wann protestieren unsere Kommilitonen von SDS, SHB, HSU usw.

15.01.1968:
An der FU Berlin erscheint vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt der APhil zu den Prozessen in der Sowjetunion.
Q: APhil: In einem unter…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

APhil APhil APhil APhil APhil APhil APhil

In einem unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindenden fünftägigen Prozess wurden am Freitag, den 12. 1. 1968, in Moskau die Schriftsteller Jurij GALANSKOW (28), Alexander GINSBURG (31), Alexej DOBROWOLSKIJ (29) und Vera LASCHKOWA (21) zu 1 bis 7 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Die Verurteilung erfolgte wegen der Herausgabe der Studentenzeitschrift "Phönix", mit der die Angeklagten ihrem Verlangen nach literarischer Freiheit Ausdruck geben wollten, sowie wegen der Demonstration für die Freilassung der Schriftsteller SINJAWSKIJ und DANIEL.
Nach dem Sinjawskij - Daniel - Prozess gibt das Gericht mit diesem Urteil erneut den Beweis einer auf Unterdrückung des Geistes und der literarischen Freiheit gerichteten Haltung.

Als Angehörige einer freien Universität sehen wir uns verpflichtet, sowohl gegen die Art des Verfahrens als auch gegen die Verurteilung der genannten Schriftsteller Protest einzulegen und uns der weltweiten Forderung nach unverzüglicher Freilassung der Angeklagten anzuschliessen.

An den Herrn Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Petition

Nach Einsichtnahme in die uns zugänglichen Pressenachrichten über den Schriftsteller-Prozess gegen J. GALANSKOW, A. GINSBURG, A. DOBROWOLSKIJ und Vera LASCHKOWA verurteilen wir als Studentengruppe an der Freien Universität Berlin sowohl das Verfahren dieses Prozesses als auch die Urteilsverkündung auf das schärfste. Wir fordern eine baldige Revision, bei der sich - meinen wir - eine sofortige Freilassung der Verurteilten ergeben muss, wenn freie Meinungsäusserung ein in der Verfassung auch der UdSSR garantiertes Recht jedes einzelnen ist.

Arbeitsgemeinschaft an der
Philosophischen Fakultät
der FU Berlin (APhil)

15.01.1968:
In Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Addio Genthe Monda Justitia Addio Mondo Gente Menda Justitia Addio Moabit" zum Strafverfahren gegen 16 Demonstranten wegen der Proteste gegen den Film 'Africa Addio' mit Bericht vom ersten Prozesstag am 12.1.1968.
Q: N. N.: Addio Genthe Monda Justitia Addio Mondo Gente Menda Justitia Addio Moabit, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

ADDIO GENTHE MERDA JUSTITIA ADDIO MONDO GENTE MERDA JUSTITIA ADDIO MOABIT

(Massenschauprozeß "Africa addio")

Ecto
15.1.68

S t a h l h e l m G e n t h e

Der nationalsozialistische Kraftfahrer Kurt hat sich am ersten Prozeßtag als nicht befangen erklart. Seine Begründung: Er sei

nur in der NSDAP
nur im Stahlhelm
nur im NSKK

gewesen. A b e r er habe immerhin ein paar Ostfremdarbeiter ordentlich behandelt. Außerdem habe er als unaufrichtiger ehemaliger Nazi einen redlichen J u d e n i n H a i f a.
Es ist also immer das gleiche: Erst helfen die Nazi-Jünger, aktiv oder passiv mit, die Leute auszurotten; geht es dann um Amt und Würde, werden die Rest-Juden, die jetzt die Araber massakrieren, als Alibi benötigt.

A m e r s t e n P r o z e ß t a g

glaubte Stahlhelm-Genthe den ausgetrockneten Schleichwegen der Autorität entlangschleimen zu können: Er brüllte herum, ließ den Gerichtssaal räumen und drohte Ordnungsstrafen an. - Leider reagier die Zuschauer schlecht, ließen sich ohne nennenswerten Widerstand v einigen grünen Justizlaufburschen aus dem Saal drängen.

A m z w e i t e n P r o z e ß t a g

darf sich derartiges nicht wiederholen. Aus diesem Grund einige Anleitungen für die Angeklagten und die Zuschauer: Damit Kurtchen so richtig gesprächig und autoritär wird, ist es angebracht zu

g r i n s e n
l a c h e n
g ä h n e n

Denn Typen wie Genthe haben keine Skrupel gehabt, sich 8 Jahre im Faschismus unbefangen für's Völkische undsoweiter einzusetzen. Für uns ein Vorteil. Wir können dem Kurt angenehm lässig provozieren. Muckt er auf, blasen wir ihm seine braune Vergangenheit in die Justi ohren. Außerdem verlieren wir unsere Angst und für's Publikum ist es ein gutes und lustiges Lehrstück - denn jeder von uns kann irgendwann als Angeklagter einmal mit den Richtern spielen. Es ist einfach nicht zu leugnen:

e s m a c h t S p a ß, d e n K u r t z u ä r g e r n ! ! ! ! !

H e l f t d e n A n g e k l a g t e n - d a n n h e l f t I h r
E u c h s e l b s t !

Also: Dienstag um 10 U h r i n M o a b i t, 3. Stock, Saal 700

15.01.1968:
Der AStA der FU Berlin gibt das Flugblatt "Jakobs sinnliche Konfrontation mit der staatlichen Repression" heraus zum Rektoratsangehörigen Horn, der von "Polizisten des Reviers 181 ausgiebig zusammengeschlagen" worden sei, weil er nicht mit auf die Wache kommen wollte. Er sei für einen Studenten gehalten worden. Auf der Rückseite wird berichtet vom ersten Prozesstag im 'Africa-Addio'-Prozess.
Q: AStA FU: Jakobs sinnliche Konfrontation mit der staatlichen Repression, Berlin 15.1.1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

1 Berlin 33, den 15.1.1968
Garystr. 20
Tel. 76 90 2027

JAKOBS SINNLICHE KONFRONTATION MIT DER STAATLICHEN REPRESSION

- Zum Fall des Rektoratsangehörigen Horn: Am Montag wurde ein Mitarbeiter des Rektorats von Polizisten des Reviers 181 ausgiebig zusammengeschlagen, weil er sich weigerte, mit auf die Wache zu kommen und seine Personalien an Ort und Stelle vorzeigen wollte. Der Grund: Wie die umstehenden Bürger ("Schlagt die Studentenschweine tot !"), hielten die Polizisten Horn und seinen bärtigen Begleiter für Studenten..

Vorläufiges Zwischenergebnis: Horn und sein Freund haben nach Ansicht der Polizei Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet. Professor Heinitz (!) wird die Verteidigung übernehmen. Regierender Schütz versucht, die ganze Angelegenheit zu vertuschen.
Polizisten dürfen ohne Ansehen der Person prügeln, solange sie "Studentenschweine" treffen. Hier hat es den Fälschen erwischt. Das könnte ein Bumerang sein für die vielen Anzeigen von Polizisten, in denen von Widerstand gegen die Staatsgewalt die Rede ist.

An diesem Fall wird es gelingen, den zynischen Selbstschutz der Polizei zu entlarven, mit dem sie in der letzten Zeit immer wieder ihre eigene Brutalität in Widerstand gegen die Staatsgewalt umzudrehen versucht. Wir werden der Öffentlichkeit klarmachen können, warum es nötig ist, in Verfahren einzugreifen, solange sie schweben.

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

1 Berlin 33, den 15.1.1968
Garystr. 20
Tel. 76 90 2027

ERSTER PROZESSTAG:

Die Angeklagten lehnen es ab, von einem NSDAP-Mitglied gerichtet zu werden - Rechtsanwalt Mahler begründet die "Besorgnis der Befangenheit" ausführlich: "Die Angeklagten können nicht erwarten, daß der Amtsgerichtsrat Genthe das demonstrative Verhalten der Angeklagten, das Gegenstand des Verfahrens bildet, unvoreingenommen, insbesondere unparteiisch und unbeeinflußt von seinen eigenen politischen Auffassungen erfassen und rechtlich bewerten kann". - Beifall im Zuhörersaal -
Genthe befiehlt, den Saal zu räumen. - Ein Flugblatt der Angeklagten wird verteilt: "Wir weigern uns, in diesem Prozeß mitzumachen. Der Kraftfahrer Genthe (Mitglied des NS Kraftfahrer-Corps) soll sich andere Juden suchen." - Die Flugblattverteiler wurden festgenommen, DIE ÖFFENTLICHKEIT AUSGESCHLOSSEN. -
Genthe erklärt sich nicht für befangen, da er zunächst nur dem "Stahlhelm" angehört habe, und gute Beziehungen zu einem Juden nachweisen könne.
Trotzdem vertagt er den Prozeß auf Dienstag, dann wird er "von mir oder einem anderen Richter fortgesetzt" -

So bereitet sich Moabit auf Massenprozesse vor. (Freitag, 13. Jan. 1968) . Wir müssen verhindern, daß dieser Test gelingt !

Unterstützt die Angeklagten! Klagt Richter mit und ohne Stahlhelm an !

STELLT DIE ÖFFENTLICHKEIT WIEDER HER !

KÄMPFT FÜR DAS DEMONSTRATIONSRECHT !

DIENSTAG 10 Uhr, SAAL 700

KRIMINALGERICHT TURMSTRASSE 91, MOABIT

15.01.1968:
An der FU Berlin gibt die Studentenvertretung des Romanischen Seminars vermutlich heute ein Flugblatt heraus mit der Resolution vom 15.1.1968 zum Grundstudium und dem Aufruf zur Vollversammlung um 16 Uhr.

Von der Grundstudiumsdiskussion wird später ein Tonbandprotokoll veröffentlicht.
Q: SV Rom FU: Resolution, O. O. (Berlin) O. J. (1968); N. N.: Noch'n Tonbandprot. vom 15.1.68, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

R E S O L U T I O N

vom 15.1.1968

Die hier versammelten Studenten fordern, daß mit dem Experimentcharakter des GS Ernst gemacht wird, d.h.
daß die Zwischenprüfungen des GS vom Ende dieses Semesters an beratende Funktion haben und zweimal wiederholbar sind;
daß vom nächsten Semester an die GS-Kurse nicht mehr obligatorisch sind;
daß Vorschläge der Studenten für ein fakultatives Studienmodell (z.B. Einführungsvorlesung, alternative Studiengänge) mit den Professoren und den im GS Lehrenden diskutiert werden und das Ergebnis dieser Diskussion spätestens im Mai 1968 der Vollversammlung mitgeteilt wird;
daß Prof. Loos als Dekan sofort den Abbau der obligatorischen Grundstudien auf Fakultätsebene zur Diskussion stellt;
daß schließlich ab sofort eine "kritische Prüfung der Experimente" durch die Studenten, wie sie in der "Stellungnahme" der FU-Kommission angeregt worden ist, in Gestalt einer Kontrolle von innen ermöglicht und von den Lehrenden unterstützt wird.

Unterbrechung der Lehrveranstaltungen am Romanischen Seminar

Heute wurde eine Lehrveranstaltung des Romanischen Seminars abgebrochen, weil ihr ordnungsgemäßer Ablauf nicht mehr gewährleistet war. Da die störungsfreie Durchführung der Lehrveranstaltungen überhaupt gefährdet ist, wird der gesamte Lehrbetrieb des Romanischen Seminars für eine Woche unterbrochen.
Die für Freitag, den 26.1., angekündigte Diskussion wird verschoben.

gez. Baader Loos Pabst

Als heute morgen 9 Studentenvertreter und ältere Studenten dem Beschluß der VV folgend, in dem Interpretationskurs von Dr. Friedrich darum baten, an dem Kurs teilzunehmen, berief Dr. F. sich auf den Beschluß des Lehrkörpers, der diese Diskussionen im GS unterdrückt; er sei zu keiner Art von Diskussion bereit, auch nicht über diesen Beschluß, und werde auch eine Abstimmung der Kurs-Teilnehmer zugunsten der Studentenvertreter nicht anerkennen. Alsdiese seiner Aufforderung, den Raum zu verlassen, nicht folgten (es war bereits eine Diskussion mit den Teilnehmern im Gange), brach Dr. F. den Kurs ab und verließ seinerseits den Raum. Ein Teil der Kurs-Teilnehmer folgte ihm nach längerem Zögern, andere blieben und diskutierten weiter. Um 10 Uhr hing an der Schwingtür zum 1. Stock die oben zu lesende Bekanntmachung, die bereits vorbereitet war, da Prof. Baader, der sie unterschrieben hat, seit 9 Uhr ein Seminar leitete und nicht wußt., daß die Bekanntmachung ein Stockwerk höher aushing...

DIE HERREN AN DER SPITZE LEGEN DEN WISSENSCHAFTSBETRIEB STILL!

UNTERSTÜTZT UNS GEGEN DIESE UNTERDRÜCKUNG VON KRITIK UND DISKUSSION!

V O L L V E R S A M M L U G

heute 16 Uhr im Romanischen Seminar heute 16 Uhr

Studentenvertretung des Romanischen Seminars

NOCH'N TON BANDPROT

vom 15.1.68 (aber nicht geklaut) c 1)

"Hier sehe ich ja ein Magnetophongerät, was die Objektivität des Protokolls schon im voraus sichert, und ich bin überzeugt, daß es auch in Ihrer aller Sinn ist, daß dieses Tonbandgerät, ich meine nicht das Tonband, nicht als materieller Besitz, ber als geistiger, nämlich das, was draufsteht, hinterher allen zugänglich sein wird."

DIE LEHREN DEN

das offene Gespräch

DIE LERN ENDEN

."Wir möchten (in diesem Gespräch) das Pro und Kontra gemeinsam klären. Lassen Sie mich aus diesem Grunde gleich die erste Frage stellen (...): Meinen Sie überhaupt, daß man das Grundstudium beibehalten sollte?"

"(Wir sollten) nun jetzt nicht gleich von allem Anfang an uns in Details, in Vergangenheitsanalysen begeben, sondern wir sollten wirklich konkret fragen (...): Hindert das Grundstudium die Anfänger mehr, oder ist es ihnen doch mehr eine Hilfe? (...) Hindert Sie das Grundstudium mehr, oder fühlen Sie sich davon befördert? Hätten Sie, die im Augenblick darin sind, es lieber abgeschafft und die alte Freiheit wieder oder nicht? Das ist die Grundfrage, über die wir reden müssen!"

"Zunächst einmal: da ich ja zwar nicht im Grundstudium mit dem Altfranzösischen mich beschäftige, aber wenn, dann auch etwas fürs Altfranzösische zuständig bin, bitte: Sagen Sie, was paßt Ihnen an den Altfranzösisch-Kursen nicht, oder sagen Sie, wie sollte es anders passieren? So etwas bitte!"

"Wir sind hierhergekommen, um zu fragen: Ist das Grundstudium überhaupt eine gute Einrichtung, oder ist sie es nicht?"

"Ich für meinen Teil möchte zumindest das Staatsexamen nach möglich kurzer Zeit ablegen und wäre für de Zwischenprüfung dankbar, die m in die Lage versetzt, dieses Grund studium so rasch wie möglich abzulegen. (...) Durch die Zwischenprü fung (würde) erreicht, (...) daß i mich intensiver um die Dinge bemühe - weil ja die Prüfung anhängig ist - als es bei einem freien Studium der Fall wäre."

"... es wurde darum gebeten, nicht über Details zu sprechen. Mir z.B. ist es aber vollkommen unmöglich, da ich die Entwicklung des Grundstudiums überhaupt nicht miterlebt habe, grundsätzlich über das Grundstdium zu sprechen. (...) Wie kann i über die Hauptseminaraufnahmeprüfu z.B. sprechen, wenn ich nur meine kleinen Erfahrungen aus meinem ersten Semester habe?"

"Wenn man das (GS) wegdenkt, würde das heißen, daß das Studium beginn man studiert irgendwelche Veranstaltungen und macht dann nach irgendeiner Zeit sein Staatsexamen, und zwischendurch ist man sich selbst und seinem Wissen ausgeliefert."

"Wenn ein Experiment hier über die Häupter der nicht befragten Studienanfänger hinweg bestimmt wird, dann sollte man (ihnen) auch die Möglichkeit geben, weiterhin diesen Experiment-Charakter zu wahren. Wenn sich herausstellen würde, daß das Experiment versagt - was ich fast mit Sicherheit behaupten möchte -: Was geschieht dann mit den Studenten? Landen die auf dem akademischen Müllhaufen oder w

DOZENTEN oder: Strukturwandel der Offenheit

ZUM VERFAHREN:

B.: "Das ist ein Gespräch und keine Vollversammlung, was uns noch ei
oben, als wir da waren, bestätigt wurde. Also von Tagesordnung w
chen wir hier überhaupt ab. Hier gibt es keine Tagesordnung, son
hier soll es ein Gespräch geben. Insofern reden wir über die Pu
die wirkliche Anliegen in Bezug auf das Grundstudium sind. Daß d
Konzeption, oder wie Sie das nennen, nicht ausgeklammert werden
versteht sich."

ZUR SACHE:

B.: "... Hier sollten sich im Grunde doch auch die GS-Teilnehmer ang
sprochen fühlen, die ja doch die eigentlichen Nehmer oder Erleid
dieser Einrichtung sind."

Sch.: "Das GS ist deswegen konzipiert worden, weil vor einiger Zeit, v
leicht war es vor 1 bis 2 Jahren, 3 Jahren, statistische Aufstel
gen gemacht wurden - ich erinnere an die des Bundestagsabgeordne
Dichgans -, daß heute die jungen Leute erst mit 3o Jahren in ihr
Beruf kämen. Das GS möchte unter anderem auch eine schnelle Durc
gangsstation durch die Universität zum Staatsexamen schaffen (..
Mehr habe ich selbst vom GS eigentlich nicht erwartet. Das schie
mir die hauptsächliche Absicht dieser Konzeption zu sein."

Sch.: "... Ich glaube, daß Sie Ihren Vorwurf leichtfertig erhoben habe
daß keine Straffung eingetreten sei. Dieser Vorwurf ist leichtfe
tig, und er ist ungerechtfertigt, er ist ungerecht. Wenn ich frü
mir angesehen habe, wann die Hauptseminaraufnahmeprüfung von den
denten gemacht wurde - und Herr F. wird da Zeuge sein -, so war
im 7. und 8.Semester. Jetzt kann ein Teil der Hauptseminaraufnah
prüfung zu Beginn des 3.Semesters gemacht werden. Und ich nehme
mich das Verdienst in Anspruch, daß ich das Junktim zwischen den
zelnen Teilen, Literatur und Altfranzösisch, aufgehoben habe. Da
mein Verdienst gewesen. (...) Wenn ich nun die Semesterzahlen an
wann die Hauptseminaraufnahmeprüfung abgelegt wird, so sind es 2
oder 3.Semester bereits in der Sprachwissenschaft. Und da wagen
es zu sagen, es habe keine Straffung eingetreten!"

Gö.: "Unter den Studenten gibt es Differenzen, wie die Bildungsforsch
das nennen: den sozio-kulturellen back-ground. (...) Ich sage ni
<u>das</u> GS, aber ein GS hat unter anderem - und für mich ganz besond
eine demokratisierende Funktion, nämlich: diese Differenzen, die
ter den Studenten (bestehen) - was ihren sozio-kulturellen back-
betrifft -, auszugleichen."

Sch.: "Ich glaube, es ist doch für jedermann erstrebenswert -, das mag
was materiell gegenüber den hier zahlreich vertretenen Idealiste
klingen -, wenn man - sagen wir mit 26 Jahren, so wie es früher
Assessor und damit Verdiener eines Gehaltes von 15oo Mark ist."

Gi.: "... Ein Vorwurf, den ich mehrmals von GS-Teilnehmern gehört hab
die angebliche Lebensferne von Texten; man vermißt die sogenannt
existentielle Relevanz. (...) So wird hier häufig argumentiert,
man nicht einsieht, was das heute noch soll, oder man sagt: ich
die soziologische Relevanz des Textes nicht einsehen. (...) (Ein
terer Vorwurf): die Prüfungen seien willkürlich. (...) (Ich mein
es müßte (...) eine Prüfung stattfinden (...), die aber nicht me
summarische Prüfung wäre, sondern (...) in der Rechenschaft über

frei gewähltes Spezialthema abgelegt werden muß. Allerdings müßt der Prüfende Gelegenheit haben, um zu schauen, ob jemand sich da notwendige Handwerkszeug sowohl in der Sprachwissenschaft als au in der Literaturwissenschaft erworben hätte. Würden Sie sagen, d im allgemeinen diese konkreten Einwände - ich hab' was gegen das gemeine Bla-bla von kritischem Bewußtsein, von Demokratisierung (...) in der Mehrzahl berechtigt sind, (...) oder glauben Sie, d man gegen diese Einwände prinzipiell nichts machen könnte, daß a das GS -- geopfert werden muß?"

L.: "... Ich verstehe durchaus den Begriff der permanenten Revolutio aber ein permanentes Experimentieren scheint mir gleichzeitig au eine Gefahr zu sein. Der Experiment-Charakter bedeutet nicht, da nun jeden Tag ein neues Programm vorlegt, sondern erst einmal ab tet, wie eine erste Stufe eines Experiments abläuft. (...) Es gi durchaus Fälle von Kommilitonen, die eventuell nach 4 oder 5 Sem tern zwei Mal durchs Examen fallen, denen man dann sagen muß, di Herr oder dieses Fräulein Soundso: 'Ich glaube, Sie haben den fa Weg gewählt, versuchen Sie doch einmal ein Fach, daß Ihnen näher (...).
... Über die Form der Prüfungen werden wir sicher noch befinden sen. Das ist außerordentlich schwer. Wir sind ja keine Psycholog die nun mit Tests die Intelligenz oder die Eignung für ein Fach ieren können, sondern wir brauchen ein Gespräch, das natürlich a ein Mindestmaß von Fakten des zu Prüfenden mitbringen muß, eine teilsbasis, aufgrund derer wir ihm eventuell den Rat geben könne 'Offensichtlich ist Deine Wahl, nun Französisch zu studieren, ni unbedingt die ideale,und daß ein Studium des Englischen oder des teinischen eventuell etwas sinnvoller wäre.'"

W I E:

Gö.: "Zunächst einmal müssen Techniken gelernt werden und auch ein ge ser Grundstock von Wissenswertem. Was nun zu diesem Grundstock v Wissenswertem zu gehören hat und was zu diesen Techniken zu gehö hat, darüber wäre zu diskutieren. Allerdings sollte man deutlich einanderhalten Methoden und Techniken. Denn mir scheint, wenn hi von Methode die Rede ist, dann wird oft nicht mehr deutlich, was gentlich mit Methode gemeint ist. Für mich ist Methode gleich Te nik, aber wenn man verschiedene Leute reden hört, (kommt es mir vor, als seien Methoden eigentlich ideologische Prämissen --, di ich auch habe -- und zugebe."

Gi.: "... Oder es gibt solche (Leute), die ganz konkret sagen: 'Ich m Camus mit Ihnen, weil ich überzeugter Existenzialist bin und mic nächst umbringen will.' Oder andere sagen: 'Ich mache Diderot mi nen, weil ich aufgeklärt bin.' Ich glaube, die Erfahrung sowohl Pädagogik als auch der modernen Psychologie liegt in einer ganz deren Richtung."

W I E N O C H:

Gö.: "Hier wurde gesagt, die Studenten wollten von Anfang an an der F schung beteiligt sein. (...) Daß das nicht unbedingt möglich ist (zeigt sich) eben gerade in dem Falle, daß jemand - ich benütze einmal das Wort soziokulturell - so sehr privilegiert ist, daß e von vornherein sachgemäß studieren und also auch forschen kann. ist doch wohl klar."

Gö.: "Ich meine in der Tat, daß es gut wäre, wenn beispielsweise in P seminaren, wie ich selbst versuche, eine Art Modell geschaffen w für Forschungsvorgänge. Daß allerdings ich selbst versuchen woll

meine Studenten zu beteiligen an meinem privaten Forschungsprojekt, dann wären sie überfordert. Dann können sie nicht mitmachen."

A B E R S O N I C H T:

B.: "Ich bin nach wie vor auf das strikteste dagegen, daß solche Diskussionen während der Kurse, die andere Programme haben, durchgeführt werden. Ich wäre nicht dagegen, in diesem Kreis - zu einem nahen Zeitpunkt, wenn Sie wollen - weiter zu diskutieren. Ich verstehe aber nicht, was es an größerer Effektivität zeitigen soll, wenn Sie solche Diskussionen nun in den einzelnen Grundstudien durchführen, wo die Antworten, die Sie bekommen, immer nur Antworten von Einzelnen sein können. Was haben Sie davon? In was befördert das die Sache, die uns alle angeht?"
(...)
Wenn ich das richtig verstehe, wollen Sie sozusagen Lehrproben veranstalten. Ich sehe aber nicht ein, warum Sie das Diskutieren nicht den GS-Teilnehmern selber überlassen wollen. Ich denke doch nicht, daß Sie selber in den Fehler verfallen und die GS-Teilnehmern - wie angeblich die Dozenten - für dumm halten, d.h. zu einer Diskussion unfähig. Nun, wenn Sie im einzelnen wissen wollen, was in diesen Veranstaltungen vor sich geht, dann können Sie ja die jeweiligen GS-Teilnehmer fragen. Denn die werden ja doch etwas davon kapiert haben, ohne daß Sie in diese GS-Kurse selber zu gehen die Notwendigkeit hätten."

... und nach der Resolution:

J E T Z T E R S T R E C H T N I C H T:

B.: "Ich wollte zu einem Punkt dieser Resolution etwas bemerken. Daran, daß sich der Lehrkörper des Romanischen Seminars in seiner Totalität gegen jede Form von go-in in die Lehrveranstaltungen des GS ausgesprochen hat, hat sich nicht das geringste geändert. Das bedeutet keineswegs, daß wir gegen jede Form der 'Kontrolle von innen' sind, aber gegen diese.
(...)
Ich bin gegen keine Form von Öffentlichkeit, aber ich bin in entschiedener Weise dagegen, daß man geschlossene Lehrveranstaltungen in jedem Augenblick ad libitum zu einer Öffentlichkeit macht. Das ist der Unterschied. Ich bin keineswegs etwa gegen die Wiederholung solch total öffentlicher Diskussion."

Gi.: "Kann das praktisch so aussehen, daß in meinen Kurs Leute kommen - hier eben Mitglieder der SV -, von deren Qualifikation ich nur weiß, daß sie in gewisser Hinsicht politisch bestimmt ist, über deren wissenschaftliche (...) Qualifikation (...) ich nichts genaues weiß, und die aller Wahrscheinlichkeit nach (...) aus ganz bestimmter Warte Konzeptionen vortragen, die den Lehrbetrieb insofern stören werden, als Leute, die gekommen sind, um was zu lernen, auf einmal gezwungen wären, mit Ihnen über soziologische Relevanz etc. zu diskutieren. Dann müßte ich als Leiter dieses Studiums in diesem Falle - selbst wenn es nur ein oder zwei Studenten wären - die Rechte dieser Studenten wahrnehmen und ihnen das vermitteln, wofür sie diesen Kurs belegen. Ich muß sonst wirklich damit rechnen, so wie ich Sie kenne, daß Sie nur politische Störmanöver machen."

B.: "Ich fände es - und das möchte ich nur warnend sagen - außerordentlich betrüblich, wenn das doch im ganzen recht harmonische Gespräch, das Ansätze zu einer wirklich gemeinsamen Arbeit zur Reform des GS geliefert hat, nun durch solche neuen Konflikte wieder zerbräche."

L.: "Es wundert mich sehr, daß die sehr engagierten Studenten nun nich soviel Vertrauen zum Interesse der GS-Teilnehmer haben, daß sie mi ihnen außerhalb der normalen Lehrveranstaltungen einmal diskutiere können. (...) Hier handelt es sich meines Erachtens nicht um den W len, nun sachliche Informationen zu liefern, sondern einmal diesen bösen Mittelbau, der fast noch viel schlimmer als die Professoren unter Kontrolle zu kriegen. (...) Es tut mir leid, ich finde es be erlich, daß gerade zu Ende unseres doch verhältnismäßig vernünftig Gesprächs ein solcher Mißton in das Gespräch kommt."

Gi.:"Wenn Sie konfus reden und mir mit Schlagwörtern kommen: kritisches Bewußtsein und so, und ich frage konkret: 'Sagen Sie 'mal einen konkreten Vorschlag zur Seminargestaltung',und dann kommt immer nur Bla-bla, da kann ich nichts mit anfangen, dann stören Sie meinen Seminarbetrieb."

PS:.....DANN STÖREN SIE MEINEN SEMINARBETRIEB:

L.: "Ich möchte Ihnen (...) sagen, daß es Pläne bei der Kultusministerkonferenz gibt, die schon sehr weit vorbereitet sind (...), die etwas vorsehen, das wir in Berlin noch nicht kennen.(...) In anderen Ländern (ist) schon durch ministeriellen Erlaß ein 6-Semester-Studium als obligatorisch fixiert, so daß die Universitäten schon vor de Zwang stehen, einen Studiengang für 6 Semester vorzusehen und auszuarbeiten. (...) Meines Erachtens müßte es uns gemeinsames Bemühen s (...), uns das Recht auf Bildung nicht auf 6 Semester reduzieren zu lassen. Deshalb appelliere ich sehr an Sie alle, daß wir uns gemeinsam Gedanken machen, wie wir überhaupt noch ein Mindeststudium durc kämpfen und erkämpfen können."

1) Die Editoren haben in Klammern vermerkt,
   a. was das Tonband nicht von selber sagt,
   b. was der Zitierte nicht geschrieben hätte,
   c. was der Zitierte besser nicht gesagt hätte,
   d. was der Zitierte nicht zu sagen brauchte;
   und hervorgehoben, was der Zitierte ebenso gehoben dem Tonband gesagt hatte.
   Die Editoren haben aus dem Zusammenhang gerissen. Geschickt aber waren sie schon immer. Zu ihrer Rechtfertigung können sie nur sagen, was die Zitate selber sagen.
   Der Editoren "geistiger Besitz (ist) hinterher allen zugänglich" (cf. Motto)

15.01.1968:
An der TU Berlin stellt die Studentenvertretung an das heute erstmals tagende Studentenparlament einen Antrag gegen den Prozess gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa in der Sowjetunion.
Q: SV TU: Antrag für die 1.o. Parlamentssitzung…, Berlin 15.1.1968

A N T R A G

für die 1.o. Parlamentssitzung des 23. Studentenparlamentes

der Technischen Universität Berlin am 15.1.1968

Die Studentenvertretung und das Studentenparlament der Technischen Universität Berlin haben mit grosser Besorgnis die Presseberichte über den Prozess gegen die sowjetischen Schriftsteller verfolgt und sind über seinen Ausgang erschüttert und empört.

Wir sehen in dem Prozess und den Urteilen eine Disziplinierun und Unterdrückung unbequemer, nonkonformistischer Intellektueller durch den sowjetischen Staat, der dadurch in erschrecke der Weise gegen seine eigenen sozialistischen Grundideen verstösst.

Wir erklären uns mit den Verurteilten und den mutigen sowjetischen Bürgern, die gegen den Ausgang des Prozesses öffentlich protestiert haben, solidarisch.

- Der Vorstand -
gez. Läpple
gez. Borns

Berlin, den 15.1.1968

15.01.1968:
In Bremen beginnen die Proteste gegen die Fahrpreiserhöhungen.
Q: KBW: Weg mit der Erhöhung der Sozialmieten! Weg mit den Erhöhungen von Strom, Gas und Wasser! Keine Fahrpreiserhöhungen!, Bremen o. J. (1976), S. 28ff; KBW: Die Bremer Straßenbahn AG: Ausplünderungsmittel des Senats im Interesse des Finanzkapitals!, 2. Aufl., Bremen Jan. 1977, S. 19ff

DIE KÄMPFE GEGEN DIE PREISERHÖHUNGEN BREMEN 1968:

DIE STÄRKE DES STAATES KANN DURCH DIE KRAFT DER MASSEN GEBROCHEN WERDEN!

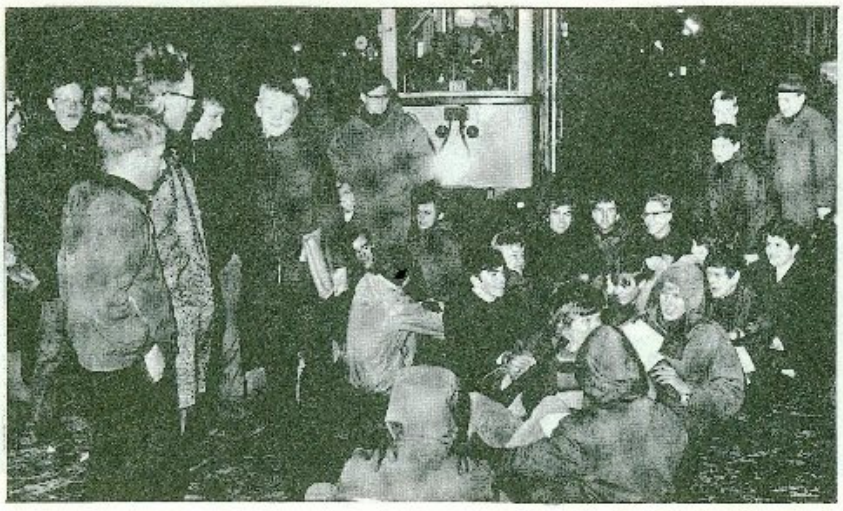
Im Januar 1968 erkämpften Arbeiter, Angestellte und Schüler in mehrtägigen Straßenkämpfen gegen die Polizei die Rücknahme der vom Senat beschlossenen und bereits in Kraft getretenen Erhöhungen der Straßenbahntarife. Die Auseinandersetzungen erreichten eine danach nie wieder erreichte Qualität, die Kämpfe wurden von breiten Teilen der Bevölkerung befürwortet und aktiv unterstützt. Für Koschnik waren diese Unruhen "die schlimmsten seit Kriegsende in Bremen". (Die Welt vom 19.1.68)

Koschnik, der zuvor erklärt hatte, der Senat könne "sich nicht vom Druck der Straße erpressen lassen" (WK vom 19.1.68), mußte öffentlich auf dem Marktplatz vor 4000 Menschen einen von den Demonstranten ultimativ gestellten Antrag, die Fahrpreise wieder zu senken, ansonsten die Kämpfe fortgesetzt würden, annehmen.

Die Aktionen von 1968 in Bremen zeigen den Weg und die Mittel, mit denen eine vom Senat beschlossene und durchgeführte Tariferhöhung trotz Einsetzens erheblicher staatlicher Machtmittel und brutalem Vorgehen ihrer Polizeibüttel siegreich bekämpft werden kann.

Dokumentation der Ereignisse vom Januar 1968

Am 14./15.1.1968 traten in Bremen die vom Senat beschlossenen Tariferhöhungen der Bremer Straßenbahn AG in Kraft. Am Montag, dem 15. 1. begannen die Aktionen, die Bremen nach Ansicht seines Bürgermeisters Koschnik die kritischste Situation seit 1945 (nach "Die Zeit" vom 26.1.68) bringen sollte. Ungefähr 50 Schüler, Lehrlinge und junge Gewerkschaftler (WK vom 16.1.68) verteilten Flugblätter und unterbrachen durch einen Sitzstreik auf der Domsheide für eine halbe Stunde den Straßenbahnverkehr.



Hauptbahnhof ruht der Straßenbahnverkehr, kämpfen Menschen für eine gerechte Sache gegen die Polizei. Immer wieder fordern sie in Sprechchören die Zurücknahme der Tariferhöhungen und eine öffentliche Rechenschaft von Koschnik und Bolljahn (SPD-Fraktionschef, DGB-Vorsitzender in Bremen, Aufsichtsratsvorsitzender der Straßenbahn AG). Koschnik ist aber nicht in Bremen. Er ist verreist. An diesem Tag werden 94 Demonstranten verhaftet.

Nicht nur in der aktiven Teilnahme an den Kämpfen in den Straßen kommt die Unterstützung durch die Bevölkerung zum Ausdruck. Zum ersten Mal nehmen Vertreter aus den Betrieben zu den Demonstrationen Stellung. Auch der Betriebsrat der Klöckner Werke AG Bremen protestierte öffentlich gegen die Tariferhöhungen bei der Straßenbahn. Die Erhöhung treffe allein die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung Bremens. Der Betriebsrat unterstützte in einer Presseerklärung die Haltung der Bremer Schüler in vollem Umfang. (WK vom 18.1.68) Diese Erklärung des Betriebsrats von Klöckner macht beispielhaft deutlich, daß die Auseinandersetzung in Bremen eine andere Qualität gewonnen hatte: aus einer Schülerrevolte war ein Volkskampf geworden.

Der Senat und die bürgerliche Presse unterließen natürlich nichts, um diese Bewegung zu diffamieren. Der Innensenator rechtfertigte den brutalen Einsatz seiner Knüppelgarde damit, "daß viele Elemente von auswärts, ja sogar aus Holland, eigens zu dem Zweck nach Bremen gekommen sind, um hier Krawall zu machen." (WK vom 19.1.68) Viele Demonstranten kenne man als Krawallmacher vom Bremer Freimarkt. "... die Rädelsführer (sind) ältere Jugendliche..., die zudem in einigen Fällen noch stark nach Alkohol rochen," (Der Polizeipräsident nach WK vom 17.1.68). Neben dem Versuch, durch diese Diffamierungen eine Spaltung der Demonstranten und der Bevölkerung zu erreichen, setzte der Senat auf Drohung und Gewalt: der Senat, allen voran Koschnik, billigte das Vorgehen seiner Polizei. Die Polizei werde mit allen Mitteln für Ordnung sorgen. "In Bremen herrscht das Chaos". Mit dieser Balkenüberschrift berichtete die "Nordsee-Zeitung" in ihrer Ausgabe vom 19. 1. 68 über die Kämpfe vom Donnerstag. "Tausende von Demonstranten" (Nordsee-Zeitung v. 19.1.68) kämpften gegen 700 Schutz- und Bereitschaftspolizisten sowie 150 Kriminalbeamten in Zivil. Dabei ging die Polizei mit einer bis dahin nicht gekannten Brutalität vor.

Ein Vierzehnjähriger gerät in die Verfolgungsjagd und wird von 10 Bereitschaftspolizisten fortgeschleift. Ein etwa 12jähriger hat sich auf eine Mauer an der Post Domsheide geflüchtet und wird verhaftet und weggeführt. Insgesamt werden an diesem Tag 126 Demonstranten verhaftet.

Neben dem offenen Terror gegen die Bevölkerung setzt der Senat ein weiteres Mittel ein, um den Widerstand der Arbeiter, Angestellten und Schüler zu brechen: Es werden sogenannte Schnellgerichte eingeführt. Vier Staatsanwälte wurden bereitgestellt, um im Schnellverfahren, d. h. Festnahme, Anklageerhebung und

Ein arbeitsloser Seemann erhielt 2 Wochen Gefängnis ohne Bewährung wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, ein Uhrmachermeister 3 Wochen mit Bewährung und 300,– DM Geldbuße wegen Auflaufs und ein 23jähriger arbeitsloser Landarbeiter 400,– DM Geldstrafe wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Insgesamt wurden vor Schnellgerichten und den ordentlichen Gerichten 183 Verfahren eingeleitet. Bis zum 10. 4. 68 waren 64 Verfahren in der ersten Instanz abgeschlossen. Es wurden 39 Urteile verkündet und 14 Strafbefehle erlassen, in 14 Fällen wurde das Verfahren eingestellt.

Aber weder die Knüppelorgien noch die Terrorurteile hielten die Bevölkerung vom weiteren Kampf ab. Am Freitag Nachmittag demonstrierten wieder mehr als 3000 Menschen auf der Domsheide. Wie schon an den beiden vorangegangenen Tagen hatte die Bremer Straßenbahn AG ihren Betrieb eingestellt. Der Senat, durch den hartnäckigen Widerstand der Bevölkerung sichtlich beunruhigt, hielt seine Polizei zurück.

WK vom 19.1.68

Koschnick fordert: Ruhe bewahren!

gst Bremen (Eig. Ber.). Nach einer Sondersitzung des Senats hat sich gestern der Bremer Regierungschef Koschnick in einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt und die Bevölkerung der Hansestadt aufgefordert, Ruhe zu bewahren und die Polizei in ihrem Bemühen, Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten, zu unterstützen. Die Landesregierung vertritt die Auffassung, daß die Tariferhöhung der Bremer Straßenbahn AG gerechtfertigt und darum nicht rückgängig zu machen ist. Bürgermeister Koschnick sagte wörtlich: „Wir können uns nicht vom Druck der Straße erpressen lassen."

Bürgerschaftsabgeordnete und Senatoren, die sich "nicht dem Druck der Straße beugen" wollten, diskutierten mit Arbeitern, Angestellten und Beamten. Trotz ihres Versuchs konnten sie die Massen nicht abwiegeln. Diese forderten, durch die bisherigen Kämpfe selbstbewußt geworden, weiterhin: Rücknahme der Erhöhungen und Rechenschaft von Koschnick. Nach einer Sondersitzung des Senats stellte sich Koschnick am Montag Nachmittag etwa 5000 – 6000 Menschen, die sich auf dem Domshof versammelt hatten und die lautstark die Rücknahme der Tariferhöhungen forderten.

für Sie als Fahrer eine größere Belastung mit sich, weil sie ja ab und zu kassieren müssen?
ANTWORT: Nicht nur ab und zu, wenn ich morgens einen Bus fahre, habe ich nach 4 Stunden Fahrzeit 200 DM einkassiert.
FRAGE: Sind in der letzten Zeit Kollegen entlassen worden?
ANTWORT: Ja, aus der Werkstatt, Fahrer nicht.
FRAGE: Wie oft passieren Unfälle, was sind die Gründe dafür?
ANTWORT: Von 10 Unfällen, die passieren, ist an einem nur der Fahrer schuldig. Wenn wir einen Unfall hatten, müssen 4 Seiten Fragebögen ausgefüllt werden, welche Linie, wie lange tätig, weil das ja zur Haftpflicht geht. Und die wollen sehen, bist erst 1/2 Jahr da, hast den 3.Bums, dann sagen die, Mensch, leg den man schön auf die Seite, dann gucken sie uns besonders auf die Finger.

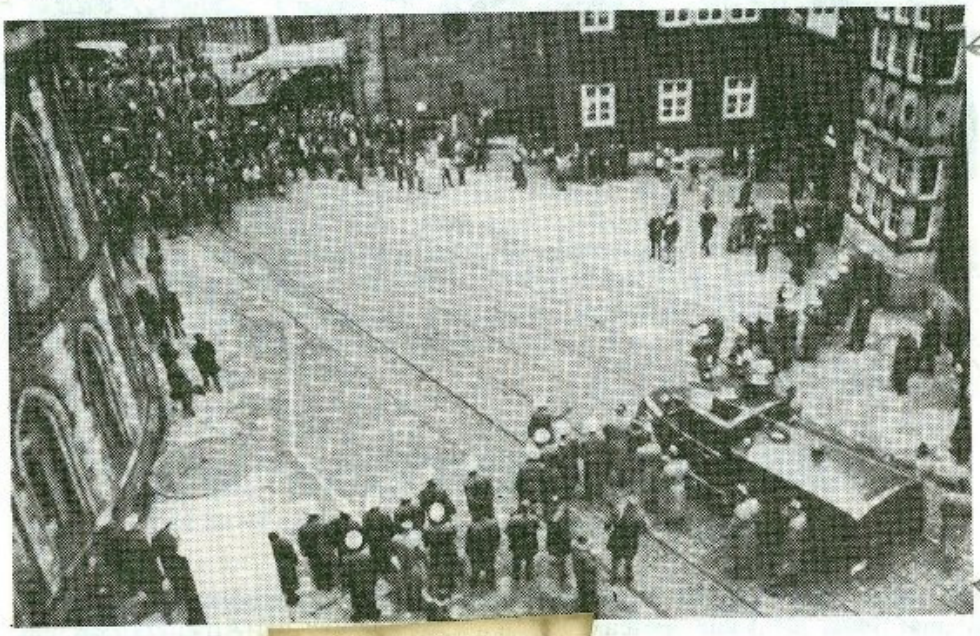
FRAGE: Kann man wegen Unfällen entlassen werden?
ANTWORT: Kommt drauf an, was passiert. Man kann manchmal schon wegen einem Unfall entlassen werden. Ein Fahrer, der angeblich bei Rot über die Ampel fuhr, wobei ein Mopedfahrer tödlich verunglückte, konnte gleich gehen. Eine Kollegin, die für den Fahrer aussagte, galt als unglaubwürdig. Wären zwei Fußgänger Zeugen gewesen, wär er heute noch da.
FRAGE: Wozu sind die Kontrolleure da? Werden nur die Fahrgäste kontrolliert oder auch die Fahrer?
ANTWORT: Es gibt besondere Personalkontrolleure. Jeder Fahrer hat zweimal im Jahr eine solche Kontrolle. Wer Fehler macht, wird öfter kontrolliert. Wenn die reinsteigen, sieht man sie natürlich nicht, dann würde man ja bestimmt nichts machen. Wenn man irgendwie Fehler gemacht hat, kommen sie und sagen einem das. Sie müssen das sofort melden, das wird alles in deine Akte notiert und wenn die Akte dick genug ist, dann kannste gehn.
FRAGE: Ein zweites Flensburg also?
ANTWORT: Wir müssen uns genau an die Vorschriften halten,wenn es im Sommer zu heiß ist, dürfen wir nicht die Türen aufmachen, auch keine Personen einsteigen lassen, wenn der Bus schon zur Abfahrt geblinkt hat und nochmals hält oder wenn er nur 1 Meter über die Grenze der Haltestelle gefahren ist. Dafür mußte ich einmal 280 DM Strafe zahlen.

Die Werktätigen haben die gleichen Feinde: Sie werden sich zusammenschließen und die Fahrpreiserhöhungen verhindern und den Kampf der Arbeiter und Angestellten bei der BSB gegen Lohnraub und Rationalisierung solidarisch unterstützen.

Um den gerechten Protest von der Straße zu bekommen, setzte der Staatsapparat Schutz- und Bereitschaftspolizei ein. Über 600 Beamte prügelten und fuhren mit ihren Wasserwerfern in die Menge. Es gelang ihnen jedoch nicht, die Blockadeaktionen zu verhindern oder die Demonstranten zu zerstreuen. Niemand konnte und wollte die neuen Preise zahlen. Daher warenimmer mehr über den staatlichen Gewalteinsatz empört. So wuchs die Bewegung und der Widerstand wurde größer.

Neben Polizeieinsätzen versuchte die Bourgeosie gleichzeitig mit allen Mitteln die Bewegung zu zersetzen. Die Presse sprach von "Krakeelern" und "Krawallen" und die Polizeieinsatzleitung behauptete, seitens der Demonstranten seien Eisenstangen eingesetzt worden und manche seien aus Holland "eigens zu diesem Zweck nach Bremen gekommen, um hier Krawall zu machen"(WK vom 19.1.68) Doch diese Spaltungsmanöver liefen ins Leere. Stattdessen nahm man sich gegenseitig mit, ging zu Fuß oder fuhr mit dem Rad - aber nicht, um die Straßenbahn zu ersetzen, sondern um schnell in die Innenstadt zu kommen, um an den Kundgebungen und Blockadeaktionen teilzunehmen.

S. 78/43



96.00
~~95,65~~
16

41b. r 2/018

BREMEN 1968

Regierungs- und Parteipolitiker mischten sich unter die Demonstrationsteilnehmer und versuchten zu spalten. An Schulen wurden die Lehrerkollegien mobilisiert, auf Diskussionsveranstaltungen den Schülern den Widerstand auszureden Doch an der Schule Otto-Braun-Str. erklärten sich 33 Lehrer stattdessen mit dem berechtigten Kampf gegen die Erhöhungen solidarisch. Und wo solche Veranstaltungen stattfanden, entlarvten sich diese Sorte von Volksvertretern, woraufhin noch mehr Schüler am nächsten Tag dabei waren.

Weder 10 000 Handzettel des Arbeitskreises Bremer Schülerringe ("der ABS fordert alle Schüler in ihrem eigenen Interesse auf, weitere Demonstrationen

16.01.1968:
Die Heimvolkshochschule Bergneustadt der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) lädt mit einer "Eilinformation" ein zum Seminar "Student und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland" vom 19. bis. 24.2.1968.
Q: FES-Heimvolkshochschule: Eilinformation: Bergneustadt 16.1.1968

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG E.V. HEIMVOLKSHOCHSCHULE

5283 BERGNEUSTADT,
Ruf Gummersbach 53141/2
FS 0884554

den 16.Jan.19

Mü./Gr.

An alle Vertrauensdozenten, Wissenschaftliche Vorprüfer und aktiv im hochschulpolitischen Leben stehenden Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung

E i l i n f o r m a t i o n

Betr.: Seminar "Student und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland"

Die Friedrich-Ebert-Stiftung - Abteilung Studienförderung führt wegen des großen Interesses an diesen Fragen in der Zeit vom 19. bis 24. Februar in unserer Heimvolkshochschule in Bergneustadt ein Seminar zu dem Thema

"Student und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland"

durch, zu dem wir hiermit unsere Vertrauensdozenten, Wissenschaftliche Vorprüfer und besonders im hochschulpolitischen Leben stehende Stipendiaten einladen. Es handelt sich dabei um die Fortsetzung und Ergänzung des Seminars, das wir im vergangenen Jahr vom 25. bis 28. September veranstaltet haben.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns auf der beiliegenden Rückantwortkarte bis zum 1. Februar mitteilen könnten, ob Sie an der Veranstaltung teilnehmen können oder nicht.

Zu Ihrer Unterrichtung teilen wir Ihnen mit, daß ein Rundschreiben an alle Vertrauensdozenten und Wissenschaftlichen Vorprüfer mit dem Seminarprogramm für das Jahr 1968 sowie anderen Sie interessierenden Unterlagen ab 25. Januar auf den Weg gebracht wird und alle Stipendiaten ebenfalls ein weiteres Rundschreiben zu dieser Zeit erhalten werden.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für das Neue Jahr

Ihr

Egon Erwin Müller

- Egon Erwin Müller -

1. Vorsitzender des Vorstandes Prof. Gerh. Weisser, Köln · Präsident des Kuratoriums Walter Hesselbach, Bankier, Frankfurt
Bankkonto Nr. 606 Bank für Gemeinwirtschaft, Zwgst. Bonn · Postscheckkonto Köln Konto-Nr. 26532

16.01.1968:
Der AStA der FU Berlin gibt ein Flugblatt heraus mit dem Programm des Notstandsseminars am 20./21.1.1968.
Q: AStA FU: Liebe Kommilitonen!, Berlin 16.1.1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- P litisches Referat -

1 Berlin 33, den 16.1.68
Garystr. 20
Tel.: 7690 421

Liebe Kommilitonen!

Mit Hilfe von Notstandsgesetzen aus dem Jahre 1912 gelangten die Faschisten in Griechenland an die Macht; immer größere Teile der griechischen Bevölkerung erfahren bewußt die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, verstärkt noch durch feudale Reststrukturen. Dem verstärkten Kampf der demokratischen Kräfte in Griechenland konnten die herrschenden Kreise nur dadurch begegnen, indem sie mit Hilfe von Notstandsgesetzen eine Diktatur errichteten!

NOTSTANDSGESETZE SIND AKTUELL

Das Beispiel Griechenland soll ein Signal sein, den Kampf gegen diese Ermächtigungsgesetze nicht nur mit Lippenbekenntnissen zu führen, sondern wir sollten analysieren, in wieweit Notstandsgesetze den Interessen der Monopole entsprechen und in wieweit sie demokratische Entwicklungen verhindern. Daraus sollten wir dann die Konsequenz ziehen, kompromißlos jede Notstandsregelung abzulehnen und durch unseren Kampf für Demokratie in Berlin die Übernahme solcher Gesetze und Notstandsübungen wie am 2. Juni zu verhindern.

Der AStA führt am 20./21. Januar 1968 ein Wochenendseminar über Notstandsgesetze durch, um der Studentenschaft die Gelegenheit zu geben, sich mit dem neuesten Stand der Diskussion vertraut zu machen!

Programm umseitig!

gez.
Helmut Giesa
Referent

bitte wenden!

NOTSTANDSSEMINAR

Samstag, 20. Januar 1968:

13.00 Uhr	Mittagessen
14.00 "	Reinhard Wolf "Funktion der Notstandsgesetze in der Gesellschaft"
16.00 "	Kaffee
16.30 "	Herta Gmelin "Arbeitsrecht" anschließend Diskussion
18.30 "	Abendessen

Sonntag, 21. Januar 1968:

13.00 Uhr	Mittagessen
14.00 "	Martin Bennhold "Innerer Notstand" ansohließend Diskussion
16.00 "	Kaffee
16.30 "	N.N. "Äußerer Notstand" anschließend Diskussion
18.30 "	Abendessen

Ort: Clubhaus der FU, 1 Berlin 37 (Zehlendorf), Goethestraße 49
U-Bahn Krumme Lanke

ANMELDUNG IM SEKRETARIAT DES AStA BIS FREITAGMITTAG UNBEDINGT ERFORDERLICH!

bitte wenden!

17.01.1968:
Der RC Karlsruhe (vgl. Dez. 1967) eröffnet seine eigenen Räume. Vorsitzender ist Roland Land.
Q: Berliner Extra Dienst Nr. 5, Berlin 1968, S. 4

17.01.1968:
Der SDS Tübingen rief anläßlich der Ausführungen von Rektor Möllenstedt zum Hochschulgesetz vor dem Landtag mit dem Flugblatt "Go-In" dazu am 17.1.1968 beim Soziologen Tenbruck auf, wo über Autorität an der Hochschule diskutiert werden solle.
Q: SDS: Go-In, O. O. (Tübingen) o. J. (1968); SDS-Flugblätter zur Hochschulpolitik. Tübingen, Sommer-Semester 1967 Winter-Semester 1967/68, Tübingen o. J. (1968), S. 6f

Vs

GO - IN

STUDIENREFORM MIT EISERNER HAND IN NEUEN MASCHINENHALLEN

I HOCHSCHULGESETZ ALS DISZIPLINIERUNG

Die Universität hat die Katze aus dem Sack gelassen; Rektor Möllenstedt verkündet vor dem Landtag: "Ich stelle es mir als Ingenieur so vor, daß man Maschinenhallen baut, in einzelne Gruppen unterteilt und kleine Seminare einrichtet.... Die Philosophische Fakultät ist es, die Schwierigkeiten macht... Sie dürfen nicht vergessen, daß alle anderen Fakultäten intakt arbeiten.... Im übrigen hat ein ... Institutsdirektor für die Assistenten und Akademischen Räte Tag und Nacht zu denken und zu arbeiten. Wenn sie aber große chemische Institute haben,...,dann müssen Sie eine eiserne Hand haben... Wir bitten das Hochschulgesetz sozusagen herbei, damir wir juristisch gedeckt sind, damit wir die Macht haben, Reformen durchzuführen."

II SO SIEHT DAS ALSO AUS

Während die Studenten in diesem Semester dafür gekämpft haben, in den akademischen Gremien vertreten zu sein, Mitsprache zu üben, am Entscheidungsprozeß beteiligt zu werden, Öffentlichkeit als erstes rationales Argument gelten zu lassen, damit diese kleinen Schritte endlich Reformen für alle einleiten, geht die Universität, deren Privilegien und Macht jetzt akut bedroht sind, den einzig noch möglichen Weg:

Sie wendet sich an die Mächtigen in Regierung und Industrie und fordert: Gebt uns, den Ordinarien, die Macht, und wir werden die studentischen Forderungen schon auffangen und in die richtigen Bahnen lenken.

III MAN LÄßT UNS REDEN, DAMIT WIR AM HANDELN GEHINDERT WERDEN

Wenn wir und Solange wir nur diskutieren, liefern wir der Universitätsbürokratie und -hierarchie den Vorwand, mehr Macht für sich zu verlangen. Sie fürchtet, - mit Recht -, daß die Universität zum kritischen Unruheherd und zum Zentrum aktiven Widerstands gegen die Einverleibung in die Maschinerie von Anpassung und Leistung wird.

Die Universität ist nicht ungeschickt:

Sie benutzt die aus den studentischen Forderungen geschaffene öffentliche Diskussion, um sich den Deckmantel der Liberalität zuzulegen. Diese Liberalität ist Schein und erfüllt doppelte Funktion. Zur Beschwichtigung räumt man den Studenten einen formalen Zugang zu den akademischen Gremien (1o von 22o Sitzen im Senat) ein, um sie damit zu beruhigen und von den tatsächlichen Entscheidungen (Mittelvergabe der Institute, Berufungen, Prüfungsverfahren, Absetzung von Ordinarien, Kontrolle von Lehr- und Forschungsprogramm) fernzuhalten.

Der Begriff 'Demokratisierung der Hochschule', der neuerdings durch die Herrschenden übernommen wurde, ist nichts anderes als zynisches Plagiat. Er fungiert formal als Integration (Studentenvertretung als demokratische Spielwiese), inhaltlich als Disziplinierung der Studenten (Androhung von Zwangsexmatrikulation und Numerus Clausus). "Wir bitten das Hochschulgesetz sozusagen herbei" - so der Rektor -, "damit wir juristisch gedeckt sind, damit wir die Macht haben, Reformen durchzuführen."

Das heißt: JEDES KOMMENDE HOCHSCHULGESETZ IST EIN ERMÄCHTIGUNGSGESETZ FÜR DIE ORDINARIEN !

IV DIE FEHLER UNSERER POLITIK

Es war also eine falsche Politik, unsere Forderung nach inhaltlicher Demokratisierung aufs institutionelle Gleis abschieben zu lassen und lediglich verbale Vorbehalte anzumelden.
Gerade der SDS hat es versäumt - und damit einen schwerwiegenden politischen Fehler begangen -, die antagonistischen Widersprüche von Ordinarien- und studentischem Interesse nicht konkret und öffentlich sichtbar zu machen.
Damit haben wir der Verschleierungstaktik und dem liberalen Geschwätz von Dahrendorf bis Jens ein Alibi besorgt.

V NOTWENDIGKEIT UND ZIEL EINER OFFENSIVEN POLITIK DER STUDENTEN

Offensive Politik der Studenten heißt: wir müssen das Machtmonopol der Ordinarien in jeder Hinsicht brechen. Aus der Vietnam-Vorlesung haben wir gelernt:
Der Kampf für eine demokratische Universität kann nicht stehenbleiben bei der Kritik einzelner Lehrveranstaltungen und deren Ersetzung durch uns.
Wir haben gelernt:
Solange die Macht der Ordinarien existiert, wird die von ihr produzierte 'wertheutrale', 'zweckfreie', 'objektive' Wissenschaft bestehen, die den Herrschenden in unserer Gesellschaft als Instrument der Unterdrückung dient; und umgekehrt: solange es diese, politisch fungible Wissenschaft gibt, wird die Macht der Ordinarien weiterbestehen, die Studenten, durch solche Art 'Wissenschaft' in Unmündigkeit zu halten. Die Kritik der ideologischen Hilfsfunktion bürgerlicher Wissenschaft darf nicht dadurch politisch neutralisiert werden, daß eine kritische und engagierte Wissenschaft ein von der Gesellschaft ausdrücklich gestattetes Reservat zugewiesen bekommt. Denn damit soll diese kritische Wissenschaft die Absicht aufgeben, die Voraussetzungen und Bedingungen der bürgerlichen Wissenschaft zu ändern: nämlich die Abschaffung nicht nur ihrer Formen, sondern auch die Absetzung derer, die diese Wissenschaft als Legitimation einer repressiven Gesellschaft betreiben, um damit die systematisch organisierte politische Unmündigkeit und die reale materielle und intellektuelle Abhängigkeit der Studenten fortzusetzen.

Das Go-in ist eine Möglichkeit, Herrschaftsrituale zu durchbrechen.

Des Soziologen Tenbruck Vorlesung 'Wissenschaft und Gesellschaft' ist der geeignete Ort für eine öffentliche Diskussion über Autorität an der Universität.
Sie findet statt:

MITTWOCH 17.1.1963 10 h c.t.
hörsaal im Schlachthof.

⇨ GO-IN ⇦ SDS

(4) GO - IN

STUDIENREFORM MIT EISERNER HAND IN NEUEN MASCHINENHALLEN

I HOCHSCHULGESETZ ALS DISZIPLINIERUNG

Die Universität hat die Katze aus dem Sack gelassen; Rektor Möllenstedt verkündet vor dem Landtag: "Ich stelle es mir als Ingenieur so vor, daß man Maschinenhallen baut, in einzelne Gruppen unterteilt und kleine Seminare einrichtet... Die Philosophische Fakultät ist es, die Schwierigkeiten macht... Sie dürfen nicht vergessen, daß alle anderen Fakultäten intakt arbeiten... Im übrigen hat ein...Institutsdirektor für die Assistenten und Akademischen Räte Tag und Nacht zu denken und zu arbeiten. Wenn sie aber große chemische Intitute haben,...,dann müssen Sie eine eiserne Hand haben...Wir bitten das Hochschulgesetz sozusagen herbei, damit wir juristisch gedeckt sind, damit wir die Macht haben, Reformen durchzuführen."

II SO SIEHT DAS ALSO AUS

Während die Studenten in diesem Semester dafür gekämpft haben, in den akademischen Gremien vertreten zu sein, Mitsprache zu üben, am Entscheidungsprozeß beteiligt zu werden, Öffentlichkeit als erstes rationales Argument gelten zu lassen, damit diese kleinen Schritte endlich Reformen für alle einleiten, geht die Universität, deren Privilegien und Macht jetzt akut bedroht sind, den einzig noch möglichen Weg: Sie wendet sich andie Mächtigen in Regierung und Industrie und fordert: Gebt uns, den Ordinarien, die Macht, und wir werden die studentischen Forderungen schon auffangen und in die richtigen Bahnen lenken.

III MAN LÄßT UNS REDEN, DAMIT WIR AM HANDELN GEHINDERT WERDEN

Solange wir nur diskutieren, liefern wir der Universitätsbürokratie und -hierarchie den Vorwand, mehr Macht für sich zu verlangen. Sie fürchtet, - mit Recht -, daß die Universitä zum kritischen Unruheherd und zum Zentrum aktiven Widerstands gegen die Einverleibung in die Maschinerievon Anpassung und Leistung wird. Die Universität ist nicht ungeschickt: Sie benutzt die aus den studentischen Forderungen geschaffene öffentliche Diskussion, um sich den Deckmantel der Libera ität zuzulegen. Diese Liberalität ist Schein und erfüllt doppelte Funktion. Zur Beschwichtigung räumt man den Studenten einen formalen Zugang zu den akademischen Gremien (10 von 220 Sitzen im Senat) ein, um sie damit zu beruhigen und von den tatsächlichen Entscheidungen(Mittelvergabe der Institute, Berufungen, Prüfungsverfahren, Absetzung von Ordinarien, Kontrolle von Lehr- und Forschungsprogramm) fernzuhalten.

Der begriff 'Demokratisierung der Hochschule', der neuerdings durch die Herrschenden übernommen wurde, ist nichts anderes als zynisches Plagiat. Er fungiert formal als Integration (Studentenvertretung als demokratische Spielwiese), inhaltlich als Disziplinierung der Studenten(Androhung von Zwangsexmatrikulation und Numerus Clausus).

"Wir bitten das Hochschulgesetz sozusagen herbei" - so der Rektor - "damit wir juristisch gedeckt sind, damit wir die Macht haben, Reformen durchzuführen."

Das heißt: jedes kommende Hochschulgesetz ist ein Ermächtigungsgesetz für die Ordinarien!

IV DIE FEHLER UNSERER POLITIK

Es war also eine falsche Politik, unsere Forderung nach inhaltlicher Demokratisierung aufs institutionelle Gleis abschieben zu lassen und lediglich verbale Vorbehalte anzumelden. Gerade der SDS hat es versäumt - und damit einen schwerwiegenden politischen Fehler begangen - die antagonistischen Widersprüche von Ordinarien- und Studenteninteresse nicht konkret und öffentlich sichtbar zu machen.

Damit haben wir der Verschleierung und dem liberalen Geschwätz von Dahrendorf bis Jens ein Alibi besorgt.

V NOTWENDIGKEIT UND ZIEL EINER OFFENSIVEN POLITIK DER STUDENTEN

Offensive Politik der Studenten heißt: wir müssen das Machtmonopol der Ordinarien in jeder Hinsicht brechen. Aus der Vietnam-Vorlesung haben wir gelernt: der Kampf für eine demokratische Universität kann nicht stehenbleiben bei der Kritik einzelner Lehrveranstaltungen und deren Ersetzung durch uns. Wir haben gelernt:

Solange die Macht der Ordinarien existiert, wird die von ihr produzierte 'wertneutrale', 'zweckfreie', 'objektive' Wissenschaft bestehen, die den Herrschenden in dieser Gesellschaft als Instrument der Unterdrückung dient; und umgekehrt: solange es diese politisch fungible Wissenschaft gibt, wird die Macht der Ordinarien weiterbestehen, die Studenten durch solche Art 'Wissenschaft' in Unmündigkeit zu halten. Die Kritik der ideologischen Hilfsfunktion bürgerlicher Wissenschaft darf nicht dadurch politisch neutralisiert werden, daß eine kritische und engagierte Wissenschaft ein von der Gesellschaft ausdrücklich gestattetes Reservat zugewiesen bekommt. Denn damit soll diese kritische Wissenschaft die Absicht aufgeben, die Voraussetzungen und Bedingungen der bürgerlichen Wissenschaft zu ändern: nämlich die Abschaffung nicht nur ihrer Formen, sondern auch die Absetzung derer, die diese Wissenschaft als Legitimation einer repressiven Gesellschaft betreiben, um damit die systematisch organisierte politische Unmündigkeit und die reale materielle und intellektuelle Abhängigkeit der Studenten fortzusetzen.

Das Go-in ist eine Möglichkeit, Herrschaftsrituale zu durchbrechen.

Des Soziologen Tenbruck Vorlesung "Wissenschaft und Gesellschaft" ist der geeignete Ort für eine öffentliche Diskussion über Autorität an der Universität.

Sie findet statt:

MITTWOCH, 17.1.68, 10 h c.t.
Hörsaal im Schlachthof.

SDS

Go - in

17.01.1968:
In Berlin lud die Deutsche Debatten-Gesellschaft Quaternal e.V. für heute ein zur Diskussion zum Thema "Die Anerkennung der DDR sichert die Zukunft Westberlins" mit je einem Vertreter des Republikanischen Clubs (RC) und des Demokratischen Klub (DK).
Q: Deutsche Debatten-Gesellschaft Quaternal: Kann man…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

KANN MAN..

..überparteilich sein, ohne unpolitisch zu werden?
..nach festen Regeln diskutieren, ohne Formalist zu sein?

Wir glauben: Man kann es
und davon wollen wir Sie überzeugen
bei unserer

DEBATTE

am kommenden MITTWOCH, den 17.1.1968 um 20.00 s.t.
im KLUBHAUS der FU, Berlin 37, Goethestr. 49

Antrag :

"Die Anerkennung der D D R sichert die Zukunft Westberlins"

Es debattieren :
Ein Vertreter des Republikanischen Clubs
Ein Vertreter des Demokratischen Clubs
--- und natürlich SIE ALLE ---

P.S.: Den neuen Durbridge können wir Ihnen leider nicht biete

---

Deutsche Debatten-Gesellschaft Quaternal e.V.

17.01.1968:
Über die Verfolgung des AUSS Frankfurt durch die politische Polizei berichtet die heutige 'FR' und auch Haug/Maessen:"
An einem Samstagabend im Januar erschienen zwischen 19 und 20 Uhr zwei uniformierte Polizeibeamte in einem Sportler-Lokal. Sie forderten einen 17 Jahre alten Schüler, Unterprimaner und AUSS-Mitglied, auf, ihnen zu folgen. Auf der Straße wurde der Schüler von einem Beamten in Zivil erwartet und nach der 'anarchistischen Minderheit', der er angehöre, befragt."
Q: Haug, Hans-Jürgen, Maessen, Hubert: Was wollen die Schüler?, Frankfurt 1969, S. 51f

18.01.1968:
Der SDS Tübingen gibt vermutlich heute ein Flugblatt "Blanker Terror?" heraus zur Erklärung der Philosophischen Fakultät vom 17.1.1968 zum Go-In bei Tenbruck am 17.1.1968 sowie zu den von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät am 17.1.1968 angekündigten Anzeigen und Disziplinarverfahren gegen alle Störer.
Q: SDS: Blanker Terror?, Tübingen o. J. (1968)

Anhang

BLANKER TERROR ?

I

In der Erklärung der philosophischen Fakultät vom 17.1.1968 heißt es,der SDS habe durch sein GO-IN "das Prinzip der Lehr- und Lernfreiheit in eindeutiger Weise" und - man denke - "vorsätzlich" verletzt.

Allerdings hat der SDS in eine Freiheit eingegriffen,in die Freiheit der Ordinarien nämlich,fungible Wissenschaft und fungible Wissenschaftler zu produzieren,in eine Freiheit,die den Ordinarien die alleinige Verfügungsgewalt über den Wissenschaftsprozeß (Forschung und Lehre) sichert und die Unmündigkeit der Studenten bedingt,deren F reih eit darin besteht,die auf bloßen Lernstoff reduzierte Wissenschaft zu konsumieren und den Ordinarien zu akklamieren.

Indem sich die Erklärung der Phil.Fak.auf die Formel "Prinzip der Lehr- und Lernfre' heit" beruft,die sie im Ritual der Vorlesung garantiert sieht,entlarvt sich eben diese Formel als ideologische Legitimation bestehender Herrschaftsstrukturen an der Universität.

So wird das Durchbrechen des Vorlesungsrituals durch eib GO-IN zum legitimen politischen Mittel,bestehende Machtverhältnisse zu demaskieren und tendenziell aufzuheben.

II

Als während des GO-IN einer der Assistenten Tenbrucks fragte,wer für Vorlesung statt für Diskussion sei, stimmte nur ein knappes Drittel der Anwesenden für Vorlesung.Das scheint auch für Tenbruck der Anlaß gewesen zu sein,den durch den AStA Vorsitzenden Fuchs übermittelten Vorschlag der anwesenden Professoren von Beyme und Geyer,noch einmal abzustimmen, abzulehnen.

So ignoerierte Tenbruck mit seiner Haltung "Eine Vorlesung IST eine Vorlesung" jede Forderung nach Diskussion,wollte also die Rituale des Wissenschaftsbetriebs aufrechterhalten.Daß diese Haltung jedoch nicht der Vermittlung von Wissenschaft diente sondern einer sachfremden Autorität,erwies sich,alser - in der Meinung,den SDS damit zu überführen - ein angeblich geheimes Arbeitspapier des SDS vorzulesen begann,ohne dazu selber Stellung zu nehmen oder eine Diskussion darüber zuzulassen.

Mit dem Vorwurf,dem SDS ginge es "nur um den blanken Terror", stellt sich Tenbruck auf die Seite derjenigen,die dem SDS faschistische Terrormethoden (Prof.Rüegg,Rektor der Frankfurter Uni) vorwerfen.Ernsthaft kann aber Tenbruck das nicht meinen, denn als Soziologe weiß er gewiß,daß faschistische Methoden darauf abzielen,"Minderheiten in Angst zu versetzen und schließlich physisch zu vernichten,um bei der Mehrheit die Bereitschaft zu blinder Akklamation zu erzeugen.

bitte wenden !

Die Methoden des SDS dagegen,die im Detail durchaus kritisch diskutiert werden sollen,wollen eine rationale Diskussion überhaupt erst in Gang bringen,und die Träger von Herrschaft dazu herauszufordern,sich zu legitimieren,oder mangels Legitimation auf ihre Privilegien zu verzichten.Angts können diese Methoden nur bei denen erzeugen,die als Inhaber von Herrschaftspositionen weder in der Lage noch willens sind,ihre Positionen und ihr Handeln zu legitimieren."(Aus einer Stellungnahme von 17 Assistenten und Mitarbeitern an der Phil.Fak.zu Äußerungen des Rektors).

III

Die Phil.Fak.,die in ihrer Stellungnahme behauptet,das Vorgehen des SDS sei "eine bewußte Aktion gegen die Reformen,die sie gemeinsam mit den Studenten erarbeitet",beschwört eine Interessenidentität von Ordinarien und Studenten,die die bestehenden und auch von ihr erkannten Grundwidersprüche an der Uni durch eine Politik der Gemeinschaftsideologie zu verschleiern sucht.

Konsequenterweise müssen alle Gruppen,die sich diesem Anpassungsprozeß widersetzen,als Störenfriede und Terroristen denunziert werden. 1)

Es kommt darauf an,daß die Studenten sich gegenüber dieser Politik des "gemeinsamen Interesses",die als Disziplinierungsmaßnahme fungiert,selbsttätig und unabhängig organisieren und aktive Widerstandsformen - GO-IN und andere spontane und direkte Aktionen - entwickeln,um die Macht der Ordinarien an der Universität zu brechen !

Sozialistischer Deutscher Studentenbund SDS Tübingen

1)
So hat die Rechts- und Wirtschaftswirtschaftliche Fakultät am 17.1.beschlossen; "gegen alle Störer wird Strafanzeige erstattet und Antrag auf Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gestellt."

18.01.1968:
In Berlin lud der Arbeitskreis 28, "Methodik der gewaltfreien direkten Aktion", der Kritischen Universität (KU) für heute ein zum Vortrag "F. Fanon und M.K. Gandhi - Zur Methodik der kolonialen Revolution" von W. Sternstein in der ESG in der Gelfertstr. 45.
Q: KU-AK 28: Am Donnerstag…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

1 T.

KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU K

Kritische Universität -Arbeitskreis Nr.28:Methodik der gewaltfreien direkten Aktion

Am Donnerstag,18.1. spricht W.Sternstein um 2o.oo im ESG-Heim Gelfertstr.45 über

F.FANON UND M.K.GANDHI
ZUR METHODIK DER KOLONIALEN REVOLUTION.

(Wolfgang Sternstein promoviert an der Universität Frankfurt/Main bei Iring Fetscher über das Thema "F.Fanon und M.K.Gandhi.Vorstudien zu einer Theorie der kolonialen Revolution.")

Angsichts der Entwicklung der Dritten Welt bedarf es theoretischer Uberlegung,ob neben gewaltsamen Aufständen auch ein Konzept für gewaltfreie Aufstände entwickelt werden kann,die die Revolution vorantreiben könnten.Die Frage ist, ob in bestimmten Situationen gewaltfreie Aufstände einen vollwertigen Ersatz für den Guerillakrieg bilden können.

Wir weisen besonders die Teilnehmer der Ak 5(Vietnam) und 6(Kuba und Lateinamerika) auf diesen Abend hin.

i.A.M.Mirschel
37,Heimat 24 Tel.847568

KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

18.01.1968:
Der AStA der Universität Göttingen gibt seine 'Göttinger Nachrichten' (GN) Nr. 10 (vgl. 11.1.1968, 9.2.1968) heraus mit dem Leitartikel "153 wollen in den Studentenrat. Mehr Wähler als im letzten Jahr? Zum erstenmal politische Wahlprogramme - Was bedeuten die Listennamen?" zu den Studentenparlamentswahlen (StPW) vom 25. bis 31.1.1968.

Weitere Artikel sind:
- "Was? wann? Wie?" zu den Studentenparlamentswahlen (StPW).

Vorgestellt werden die Kandidaten der:
- Liste 1: DU (Demokratische Universität);
- Liste 2: UHU (Unabhängige Hochschul Union);
- Liste 3: UFO (Universitätsforum);
- Liste 4: AGS (Arbeitsgemeinschaft Göttinger Studenten);
- Liste 5: UNS (Unabhängige Studenten);
- Liste 6: RCDS - Progressive Mitte Ring Christlich-Demokratischer Studenten;
- Liste 7: RABE; sowie
- Einzelkandidaten.

Vorgestellt werden auch die Fachschaftssprecher-Kandidaten.
Q: Göttinger Nachrichten Nr. 10, Göttingen 18.1.1968

19.01.1968:
Der SDS Tübingen gibt vermutlich Ende dieser Woche ein Flugblatt "Go-In. Brecht die Macht der Ordinarienuniversität!" heraus zu den Reaktionen auf das Go-in bei Tenbruck am 17.1.1968.
Q: Go-In. Brecht die Macht der Ordinarienuniversität!, Tübingen o. J. (1968)

dem

GO-IN GO-IN GO-IN GO-IN GO-IN GO-IN GO-IN GO-IN

BRECHT DIE MACHT DER ORDINARIENUNIVERSITÄT !

Die Ordinarien sind sich wieder einmal einig:ein GO-IN des SDS ist ein gewaltsamer Eingriff in die Freiheit von Forschung und Lehre.

In der Tat ist das GO-IN ein Eingriff,- ein Eingriff allerdings in die alleinige Verfügungsgewalt der Ordinarien über die Wissenschaft.

Dadurch, daß kritische Einsicht in die Entmündigung und Abhängigkeit der Studenten systematisch verhindert wird,wird die Provokation zum legitimen politischen Mittel,Machtverhältnisse zu demaskieren.Indem so eine kritische demokratische Öffentlichkeit gegen die privilegierten Herren geschaffen wird, - eine Öffentlichkeit,die sich nicht wiederum durch scheinliberales Gerede in exklusiven Zirkeln disziplinieren läßt - ,kann begriffen werden,welche aufklärerische Funktion kritische Wissenschaftlichkeit für die gesamte Gesellschaft haben könnte.

Die Vorlesung war im 18.Jahrhundert mit dem progressivem Anspruch aufgetreten,Wissen öffentlich zu verb reiten,um Vernunft in der Gesellschaft zu verwirklichen.Die Vorlesungshörer bildeten ein freies,öffentliches Publikum.Private Wissenschaftlichkeit,die nicht vor diesem Publikum einsichtig gemacht werden konnte,blieb als bloße Meinung wirkungslos.Die Studenten,noch nicht durch Aufnahmebedingungen und Prüfungssysteme reglementiert,konnten den Wissenschaftsprozeß noch verfolgen und kontrollieren.

AUSSCHLAGGEBEND WAREN NICHT BLOß UNTERSCHIEDLICHE LEHRMEINUNGEN SONDERN FORSCHUNGSERGEBNISSE.

Erst mit der bürgerlich-kapitalistischen Ausdehnung der Produktivkräfte und den Befreiungsbestrebungen der unteren Klassen wuchs das Sicherheitsbedürfnis der Herrschenden. Von IHNEN wurde die Universität umfunktioniert in eine Institution zur Ausbildung von Spezialisten und 'wissenschaftlichen' Garanten der Herrschaft.Der Wissenschaftsmarkt selbst wurde monopolistisch aufgeteilt unter privilegierte Ordinarien. Damit brach der produktive Forschungsprozeß ab:Wissenschaftliche Ergebnisse und deren Verbreitung dienen nicht mehr der Emanzipation der Gesellschaft sondern begründen und stabilisieren die Macht der Herrschenden.

Tenbrucks Vorlesung steht unter dem anspruchsvollen Thema 'Wissenschaft und Gesellschaft'.Anstatt hier die repressiv und destruktiv gewordenen Funktionen der Wissenschaften IN der Gesellschaft zu entlarven,reproduziert Tenbruck diese in seiner 'wertneutralen' Analyse.

bitte wenden !

GO-IN GO-IN GO-IN GO-IN GO-IN GO-IN GO-IN GO-IN

Anstatt die Wissenschaft ÜBER die 'Wissenschaft in der Gesellschaft' selbst einer kollektiven kritischen und öffentlich einsichtigen Analyse zu anterziehen, - um einen möglichen Ausweg aus der Misere praktisch anzugehen - ,wird solche Wissenschaft zum Instrument,das autoritäre und exklusive Wissensprivileg der Ordinarien zu erhalten.

Anstatt den Studenten kritisches Lernen zu ermöglichen, werd.n sie zum Objekt einer Ausbildung gemacht,die auf die Dauer nur noch durch Prüfungsdruck und drohende Zwangsexmatrikulation aufrecht erhalten werden kann.

GO-IN s sind ein Kampfmittel.durch das die Studenten ihre Emanzipation selbst in die Hand nehmen und die Produktivität der Wissenschaften der gesamten Gesellschaft übereignen wollen.

GO-IN s ZIELEN AUF:

Entlarvung und Aufhebung eines Wissenschaftsrituals,

- das nur einer privilegierten Schicht dient,
- das die Studenten nur als auszubildendes Material verwendet,
- das die sozial ungerechtfertigte und ungerechte Verteilung von Wissenschaft und ihren Ergebnissen verewigt,
- das die produktive Entfesselung der Forschung insgesamt verhindert.

Forderungen bleiben ohnmächtig,wenn sie sich nur an die richten,die die Befreiung durch ihre Macht gerade verhindern.

ES KOMMT DARAUF AN,DAß DIE STUDENTEN SICH SELBSTTÄTIG UND UNABHÄNGIG ORGANISIEREN UND AKTIVE WIDERSTANDSFORMEN - GO-IN s UND ANDERE SPONTANE DIREKTE AKTIONEN - ENTWICKELN, UM DIE MACHT DER ORDINARIENUNIVERSITÄT ZU BRECHEN!

Sozialistischer Deutscher Studentenbund Tübingen SDS

19.01.1968:
In Tübingen gibt das Kollektiv zur Planung der sozialistischen Universität (KPdSU), das in der Pfrondorferstr. 36 ansässig ist, vermutlich Ende dieser Woche das Flugblatt "Unter langen Haaren - trotzkistisches Gebaren" heraus, in dem es u.a. heißt:"
He, Rechtsabweichler - Ihr habt den Tübinger SDS zu einer reaktionären Renegatenclique gemacht! … habt Ihr hier eine geschlagene halbe Stunde gebraucht, um Tenbruck aus dem Hörsaal zu werfen, während die anderen Professoren noch ungestört ihren wertfreien Mist oktroyieren dürfen. Eure kindischen Sticheleien im Asta sind ja systemimmanent …

Das Vietnam des Bonner Staates ist der 2. Juni. Darum: Schafft ein, zwei viele Ohnesorgs. … Freiwillige melden sich (Fr 13 - 14 Uhr) im KPdSU-Keller)."

Man werde im Großen Senat ein während der Vorlesungen benutzbares Love-In-Center einrichten.
Q: KPdSU: Unter langen Haaren - trotzkistisches Gebaren, Tübingen o. J. (1968)

K P d S U Kollektiv zur Planung der sozialistischen Universität

UNTER LANGEN HAAREN – TROTZKISTISCHES GEBAREN

He, Rechtsabweichler - Ihr habt den Tübinger SDS zu einer reaktionären Renegatenclique gemacht ! Während in Hamburg die Genossen im Audi Max Wenke schmorten, bis er braun war, während in München keine reaktionäre Vorlesung ohne Stinkbomben und Kanonenschlag über die Bühne geht, während in Berlin auch die Pfarer nicht mehr ohne den Teufel beten können, habt Ihr hier eine geschlagene halbe Stunde gebraucht, um Tenbruck aus dem Hörsaal zu werfen, während die anderen Professoren noch ungestört ihren wertfreien Mist oktroyieren dürfen. Eure kindischen Sticheleien im Asta sind ja systemimmanent (pfui Deibel) !

Ihr habt nichts geändert, das wird jetzt anders: Die Klassenbewußten haben sich solidarisiert; Genossen, höret die Signale:

WIR revolutionieren und demokratisieren diesen autoritären faschistoiden Wissenschaftsapparat, der dem Establishment willfähige Subalterne zur Ausbeutung der Arbeiterschaft und der Intelligenz produzieren soll.

HIER unsere Strategie: Endlich auch Provokation in Schwaben und Zerschlagung der Tübinger Ordinarienoligarchie.

1. Wir werden die Gesellschaft zur kritischen Reflexion zwingen. Schafft ein, zwei, viele Vietnams, sagte der unvergeßliche GUEVARA (Viva e Ché). Das Vietnam des Bonner Staates ist der 2.Juni. Darum: Schafft ein, zwei, viele Ohnesorgs. (Hier sträubt sich die Feder - doch es geht um den Sieg der Revolution - Opfer müssen gebracht werden - Freiwillige melden sich (Fr 13-14 Uhr) im KPdSU-Keller).
2. Solange wir noch unter professoraler Herrschaftsakten leiden, werden wir deren schlimmste Auswüchse in Euch mildern. Für alle dermaßen Frustrierten richten wir im Großen Senat ein LOVE-IN-CENTER ei das während der Vorlesungen benutzt werden kann. (Pillen beim Pedell Inklusivpreise(!)ß: 1oer Karte 25,-DM, für Honnefstipendiaten 2o,-. DER REINGEWINN GEHT AN DEN VIETCONG (MAKE LOVE for WAR). Kartenentwertung je nach Belastung: Bei einer Jens-Vorlesung 1 Punkt Bachof 2, Eschenburg 3. Bewerberinnen (nur ernstgemeinte Zuschri Ganzphoto, Referenzen) ab sofort melden.

Einen Tag vor gesellschaftpolitischen Aktivitäten bleibt der "Große Senat" geschlossen. Das erhöht bekanntlich die Agressivität.

Nächste Woche melden wir uns wieder. Bis dahin: HoHOHo Chi Minh !

PROLETEN ALLER FAKULTÄTEN

VEREINIGT EUCH

KPdSU

Tü, Pfrondorferstr. 36

19.01.1968:
Der AStA der FU Berlin gibt ein Flugblatt heraus mit dem Programm des Notstandsseminars am 20./21.1.1968.
Q: AStA FU: Notstandsseminar noch ist es nicht zu spät, Berlin 19.1.1968

E 076 2

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Politische Abteilung -

1 Berlin 33, den 19. Jan. 1968
Garystr. 20
Tel. 76 90 421

Liebe Kommilitonen !

Der Allgemeine Studentenausschuß führt am

20. / 21. Jan. 1968 im Clubhaus der FU,
Zehlendorf, Goethe str. 49,

ein

NOTSTANDSSEMINAR

durch.
Bisher haben sich erst 14 Kommilitoninnen und Kommilitonen zu diesem Seminar angemeldet. Wir sind bestürzt darüber, daß dieses Angebot der Information und Diskussion bis jetzt so wenig genutzt worden ist. Unserer Ansicht nach verliert unser Kampf um Demokratie in Hochschule und Gesellschaft an Glaubwürdigkeit und Durchschlagskraft, wenn wir einem solchen Versuch, die Gesellschaft mit Hilfe der Notstandsgesetze zu formieren und zu militarisieren, tatenlos zusehen.

NOCH IST ES NICHT ZU SPÄT

sich für das Seminar anzumelden und an ihm teilzunehmen, um auf Grund der erörterten Analyse politische Aktionen zu beraten, um die Übernahme solcher Gesetze nach Berlin und Notstandsübungen wie am 2. Juni 1967 zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Helmut Giesa
- Referent -

Anmeldung im Allgemeinen Studentenausschuß ist unbedingt erforderlich

Teilnehmerbeitrag: DM 2,--

b.w.

NOTSTANDSSEMINAR

Samstag, 20. Januar 1968:

13.00 Uhr	Mittagessen
14.00 Uhr	Reinhard Wolf "Funktion der Notstandsgesetze in der Gesellschaft"
16.00 Uhr	Kaffee
16.30 Uhr	Herta Gmelin "Arbeitsrecht" anschließend Diskussion
18.30 Uhr	Abendessen

Sonntag, 21. Januar 1968:

13.00 Uhr	Mittagessen
14.00 Uhr	Martin Bennhold "Innerer Notstand" anschließend Diskussion
16.00 Uhr	Kaffee
16.30 Uhr	N.N. "Äußerer Notstand" anschließend Diskussion
18.30 Uhr	Abendessen

b.w.

19.01.1968:
Der Konvent der FU Berlin lehnt es auf seiner heutigen Sitzung ab, das Corps Lusatia-Leipzig zu Berlin und des Corps Guestphalia Berlin als studentische Gemeinschaft zuzulassen, da es sich um eine schlagende Verbindungen handele.
Q: Konvent FU: Zur Vorlage des amt. SGA…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

NACHRICHTEN AUS DEM

KONVENT

HERAUSGEGEBEN VOM KONVENTSVORSTAND DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

Zur Vorlage des amt. SGA faßte der 20. Konvent auf seiner 2. (a.o.) Sitzung am 19. Januar 1968 folgende Beschlüsse:

I.

Der Konvent lehnt die Zulassung des

Corps' Lusatia-Leipzig zu Berlin

als studentische Gemeinschaft an der Freien Universität ab.

Aufgabe der Freien Universität Berlin ist gemäß § 3 ihrer Satzung die wissenschaftliche Ausbildung. - Das Corps Lusatia gehört dem Kösener SC-Verband an, und ist somit eine waffenstudentische Verbindung, die das Schlagen von Mensuren als Erziehungsmaßnahme wertet. Die Erziehung durch eine derartige Prozedur steht in ihrer Irrationalität im Widerspruch zu den Prinzipien wissenschaftlicher Ausbildung.

Der Konvent sieht keinen Anlaß, die bisher geübte Praxis hinsichtlich der Zulassung schlagender Verbindungen aufzugeben.

II.

Der Konvent lehnt die Zulassung des

Corps' Guestphalia Berlin

als studentische Gemeinschaft an der Freien Universität ab.

1. Aufgabe der Freien Universität Berlin ist gemäß § 3 ihrer Satzung die wissenschaftliche Ausbildung. - Das Corps Guestphalia gehört dem Kösener SC-Verband an, und ist somit eine waffenstudentische Verbindung, die das Schlagen von Mensuren als Erziehungsmaßnahme wertet. Die Erziehung durch eine derartige Prozedur steht in ihrer Irrationalität im Widerspruch zu den Prinzipien wissenschaftlicher Ausbildung.

Der Konvent sieht keinen Anlaß, die bisher geübte Praxis hinsichtlich der Zulassung schlagender Verbindungen aufzugeben.

2. Die "Constitution" des Corps entspricht nicht den Prinzipien einer demokratischen Vereinigung.

Auch auch diesem Grund muß eine Zulassung abgelehnt werden.

Die vollständige Satzung des

Corps' Guestphalia Berlin

ist im

AStA

bzw.

K o n v e n t

einzusehen.

Anlage zur Konventsvorlage XX/8 des SGA

A b s c h r i f t

der

C o r p s - C o n s t i t u t i o n

der

Guestphalia-Berlin

==========

Unveräußerliches Eigentum des
Verbandes Alter Berliner Westphalen e.V.
Berlin-Grunewald, Schendenerstr.13
==========

Dieses Exemplar ist verschlossen aufzubewahren, da seine Kenntnis anderen Corpsmitgliedern nicht gestattet ist.

Im Falle des Ablebens oder Ausscheidens des Inhabers dieses Exemplars aus dem Corps muß dieses Exemplar an den Verband zurückgegeben werden.

§ 1

Unsere Guesphalia bezweckt, ihre Mitglieder zu ehrenhaften Studente zu erziehen, sie zu charakterfesten, pflichtgetreuen deutschen Männern heranzubilden und ihnen durch ein treues und inniges freundschaftliches Zusammenhalten ein anziehendes, freudiges Jugendleben zu bereiten, wie es die Gesellschaft gebildeter, gleichgesinnter Jünglinge zu bieten vermag.

§ 6

Die Corpsburschen bilden auf Grund ihrer größeren Erfahrung studentischer Angelegenheiten den beratenden, beschließenden und ausführenden Teil des Corps, den Corpsconvent.

§ 9

Die Renoncen sind diejenigen Corpsmitglieder, welche wegen noch nicht ausreichender fechterischer Durchbildung und wegen ihrer geringen Kenntnis studentischer Verhältnisse noch nicht befähigt sind, an den Beratungen und Beschlüssen über Corpsangelegenheiten teilzunehmen; nur im Allgemeinen Convent haben sie Sitz und Stimme.
Sie haben den Corpsburschen, in Sonderheit den Chargierten, in allen Corpsangelegenheiten unbedingten Gehorsam zu erweisen und genießen in jeder Weise den Schutz des Corps.

§ 24

Inaktive Corpsburschen können nach endgültigem Abgang von der Hochschule vom Corpsconvent philistriert werden, wenn sie ein Examen bestanden oder sich in sicherer bürgerlicher Stellung befinden.

§ 25

Sie haben Sitz, aber keine Stimme im Corpsconvent mit Ausnahme der für die inaktiven Corpsburschen geltenden Fälle (§ 19 Abs.2).

§ 19 Abs.2.

Jedoch haben inaktive Corpsburschen im Mensurenconvent und dann Stimmrecht, wenn es sich um einschneidende Änderungen in der Corpspolitik, wie z.B. um Anknüpfung oder Abbruch befreundeter Beziehungen handelt, oder wenn ein Antrag auf Bestrafung eines Corpsmitgliedes mit der Dimission in perpetuum oder mit der Exclusion cum infamia oder ein Antrag auf Aufhebung dieser Strafen vorliegt.

§ 30

Jeder Studierende, der sich zur Aufnahme in das Corps meldet, hat vorher einen vom Corpsconvent vorgelegten Fragebogen ehrenwörtlich auszufüllen, der Angaben über Familienverhältnisse des Betreffenden und bei Conkneipanten die Darlegung der besonderen Verhältnisse enthalten muß.

§ 32

Zu Corpsburschen macht das Corps diejenigen Renoncen, welche währen ihrer Renoncenzeit durch ihr Betragen ihren Mitrenoncen gegenüber und die Corpsburschen sowie durch ihr Auftreten nach außen und auf der Mensur bewiesen haben, daß sie fähig und würdig sind, in den engeren Corpsverband aufgenommen zu werden.

-3-

§ 36

Ist die Rezeption beschlossen, so wird dem Corpsrezipienden in einem feierlichen Rezeptionsconvent, in dem alle aktiven Corpsburschen zugegen sein sollen, die Corpsconstitution vorgelesen. Nach deren Anhörung steht es ihm noch frei, zurückzutreten. Der Vorsitzende nimmt ihm zuvor das Ehrenwort ab, im Falle des Zurücktretens die strengste Schweigepflicht über das Gehörte zu beobachten.

§ 45

Der Senior steht an der Spitze des Corps. Jeder Aktive hat ihm in allen Corpsangelegenheiten unbedingten Gehorsam zu leisten.

§ 70

Die Aussagen, Entschuldigungen und Abstimmungen in den Conventen gehen auf Ehrenwort. Jedes Corpsmitglied ist verpflichtet, die Geheimnisse des Corps aufs peinlichste zu bewahren und von den Vorgängen und den Verhandlungen in den Conventen nichts auszusagen. Der Verrat von Corpsangelegenheiten wird aufs Schwerste bestraft.

§ 82

Im Feierlichen Corpsconvent haben sämtliche anwesenden Bandinhaber Stimmrecht.

§ 87

Die Maßnahmen, die bei einer schlechten Mensur eines Aktiven entreten, bestehen in dem Fechten einer neuen Partie, in interner Reinigung, externer Reinigung und in Entlassung ohne Band.

§ 88

Sollte die Mensur eines Corpsburschen nicht mehr genügen, so bittet falls der Corpsconvent nicht eine schwerere Maßnahme bestimmen sollte, der Consenior für ihn um eine offizielle schwere Partie.

In schweren oder in wiederholten Fällen kann der Corpsconvent nach Maßgabe der jeweiligen Verhältnisse die Maßnahme der internen oder externen Reinigung oder Entlassung ohne Band verhängen.

§ 89

Wird eine Reinigungspartie für ungenügend erklärt, so tritt von selbst die nächst schwerere Maßnahme wegen schlechter Mensur ein. Wird ein Corpsbursch wegen ungenügender Mensur ohne Band entlassen, so müssen ihm Convenienzpartien gewährt werden, um seine weitere Corpszugehörigkeit zu ermöglichen. Es muß erreicht werden, daß jeder, der seine Brauchbarkeit durch die Rezeption bewiesen hat, dem Corps erhalten bleibt.

§ 90

Im Mensurenconvent genügen ein Drittel der Stimmen, mindestens aber zwei Stimmen, um eine Mensurstrafe wegen moralischer Mängel der Mensur zu beschließen.

§ 91

Die Strafen, die der Corpsconvent verhängen kann, sind nach ihrer Schwere geordnet: Geldbuße, Verweis, protokollierter Rüffel, Suspension, temporäre Dimission, Bandentziehung, Dimission in perpetuum und Exclusion cum infamia.

-4-

§ 106

Der Demittierte hat sich des Tragens der Farben zu enthalten und muß seinen Verkehr mit dem Corps auf das Nötigste beschränken. Er muß aber die Umlagen bezahlen, der dimittierte Aktive auch den Fechtboden besuchen.

§ 118

Die Exclusion cum infamia ist die mit Ehrlosigkeit verknüpfte, schimpfliche Ausstoßung aus dem Corps. Sie tritt nur bei infamierenden Handlungen ein, wie z.B. bei Ehrenwortbruch, geflissentlicher Verletzung der Constitution oder entehrender Kriminalvergehen.

§ 121

Will ein Corpsbursch aus dem Corpsverband ausscheiden, so muß er seine Bitte begründet dem Corpsconvent vorlegen. Der Corpsconvent entscheidet über die Triftigkeit der Gründe und versagt oder gestattet demgemäß den Austritt.

Der Austritt des Corpsburschen hat die Form der "Entlassung ohne Band" mit Angabe des Grundes. Es kann jemand "Gesundheitsverhältnisse halber","Studienverhältnisse halber" oder "Familienverhältnisse halber" ohne Band entlassen werden.

§ 122

Will eine Renonce austreten, so hat sie sich an den Consenior oder einen anderen Corpsburschen zu wenden, der die Bitte dem Corpsconvent vorlegt. Die Renonce muß ihre Gründe auf Ehrenwort angeben und bekommt den Austritt gegebenenfalls versagt oder gestattet.

§ 123

Besteht ein Corpsbursch oder eine Renonce, obgleich der Corpsconvent die Begründung nicht anerkennt, auf dem Austritt, so kann über den Corpsbursch die Dimission in perpetuum verhängt werden, während die Renonce als unbrauchbar angegeben wird.

20.01.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, ein "Aufruf von unabhängigen Studenten sowie Mitgliedern von LSD, HSU, DIS und ESG" zur Kandidatur zum Studentenparlament bzw. zur Vorbesprechung der progressiven Kandidaten am 22.1.1968.
Q: Aufruf von unabhängigen Studenten sowie Mitgliedern von LSD, HSU, DIS und ESG, O. O. (Heidelberg) o. J. (1968)

20/01-68

Aufruf von unabhängigen Studenten sowie Mitgliedern von ~~XXXXXXX~~ LSD, HSU, DIS und ESG
verantw: G. Elwert

Liebe Kommilitoen!

In Bochum fing es an : Zu den Studentenparlamentswahlen bildete sich eine Wahlgemeinschaft der Rechten, die einen aufwendigen Wahlkampf nach amerikanischem Muster führte. Das Geld dazu kam nicht von Studenten. Man munkelte von CDU und IHK.

In Berlin wurde mit grossem Materialaufwand dasselbe versucht. Es wurde bekannt, dass der RCDS-Vorsitzende Runge Axel Springer um eine Spende für diesen Wahlkampf gebeten hatte.
In München gelang es. Mit demselben Aufwand. Man spricht unverholen von mindestens 10 000 DM, die von der ~~XXX~~ CSU kämen. Die Korporierten und Ihre Freunde bezeichneten mit sich ironischerweise als Wahlgemeinschaft der linken Mitte. Der progressive Münchener ASt wurde abgelöst. Die Wahlgemeinschaft der Rechten hatte nämlich im Parlament das Übergewicht; den Ausschlag gaben "Unabhängige" die plötzlich ihr Herz rechts schlagen hörten. In Mainz versucht man es jetzt. Der RCDS verwandte nachweislich über 5000,- DM auf eine Wahlkampfillustrierte, ein Kunststoff-Nilpferd auf dem Uni-Brunnen und andere Spässe. Man dementierte einen Zuschuss seitens der IHK Bonn. Zugleich tritt eine angeblich unabhängige Wahlgemeinschaft gegen "radikale Demokratisierungsforderungen" und politisches Mandat auf.
Auch in Heidelberg formieren sich die Rechten. Mitglieder der Dach=organisation der Heidelberger schlagenden Verbindungen (HIG) kon=stituierten unter Beifall vieler Professoren eine "Aktionsgemeinschaft demokratischer Studenten". Es ist anzunehmen, daß sich der RCDS und der NHB an diesem Bündniss beteiligen werden. Der Gesamtwahlleiter ist der Vorsitzende der HIG, Herr Rohde.

Kommilitonen wehrt Euch gegen diese von Aussenstehenden finanzierten Kräfte.

Setzt Euch nachdrücklich für die Demokratisierung der Hochschule ein. Dazu müssen in allen Gremien der Hochschule die drei an ihr vertretenen Gruppen (Dozenten, Mittelbau und ~~XXXXXXXXX~~ Studenten) mit je einem Drittel vertreten sein. Dazu muss jedes Gremium öffentlich tagen. Nur so ist eine demokratische Meinungsbildung unter den von den Entscheidungen betroffenen und eine Kontrolle der gewählten Vertreter möglich.
Setzt Euch für das politische Mandat des ASt ein. Auch ein Kollektiv muss das Recht auf freie Meinungsäusserung haben. Wie in jedem demokratischen Gebilde so hat auch bei uns der polisch Andersdenkende die Möglichkeit durch Wahl oder Abwahl des ASt die Möglichkeit seine Stellung zum politischen Verhalten desselben auszudrücken.
KOMMILITONEN KANDIDIERT ZUM STUDENTENPARLAMENT !

Vorbesprechung der progressiven Kanddaten Montag 22.1. 20 c.t. in der Heuscheuer

20.01.1968:
Im Republikanischen Club (RC) Berlin konstituiert sich, laut 'BED', das Komitee der 100 für die Freiheit Griechenlands.
Q: Berliner Extra Dienst Nr. 7, Berlin 1968, S. 4

20.01.1968:
An der FU Berlin wendet sich der Lehrkörper des Romanischen Seminars mit einem Flugblatt "An die Studenten des Romanischen Seminars" und lädt für den 26.1.1968 ein zur öffentlichen Diskussion.
Q: N. N.: An die Studenten des Romanischen Seminars, Berlin 20.1.1968

Berlin, den 20.1.1968

AN DIE STUDENTEN DES ROMANISCHEN SEMINARS

Der Lehrkörper des Romanischen Seminars erklärt, daß er die von der SV gesteuerten Versuche, Nicht-Teilnehmer in Grundstudiumskurse und Proseminare zu entsenden mit dem Ziel, in oder nach der Lehrveranstaltung eine Diskussion über deren Methode oder Inhalt herbeizuführen und bei einer Weigerung des Kursleiters zu erzwingen (of. VV-Protokoll vom 19.12.1967), als eine Störung und grundsätzliche Veränderung des Lehrbetriebs betrachtet.

Der Lehrkörper bekräftigt damit seinen im Informationsblatt von Anfang Januar 1968 S. 4 zum Ausdruck gebrachten Beschluß, derartigen Störungen im Interesse der Studenten und in Wahrnehmung seines Ausbildungsauftrags entschieden entgegenzutreten. Dies gilt auch dann, wenn der Plan der SV, Lehrveranstaltungen autoritär zu kontrollieren, sich zunächst unter Berufung auf die Formulierung der studentischen Resolution vom 15.1.1968 als Hilfe tarnt, die den jüngeren Studenten durch "erfahrene" ältere Semester zuteil werden soll.

Wir laden für Freitag, 26.1., 16 - 18h, Hörsaal 1, zu einer weiteren öffentlichen Diskussion ein.

gez.: Baader, Beckmann, Bellera, Benito de Lucas, Czollek, Däbel, Domingo, Ferreira, Foltys, Friedrich, Funke, Galvão, Gillessen, Goebel, Hay, Heydenreich, Hitze, Höhnisch, Hollatz, Loos, Pabst, Schauwecker, Schlötke, Schrader, Schroeder, Straub, Voigt

ZUR BEGRÜNDUNG

W a r u m k e i n "G o - I n" ?

Sie haben am Freitag, den 26.1.68, 16-18h erneut die Gelegenheit, mit uns über alle Möglichkeiten der Verbesserung des Grundstudiums zu diskutieren. Es trifft also nicht zu, daß, wie das Flugblatt vom 19.1. Sie glauben machen will, der Lehrkörper des Romanischen Seminars einer Kritik des Experiments Grundstudium aus dem Wege geht. Es liegt uns im Gegenteil alles daran, bestmögliche Formen für das Grundstudium zu finde Ihre Vorschläge kennenzulernen und eigene Vorstellungen bekanntzugeben.

Es besteht aller Anlaß, daran zu zweifeln, daß die SV wirklich das Ziel verfolgt, unsere Lehrveranstaltungen durch der Sache förderliche Vorschläge zu verbessern. Die bisherigen Aktivitäten der SV stimmen auffallend überein mit dem von Wolfgang Nitsch (SDS) vorgetragenen fünfstufigen Eskalationsplan, der offensichtlich auf den endgültigen Konfli hinarbeitet (erfaßt in dem Protokoll der Tagung "Möglichkeiten studentischer Hochschulpolitik" vom 1.-10.8.67, im folgenden zitiert als "Protokoll").

Es kommt der SV einzig darauf an, Ihnen zu suggerieren, der fachspezifische Ansatz in Forschung und Lehre sei borniert und müsse durch einen ausschließlich soziologischen oder radikalmarxistischen ersetzt werden. Dessen alleinige Verbindlichkeit wird von denen proklamiert, die die Grundstudiumskurse "umfunktionalisieren" wollen. Sie streben danach, als ihre älteren "erfahrenen" Kommilitonen zu Ihren Lehrern zu werden. Wie groß die Gefahr der Manipulation hier ist, geht hervor aus den Äusserungen von W. Nitsch, Protokoll S. 12: "Es gelte, die Studenten zu spontanen (!) Emanzipationsakten zu bringen (!), selbst wenn sie noch nicht das richtige (!) Gesellschaftsbewußtsein hätten."

Es ist keine echte Kritik, sondern Taktik, wenn die erwähnten studen-

tischen Sprecher sich bemühen, auch die pädagogischen und wissenschaftlichen Leistungen des Lehrkörpers, etwa durch zusammenhangloses Zitieren seiner Publikationen, zu disqualifizieren. Sie wollen Sie damit überzeugen, daß die jeweiligen Seminarleiter als solche ungeeignet sind, und daß die Kritiker, die zu einem erheblichen Teil nicht das Staatsexamen, ja, mitunter nicht einmal die Hauptseminarprüfung abgelegt haben, selbst Ihre besseren Lehrer wären. Sie verfolgen damit eine Propagandataktik, die mit Angriffen und utopischen Versprechungen Ihre Unzufriedenheit schüren will um Sie auf diesem Wege als Mitrevolutionäre zu gewinnen.

Kein Fach kann sich darauf beschränken, Ihnen nur das zu vermitteln, was Ihren persönlichen Interessen spontan entgegenkommt. Man macht Sie glauben, die Ihnen gebotenen Lehrinhalte entsprängen nur dem Wunsche des universitären "Establishments", Sie zu unkritischen Untertanen zu erziehen. Fragen Sie Ihre Sprecher, wie eine Romanistik des "subjektiven Interesses" aussehen soll!

Was sich als "Kritik von innen" ausgibt, ist nicht allein die Forderung die überkommenen Formen und Gegenstände von Lehrveranstaltungen neu zu überdenken, sondern auch der Versuch, eine einseitige Politisierung der Wissenschaft durchzusetzen, die der deutschen Universität schon einmal, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen, zum Verhängnis geworden ist. Schon in der Nazizeit polemisierte man gegen das angebliche "fragwürdige Dornröschen-Idyll einer wissenschaftlichen Autonomie" (zit. nach Dieter E. Zimmer, Die Zeit vom 5.1.68, S.9) und erzwang die "Gleichschaltung" der Wissenschaft. Was man Ihnen unter anderem durch demagogische Fragebogen, angeblich zu Ihrem Besten, als von älteren Studenten abgehaltene Grundstudiums-Tutorien oder Ergänzungskurse suggerieren möchte, bedient sich der Romanistik, um Sie vor allem einseitig politisch zu indoktrinieren. Wogegen wir uns zur Wehr setzen, ist die Vorbereitung einer Substitution der Sie fachlich fördernden Lehrveranstaltungen durch Kurse, die eindeutig dem Programm der KU entspringen, als deren Stärke es einer ihrer Initiatoren - Nitsch - bezeichnet hat, "daß nicht klar erkennbar ist, ob sie Gegen - oder Ergänzungsseminare anbietet". Er fügte hinzu: "Deshalb ist es auch den Autoritäten der Universität schwer möglich, gegen die geplanten Veranstaltungen rechtzeitig (!) einzugreifen". (Protokoll S. 14)

Wir sehen voraus, daß all dies, was wir Ihnen mitteilen, als Unterstellung bezeichnet werden wird. Schenken Sie der Verteidigung nur dann Glauben, wenn Ihre Vertreter in Zukunft davon absehen, eine Strategie zu verfolgen, die Reformvorschläge prinzipiell als unzureichend ansieht und statt ihrer eine Universitätsrevolution fordert, in der "Jugend durch Jugend geführt" bzw. unterrichtet wird.

Wenn Sie verhindern wollen, daß die Aktionen von bestimmten Kommilitonen eventuell zum zeitweiligen Erliegen des Lehrbetriebs mit den unvermeidlichen Konsequenzen führt, müssen Sie durchsetzen, daß Ihre Vertreter nach Ihrem Willen und nicht gegen diesen handeln.

Wenn Sie nicht selbst Mittel und Wege finden, sich vor der Verletzung Ihrer Interessen durch Ihre Vertreter zu schützen, empfehlen wir Ihnen, sich schriftlich oder mündlich an Ihre Lehrer zu wenden und ihnen Ihren Willen bekannt zu geben.

20.01.1968:
In Bremen wird, laut Haug/Maessen, im Zuge der heute eher ruhigen Auseinandersetzungen um die Fahrpreiserhöhungen (vgl. 19.1.1968, 20.1.1968) heute ein gemeinsames "Flugblatt an die Mitbürger" verteilt von USB, AStA der PH und ABS, welches mitunterzeichnet ist von den Betriebsräten von Klöckner, AG Weser und den Stadtwerken, von den Asten der Universitäten Kiel, Köln, FU Berlin und TU Berlin, von USG Berlin, SDS Berlin, SHB Berlin, IDK Berlin, RC Berlin, Büro Vietnam Berlin, HSU Kiel, LSD Kiel, AUSS Frankfurt und SDS Frankfurt. Darin heißt es u.a.:"
Wir fordern: Rücknahme unzumutbarer Tariferhöhungen. … Wir fordern: sofortige Suspendierung des Polizeipräsidenten von Bock und Polach und Überprüfung des Verhaltens der leitenden Polizeibeamten, … . … Wir fordern: Einstellung der Schnellgerichte und Aufhebung der Strafanträge gegen die Demonstranten, die keine Sachbeschädigung begangen haben."
Q: Haug, Hans-Jürgen, Maessen, Hubert: Was wollen die Schüler?, Frankfurt 1969, S. 62f

21.01.1968:
Der EPD berichtet über eine "Predigtdiskussion mit Studenten in Heidelberg. SDS-Resolution zu den Hamburger Vorgängen abgelehnt".
Q: EPZ: Materialsammlung über die Unruhen an den Universitäten, das politische Mandat der Studentenschaft und die Stellung der Evangelischen Studentengemeinde, Berlin Jan. 1968, S. 40

aktionen in Hamburg wie auch in Berlin und verlas vor der Synode den Text des sogenannten "Kapitalunser". Man habe sich nicht gescheut, in einem Gottesdienst diesen von der Mehrheit der Gemeinde als gotteslästerlich empfundenen Text "gegenanzubeten". Es geht nicht um einzelne Rüpeleien, meinte Wölber, wohl aber um das System eines sich ausbreitenden jugendlichen Tyrannismus. "Es ist Terror, es ist ungeleugneter Terror, der sich wieder unter uns aufmacht."
"Die Sache mit den Bundeswehroffizieren" nannte der Bischof in seiner Erklärung einen Mißgriff, der ein völlig falsches Licht auf alles geworfen habe. "Sie widersprach auch den ausdrücklichen Willensäußerungen des Kirchenrates, der keinen Deut davon wußte. Ich wiederhole noch einmal, was wir bereits dem Staat gesagt haben: Wir rufen niemanden herbei."

14. Predigdiskussion mit Studenten in Heidelberg

SDS-Resolution zu den Hamburger Vorgängen abgelehnt

epd Heidelberg, den 23.Januar 68. Im Heidelberger Universitätsgottesdienst in der Peterskirche fand am Sonntag zum ersten Mal eine Diskussion unmittelbar im Anschluß an die Predigt statt, die der Kirchenhistoriker Prof.D.Martin Schmidt gehalten hatte. Gottesdienstteilnehmer aus den Reihen der Evangelischen Studentengemeinde und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) forderten in dem fast einstündigen Gespräch vom Prediger größere Konkretheit und kritisierten die Vernachlässigung der sozialethischen Probleme des Textes zugunsten der Individualethik.
Die Möglichkeit einer Diskussion zwischen Prediger und Gemeinde wurde auch von anderen Professoren begrüßt. Prof. Dr. Heinz Eduard Tödt, Ordinarius für Systematische Theologie und Sozialethik, erklärte sich ebenfalls bereit, im Anschluss an seine Predigt mit der Gemeinde im Gotteshaus zu diskutieren. Dagegen verfehlte eine vom Heidelberger SDS-Vorsitzenden Müller eingebrachte Resolution, durch die die "Bereitstellung von Bundeswehroffizieren" beim Gottesdienst mit Prof.Thielicke in der Hamburger Hauptkirche St.Michaelis verurteilt werden sollte, knapp die erforderliche Mehrheit.

15. Landesbischof Heintze: Unruhe positiv beurteilen

Braunschweigische Landessynode zu Studentendemonstrationen in Kirchen

epd Braunschweig, 25.Januar 68. Die Unruhe, die in den vergangenen Wochen durch Studentendemonstrationen in Kirchen entstanden ist, muß nach Ansicht des braunschweigischen Landesbischofs Dr.Gerhard Heintze (Wolfenbüttel) positiv beurteilt werden, da sie zu einem neuen Nachdenken über das Wesen des Gottesdienstes und über Möglichkeiten und Grenzen des politischen Engagements der Kirche geführt habe. In seinem Schlußwort vor der braunschweigischen Landessynode am Mittwochnachmittag betonte der Landesbischof jedoch gleichzeitig, dass der Gottesdienst vor unvorbereiteten Diskussionen geschützt werden müsse. Durch Druck und Erpressung könnten keine echten Diskussionen zustande kommen, sie würden vielmehr dadurch verhindert.

22.01.1968:
In Heidelberg gibt der AStA der Universität sein 'Info' Nr. 75 (vgl. 20.12.1967, 29.1.1968) heraus mit dem Leitartikel "Heidelberg Modell. AStA-Alternative zum Hochschulgesetz vom StP beschlossen".

Weitere Artikel sind u.a.:
- "Exmatrikulation für Parlamentarier. Konstruktiver Beitrag zur Gestaltung der Hochschule";
- "Neue Wege zur Mitbestimmung";
- "Zum Heidelberg Modell";
- "Durchlässigkeit zwischen Uni- und PH-Studium";
- "Appell an die Universitäten der Welt" von Rektor und Senat der Uni gegen den südkoreanischen Geheimdienst;
- "Kieler Kabinettstück oder: die Reform von oben" zur Immatrikulationsordnung der Uni Kiel;
- "Reform durch befristet Immatrikulation unzulässig" zur Medizin bzw. dem NC;
- "Bundeseinheitliche Ausbildungsförderung? FDP legt Gesetzentwurf vor" zum BAFöG;
- "Berliner Rechtshilfe";
- "Die Vandalen kommen" zum Gesamtwahlleiter;
- "Landtagswahlen. Studenten mit 2. Wohnsitz wahlberechtigt!";
- "Malkorb für den AStA Tübingen - Präzedenzfall" zum Politischen Mandat;
- "Professoraler Ungehorsam" zum Sit-in an der FU Berlin;
- "Renovierung der Marstall-Mensa";
- "'Einigung' über das Demonstrationsrecht oder: ab 15 Uhr herrscht Ruhe" zu Demonstrationen in der Hauptstraße;
- "Tschong Dae Kim freigelassen" in Südkorea, zu dem Heidelberger Germanistikstudenten; sowie
- "Neuer Pressereferent gewählt".
Q: AStA Uni: Info Nr. 75, Heidelberg 22.1.1968

22.01.1968:
Der SDS Tübingen gibt ein Flugblatt "sds - info" heraus u.a. zur Rede des neuen Rektors L. Raiser zu den Studenten am 19.7.1967 sowie zum Ausschluss der studentischen Vertreter aus der Sitzung der Juristischen Fakultät am 18.1.1968.

Angegriffen wegen dem Diskussionsverbot wird "Herr Tenbruck, den wir als krassen Fall eines autoritären Ordinarius in beispielhafter Absicht angegriffen haben und auf dessen persönlich diffamierende Äußerung wir aus Fairness nicht eingegangen sind".

Aufgerufen wird zur VV um 19 Uhr.
Q: SDS: sds - info, Tübingen o. J. (1968)

Ks

sds - info - sds - info - sds - info - sds - info - sds

DAS ALTE SPRICHT: SO WIE ES IST,
SO WAR ES EH,
DAS NEUE SPRICHT: BIST DU NICHT GUT,
SO GEH!
(B.Brecht, Leben des Galilei)

I.
Die Vorgänge an der Tübinger Uni und die Reaktionen darauf in de vergangenen Woche markieren einen entscheidenden Punkt im Kampf der Studenten für eine demokratische Hochschule. Der bis jetzt bewußt verborgen gehaltene Interessenkonflikt wird öffentlich sichtbar: hier der offensive Protest der Studenten gegen zunehmend unerträgliche und autoritär organisierte Studienbedingungen dort die hilflose, hysterische oder aufs Formaljuristische poche de Universität.
Es ist eine an Zynismus kaum zu überbietende Verdrehung der Ursachen, die Misere der Universität zur Misere der Studenten zu machen: DAS OPFER IST SELBST SCHULD.
Mit sog. liberalen Reformen wird versucht, die Studenten mit zu Konkursverwaltern des Unibankrotts zu machen. Daß diese 'Reforme weder Mitentscheidung noch daher Änderung bedeuten, wird von den Ordinarien mit zynischer Offenheit zugegeben: "Ich bin für Sitz und Stimme zweier Studentenvertreter, bloß, was kaufen Sie sich dafür?" (Der neue Rektor L.Raiser am 19.7.67 vor den Studenten in Tübingen).
Damit wird eingestanden, daß die wirklichen Entscheidungen nicht im großen Kollegial-Senat fallen, sondern in den Händen von 190 Professoren, Ordinarien und Institutsdirektoren konzentriert sind. 12 000 Studenten haben nichts zu sagen. Der Angriff von Studenten auf die zentrale Machtposition des einzelnen Ordinarius als neuralgischen Punkt jeder Reform soll mit allen Mitteln verhindert werden.
Die Professoren sagen: Vorlesung IST Vorlesung. Autonomie IST Autonomie. Das was war, IST und BLEIBT. - Hier erstarrt Wissenschaft zur tautologischen Geste. Ihre Hilflosigkeit spiegelt sich im bloß irrationalen Machtanspruch der Universität und schreit: Empörung! wenn sie mit der Forderung nach rationaler Auseinandersetzung und öffentlicher Kontrolle konfrontiert wird.

II.
Mit ihrer Entrüstung befindet sich die Universität in einer schlechten Gesellschaft: R.Berzel (Man müsse die Studenten - wenigstens geistig - hochprügeln.) Oder L.Erhard (die protestierenden Studenten seien entartet.).
Gegen die Verhältnisse an der Universität, die die Verhältnisse der Gesellschaft adäquat ausdrücken, haben die Studenten neue Organisationsformen des aktiven Widerstands praktiziert. Wodurch zeichenen sich die Organisationsformen der Studenten,z.B, go-in, oder sit-in aus?
Dadurch,
daß sie durch Diskussion Mißstände und Halbheiten der Institutionen und ihrer Repräsentanten zum Gegenstand direkter Aktion machen;
Dadurch,
daß sie auf der Grundlage ausgedehnter Auseinandersetzungen sich direkt und unmittelbar ihre Vertreter und Organe wählen;
Dadurch,
daß sie ihre öffentlichen Diskussionen als eine Methode zur tendiellen Aufhebung autoritätsfixierten Verhaltens großer Teile der Studentenschaft begreifen;
Dadurch,
daß sie illusionslos von der Undurchführbarkeit einer demokratischen Universität in einer autoritären Gesellschaft ausgehen

B.W.

Wodurch zeichnen sich die Maßnahmen und Beschlüsse der Universitätsorgane aus?

Dadurch,
daß sie zugunsten administrativ-bürokratischer und formaljuristischer Entscheidungen den letzten Anstrich rationaler Autorität aufgeben;

Dadurch,
daß sie mit keinem Wort zu den inhaltlichen Diskussionen und Vorwürfen der Studenten Stellung beziehen;

Dadurch,
daß sie von der Autonomie der Uni reden und die Selbsttätigkeit der Professoren meinen.

III.

Um die Studenten einzuschüchtern, wird mit Strafanzeige und Aussperrung gedroht: Hochschulgesetze, Disziplinarmaßnahmen, Gerichturteile müssen herhalten, diejenigen Studenten, die für eine demokratische Universität kämpfen, zu isolieren und auszuschalten. Das ist die Reaktion der "besten juristischen Fakultät" in der BRD an der "reformfreudigsten Universität".
Um die Studentenschaft zu spalten und sie an die Verfolgung ihrer Interessen zu hindern, muß die lächerliche Verschwörertheorie von der "radikalen Minderheit" herhalten. Fünf Rädelsführer des SDS sollen es gewesen sein. Ist es der "besten juristischen Fakultät in der BRD" in ihrer emsigen Wahrheitssuche etwa entgangen, daß einer der namentlich genannten "Rädelsführer" weder in Tübingen ist noch bei dem Go-in dabei war?
Was fürchtet die juristische Fakultät, wenn sie sich der Anwesenheit der studentischen Fachschaftsvertreter auf der Sitzung vom 18.1.68 entledigt, um in kollegialer Einsamkeit und Freiheit ihre Disziplinierungsmaßnahmen gegen die "Krawall-Studenten" (Bild-Zeitung) zu beschließen?

Wenn Herr Tenbruck, den wir als krassen Fall eines autoritären Ordinarius in beispielhafter Absicht angegriffen haben und auf dessen persönlich diffamierende Äußerung wir aus Fairness nicht eingegangen sind, uns im Kolloquium belehrt, erst mal Max Weber zu lesen, so möchten wir doch Max Weber vor Herrn Tenbruck in Schutz nehmen, und auf Max Webers Buch: "Wissenschaft als Beruf" (1919) hinweisen, in dem es unter anderem heißt:

> "Aber es ist doch etwas allzu bequem, seinen Bekennermut da zu zeigen, wo die Anwesenden und vielleicht Andersdenkenden zum Schweigen verurteilt sind."

HEUTE 19. Uhr VOLLVERSAMMLUNG DER STUDENTENSCHAFT

AUDI MAX !

Sozialistischer Deutscher Studentenbund Tübingen (SDS)

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

22.01.1968:
Die Verbindungen des Tübinger Farbenringes geben vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt heraus gegen die Störungen des Lehrbetriebs.
Q: Verbindungen des Tübinger Farbenringes: Kommilitonen!, Tübingen o. J. (1968)

KOMMILITONEN!

Eine Gruppe Studenten ha t begonnen, den Vorlesungsbetrieb an der Universität Tübingen zu stören.
Die Tübinger farbentragenden Studenten halten die Proteste und Störungen auf dem Gelände der Universität für radikal und destruktiv. Sie wenden sich entschieden gegen ein solches Vorgehen.
Die Tübinger farbentragenden Studenten v rurteilen, daß eine Minderheit der Studenten eine Mehrheit an geordneter Studienarbeit hindert.
Jeder immatrikulierte Student hat ein Recht auf ungehinderte Durchführung seines Studiums.
Die Tübinger farbentragenden Verbindungen unterstützen jede Initiative, politische, akademische und soziale Probleme zu diskutieren und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten an deren Lösungen konstruktiv mitzuarbeiten. Sie sind aber nicht bereit, Radikalismus und Rabaukentum an der Tübinger Universität Fuß fassen zu lassen.

Kommilitonen, fordern Sie: Geordnete Diskussionen
störungsfreie Vorlesungen!

Geben Sie einer Minderheit nicht die Möglichkeit, durch Proteste und Gegenproteste Krawallszenen in Vorlesungen entstehen zu lassen!

Die Verbindungen des Tübinger Farbenringes

A.V. Cheruskia
A.V. Guestfalia
Turnerschaft Eberhardina-Markom.
Turnerschaft Palatia
Turnerschaft Hohenstaufia
Landsmannschaft Ghibellinia
Landsmannschaft Schottland
Landsmannschaft Ulmia
Tübinger Wingolf

Burschenschaft Germania Straßburg
Burschenschaft Arminia Straßburg
Burschenschaft Derendingia
Burschenschaft Germania Tübingen
Corps Borussia
Corps Franconia
Corps Rhenania
Corps Suevia
Sängerschaft Hohentübingen

22.01.1968:
In Berlin lud der Ostpolitische Deutsche Studentenverband (ODS) in die Schillerstr. 40 in Charlottenburg ein zu dem Vortrag "Die große 'proletarische' Kulturrevolution in China" von Prof. Dr. Domes.
Q: ODS: Die große 'proletarische' Kulturrevolution in China, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS

OSTPOLITISCHER DEUTSCHER STUDENTENVERBAND

Liebe Kommilitonen !

Wir laden Sie ein zu dem Vortrag :

Die große « proletarische » Kulturrevolution in CHINA

Referent: Prof. Dr. Domes

anschliessend Diskussion.

Zeit: ~~Donnerstag~~ Montag, den ~~25.1~~ 22.1.68 um 2o Uhr c.t.

Ort: 1 Berlin 12 (Charlottenburg), Schillerstr.4o (Hof)

Fahrverbindungen: A 86, A 89, U-Bahnhof Deutsche Oper

OSTPOLITISCHER DEUTSCHER STUDENTENVERBAND

ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS ODS

22.01.1968:
In Berlin erscheint vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Wieder einmal hat die formierte bundesdeutsche Uni-Linke geschwiegen!!" der Initiative der Jugend - Initiative Junger Studenten (IdJ - IJS) zum Prozess gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa in der Sowjetunion.
Q: IdJ - IJS: Wieder einmal hat die formierte bundesdeutsche Uni-Linke geschwiegen!!, Berlin Jan. 1968

Wieder einmal hat die formierte bundesdeutsche Uni-Linke geschwiegen ! !

In Moskau wurden am 12.Januar 1968 nach fünftägiger Verhandlung drei jun sowjetische Schriftsteller und eine Studentin verurteilt. Es erhielten Jurij GALANSKOW (28) 7 Jahre, Alexander GINSBURG (30) 5 Jahre, Alexej DO BROWOLSKI (29) 3 Jahre und Vera LASCHKOWA (21) 1 Jahr. Die Verurteilten müssen die Strafen im Arbeitslager unter erschwerten Bedingungen verbüße Ihr "Verbrechen" war es, einen Almanach mit dem Titel "Phönix 66" heraus gegeben zu haben, in dem sie sich in verschiedenen Beiträgen um eine red liche Wahrheitssuche bemühten. Dazu schrieb die "Süddeutsche Zeitung" vo 15.Januar 1968:

"Wer da meint, ihre Vorbilder bezögen sie (die Verurteilten) aus dem Westen, ihr Sinn stehe nach parlamentarischer Demokratie westlichen Zu schnitts, ihr Streben gehe gar analog zu der sowjetischen Massengesell schaft nach Erhöhung des Lebensstandards, ist sicher auf dem Holzweg. Neben ihnen würden Dutschke und Teufel wie belanglose Dressmen der Mod branche wirken. Diese drei sowjetischen Intellektuellen, so scheint es rufen nach Denkfreiheit, um etwas elementar Russisches zu befriedigen: die Suche nach Wahrheit."

Alexander Ginsburg hatte außerdem ein Weißbuch über den Fall der verur- teilten Schriftsteller Andrej Donatowitsch SINJAWSKI und Julij Markowits DANIEL zusammengestellt. - Bei einer Demonstration am 22.Januar 1967 auf dem Moskauer Puschkinplatz und der Gorkistrasse, bei der gegen die Fest- nahme von Jurij Galanskow und Alexej Dobrowolski protestiert wurde, er- folgte die Verhaftung der übrigen "Phönix"-Mitarbeiter. - Schon am 1.Sep tember 1967 waren drei andere Mitarbeiter von "Phönix 66", Wladimir BU- KOWSKI (26), Wadim DELONE (21) und Jewgenij KUTSCHEW (19), zu 3 und je- weils einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. - Allen Verurteilten wurde zudem unterstellt, mit der russischen Emigrantenorganisation NTS, "Narod ny Trudowoj Sojus" (Nationaler Bund des Schaffens), zusammengearbeitet z haben, weil die Emigranten den in den Westen gelangten Teil des Weißbuch und des Almanachs "Phönix 66" verwertet hatten. - Damit sind alle Mitar- beiter einer jungen sowjetischen Schriftstellergruppe, die sich bei ihre Wahrheitssuche gegen den "repressiven, staatsbürokratischen Sozialismus" in der Sowjetunion gewandt hatten und stattdessen einen "menschlichen, schöpferischen Sozialismus" formulierten, zu jahrelangen, gesundheitsschä digenden Arbeitslager-Strafen verurteilt.

Wann endlich beginnen die sichtbaren Proteste der "sozialistisch-humanis chen" Uni-Linken ? Wieder einmal läßt sie sich die Gelegenheit nicht e gehen, ihren "einäugigen Humanismus" zu dokumentieren. Die Ideologiebin- dung gestattet keine objektive Betrachtung der Ereignisse. Die arrogant Anspruch genommene humanistische Gesinnung wird stets den starren Denk- schablonen angepaßt. In der Vietnam- und Griechenland-Frage paßt die Sch blone, im Nahost-Konflikt, in der Deutschland-Frage und im Moskauer Proz paßt die Schablone nicht, also wird geschwiegen.

Die bundesdeutsche, gelangweilte Wohlstands-Linke, ein deutsches Nach- kriegs-Produkt der Adenauer-Ära, trottet - auch hierbei typisch deutsch mehrere Jahrzehnte der geistigen Entwicklung hinterher. Die jungen sowje tischen Schriftsteller sind erheblich weiter. Sie suchen unter erschwert Bedingungen die Wahrheit und werden dafür vom "repressiven Sozialismus" mit jahrelanger Haft bestraft. Die bundesdeutsche, gleichgeschaltete Lin sucht, ideologiebedingt, in weiten Bereichen die Lüge - und sie kann es sich leisten, zu schweigen oder zu polemisieren. Jeder der verurteilten sowjetischen Schriftsteller ist tausendmal wertvoller als die Masse der bundesdeutschen, dogmatischen, innerlich unfreien Uni-Linken !

Wann geben die betreffenden Studentengruppen wenigstens zu erkennen, daß sie in dieser Frage nicht zu protestieren wünschen ? Auch damit können s ihre erbärmliche, bequeme, intellektuelle Unredlichkeit unter Beweis stelle

INITIATIVE DER JUGEND - INITIATIVE JUNGER STUDENTEN, Berlin 61 Postf. 47
1/68/1

22.01.1968:
An der FU Berlin erlässt der AStA eine "Aufforderung zum Auflauf" zum morgigen 'Africa Addio'-Prozess.
Q: AStA FU: Aufforderung zum Auflauf, Berlin 22.1.1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß

1 Berlin 33, den 22.1.1968
Garystr. 20
Tel. 76 90 2027

Aufforderung zum Auflauf

Die Justiz hat aufgeholt. Die Africa-Addio-Demonstration vom Sommer 196 ist urteilsreif. Die Beweisaufnahme gegen 10 angeklagte Studenten ist nach vier Verhandlungstagen zuende. Am Dienstag, 9 Uhr, werden die Plädoyers gehalten und anschließend Recht gesprochen.

Zwischenergebnis: Beweis wurde nur erhoben zum "Auflauf" der Angeklagten - § 116 Strafgesetzbuch, Gefängnis bis zu drei Monaten - und nicht

- zur Rassenhetze in dem "wertvollen" Film
- zu den Schlägermethoden der eingesetzten Polizei
- über die NS-Vergangenheit von Oberamtsrichter Gente

Die Angeklagten wurden mit Gewalt vom Mikrofon zur Anklagebank zurückgeführt, wenn sie auf die Frage des Richters, ob sie sich zur Sache äußern wollten, ausführlich antworteten. Kommentar einer angeklagten irischen Studentin "Ich wußte nicht, daß man vor deutschen Gerichten nur mit ja oder nein antworten darf". Die Angeklagten haben sich deshalb dem Gericht verweigert und nur als Zuschauer am Prozeß teilgenommen.

Sie klagen damit an,

1.) einen Richter, der zu dem Argument der Verteidigung, sich fallen lassen, gehöre überall zu den legitimen Demonstrationsmitteln, sagt: "Ach was, die Parole hat die KPD vor 33 auch ausgegeben".

2.) ein Gericht, das seinen Saalschutz selbst organisiert; Über 20 Polizisten in Zivil halten die ersten Reihen des Zuschauerraumes besetzt - das ganze Kriminalgericht war mit grünberockten und zivilen Justizdienern gefüllt, die jeden "Verdächtigen" eigenhändig hinauswerfen.

3.) eine Justiz, die für die Garantie der Sicherheit und Ordnung Berlins wieder Rassenhetze sanktioniert.

Wir müssen offenen und versteckten Justizterror verhindern !

Der Verhöhnung des aufgeklärten Teils der Öffentlichkeit setzen wir Aktionen entgegen, die den Justizapparat lahmlegen.

Solidarisieren wir uns mit den Angeklagten! Kämpfen wir kollektiv gegen die Braune Zukunft unter schwarzer Robe!

DER KAMPF FÜR DAS FREIE DEMONSTRATIONSRECHT VERLANGT VIELE AUFLÄUFE!

AUCH WENN DIESE JUSTIZ DAS NUR BEGREIFEN KANN ALS "PAROLEN, WIE VOR 33"

Dienstag, 9 Uhr - Saal 700 -

gez. Rechtshilfefonds des AStA

ÖFFENTLICHE VERURTEILUNG DES AUFLAUFS

KRIMINALGERICHT TURMSTRASSE 91, MOABIT

22.01.1968:
An der FU Berlin gibt das AStA-Sozialreferat ein Flugblatt "Freitisch" heraus zur Einreichung der Anträge dafür. Auf der Rückseite erscheint dazu bzw. zum Honnefer Modell der Text "Ein Tropfen auf den heissen Stein".
Q: AStA FU: Freitisch, Berlin 22.1.1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Sozialreferat -

1 Berlin 33, den 22.1.68
Ihnestr. 22
Zimmer 54/53
Tel.: 76 90 2257/2599

FREITISCH

Freitischanträge für das Sommersemester 1968 werden vom

1. Februar bis 16. Februar

im Sozialreferat Ihnestraße 22 Zimmer 53/54, in der Zeit von

10.00 bis 14.00 Uhr
außer mittwochs

angenommen.

Verspätet eingegangene Anträge können nicht berücksichtigt werden.

PS: In der Med.Fak. werden die Anträge (auch für die Semesterferien) von der Studentenvertretung entgegengenommen. Selbstverständlich können die ausgefüllten Anträge auch fristgemäß an das Sozialreferat eingesandt werden.

bitte wenden!!

E I N T R O P F E N A U F D E N H E I S S E N S T E I N

Wie Sie wissen, werden bei weitem nicht alle bedürftigen Kommilitonen durch Stipendium gefördert. Die Freibeträge für die Förderung nach dem Honnefer Modell sind seit Jahren konstant gehalten worden, so daß bei steigendem Einkommen der Eltern immer mehr Kommilitonen aus der Förderung herausfallen oder nur noch teilweise gefördert werden. Wie Sie sicherlich auch wissen, reicht der Höchstbetrag von DM 290,-- auf keinen Fall aus, die Kosten für den Lebensunterhalt nur annähernd zu decken. (Selbst konservative Institutionen wie das Deutsche Studentenwerk setzen einen monatlichen Betrag von DM 370,-- ein).

Bemühungen der Studenten über eine adäquate Förderung (z.B. Studienhonorar) wurden bisher nur in der Studentenschaft diskutiert. Sie beschäftigten bislang nicht die Ministerialbürokratie. Statt dessen wird versucht, durch indirekte "Förderung" (verbilligter Friseur, Theaterkarten, Mensaessen etc.) die Lücken zu verdecken und die Studenten zu beruhigen.

Trotz unserer Kritik an diesem System sehen wir es als unsere Pflicht an. Sie daraufhinzuweisen, daß Sie Freitischmarken beantragen können, (jeweils 10 Essenmarken für einen Vorlesungsmonat), die an besonders bedürftige Studenten ausgegeben werden.

Bitte beachten Sie die umseitigen Termine.

gez. Jutta Menschik
gez. Martin Bellermann
- Sozialreferenten -

PS: Bei der Durchsicht der Freitischanträge für die letzten Semester war auffällig, daß viele Kommilitonen nach der Angabe über ihre finanzielle Lage durchaus die Möglichkeit gehabt hätten, Stipendien nach dem Honnefer Modell zu beantragen.

Alle diesbezüglichen Fragen werden Ihnen im Sozialreferat des AStA beantwortet.

bitte wenden!!

22.01.1968:
An der Juristischen Fakultät der FU Berlin erscheint zu heutigen Vorfällen in der Vorlesung für Rechtssoziologie von Rehbinder später das Flugblatt "Diskussionspaper Putsch der 'Hohen Fakultät' am Rechtsoziologischen Institut".
Q: N. N.: Diskussionspaper Putsch der 'Hohen Fakultät' am Rechtsoziologischen Institut, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

~25.1.68

D I S K U S S I O N S P A P E R

Putsch der "Hohen Fakultät" am Rechtssoziologischen Institut

Am Montag, dem 21.1[illegible].68 besuchten Studenten unserer Fakultät massenhaf die Vorlesung für Rechtssoziologie. Sie hatten Antwort auf ihre Fragen nach dem Selbstverständnis von Rechtswissenschaft in dieser Gesellscha erwartet.

Stattdessen langweilte ein arroganter Kanzelredner die Studenten mi "wertfreien" Betrachtungen über Rechtstatsachen.

Auf Fragen, die das aktuelle Interesse der Studenten nach der gesel schaftlichen Funktion der Rechtstatsachenforschung ausdrückten, forder Rehbinder dazu auf, der Vorlesung fernzubleiben, und "allenfalls" das S minar zu besuchen. Das, was in der Vorlesung an kritischer Arbeit hätt geleistet werden können, sollte einem privilegierten Seminarzirkel vor behalten bleiben. Rehbinder hielt anscheinend die Vorlesungsteilnehmer für dumm genug, sich in die unkritische Masse und die privilegierte Mi derheit -allein fähig zu wissenschaftlicher Arbeit- teilen zu lassen.

Dies erwies sich als Trugschluß: "Entgegen bisheriger Übung...wider Erwarten...und zu meinem Bedauern" beteiligten sich 53 Studenten am Se minar.

Trotz der großen Teilnehmerzahl konnte Rehbinder nicht umhin, am P tepee seiner liberalen Ansprüche gepackt, den arbeitswilligen Studente die sich durch Kurzreferat, Diskussionsleitung, Protokoll oder Diskuss paper ausweisen würden, einen benoteten Seminarschein zu versprechen.

Da die etablierte Wissenschaft das studentische Engagement für eine politischen Begriff von Wissenschaft nur unter dem Gesichtspunkt der I tution beurteilen kann, vermag sie einzig administrativ zu reagieren, eine Reaktion, die alle Anzeichen von Sprachlosigkeit zeigt:

1. Die Herren der "Hohen Fakultät" nehmen den Privatdozenten Rehbind wieder an die Kandare und lassen ihn per Anschlag am schwarzen Brett einen Widerruf der Seminarankündigungen verkünden.
2. In der Fakultätssitzung am 25.1[illegible]. wird dem Priv.Doz. für Rechtss gie Dr. Manfred Rehbinder in seiner Abwesenheit überfallartig de Arbeitsrechtler Prof. Rüthers als neuer Direktor des Instituts f Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung vor die Nase gesetz

Hier wird selbst der Rest der Lehrfreiheit, die einem Privatdozenten zugestanden wird, mit Füßen getreten, wogegen er sich aber nicht wehren darf, weil er noch nicht die Hoffnung aufgegeben hat, einen Ruf an eine Leerstuhl zu erhalten.

Zum ersten Male haben Studenten der Juristischen Fakultät versucht, die überkommene Organisationsform von Seminar und Vorlesung umzugestalten, da sie erfuhren, daß sie nicht dazu geeignet ist, die sie bewegenden Fragen zum Thema einer kritischen Auseinandersetzung zu machen und zu lösen.

Weil sich hier im Ansatz das erste Aufbegehren kritischer Wissensch zeigt, vorgetragen von Studenten, die noch -und wieder- ein Interesse haben, das sie dazu treibt, über Inhalt, Methoden und gesellschaftlichen Zusammenhänge wissenschaftlich zu arbeiten, wird der Versuch gemacht, per Fakultätsbeschluß die sich abzeichnende Organisationsform wissenschaftlicher Arbeit zu zerschlagen.

Dies bedeutet ebenso eine Bevormundung der Vorlesungsteilnehmer.

Wenn wir es mit dem Begriff von Wissenschaft ernst meinen, darf uns ihre Organisation nicht gleichgültig sein. Deshalb müssen wir auch darüber diskutieren und die im Wege demokratischer Selbstbestimmung gefundenen Resultate realisieren.

22.01.1968:
An der FU Berlin geben die Freunde der Publizistik (FdP) vermutlich in dieser Woche das Flugblatt "Bremen" heraus zu den dortigen Polizeieinsätzen für die Fahrpreiserhöhungen der SSB bzw. zu den Notstandsgesetzen (NSG).
Q: FdP: Bremen, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

BREMEN

Der Freispruch von Kurras, die vorgeschlagene Ernennung von Senatsrat Prill zum Stellvertretenden Polizeipräsidenten und ähnliche Vorkommnisse der letzten Zeit haben anscheinend den "Herren" in Bremen Mut gemacht. Endlich ertönt es nun auch dort: "Draufhauen, draufhauen, nachsetzen!" (Polizeipräsidenten Bock und Polach) - die Freiheit der westlichen Welt (sprich: Ruhe und Ordnung) wird also jetzt auch in Bremen verteidigt. - Aber siehe da, jetzt hat es auch die FAZ und gar der Tagesspiegel gemerkt: "Die Frage: 'Was blüht uns, wenn wir die Notstandsgesetze erst haben', wird nach diesen Erfahrungen auch von jenen gestellt, denen die Notstandsgesetzgebung bisher kaum Kopfzerbrechen machte." (TSP, 21. 1. 68, S. 3) Allerdings, wenn man Notstandsgesetze nur auf Studenten beschränken könnte, wäre vielleicht doch nichts dagegen zu sagen, denn: "Gummiknüppel trafen nicht nur Demonstranten, auch einkaufende Hausfrauen, Angestellte und Verkäuferinnen" (TSP, 21. 1. 68, S. 3) - das ist eben die differenzierende Betrachtungsweise.

Währenddessen drückte den guten Klaus Schütz ("unseren" Bürgermeister) am Sonntag wieder einmal die Ordnung am Schuh: richtig traurig kam's ihm vom Herzen, daß eben diese Ordnung in unserem Rechtsstaat (jawohl, das hat er gesagt) leider, leider soviel schwerer zu erhalten sei als in einer Diktatur. - Ja, Klaus, nimm alles nur beisammen, unterscheiden würde sich die Ruhe hier und dort sicher nicht voneinander - und außerdem: geht's denn wirklich so viel schwerer?

Herr Koschnick, Bürgermeister von Bremen, jüngster Ministerpräsident Deutschlands und auch in der SPD wird sich nun vielleicht über kurz oder lang doch noch dem "Druck der Straße", mit der er absolut nichts zu t un haben will, beugen müssen. Wahrscheinlich werden auch die Herren Bock und Polach auf einen anderen Posten befördert werden (siehe Prill) oder gar ganz entlassen werden, damit sich ein paar andere der so zahlreichen Schar netter Verwaltungsbeamter und braver Familienväter in den Establishment-Stuhl setzen können, die dann hoffentlich nicht wieder solche dummen "taktischen Fehler" begehen werden. Ansonsten aber wird der so schön funktionierende Apparat monoton weiterlaufen, vielleicht zwischendurch auch mal wieder ein bißchen Zuckerbrot (Fahrpreisermäßigung) unters Volk verteilen, damit es endlich wieder in Ruhe und Ordnung schlafen kann.

So leicht sollte es aber nicht gehen. Deshalb: Streut Sand ins Getriebe, reißt die hübschen Rädchen einzeln heraus aus dem Apparat, vielleicht kauft man sich dann doch eines Tages einen neuen. Nicht die Schütz, Koschnicks, Kiesingers, Johnsons und von uns aus auch Ulbrichts stören: ihre institutionalisierten, vorgewärmten, paßgeformten Schreibtischstühle müssen weg; nicht nur ihre Sprachblasenphrasen sind unerträglich: viel mehr noch ihr kleinkariertes, formalisiertes, "staatstragendes" Beamtenautoritätsdenken.

Übrigens: von der CDU/CSU hört man, daß die bundesrepublikanischen Notstandsgesetze die liberalsten der Welt sein würden - nach den Erfahrungen vom 2. Juni und nun Bremen werden's selbst solche "liberalen" Gesetze noch bestens tun, selbst ohne ging's ja schon recht ordentlich.

22.01.1968:
An der FU Berlin lud das Forum Junge Germanistik (FJG) ein zum "Hearing zum neuen Staatsexamensentwurf" um 18 Uhr im Henry-Ford-Bau.
Q: FJG: Hearing zum neuen Staatsexamensentwurf, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

E0762

Studentenvertretung des Instituts für Germanistik und Kritische Universität

FORUM JUNGE GERMANISTIK

HEARING zum neuen Staatsexamensentwurf

vorgelegt von der Studienreformkommission des Instituts für Germanistik

Montag, 22.1., 18.00 c.t.

Henry-Ford-Bau Hörsaal B

Teilnehmer am Hearing:

Peter Müller (Institut für Bildungsforschung und eh. Mitglied der Universitätskommission für Studienreform)

Volker Wild (eh. Mitglied der Kommission des Instituts f. Germ.)

.....

als Vertreter der Kommission:

Prof. M.Heinrichs

Dr. U.Hennig

Prof. E.Lämmert

Dr. Ludwig

Dr. H.-G.Rappl

Gerhard Voigt

Jürgen Schutte

Der von der Kommission vorgelegte Entwurf sieht tiefgreifende Veränderungen des Germanistikstudiums vor:

- Aufteilung des einheitlichen Germanistikstudiums in drei spezialisierte Studiengänge im Bereich der Linguistik, der älteren und der neueren Literaturgeschichte,
- Abtrennung des Philosophikums von der Fachprüfung im Staatsexamen,
- Gleichsetzung von Magisterprüfung und Staatsexamen,
- Reduktion des Zweifachstudiums auf ein Anderthalbfachstudium,
- Anerkennung von Seminarleistungen im Examen,
- Zulassung von Gruppenarbeit im Examen,

und viele anderen fortschrittlichen Dinge mehr.

An das Hearing schließt sich eine Plenumsdiskussion an.
Der Text des neuen Entwurfes ist ab Freitag, 19.1. in der Bibliothek des Instituts zu erhalten. Kostenlos.

23.01.1968:
In Berlin riefen die Biafra Union und die Studentenvertretungen der FU und TU auf zur Biafra-Demonstration um 14 Uhr ab Bismarckstraße Ecke Wilmersdorfer Straße.
Q: SV TU, Biafra Union: Warum schweigt die Welt dazu?, O. O. (Berlin) O. J. (1968); SV TU, Biafra Union, SV FU: Heute Demonstration. Warum schweigt die Welt dazu?, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

23-1-68

WARUM SCHWEIGT DIE WELT DAZU ?

Gemeint ist hier nicht der VIETNAM-KRIEG, dessen Grausamkeiten hinlänglich bekannt sind und über den genug geschrieben und diskutiert wird. Gemeint sind die Metzeleien, über die man kaum oder überhaupt nicht redet, weil aus ihnen kein politisches Kapital zu schlagen ist. Gemeint ist hier eigentlich der monatelange AUSROTTUNGSKRIEG DER NIGERIANER GEGEN DIE BIAFRANER, der ständig von insb. Großbritannien und der UdSSR eskaliert wird - zuerst durch Bereitstellung von Militärberatern und Waffenlieferung aller Art an Nigeria: ägyptische, südafrikanische und britische Piloten, Sudanese und andere Söldner arabische Herkunft als Infanterie-Offiziere-(Vgl. Bericht in: CHRIST und WELT vom 19/1/68)

Das Erstaunlichste an diesem höllischen Unternehmen ist, daß Großbritannien sich nun bereit erklärt hat, indem es Rußland nicht nur waffenmäßig überbietet, sondern mehr als 1 000 Soldaten nach Nigeria geschickt hat. (Siehe London Times von 17/1/68). Es ist anzunehmen, daß England weitere Truppen nach Nigeria einschleußt.

Ursprünglich religiös und politisch bedingt erhielt dieser Krieg jetzt eine pseudo-wissenschaftliche Rassentheorie als Grundlage zu der sich Vorurteile wohl auch Konkurrenzneid gesellten:

1. Die Moslems Nordnigerias erklärten den Krieg und sagen sie kämpfen gegen die "KAFIRS" (= Ungläubigen) Biafras und wollen den Koran in den atlantischen Ozean tauchen. Der wahre und schwerwiegendere Grund basiert auf politische und wirtschaftliche Ebene, indem die Nigerianer die Biafraner, welche sie als die "Juden Westafrikas" und neuerdings auch "Israelis" bezeichnen, auszurotten versuchen, um die Reichtümer Biafras an sich zu nehmen. Die Biafraner sind ihnen "wegen ihrer Tüchtigkeit ein Greuel ! "

2. Um der Sowjetunion keine Chance zur Verbreitung ihrer "ideelen Werte" zu geben, bietet Großbritannien eine unübertreffliche Konkurrenz, indem es sich jetzt durch eigene Soldaten am diesen Krieg beteiligt.

Die Biafraner lieben die Freiheit über alles - jawohl. Sie sind jetzt dazu berufen, Widerstand gegen Aggression zu leisten, zu kämpfen und zu sterben. Der Angelpunkt all ihres Handelns ist jedoch ihre eigene Sicherheit.

ABER WAS HAT DIE WELT JETZT GETAN, UM DIESEN GRAUSAMEN KRIEG ZU BEENDEN ? SIE LÄßT ES ZU, DAß GROßBRITANNIEN SICH FÜR DIESEN KRIEG GEGEN BIAFRA HERGIBT UND SCHWEIGT DAZU.

Die Biafraner Berlins appellieren an Sie, am kommenden Dienstag, den 23. Januar, 1968 an einer DEMONSTRATION teilzunehmen. Sie beginnt um 14 Uhr in der Bismarckstraße Ecke Wilmersdorferstraße über Kantstraße bis zum britischen Konsulat in der Uhlandstraße.

The Biafra Union, West Berlin

Studentenvertretung, T.U. Ref. für Politische Bildung.

E o 702

HEUTE DEMONSTRATION

WARUM SCHWEIGT DIE WELT DAZU ?

Gemeint ist hier nicht der VIETNAM-KRIEG, dessen Grausamkeiten hinlänglich bekannt sind und über den genug geschrieben und diskutiert wird. Gemeint sind die Metzeleien, über die man kaum oder überhaupt nicht redet, weil aus ihnen kein politisches Kapital zu schlagen ist. Gemeint ist hier eigentlich der monatelange AUSROTTUNGSKRIEG DER NIGERIANER GEGEN DIE BIAFRANER, der ständig von insbesondere Großbritannien und der UdSSR eskaliert wird - zuerst durch Bereitstellung von Militärberatern und Waffenlieferung aller Art an Nigeria: ägyptische, süd-afrikanische und britische Piloten, Sudanesen und andere Söldner arabischer Herkunft als Infanterie-Offiziere- (Vgl. Bericht in: CHRIST und WELT vom 19.1.68).
Das Erstaunlichste an diesem höllischen Unternehmen ist, daß Großbritannien sich nun bereit erklärt hat, indem es Rußland nicht nur waffenmäßig verbietet, sondern mehr als 1.000 Soldaten nach Nigeria geschickt hat. (Siehe London Times vom 17.1.68). Es ist anzunehmen, daß England weitere Truppen nach Nigeria einschleust.
Ursprünglich religiös und politisch bedingt erhielt dieser Krieg jetzt eine pseudo-wissenschaftliche Rassentheorie als Grundlage zu der sich Vorurteile wohl auch Konkurrenzneid gesellten:

1. Die Moslems Nordnigerias erklärten den Krieg und sagen, sie kämpfen gegen die "KAFIRS" (= Ungläubigen) Biafras und wollen den Koran in den atlantischen Ozean tauchen. Der wahre und schwerwiegende Grund basiert auf politischer und wirtschaftlicher Ebene, indem die Nigerianer die Biafraner, welche sie als die "Juden Westafrikas" und neuerdings auch "Israelis" bezeichnen, auszurotten versuchen, um die Reichtümer Biafras an sich zu nehmen. Die Biafraner sind ihnen "wegen ihrer Tüchtigkeit ein Greuel !"
2. Um der Sowjetunion keine Chance zur Verbreitung ihrer "ideellen Werte" zu geben, bietet Großbritannien eine unübertreffliche Konkurrenz, indem es sich jetzt durch eigene Soldaten an diesem Krieg beteiligt.

ABER WAS HAT DIE WELT JETZT GETAN, UM DIESEN GRAUSAMEN KRIEG ZU BEENDEN? SIE LÄSST ES ZU, DASS GROSSBRITANNIEN SICH FÜR DIESEN KRIEG GEGEN BIAFRA HERGIBT UND SCHWEIGT DAZU.

Die Biafraner Berlins appellieren an Sie, am heutigen Dienstag, den 23. Januar 1968, an einer Demonstration teilzunehmen. Sie beginnt um

14 Uhr in der Bismarckstraße, Ecke Wilmersdorfer Straße über Kantstraße bis zum Britischen Konsulat in der Uhlandstraße.

The Biafra Union, West Berlin

Studentenvertretung, Technische Universität, Referat für Politische Bildung

Studentenvertretung, Freie Universität

23.01.1968:
Der Landesverband Berlin des LSD gibt das Flugblatt "Freiheit für Griechenland" heraus mit der Einladung zur Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe für die Aktionen zum Jahrestag des Militärputsches.
Q: LSD-LV: Freiheit für Griechenland, Berlin 23.1.1968

L I B E R A L E R S T U D E N T E N B U N D D E U T S C H L A N D S

Landesverband Berlin

1 Berlin 61, 23.Januar 1968
Großbeerenstr. 66
Telefon 18 18 35

FREIHEIT FÜR GRIECHENLAND

Die Solidaritätskundgebung am 15. Januar, durchgeführt vom LSD mit dem Kommitte f. Demokratie in Griechenland und den Verbänden SHB, SDS, RCDS und HSU brachte folgende Ergebnisse:

Zwischen den Verbänden bestand weitgehende Einigkeit darüber, daß Eingriffe von außen erforderlich sind, um die Verhältnisse in Griechenland zu ändern. Dazu muß ein entsprechendes Problembewußtsein in der europäischen Öffentlichkeit herbeigeführt werden. Außerdem müssen die Widerstandskräfte in Griechenland durch direkte materielle Hilfe unterstützt werden. Zu diesem Zweck wurde eine Sammlung durchgeführt. Diese Mittel und weitere Spenden werden gemäß Versammlungsbeschluß auf 2 Konten aufgeteilt, die der Unterstützung der Widerstandskämpfer in Griechenland und der griechischen Demokraten in der BRD und Westberlin dienen.

DIE VERSAMMLUNG HAT FOLGENDE BE CHLÜSSE GEFASST:

Auf Antrag der Verbände:

"Die am 15. Januar 1968 im Auditorium Maximum der Freien Universität Berlin versammelten Studenten fordern den Außenminister der Bundesrepublik auf, unverzüglich öffentlich zu erklären, welche Maßnahmen die BRD ergreifen will, um den Sturz des Terror-Regimes in Griechenland zu erreichen.
Die Studenten bitten Willy Brandt, sich noch in diesem Semester den Fragen der Berliner Studenten zu stellen.
Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie das Militärregime in Griechenland nicht anerkennt und daß sie ihren Einfluß in den europäischen Institutionen mit dem Ziel geltend machen wird, gegen das Griechenland der Militärs einen Wirtschafts- und Militärhilfeboykott zu verhängen."

Auf Antrag des KU-Arbeitskreises 28:

(Methodik der gewaltfreien, direkten Aktion)

"Die Versammelten der Solidaritätskundgebung "Freiheit für Griechenland" möchten befürworten, daß ein "Kommittee der 100" aus Vertretern oppositioneller Gruppen gebildet wird, das gewaltfreie, direkte Aktionen für die Freiheit Griechenlands vorbereitet."

b.w.

Die erste Aktion soll eine Blockade der griechischen Militärmission in Form eines unangemeldeten Sitzprotestes von mindestens 3000 Bürgern sein. Dabei sollen sich die Forderungen zunächst auf die "Freilassung aller politischen Gefangenen in Griechenland" konzentrieren.

Begründung:

Die Lage der pol. Gefangenen in Griechenland und die schwierige Aufgabe, Griechenland zu demokratisieren, gestatten keine unüberlegten Aktionen. Erfolgversprechende direkte Aktionen bedürfen längerer öffentlicher Vorbereitungen auf der Basis demokratischer Teilnahme.

Nur gewaltfreie Aktionen sind geeignet,

eine größere Anzahl von Berlinern zu mobilisieren und die Sympathie weitester Kreise für das Anliegen unserer griechischen Freunde zu gewinnen.
Das konsequente Zögern der Bundesregierung und des Berliner Senats, wirksame Schritte zur Befreiung Griechenlands zu unternehmen, erlauben es nicht, mit Befürwortern dieser Politik, zu der auch Waffenlieferungen an die Militärdiktatur gehören, um die Genehmigung einer Demonstration zu feilschen.

Wenn ein uns befreundetes Volk in die Hände einer Militärdiktatur fällt, ist es unsere demokratische Pflicht, auch alltägliche Gewohnheiten, wie das Beachten von Verkehrsregeln, zurückzustellen, um eine machtvolle Demonstration zu organisieren. Sollte dieses Demokratieverständnis den Regierenden unbegreiflich sein, so müssen wir zivilen Ungehorsam leisten und notfalls unsere Solidarität mit Griechenland durch den Gang ins Gefängnis unter Beweis stellen.

Jeder solidarisiert sich eben auf seine Weise.

Ein günstiger Zeitpunkt scheint uns

Samstag, der 3. Februar, 11-13 Uhr

zu sein.

In seiner Methode halten wir das mit Bertrand Russel und Rev. Michael Scott im Jahre 1960 gegründete "Kommittee der 100", das sich gegen Nuklearwaffen wandte, für vorbildlich.

Auf Antrag des Europäisch-Förderalistischen Studentenverbandes

1) Die Versammlung fordert die Bundesregierung auf, ihre bisherige Einschätzung der von den Staaten Dänemark, Schweden, Norwegen und den Niederlanden eingereichten Beschwerde bei dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ausdrücklich und eindeutig zu revidieren und umgehend die gleiche Beschwerde einzulegen.

2) Die Versammlung fordert den Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft auf, das Assoziationsabkommen zwischen der EWG und Griechenland vom 1.1.1962 sofort und vollständig zu suspendieren,

b.w.

solange die Ziele - festgelegt in Präambel und Art. II des Vertrages - in Griechenland nicht angestrebt werden können.

3) Die Versammlung fordert alle Organe des Deutschen Gewerkschaftsbundes, insbesondere den DGB-Landesvorstand Berlin, auf, Konsequenzen aus den Beschlüssen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Brüssel zu ziehen und Urabstimmungen über Streikbeschlüsse in Betrieben einzuleiten, die Lieferungen nach Griechenland tätigen

4) Die Versammlung fordert das studentische Reiseunternehmen ARTU auf, seine sämtlichen Reiseangebote nach Griechenland von seinem Gesamtprogramm abzusetzen. ●

D i e o b i g e n A n t r ä g e w u r d e n m i t g r o ß e r M e h r h e i t v o n d e n V e r s a m m e l t e n a n g e n .

A K T I O N S P R O G R A M M:

- Aufruf der deutschen und europ. Hochschulen unterzeichnet von den Studentenschaften, den akademischen Senaten und den Studentenvbdn. (Manifest d. europ. Hochschulen zur Solidarität im Widerstand gegen das griechische Militärregime).
- Informationsveranstaltungen in verschiedenen europ. Städten über die Hintergründe und die Rolle ausländischer Mächte bei der Einführung der Militärdiktatur und die möglichen Konsequenzen für andere europ. Länder.
  (Zusammenhang d. griech. Putsches mit Neo-nazistischen und restaurativen Tendenzen in Westeuropa, z.B. Putschversuch in Italien).
- Solidarisierung studentischer Organisationen mit Verbänden, Gewerkschaften und weiteren demokratischen Kräften;
- direkt Aktionen (Demonstrationen, sit-ins, go-ins) in verschiedenen europ. Städten in zeitlicher und programmatischer Koordination zur Meinungsbildung in der Öffentlichkeit mit dem Ziel, andere europ. Regierungen (insbesondere die BRD) zu einer gemeinsamen Haltung mit den skandinav. Ländern gegen das griech. Militärregime zu bringen.

- - - - - - - - - - - - - -

Die in Berlin im einzelnen durchzuführenden gewaltfreien direkten Aktionen im Rahmen der Kampagne FREIHEIT FÜR GRIECHENLAND werden in einer Arbeitsgruppe, die aus den Vertretern der Verbände und Vereinigungen besteht, geplant, in öffentlichen Veranstaltungen diskutiert und anschließend durchgeführt.

Für den Jahrestag des Militärputsches, den 21.4.67, sind koordinierte Aktionen und Demonstrationen in ganz Europa vorgesehen.

LIBERALER STUDENTENBUND DEUTSCHLANDS

gez. Rolf Herboth (Landesvorsitzender)

J.F. Schapitz (Vorsitz. d. LHG FU)

● Anmerkungen zu Punkt 4 des EFS-Antrages:
Hierüber bestehen weitgehend divergierende Ansichten. Es ist in der Diskussion noch zu klären, ob es nicht dem Widerstand i. Griechld. schadet, wenn alle Touristenkontakte unterbunden werden.

b.w.

Spenden können auf die AStA - Konten

Bln Bank Depka 39 No 90 89 4

PstSch. Bln No 56 83 6

eingezahlt werden.

Es ist anzugeben, ob die Spende für die Widerstandskämpfer in Griechenland oder für die griech. Bürger in der BRD und West-Berlin verwendet werden soll.

23.01.1968:
In Westberlin erscheint frühestens heute ein Aufruf der Arbeitsgemeinschaften 10 und 17 der Kritischen Universität (KU) zur Gründung eines Aktionszentrums für Schüler.
Q: KU-AG 10 und 17: Aufruf zur Gründung eines Aktionszentrums für Schüler, Berlin o. J. (1968)

23.01.1968:
An der FU Berlin erklärt Jürgen Götte seinen Rücktritt als Studentenvertreter der Medizinischen Fakultät, wozu er in einem Flugblatt ausführt, dass 10 der 13 Mitglieder der Studentenvertretung der ABK der VAFU angehören und die Arbeitsweise der VAFU mit seinen Auffassungen unvereinbar sei.
Q: Götte, J.: Rücktritt warum?, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

RÜCKTRITT - warum ?

Am 23.1.68, während der 2. außerordentlichen Fakultätsausschuß(FA)-Sitzung der Studentenvertretung der Medizinischen Fakultät, habe ich,

J ü r g e n G Ö T T E ,

mein Mandat als Studentenvertreter der Medizinischen Fakultät niedergelegt.

Weshalb mir eine effektive, sachbezogene Arbeit in diesem Fakultätsausschuß (von 13 sind 10 ABK-Mitglieder bzw. -Befürworter) unmöglich ist, mag für Sie aus folgenden exemplarischen Ausführungen ersichtlich werden:

Was I C H mir unter Studentenvertretung vorgestellt habe, konnten Sie einmal aus meinen drei Wahlvorstellungen entnehmen, zum anderen wird dies durch die von mir in den bisherigen Sitzungen eingebrachten Anträge deutlich(die Sie übrigens in den öffentlich ausgehängten und bei der Studentenvertretung beziehbaren Sitzungsprotokollen einsehen können).

Beispiele der mit meiner Auffassung von Sacharbeit nicht zu vereinbarenden

VAFU - ARBEITSWEISE :

1) Herr M a r k s c h i e s , vom ABK zunächst als Zulassungsreferent vorgeschlagen:
   Zulassungsarbeit : " technische Popelei " ;
   seine Qualifikation leitete er von "Handball-Freundschaftsspielen in der Schule" ab ;
   bei Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte bestehe die Gefahr, daß Bewerber "im Faschingskostüm als Lumpensammler" vor dem Zulassungsausschuß erscheinen ;
   Bewerber des 2.Bildungsweges würde er bei der Zulassung zurückstellen, da sie schon einmal Geld verdient hätten und die Zurückstellung sie weniger hart treffen würde .

2) Herr H o r n vor einer Sitzung :
   "Also heute ohne viele Diskutiererei, schnell durchziehen!"
   Anderthalb Stunden später verläßt er die Sitzung ,
   "weil es mir zu lang wird" .

3) Herr F r e n z e l , nach seiner Arbeit befragt :
   bekennt, "nichts Wildbewegendes" machen zu wollen :
   "Reformsachen bedrücken die Studenten der Zahnmedizin nicht so wesentlich."

4) Herr D i e h l , Zulassungsreferent der neuen Studentenvertretung:
   Hat während des dreistündigen Dulce-Hearings nicht eine einzige Frage an Herrn Professor Dulce gestellt !
   Eine daraufhin erbetene Stellungnahme des Zulassungsreferenten

hierzu wurde vom Fakultätsausschuß durch ABK-Abstimmungssolidarität verhindert (siehe Protokoll).

5) Herr S c h i l l i n g ,anläßlich seiner Vorstellung als stellvertretender Fakultätssprecher vor dem Konvent :
kann u.a. auf Fragen zu den §§ 3 und 4 der Universitätsordnung (Regelung der Zulassung und deren Widerruf) keine Antwort geben.

6) Herr E p p i n g , Fakultätssprecher :
ließ sich außerdem zum Fachschaftsleiter der Vorklinik küren, um damit Frl. A l t e n , der einzigen Vorklinikerin der jetzigen Studentenvertretung, zuvorzukommen ;
obwohl er die Redaktion der "ASPEKTE" geladen hatte, stellte er unverzüglich (ohne vorherige Anhörung und ohne Diskussion) den Antrag, der Fakultätsausschuß möge der Studentenzeitung die finanzielle Unterstützung sofort entziehen - was mit (ABK)Mehrheit beschlossen wurde ;
er war noch nicht einmal seinen Mit-Studentenvertretern gegenüber bereit, auch nur andeutungsweise über die die Studenten betreffenden Tagesordnungspunkte der Sitzung der Hohen Fakultät Auskunft zu erteilen ;
er drohte all jenen Studentenvertretern, die über eine Resolution des Konvents (Asta-Vorlage) gegen den Schriftsteller-Prozeß in Moskau und andere Vorfälle im Ostblock abstimmen wollten, "Maßnahmen" an, da er dem Konvent das Recht dazu absprach .

7) Bis auf Herrn G r o c h t m a n n kam während des dreistündigen Dulce-Hearings von den ABK-Studentenvertretern keine einzige Frage zu den Problemen der Zulassung und Exmatrikulation !

Lassen S i e sich nicht wieder- wie bei Einführung der Zwangsexmatrikulation - durch die Geheimnistuerei und Kabinettspolitik Ihrer eigenen Studentenvertretung v e r s c h a u k e l n !

Kommen Sie also zu den nächsten Vollversammlungen und Fakultätsausschuß- u. Konvents-Sitzungen, die prinzipiell öffentlich abgehalten werden !

Entlarven Sie die inhaltsarme Eloquenz des Herrn Epping !

Vergleichen Sie die Wahlversprechungen der ABK mit den Realitäten !

Jürgen G ö t t e

24.01.1968:
An der FU Berlin lud der AStA ein zur Diskussion mit dem Rektor der TU, Weichselberger, über die Godesberger Rektorenerklärung, die dieser unterschrieben hat, um 20 Uhr im Audimax der TU.

An der TU laden Rektor und Studentenvertretung ein.
Q: N: N.: Versagt die FU gehen wir zur TU, O. O. (Berlin) O. J. (1968); AStA FU: Heute Mittwoch…, Berlin 24.1.1968;N. N.: Hochschulreform, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

DER REKTOR
DER FREIEN UNIVERSITÄT
BERLIN
1 Berlin 33, Ihnestr. 24

Berlin-Dahlem, den 23. Jan. 1968
Ruf: 76 90
(95) 42 01/02 App.

Tgb.-Nr.: - 2950/1

(Bei Beantwortung bitte anzugeben)

Abschrift

An den
1. ASTA-VORSITZENDEN
Herrn Johann Wolfgang Landsberg
1 Berlin 33 (Dahlem)
Garystraße 20

Sehr geehrter Herr Landsberg !

Wie ich Ihnen bereits anläßlich unserer Unterredung am 17. Jan. 1968 mitgeteilt habe, beabsichtige ich nicht, mich in Vollversammlungen zur Godesberger Erklärung befragen zu lassen. Die vergangenen Ereignisse vom 26. November 1966 bis zur Veranstaltung mit dem Regierenden Bürgermeister haben wiederholt deutlich gemacht, daß der Allgemeine Studentenausschuß nicht in der Lage ist, den geordneten Ablauf von Großveranstaltungen zu gewährleisten. Solange derartige Veranstaltungen, aber mit Billigung der Veranstalter, dazu benutzt werden, Emotionen zu schüren und die Redner zu beleidigen, bin ich nicht bereit, an ihnen teilzunehmen.

Wer sich wirklich über Inhalt und Ziel der Erklärung informieren will, braucht dazu nicht den Rahmen einer "Vollversammlung", sondern kann das zweckmäßigerweise durch das Studium des Textes und des keineswegs geheimgehaltenen Begleitschreibens des Präsidenten der WRK und VDS veröffentlicht werden wird, der durch die Stellungnahme des Vorstandes des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Godesberger Rektorenerklärung in Gang gekommen ist. Er wird auch für diejenigen, denen die Erkläfung allein nicht verständlich erscheint, weiteren Aufschluß bringen.

Hochachtungsvoll
gez. E. Harndt

Vorlage des AStA zur Godesberger Erklärung

Konventsdrucksache Nr. XX/12

Der Konvent begrüßt es, daß die Rektoren einige studentische Forderungen und Thesen in ihre Godesberger Erklärung übernommen haben:

1. Die Anerkennung des politischen Mandats durch die Postulierung der kritischen Funktion der Wissenschaft in der Gesellschaft und eine an die Parteien gerichtete Aufforderung, das Verhältnis zu ihren Studentengruppen zu reformieren.

2. Die Begründung des Vetorechts von Minderheiten durch die Forderung, Personengruppen vor Majorisierung in ihren Angelegenheiten durch qualitative Regelungen zu schützen.

3. Die Öffentlichkeit aller Verfahren und Tätigkeiten der Universität zum Zwecke verantwortlicher Selbstkontrolle, sowie die Anerkennung der Notwendigkeit, die Öffentlichkeit der Prüfungen zu regeln.

4. Die Einsicht in die Notwendigkeit von Rezensionen durch die Würdigung der Kritik an Lehrveranstaltungen, als eine Äußerung wissenschaftlichen Denkens.

Der Konvent ist erstaunt, daß der Rektor unserer Universität, der diese Erklärung mit unterzeichnet hat, sich weigert, mit den Studenten über den Inhalt der Erklärung zu diskutieren. Der Konvent ist umso mehr erstaunt über diese Weigerung von Magnifizenz Harndt, als dieser noch vor Amtsantritt zusammen mit dem damaligen Rektor Lieber in einem Rundschreiben alle Institutsdirektoren aufgefordert hat, mit ihren Studenten über aktuelle Probleme der Hochschul- und Studienreform zu diskutieren.

Der Konvent fordert den Rektor auf, seine öffentlichkeitsfeindliche Haltung zu überdenken und noch in diesem Semester eine Diskussion über die Godesberger Erklärungen zu führen. Der AStA wird beauftragt, einen Termin mit Prof. Harndt zu vereinbaren und darüber im Konvent zu berichten.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Politische Abteilung -

Berlin 33, den 24.1.1968
Garystr. 20
Tel. 76 90 421

HEUTE MITTWOCH

Audi - Max der Technischen Universität (Straße des 17. Juni 135

Diskussion mit dem

REKTOR DER TU

über die

GODESBERGER BESCHLÜSSE

Diskutieren Sie mit Magnifizenz Weichselberger. Magnifizenz Harnd sieht sich nicht imstande, mit seinen Studenten zu diskutieren. Kommen Sie heute abend.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Helmut Giesa
- Referent -

HOCHSCHULREFORM

REKTOR

und

STUDENTENVERTRETUNG

der

TU

laden ein zu einer Diskussion

über

HOCHSCHULPROBLEME

Godesberger Rektoren-Erklärung zur Hochschulreform

vom 6. Januar 1968

Die Zukunft der westdeutschen Universitäten hängt ab von den Entscheidungen, die sie jetzt selber treffen.

Aufbau und Ausbau der Universitäten und die Bemühungen um eine Neuordnung der Studiengänge wären zwar von zahlreichen Reformen begleitet; sie lösten jedoch nur einzelne, jeweils dringliche Probleme.

Die körperschaftliche Verfassung der Universität und ihre Stellung in der heutigen Gesellschaft müssen neu bestimmt werden. Die Reform der inneren Struktur der Universität muß von den folgenden Leitsätzen ausgehen:

- Die grundrechtliche Garantie der Freiheit von Forschung und Lehre (GG 5,3) begründet und begrenzt ihre korporative Organisation;
- Die kritische Funktion der Wissenschaft in der Gesellschaft erfordert die Autonomie der Universität;
- Mitarbeit begründet Mitverantwortung;
- Leistungsfähigkeit verlangt Differenzierung der Funktionen;
- Sachgerechte Erfüllung der Funktionen erfordert korporative Selbstkontrolle.

Zur Verwirklichung dieser Leitsätze schlagen die unterzeichnenden Rektoren vor:

I

Die Universität gliedert sich in diejenigen Einheiten von Forschung und Lehre (Arbeitsgruppen, Institute etc.), welche die tatsächlichen Träger von Forschung und Lehre sind. Diese sind sinnvoll einander zuzuordnen und in übergeordnete Einheiten (Abteilungen, Fakultäten etc.) zusammenzufassen, die eine gemeinsame Verantwortung für ihre Bereiche und eine dadurch legitimierte Vertretung in der Universität übernehmen. Dieses Prinzip kann die Lösung von traditionellen Strukturformen fordern.

II

Die Gliederung nach Funktionen verlangt eine Neuordnung der Mitverantwortung aller Angehörigen der Körperschaft an der Selbstverwaltung nach den Prinzipien einer funktionsgerechten Kompetenzverteilung und qualitativen Repräsentation.

1. Die Angelegenheiten der Universität als einer Körperschaft von Lehrenden und Lernenden fallen grundsätzlich in die Entscheidungs- und/oder Beratungskompetenz aller ihrer Angehörigen, die demgemäß -unmittelbar oder mittelbar repräsentiert- an den satzungsgemäßen Organen zu beteiligen sind.

Das Ausmaß der Mitarbeit und Verantwortung sowie die Dauer der Bindung an die Universität bedingen Art und Gewicht der Beteiligung an der Selbstverwaltung.

Die Anzahl der jeweils Beteiligten ist auf die Aufgaben und die Arbeitsfähigkeit der Gremien abzustimmen.

2. Auch wenn der Sachverstand einer Personengruppe deren Mitwirkung an Entscheidungen nicht begründet, ist das Entscheidungsverfahren so zu gestalten, daß die Nachprüfbarkeit der Entscheidungskriterien gewährleistet ist. Das kann geschehen durch Anwesenheit oder Mitwirkung bei den Beratungen, Bekanntgabe der Entscheidungsgründe u. ä. m. Damit wird auch das Prinzip der Offenheit aller Akte der Selbstverwaltung verwirklicht.

Unter Beachtung dieser Grundsätze können in einem Ausschließlichkeitskatalog diejenigen Angelegenheiten festgelegt werden, deren Entscheidung bestimmten Personengruppen vorbehalten ist.

3. Vor Majorisierung in ihren Angelegenheiten sollen Personengruppen nicht durch quantitativen Proporz, sondern durch qualitative Regelungen geschützt werden (z. B. Einspruchsrechte, Schlichtungskommissionen, qualifizierte Abstimmungsmodalitäten oder Appellationsgremien).

4. Die Kontinuität in den Organen der Selbstverwaltung muß durch Stetigkeit und Dauer der Beteiligung gesichert werden. Im Interesse der Arbeitsteilung sollen bestimmte Entscheidungs- und/oder Beratungsfunktionen der Organe an sachverständige Kommissionen delegiert werden.

5. Die handlungsfähige Vertretung der Körperschaft nach außen, die Willensbildung innerhalb der Universität, besonders die Lösung von Konflikten fordern eine Stärkung der zentralen Organe.

6. Der Rektor oder Präsident vertritt die Gesamtheit der Universität und alle ihre Angehörigen.

III

Alle Verfahren und Tätigkeiten der Universität als einer öffentlichen Einrichtung müssen nachprüfbar sein; auch durch verantwortliche Selbstkontrolle rechtfertigt sie ihre Autonomie.

Die Selbstkontrolle betrifft insbesondere Lehrveranstaltungen, Prüfungen und Forschung.

1. Lehrveranstaltungen müssen nach Inhalt und Form an den wissenschaftlich begründeten Studienzielen orientiert sein und den Stufungen des Prüfungssystems entsprechen. Sie werden für größere Studienabschnitte geplant. Wirksame Lehre wird durch Kritik im Hinblick auf Gehalt, Niveau, Darbietung und wissenschaftliche Aktualität gefördert. Kritik als eine Äußerung wissenschaftlichen Denkens muß sachlich begründet und persönlich vertreten werden.

2. Prüfungen finden in förmlicher Ordnung statt; Verfahren und Anforderungen müssen bekannt sein; Kommissionen sichern die Ordnung des Verfahrens und die Angemessenheit der Ansprüche.

Die Prüfungsordnungen müssen die Öffentlichkeit der Prüfungen, die Mitwirkung von Beisitzern, die Möglichkeit von Einsprüchen und das Appellationsverfahren regeln.

3. Die korporative Kontrolle der Forschung muß satzungsmäßig gewährleistet sein. Sie erstreckt sich auf die Abstimmung von Forschung und Lehre, auf die Abstimmung von Forschungsprojekten untereinander, sowie auf die optimale Nutzung von Forschungseinrichtungen.

Die Verbindung verwandter Forschungsdisziplinen und Arbeitsgebiete darf nicht durch überkommene Begrenzungen innerhalb der Universität und zwischen den Universitäten behindert werden.

Partikulare Einrichtungen müssen au
geben werden, wenn ihre Funktionen
größeren Zusammenhang der Forsch
und Lehre wirksamer und rationeller
füllt werden können.

Auch die Auftragsforschung ist der
porativen Kontrolle daraufhin zu un
werfen, ob sie mit der Freiheit der
schung und den Aufgaben der Univers
vereinbar ist.

IV

Selbstkontrolle der akademischen Kör
schaft und Reform der Universität blei
Stückwerk, solange den Universitäten
beitsbedingungen auferlegt sind, die
an der Erfüllung ihrer Aufgaben hind
Dabei ist gedacht z. B. an

- mangelnde Koordination von Höhe
Schul- und Universitätswesen;
- die Unzulänglichkeit der Regelung
Zugangs zu den Universitäten;
- die Verhältnisse in den Massenfäch

Selbstverantwortung und Leistungsfä
keit der Körperschaft würden, der E
wicklung moderner Wissenschaft entsp
chend, durch globale, möglichst mehrj
rige Haushalte entscheidend gestärkt,
selbst in so unterschiedlichen Ges
schaftsstrukturen wie in Großbritann
und Jugoslawien üblich sind. Hierbei w
sowohl dem Anspruch der Öffentlich
auf Haushaltskontrolle als auch dem In
esse der Universität an größerer W
schaftlichkeit Rechnung zu tragen.

V

Selbst wenn diese dringlichen Strukt
reformen durchgeführt sind, die bes
henden Universitäten weiter ausgeb
werden und der Aufbau von Neugr
dungen rascher als bisher vollzogen w
werden die Abiturientenzahlen in
nächsten Jahren grundlegende Verän
rungen im gesamten Bildungssystem
zwingen. Die Universitäten werden in
se Veränderungen einbezogen sein u
bereit sein müssen, an ihnen mitzuwirk

Die unterzeichnenden Rektoren haben ih
persönliche Überzeugung in diesen Grun
sätzen zusammengefaßt. Sie ziehen da
Folgerungen aus einer seit Jahrzehnt
andauernden Reformdiskussion und d
Erfahrungen in ihrem Amte. Sie woll
der Universität die Freiheit für ihre kr
schen Aufgaben in Forschung und Leh
und ihre kritische Funktion in der G
sellschaft erhalten oder zurückgewinn

Zur Verwirklichung dieser Grundsätze b
dürfen die Universitäten der Unterstützu
aller ihrer Angehörigen, der Regierung
und der Parlamente.

Bad Godesberg, den 6./9. Januar 1968

Unterschrieben von
38 Westdeutschen Rekto
u.a.
Prof.Dr.phil.Kurt
W e i c h s e l b e r
Rektor der Technischen
versität Berlin.

24.01.1968:
In Berlin lud der Arbeitskreis "Arbeiterbewegung und Partei" der Kritischen Universität (KU) für heute um 13 Uhr ein zur Vorbesprechung im Clubraum des Germanischen Seminars in der Boltzmannstr. 3.
Q: KU-Arbeitskreis 'Arbeiterbewegung und Partei': In den Gewerkschaften…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

12.1.68

KU - ARBEITSKREIS
"ARBEITERBEWEGUNG UND PARTEI"

In den Gewerkschaften, in Kreisen der Arbeiterschaft, in den sozialistischen Gruppen der Bundesrepublik und in Teilen der Studentenschaft gibt es, verstärkt seit der Großen Koalition, Diskussionen über die Möglichkeiten einer sozialistischen Politik. (Parteibildung, Rätebewegung, außerparlamentarische Opposition)

Wir halten es für notwendig, das historische Verhältnis von Arbeiterbewegung, progressiver Intelligenz und sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und Staat aufzuarbeiten und hieraus die Möglichkeit einer sozialistischen Bewegung heute zu untersuchen. Programm des Arbeitskreises soll sein:

- die Rätebewegung,
- sozialistische Parteien und bürgerlicher Parlamentarismus,
- Strukturen von sozialistischen Organisationen und Parteien,
- sozialistische Parteien und Organisationen in ihrer historischen Entwicklung.

Für die Situation in der Bundesrepublik und Westberlin sind die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen anzuwenden u.a. auf die Rolle von SPD, KPD, SED-W, auf die "Sozialistische Opposition" (VUS und andere Gruppen), "Demokratische Linke" in Baden-Württemberg. Grundsätzlich ist das Verhältnis einer sozialistischen Politik zum Grundgesetz zu untersuchen.

Wir treffen uns zu einer Vorbesprechung am Mittwoch, 24.1., um 13 Uhr im Clubraum des Germ. Sem., Boltzmannstr.3
Interessenten, die an diesem Termin verhindert sind, mögen bitte ihre Adresse einsenden an:
Hanno Möbius, 1 Berlin 19, Knobelsdorffstr.96

24.01.1968:
An der FU Berlin tagt der Akademische Senat, die Tagesordnung wird vom AStA vorab veröffentlicht. Der AStA beantragt die Diskussion über die Förderungswürdigkeit des SDS.
Q: AStA FU: Tagesordnung…, Berlin O. J. (1968)

E0702

T a g e s o r d n u n g

der nächsten ordentlichen Senatssitzung am

Mittwoch, den 24. Jan. 1968, 15 Uhr c.t.

I. Dienstrechtliche Angelegenheiten

1.) Ernennungen
2.) Beurlaubungen und Dienstreisen
3.) Bestellung zum Institutsdirektor
4.) Genehmigung einer Nebentätigkeit
5.) Disziplinarangelegenheit Prof. Dr. Eckardt

II. Korporationsrechtliche Angelegenheiten:

1.) Berufungen
2.) Vorbereitung zur Aufnahme in die Hochschulkorporation
3.) Aufnahme in die Hochschulkorporation
4.) Wahl eines stud. Mitgliedes in den Verfassungsausschuß
5.) Stellenverteilung für Akademische Räte und Wissenschaftliche Räte
6.) Institutsordnung für das John-F.-Kennedy-Institut für Amerikastudien

III. Mitteilungen

Die studentischen Sprecher haben fristgemäß den Tagesordnungspunkt "Förderungswürdigkeit des SDS" beantragt.

P.

veröffentlicht durch den

Allgemeinen Studentenausschuß
der
Freien Universität Berlin

24.01.1968:
An der FU Berlin gibt die Studentenvertretung des Instituts für Germanistik ein Flugblatt heraus mit dem Aufruf zur Vollversammlung am 31.1.1968, der Wahl-Vollversammlung am 2.2.1968 und der Arbeitsbesprechung der germanistischen KU-Seminare am 29.1.1968.
Q: SV Germ: Vollversammlung, Berlin 24.1.1968

Studentenvertretung des Instituts für Germanistik der FU

24.1.68

VOLLVERSAMMLUNG

Mittwoch, 31.i.68
13^{00} - 16^{00} Uhr
AUDI-MaX

Vorläufige Tagesordnung:

- Verabschiedung der Satzung
- Seminarkonferenz
- Bildung eines Organisationskommitees zur Vorbereitung des Gegen-Germanistentags 68 in Berlin
- Wahlleiter (Schleissing) zur Wahl
- Auswertung des Hearings zum Staatsexamensentwurf
- Vorgänge am Romanischen Seminar
- Staatsexamenshospitation: Weigerung Prof.Emrichs

==========

V O R A N K Ü N D I G U N G

WAHL-VV

Freitag, 2.2.68
13^{00} - 15^{00} Uhr
AUDI-MAX

KANDIDIEREN SIE ! KANDIDIEREN SIE ! KANDIDIERE SIE!

Geben Sie bitte bis zum 1.2. Paßbild
Personalien
Adresse
Telefonnummer
und eine stichwortartige Ankündigung Ihr
fachpolitischen Programms(10 Ze
in Zimmer 308 ab.

24.01.1968:
An der FU Berlin lud das Forum Junge Germanistik (FJG) ein zum Vortrag "Thesen zur Arbeitersprache" von Oskar Negt um 18 Uhr im Henry-Ford-Bau.
Q: FJG: Thesen zur Arbeitersprache, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

FORUM JUNGE GERMANISTIK FORUM JUNGE GERMANISTIK FORUM JUNGE GERMAN

Studentenvertretung des Instituts für Germanistik & Kritische Universität

WARUM SCHEITERTE DIE STUDENTISCHE AGITATION?
URSACHEN DER VERSTANDNISSCHWIERIGKEITEN MIT ARBEITERN :

OSKAR NEGT:

ASS. von J. HABERMAS

THESEN ZUR ARBEITERSPRACHE

MITTWOCH, 24.1., 18.oo Uhr
Henry-Ford-Bau Hs. B

In den entscheidenden Stereotypen der Arbeitersprache, in deren Medium die Arbeiter ihr Schicksal deuten und ihre Konflikte deutlich machen, sind sozialistische Vorstellungen aufbewahrt. Es gilt, im "Sprachkonservatismus" der Arbeiter die Widerstände gegen die Ideoligie egalitärer Konsumenten zu erkennen.

Lesen Sie zur Vorbereitung:
Oskar Negt: "Kognitive Verarmung" in: FU-Spiegel, Januar 1968
"Bewußtseinsbarrieren bei Industriearbeitern"
in: Alternative Nr. 51

Diskussion über: Möglichkeiten von Arbeiterbildung und Agitation
Verhältnis Sprachwissenschaft - Sprachsoziologie
Sprachbarrieren in den Oberschulen
Sprache und Solidarität
Klassencharakter der Germanistik

Studentenvertretung des Instituts für Germanistik & Kritische Universität

25.01.1968:
Der Bundesvorstand des Europäisch-Föderalistischen Studentenverbandes (EFS) veröffentlicht die "Projektion des EFS BV zur Schwerpunktaktion Militärdiktatur in Griechenland", die sich vor allem auf Berlin bezieht.

Beigeheftet ist die "Griechenland Dokumentation Schwerpunktaktion des Bundesvorstandes".
Q: EFS: Projektion des EFS BV zur Schwerpunktaktion Militärdiktatur in Griechenland, Berlin 25.1.1968; EFS: Griechenland Dokumentation Schwerpunktaktion des Bundesvorstandes, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

25.1.68

EUROPÄISCH-FÖDERALISTISCHER STUDENTENVERBAND BUNDESVORSTAND

Projektion des EFS BV zur Schwerpunktsaktion:

MILITÄRDIKTATUR IN GRIECHENLAND

Phase A:

1. Analyse der Möglichkeiten, über die Europ ischen Institutionen Druck - juristisch, ökonomisch und politisch - auf die Militärdiktatur auszuüben (C.v.Seefeld; E.Piehl; in Verbreitung)

2. Analyse der wirtschaftlichen, sozialen und innenpolitischen Strukturen im gegenwärtigen Griechenland (C.v.Seefeld; in Fertigstellung)

3. Dokumentation über die Rechtsbrüche durch die Offiziersjunta (C.v.Seefeld; in Vorbereitung)

4. Dokumentation über die Beziehungen der Wirtschaft in der BRD mit Griechenland seit dem 21.4.1962 (C.v.Seefeld; in Vorbereitung)

Phase B

1. Verbreitung der Analysen (Postverteiler, Verteilung auf Solidaritäts-Versammlungen)
   Stand 25.1.: ca. 1 000 Exemplare der Analyse 1

2. Propagierung der Forderungen auf Flugblättern und Resolutionsanträgen auf Kundgebungen; 15.1.1968, Audimax, FU

3. Leserbriefe (22.1. an die Europa-Union-Zeitung, O.Scholz) und Offene Briefe (24.1. an Bundeskanzler Kiesinger, EFS-Bundesvorsitzender, verteilt an ausgewählte überregionale Presse)

4. Zwischenberichte in überregionaler Presse (z.B. an die EU-Zeitung)

5. Dokumentation von Stellungnahmen zu Griechenland durch die europäischen Studentenverbände im UAEE-Bulletin, März 68, hrsg. v. EFS BV

.
.
.

Phase C

1. Beteiligung an gewaltfreien direkten Aktionen des "Komittee der 100" in Berlin (erstes Sit-in vor der griechischen Militärmission, 3.2.68)

2. Versuch zur Resolutionseinbringung und spontaner Demonstrationsbildung auf dem Kongreß der Europa-Union, 4./5.3., Köln

3. 25.3.: Demonstrationen, Resolutionen und Pressekonferenzen: "Europäische Gemeinschaften und Militärregime in Griechenland", in Zusammenarbeit mit: Union des Associations Européennes d'Etudiants; JEF, anderen Sutdenten- und Juniorenverbänden auf der Ebene von ca. 12 europäischen Ländern; in der BRD Konzentration auf: Berlin, München, Köln ....

4. 21.4.: Beteiligurg an Demonstrationen und gewaltlosen Provokationen von SHB, LSD, HSU, GSG und ESG auf Bundesebene.

Berlin, den 25.1.68

gez. Ernst P i e h l
Bundesvorsitzender

Schwerpunktaktion des Bundesvorstandes

Phase A:

I. Die soziale Lage:

1. Von den rund 8 Mill Einwohnern Griechenlands leben gut die Hälfte auf dem Lande, 50 % aller Erwerbstätigen sind dort beschäftigt. Die ländliche Bevölkerung ist politisch stumm, sie ist noch ziemlich fest in den alten Traditionen verhaftet (Bindung an die Sippe, Kirche; sozialökonomischer Zusammenhalt der Kleinfamilie).

These 1: Versuch einer Einflußnahme über die griechisch-orthodoxe Kirche?

2. Durch die Koordinierung in gesellschaftlicher Beziehung von Stadt und Land durch den Sippenzusammenhang kommt ein Übergewicht der städtischen Haltungen zustande.
Die Mischung der gesellschaftlichen Maßstäbe verhindert die Bildung eines klaren Sozialbewußtseins jeder der Gruppen, soziale Mobilität des Einzelnen ist leicht möglich, man kann von einer demokratischen Haltung in sozialer Hinsicht sprechen. Nicht das Herkommen bestimmt, was das Individuum werden kann, sondern sein persönlicher Erfolg und sein Durchsetzungsvermögen.
Die griechische Nation ist zwar als Erfolgsgesellschaft anzusehen, aber die erfolgreiche Schicht nimmt nur die Spitze ein. Darunter befinden sich die Erfolglosen mit vielen Übergängen und Mischformen zwischen Mittelklasse, Kleinbürgertum, Arbeiterschaft, Bauerntum und "Lumpenproletariat", die alle auf eine Chance hoffen, Erfolg zu haben. Daher findet keine Bildung einer "Klassensolidarität" statt. Individueller Aufstieg scheint den Griechen lohnender als die Mühe sozialrevolutionären Umschwunges

These 2: Die Aussicht, daß das griechische Volk Widerstand gegen das Militärregime leistet, scheint so relativ gering zu sein, es sei denn, auch der persönliche Aufstieg wird verhindert - und das ist wohl der Fall, paßt man sich nicht völlig an das System an - dann wird man viel leicht statt zu resignieren, sich auflehnen.

3. Es gibt noch etwa 20 % Analphabeten in Griechenland.
Privateigentum, das allerdings meistens an die Familie oder Sippe gebunden ist und Privatinitiative in der Wirtschaft bestimmen die bürgerliche Rechtsordnung.

II. Die wirtschaftliche Lage:

1. Landwirtschaft:

28 % des Bodens sind landwirtschaftlich nutzbar, dazu kommen 40 % Weideland. Rund 50 % der 3,6 Mill. Beschäftigten sind in

kleinen und kleinsten Betrieben tätig, sie erbringen 30 % des Bruttosozialproduktes.

Angebaut werden: 50 % Weizen oder anderes Getreide
10 % Oliven
6 % Wein
5 % Tabak
5 % Baumwolle

Exportiert werden: 33,5 % Tabak (vom Gesamtexport)
12,8 % Baumwolle
7,9 % Korinthen
6,7 % Rosinen
Fast keine Manufaktur- oder Industriegüter.

Importiert werden: 50 % Konsumgüter (vom Gesamtimport)
19 % Maschinen, Transportmaterial ...

Es mangelt an künstlichen Bewässerungsanlagen und Dünger und Maschinen.

2. Industrie:

16 % der Beschäftigten sind in der Industrie tätig, die 22 % de Bruttosozialproduktes erbringen. Die Industrie dient nur erst der Versorgung des Inlandmarktes, sie wird durch hohe Zölle geschützt. Rund 90 % der Betriebe sind Familienbetriebe und befinden sich in der Nähe von Athen oder Saloniki.
Textil-, Lebensmittel- und chemische Industrie stehen an erster Stelle.
Ein 1960 erstellter Zehnjahreplan für die Industrie wurde nach dem 21.4.1967 zur Überarbeitung zurückgezogen.
Es besteht ein Nachfrageüberhang; das Bruttosozialprodukt steigt jährlich um durchschnittlich 6 %.

Sprunghaftigkeit, Rücksichtnahme auf örtliche und kurzfristige Wünsche, Beziehungslosigkeit zwischen den Einzelmaßnahmen und der Gesamtwirtschaft kennzeichnen die unzulänglichen Maßnahmen in der Wirtschaft.
Die griechische Wirtschaft ist stark mit der internationalen Wirtschaft verflochten, besonders mit der westlichen. 95 % seiner Zahlungsmittel erhielt Griechenland 1957 aus dem Westen. (Ausfuhr und Überstürzung).
Importwaren aus den westlichen Staaten (Hauptlieferanten sind die USA und die BRD) sind u.a.: Fahrzeuge, Mineralöl, Instrumente, Maschinen, Getreide, Arzneimittel, Konsumgüter ...
Die Ostblockstaaten, besonders die UdSSR nehmen schwer absetzbare Waren ab: Tabak, Baumwolle, Reis ...
Mit Jugoslawien herrschen gute Beziehungen, Griechenland bekommt einen Teil seiner Elektrizität, Milch und Fleisch dorther.
Nach dem 21.4.67 wurde diese Lieferung von Jugoslawien unterbrochen. Dafür hat die BRD versprochen, zwei Elektrizitätswerke zu bauen.

Ausschnitte aus der Zahlungsbilanz: (in US-Dollar)

	1956	1963
Importe	,440,7	708,4
Exporte	209,6	295,9
Saldo	- 231,1	- 412,5
Reiseverkehr		
Einnahmen	3[illegible]	
Ausgaben	12,7	
US-Hilfe	69,6	36,9

These 3: Griechenland wäre wirtschaftlich völlig hilflos, würden die westlichen und östlichen Staaten die Wirtschaftsbeziehungen abbrechen (incl. monetärer Hilfe und Einnahmen durch Touristen). Die Not, die dann begänne, kann leicht zu einer Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regime führen und es somit zwingen, abzudanken und echte Wahlen auszuschreiben.

III. Die innenpolitische Lage:

1. In allen Arten der Regierungsformen Griechenlands seit 1821 findet man die Klientelherrschaft, d.h. einige große "Chefs" üben, gestützt auf ihre "Klientel", die politische Macht aus.

These 4: Wenn der Einzelne immer noch so viel Einfluß haben kann, so ist es im gegenwärtigen Zeitpunkt wichtig, Persönlichkeiten zu finden, die sich für ein demokratisches Griechenland einsetzen wollen.

2. Das Parteiwesen ist nur mangelhaft ausgebildet.

Im Parlament sind viele Gruppen vertreten gewesen, viele Neuwahlen fanden statt, die aktiven Politiker waten fast ganz fre von Verbindlichkeiten.

These 5: Es stellt sich die Frage, ob in Griechenland überhaup genug demkratisches Potential vorhanden ist, um eine Widerstand gegen das gaschistische Militärregime zu leisten. Zunächst könnte man versuchen, die Exilparte zu unterstützen, die sicherlich über Kräfte in Griech land verfügen, die einen Teil der Bevölkerung schulen könnten. Vielleicht wäre es auch wünschenswert, wenn einige der ins Exil gegangenen Griechen zurückkehrten

3. Der "bürokratische Zentralismus" hemmt viele Kräfte; das gri chische Büro ist schwerfällig, langsam, ängstlich, servil; jed ist um seinen Posten besorgt.

4. Bis 1963 regierten die rechtsstehenden Parteien, zuletzt di National Radikale Union (ERE) mit Hilfe von Wahlmanipulationen Im November 1963 erhielt die Zentrumsunion (EK) die Mehrheit, im Februar 64 die absolute Mehrheit. Reformen in der Wirtschaf und im Erziehungswesen wurden begonnen. Aber im Juli 1965 wurd der Ministerpräsident Papandreou gestürzt - mit Hilfe des schl beratenden Königs. Weitere, vom König eingesetzte Regierungen

fanden keine Mehrheit im Parlament. Die für den 28.5.1967 angesetzten Neuwahlen hätten sicherlich einen Erfolg für die Zentrumsunion gebracht, aber dem kam der Putsch der Militärs am 21.4.67 zuvor, die mit der Behauptung, der König stände hinter ihnen, jeden Widerstand erstickten. Ministerpräsident wurde Kollias, Junta-Chef Papadopoulos.
Als Grund gab das Militärregime die drohende Machtergreifung der Kommunisten bei den nächsten Wahlen an. Ihr Ziel ist:

Durch eine zunächst oktroyierte Verfassungs-, Sozial- und Wahlrechtsreform ein funktionierendes rechtsstaatliches Königtum mit freiheitlicher Ordnung wiederherzustellen und den Staat gegen die Kommunisten zu schützen.

gez. Cornelie von Seefeld
Beauftragte des EFS-Bundesvorstand

Schwerpunktaktion des
DV

Phase A

3. Kurzanalyse der Verfassungswirklichkeit seit dem 21.4.1967:

I. In der griechischen Verfassung sind die Menschenrechte der europäischen Konvention enthalten.
Am 21.4. erging ein Königliches Dekret: unter Berufung auf Art. 91 der Griechischen Verfassung werden die Artikel, die die Rechte und Freiheiten der Bürger garantieren, suspendier Der Belagerungszustand wird proklamiert, die gesamte Exekuti gewalt liegt in den Händen der Militärjunta.
Am 5. und 6. Mai ergeht eine Verordnung mit verfassungsmäige Charakter, damit wird die alte Verfassung abgeschafft und das Recht für die Militärs geschaffen, Gesetze mit Verfassun charakter zu veröffentlichen und eine neue Verfassung auszuarbeiten, die vom Volk ratifiziert werden soll. Die Legislative bleibt beim König, der unter der Verantwortung der Regierung steht. Das Parlament ist seit dem 21.4.67 aufgelöst.

II. Vergleich der Europäischen Menschenrechtskonvention, der ehemaligen Griechischen Verfassung und der jetzigen Wirklic keit.

Konvention	Griechenland
Art. 2: Recht auf Leben Art. 15,2: Ausnahme in Kriegsfällen	Art. 18: Todesstrafe abgeschafft für politische Verbrechen. Trotz Aufhebung dieses Artikel dürfte es keine Todesstrafe geben. Proklamation der Junta: Todesstra (ohne Gericht) für jeden, der der "Waffenstillstand" gewaltsam durc bricht und Flugblätter gegen die Regierung verteilt oder auf Maue "Antidemokratisches" aufmalt (schon einige Fälle bekannt)
Art. 3: Verbot der Folter	Art. 18: aufgehoben; Benutzung d Folter
Art. 5: Recht auf Freiheit und Sicherheit Art. 6: Anspruch auf gerichtliches Gehör des Angeklagten (Verbot der vorbeugenden Inhaftierung und Deportation)	Art. 5: aufgehoben. Im April 67: 6138 Gefangene auf Jaros, später um 10 000 (Angaben der Regierung Schätzung, daß insgesamt rund 60 000 Personen inhaftiert sind. Außerdem gingen viele ins Exil (Potential der Résistance gering

	Die meisten Personen wurden auf Grund vergangener Aktivitäten eingesperrt. Um freigelassen zu werden, müssen sie eine Solidaritätserklärung unterschreiben.
Art. 8: Schutz des Privatlebens, der Wohnung, des Briefverkehrs	Art. 12, 20: aufgehoben. Eindringen in Wohnungen an der Tagesordnung. Zensur von Telefon Telegramm und Briefen.
Art. 9: Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit Art. 10: Freie Meinungsäußerung	Art. 14: aufgehoben Presse und Rundfunk werden kontr liert und zensiert, freie Meinun äußerung wird bestraft, wenn sie sich gegen die Regierung richtet Auf dem Index stehen: musikalisc und Theateraufführungen von 80 bekannten griechischen Autoren. Auch in privaten Büchereien sind marxistische Bücher verboten. Ausländische Radiosendungen, die Nachrichten über Griechenland bringen, sind verboten. Ausländi sche Zeitungen sind zwar erlaubt aber Artikel über Griechenland werden gestrichen. Es gibt weni ausländische Bücher.
Art. 11: Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit	Art. 11: aufgehoben. Die politischen Parteien sind g oder teilweise verboten, wie ED und pol. Verbände der Jugend. A deren Parteien wurden die Büros geschlossen. Öffentlichkeitsarb ist nicht mehr möglich. Mehr al 60 Abgeordnete sind gefangen od deportiert. 289 Organisationen, politische, kulturelle, soziale gewerkschaftliche und rein dem Vergnügen dienende sind verbote
Art. 3 des Zusatzprotokolls: Freie und geheime Wahlen	In der griechischen Verfassung war außerdem noch verankert: Pr rität des Parlaments über die E kutive; bei Auflösung des Parlm haben binnen 45 Tagen Neuwahlen stattzufinden. Die Wahlen wurde verschoben auf ...? Armee, König und Regierung habe die verfassungsmäßige Macht übe nommen und sich aller derer Eig schaften bemächtigt. Es gibt ke "Bremse" gegen die Willkür eine unkontrollierbaren und absolute Regierung.

Der Botschafter der griechischen Regierung im Europarat hat das Sekretariat informiert, daß nach Art. 15 (Außerkraft setzen in Kriegs- und Notfällen) die griechische Regierung verpflichtet war, einige Artikel provisorisch außer Kraft zu setzen, um einer Situation zu begegnen, die die Sicherheit des Staates bedrohte.
Aber es wurden alle Artikel auf Zeit außer Kraft gesetzt.!! Es sind keine wesentlichen Charakteristika eines demokratischen Staates vorhanden.

These 1: Hieraus folgt, daß sofort jegliche Unterstützung, ob moralisch, wirtschaftlich, politisch, finanziell oder sogar militärisch, der Griechischen Militärdiktatur zu unterbleiben hat! Die Gefahr, daß Griechenland sich gen Osten wenden könnte, ist nicht gegeben, da die Putschoffiziere scharfe Antikommunisten sind und die osteuropäischen politischen Kräfte dieses Regime ablehnen. Insbesondere haben die Staaten der EWG und des Europarates jegliche Unterstützung zu unterlassen um als demokratische Staaten glaubwürdig zu bleiben.

III. Im Oktober 1967 kündigt die Regierung an, daß Griechenlan bis Ende 68 zum normalen parlamentarischen Leben zurückge kehrt sein wird.
Die versprochenen Erfolge treten nicht ein, sondern:
die Arbeitslosenzahl wächst, der Geschäftsgang stagniert, die Konsumfreudigkeit nimmt ab, der Tourismus geht zurück ausländische Investitonen werden kleiner, die Preise sind polizeilich festgesetzt, Löhne und Gehälter eingefroren, der Baumwollmarkt stagniert, die Zahlungsbilanz verschlec tert sich. Damit wächst die Unzufriedenheit der Bevölkeru verstärkt durch den psychologischen Terror der Bespitzelu die Untergrundarbeit der Linken (EDA) scheint zuzunehmen. Nach dem mißglückten Gegenputsch des Königs am 13.12.1967 flieht diese zusammen mit Kollias; Oberst Papadopoulos wird Ministerpräsident.

<u>These 2</u>: Der König darf nicht nach Griechenland zurückkehren, ohne daß gewährleistet ist, daß dort eine Demokratie errichtet wird. Es fragt sich überhaupt, ob der König nicht viel Schuld an der jetzigen Lage trägt, hat er doch durch den Sturz Papandréous verhindert, daß eine demokratisch legitimierte Regierung regieren konnte. Und wieweit wünscht das Volk die Rückkehr des Königs?

Der Verfassungsentwurf, der am 15.12.67 veröffentlicht werden sollte, wird wegen des Putsches nicht veröfftnelicht.

gez. Cornelie von Seefeldt
Beauftragte des EFS-Bundesvorsitzenden

Phase B

zu 2) Anträge zur Aufnahme in die Resolution der Solidaritätskundgebung, gestellt und mit Mehrheit angenommen (ca. 2 000 Studenten), Berlin, FU, Auditorium Maximum 15.1.68

"Die Versammlung möge beschließen:

1) Die Versammlung fordert die Bundesregierung auf, ihre bisherige Einschätzung der von den Staaten Dänemark, Schweden, Norwegen und den Niederlanden eingereichten Beschwerde bei dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ausdrücklic und eindeutig zu revidieren und umgehend die gleiche Beschwerde einzulegen.

2) Die Versammlung fordert den Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft auf, das Assoziationsabkommen zwischen der EWG und Griechenland vom 1.1.1962 sofort und vollständig zu suspendieren, solange die Ziele - festgelegt in Präambel un Art. II des Vertrages - in Griechenland nicht angestrebt werden können (ab "solange" ging der Absatz in Beifall unte

3) Die Versammlung fordert alle Organe des Deutschen Gewerkschaftsbundes, insbesondere den DGB-Landesvorstand Berlin, auf, Konsequenzen aus den Beschlüssen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Brüssel zu ziehen und Urabstimmungen über Streikbeschlüsse in Betrieben einzuleiten, die Lieferungen nach Griedhenland tätigen.

4) Die Versammlung fordert das studentische Reiseunternehmen ARTU auf, seine sämtlichen Reiseangebote nach Griechenland von seinem Gesamtprogramm abzusetzen.

gez. Ernst P i e h l
Bundesvorsitzender

25.01.1968:
Der SDS Tübingen gibt vermutlich heute ein Flugblatt "Lügt der Dekan?" heraus zur Sitzung der Juristischen Fakultät um 15 Uhr, gegen die zum Sit-In aufgerufen wird.
Q: SDS: Lügt der Dekan?, Tübingen o. J. (1968)

doppelt

LÜGT DER DEKAN ?

- Am Mittwoch, 17. Jan., fand in der Vorlesung "Wissenschaft und Gesellschaft" des Soziologen Tenbruck ein Go-in statt, zu dem der SDS aufgerufen hatte (anwesend waren etwa 350 Studenten).
- Am Donnerstag, 19. Jan., beschließt die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, gegen a l l e "Störer" Strafanzeige zu erstatten und ein Disziplinarverfahren einzuleiten (die studentischen Vertreter werden von der Sitzung mit der Begründung ausgeschlossen, daß keine studentischen Angelegenheiten mehr besprochen würden).
- Am Samstag, 20. Jan., berichten Schwäbisches Tagblatt, Stuttgarter Zeitung, StuttgarterNachrichten und weitere Tageszeitungen übereinstimmend der Dekan der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Prof.Dr. E.Baum, habe gegen die f ü n f SDS-Mitglieder Bohnken, Kasprik, Mosler, Winterhagen und Wolf, die als "Rädelsführer" bezeichnet werden, Strafanzeige wegen einfacher und Beamtennötigung (Gefängnis nicht unter drei Monaten) gestellt und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragt.
- Am gleichen Samstag gibt der Dekan auch in der Sitzung des Großen Senates bekannt, daß f ü n f Mitglieder des SDS angezeigt worden seien.
- Am Montag, 22. Januar, erklärt der Dekan v or der Vollversammlung der tübinger Studenten, Strafanzeige sei nur gegen z w e i Studenten, Kasprik und Winterhagen, erstattet worden. Die anderen drei Studenten seien nur als führende Mitglieder g e n a n n t worden (zu diesem Zeitpunkt weiß Bern schon, daß einer der genannten weder in Tübingen studiert noch am Go-in teilgenommen hatte.)
- Am Mittwoch, 24.Jan., teilt die tübinger Kriminalpolizei auf Anfrage mit, die Anzeigen seien aufgrund der Vorlesungsstörung gegen einen noch unbekannten Personenkreis gerichtet. Der Kriminalpolizei sei n i e m a n d namentlich angezeigt worden.
- Am gleichen Mittwoch erklärt Bern in seinem Seminar, daß Legalitätsprinzip habe ihn verpflichtet, Strafanzeige zu erstatten (ist die Zusammenarbeit zwischen Universität und Justiz schon so eng, daß sich als Strafverfolgungsbehörde versteht?). Im übrigen habe er nur z w e i namentlich genannte Studenten angezeigt.

bitte wenden

1. Wir wollen wissen :
Hat der Dekan namentlich Anzeige erstattet, oder hat er gegen Unbekannt Anzeige erstattet und die Namen lediglich zur weiteren Verwendung mitgeliefert ?

2. Wir wollen wissen :
Verfügt die Fakultät auch über Argumente, oder kann sie nur mit dem irrationalen Argument der Gewalt antwort en ?

3. Wir wollen wissen :
Hält die Fakultät die Studenten für so unmündig, daß sie nur in den Kategorien von Rädelsführern und Manipulierbarer Masse denkt ?

4. Wir wollen wissen :
Wie stellt sich die Fakultät zu der Resolution der tübinger Studenten auf dem Teach-in im Anschluß an die Vollversammlung vom 22.1.68. ? ("Wir fordern die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät auf, ihre Strafanzeigen und Anträge auf Eröffnung von Disziplinarverfahren unverzüglich zurückzuziehen. Wir sprechen dem Dekan das Mißtrauen aus und fordern seinen sofortigen Rücktritt.")

Heute nachmittag um 15.oo Uhr tagt die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät im Juristischen Seminar (Neue Aula, 1.Stock links

Wir fordern den Dekan auf, die Konsequenzen zu ziehen und zurückzutrete

Wir fordern die Fakultät auf, das Verhalten des Dekans zu mißbilligen.

Wir fordern die Fakultät auf, zu der gesamten Resolution vom 22.Jan. un zu den hier erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen.

Heute, 15 Uhr Neue Aula, Jur.Seminar, Sit-in

Sozialistischer Deutscher Studentenbund SDS Tübingen

25.01.1968:
An der FU Berlin lud der AStA, u.a. durch sein Rechtshilfekomitee, ein zur Veranstaltung "Verfassungsschutz durch Verfassungsbruch?" mit Heinrich Hannover und Christian Semler im Hörsaal 101 der TU. Aufgerufen wurde auch von der Studentenvertretung der TU und dem SDS.
Q: AStA FU: Heute Mittwoch…, Berlin 24.1.1968, S. 2; SV TU, SDS: Verfassungsschutz durch Verfassungsbruch, Berlin O. J. (1968);AStA FU-Rechtshilfekomitee: Retter der Justiz - Kriminalgericht oder Klapsmühle, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

MORGEN, D O N N E R S T A G

HE 101 der T U
(Straße des 17. Juni 135)

VERFASSUNGSSCHUTZ

durch

V E R F A S S U N G S B R U C H

Veranstaltung mit

HEINRICH H A N N O V E R

CHRISTIAN S E M L E R

25.1.68

STUDENTENVERTRETUNG DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN
' S D S '

Donnerstag, den 25.1.68, 2o h, HE lol TU Strasse des 17.Juni Nordgel

V E R F A S S U N G S S C H U T Z DURCH
V E R F A S S U N G S B R U C H

1) Seit Jahren begleiten die Spitzel vom Verfassungsschutz und Polizei de politischen Alltag der Berliner gesellschaftlich engagierten Studenten Längst haben wir uns daran gewöhnt, dass unsere Telefone abgehört werd dass in unseren Organisationen schlecht bezahlte Zuträger sitzen, dass bei unseren Demonstrationen agents provocateurs der Polizei Gelegenhei zum Zuschlagen verschaffen sollen. Da diese Subjekte der Chimere einer Verschwörergruppe nachjagen, eine demokratische Massenbewegung für sie undurchschaubar ist, bleiben ihre Anstrengungen erfolglos. Das schlies aber nicht ein, dass wir dem Zynismus, mit dem der Fassungsschutz tägl die Verfassung bricht, mit einem ironischen Achselzucken begegnen.
So unfähig nämlich die Verfassungsschutzämter und Behörden sich in der Kontrolle der politischen Studentenbewegung zeigen, so erfolgreich kol borieren sie mit den bewaffneten Banden aus Persien, Korea und Griechenland, die bei uns gern gesehene Gäste sind. Wo immer sie sind, Sozialisten und Demokraten, aus diesen Ländern einzuschüchtern, zu erpresse der eineheimischen Justiz als Messer zu liefern, unsere Verfassungsschützler und Geheimdienste sind immer dabei. Kommilitonen ! Geben wir uns nicht der Illusion hin, als ob unsere Spitzel-Organisationen das R sultat eines Betriebsunfalls seien, der unserer Demokratie so nebenbei unterlaufen ist. Appelle an die politischen Institutionen mützen nicht Diskutieren wir mit Rechtsanwalt Heinrich Hannover, welche Kampfmassnahmen wir in Zukunft zu unserem Schutze ergreifen können.

2) In Bremen hat ein Gericht die Gunst der Stunde genutzt und 4 Demonstra ten im Schnellverfahren abgeurteilt. Die Auswahl der Beschuldigten sol es der demokratischen Öffentlichkeit erschweren, gegen solche Methoden der Rechtsfindung anzugehen. Das Anwachsen der ausserparlamentarischen Opposition zwingt die Gerichte, sich auf immer weiteren Gebieten zu kompromitieren. Peinlich empfindlich reagiert die Dritte Gewalt auf dieses Anzeichen, dass darauf hinweist, dass der Funke studentischer B wegung auf die Arbeiterschaft überspringt. Jetzt ist es schon ein fris loser Kündigungsgrund, im Betrieb die Plakette "Enteignet Springer" zu tragen !!! Kommilitonen ! Wir haben eine Prozess-Strategie zu entwickeln, die die Widersprüche in der Öffentlichkeit voll ausnützt, die die Rechtsprechung ständig als verlängerten Arm der Exekutive entlarvt und die unser partikulares Interesse am Schutz der studentischen Angeklagten als ein allgemeines Interesse beweist.

J E D E R P R O Z E S S M U S S E I N L E H R B E I S P I E L
F Ü R D I E K L A S S E N J U S T I Z W E R D E N !

Kommt zur Veranstaltung am Donnerstag, dem 25.Januar 1968, um über diese Probleme zu debattieren und zu entscheiden.

Hauptreferent: H E I N R I C H H A N N O V E R

STUDENTENVERTRETUNG DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN

S D S S D S S D S S D S S D S S D S

Rechtshilfekomitee beim Allgemeinen Studentenausschuß

Retter der Justiz - Kriminalgericht oder Klapsmühle

Montag, 22. Jan. 1968

Neues Meisterstück autoritärer Verhandlungsführung durch Amtsgerichtsrätin Piglosiewiez: der aus politischen Gründen angeklagte Student Preßmar wird von der Anklagebank weg 3 Tage lang eingesperrt, weil er das Wort "scheißen" nicht durch "austreten" ersetzt, wie die Richterin es will ("ich wollte auf dem Polizeirevier scheißen und bat um Papier ... " der Wachtmeister: "Nimm doch die Hand du Schwein".)

Drei Tage Gefängnis im Wege der Ordnungsstrafe - die Justiz verschleiert ihren politischen Bankrott und will die verlorene Ehre wenigstens im Gerichtssaal retten.

Dienstag, 23. Jan. 1968

Krawalle bei der Urteilsverkündung im Africa-addio-Prozeß. Rechtsanwalt Mahler weigert sich, vor diesem Gericht ein Plädoyer zu halten. Geldstrafen und Freisprüche, Sprechchöre und Schlägereien.

Donnerstag, 25. Jan. 1968

Vollversammlung über die politische Justiz.
Rechtsanwalt Hannover: "Verfassungsschutz durch Verfassungsbruch".

Rechtsanwalt Mahler: Plädoyer gegen den Africa-addio-Prozeß.

Wie begegnen wir dem Versuch, Angeklagte und Zuschauer durch Ordnungsstrafen mundtot zu machen?

Was können wir gegen offenen Justizterror tun ?

Ist die Ehre der Berliner Justiz noch zu retten ?

Donnerstag, 1. Febr. 1968

Nächster Prozeßtermin im Steckbriefverfahren:

Beleidigung von Generalstaatsanwalt Dehnicke, Beleidigung von Generalstaa

HEUTE ABEND 20h TU Hs 101

VORSCHLÄGE ZUR RETTUNG DER BERLINER JUSTIZ

Rechtshilfekomitee beim Allgemeinen Studentenausschuß

25.1.

HEUTE

20 UHR HE 101

VERFASSUNGSCHUTZ

durch

VERFASSUNGSBRUCH

HEINRICH HANNOVER

S D S , Studentenvertretung TU , Asta FU

25.01.1968:
In Berlin lud Student für Europa (SfE) ein zum Informationsabend im Klubhaus der FU.
Q: SfE: Informationsabend, Berlin O. J. (1968)

Student für Europa
Student fur Europa

Arbeitsgemeinschaft an den Berliner Hochschulen
B 33 Thielallee 75

Informationsabend

Donnerstag 25.1. 20^{00} Uhr

im Klubhaus der FU

B37 Goethestr. 49 (U-Krumme Lanke, A3, A53)

Mit 30 Berliner Kindern fing es 1958 an. 1967 sind 4000 Berliner und Westdeutsche Kinder und 500 Kinder aus westeuropäischen Ländern vom Student für Europa betreut worden.
Ein Betreuerteam besteht normalerweise aus 2 Studentinnen und 3 Studenten, die 40 Kinder 3 Wochen lang betreuen.
Die Aufenthalte liegen in den 6 an das Sommersemester anschließenden Wochen.

Ferienbetreuer beim Student für Europa -
eine verantwortungsvolle Aufgabe von heute.

25.01.1968:
In Hamburg erscheint das 'Hamburger Extrablatt' Nr. 1 (vgl. 20.12.1967, 8.2.1968) mit einem Leitartikel "Diese Zeitung soll sterben!" über das drohende Verbot des Strassenverkaufs bzw. den dafür benötigten Wandergewerbeschein.

Aus Berlin wird berichtet im Artikel "Prozeß um 'Pension Clausewitz' wieder aufgerollt. - 'Mein Puff war ein Spionagebordell!'", in "Moralpauker" wird berichtet über den vierfachen Kindermörder Jürgen Bartsch, eine "EXTRA-Dokumentation" berichtet über die Lage der Studenten in Hamburg. Berichtet wird in "Angst auf der Kanzel" vom Besuch des SDS in der Michaeliskirche am 13.1.1968. In "'Hearing kommt von Hering'" wird auch berichtet über die Notstandsgesetze (NSG).
Q: Hamburger Extrablatt Nr. 1, Hamburg 25.1.1968

EXTRa
HAMBURGER EXTRABLATT
-,10
Nr. 1/68, 25. Jan., erscheint 14täglich

SDS und junge Pastoren wollten den Theologieprofessor zur Diskussion zwingen

Thielicke ließ ihnen eins orgeln

Angst auf der Kanzel

Bericht Seite 3

Diese Zeitung soll sterben!

Wir möchten Ihnen heute die Geschichte einer Zeitung erzählen, die beinahe am Ende ist. Nicht etwa deshalb, weil sie nicht genügend Leser

weiter auf Seite 3

MORAL-PAUKER

Jürgen Bartsch hat vier Kinder umgebracht. Ein fünftes konnte entkommen.

Die Empörung der Öffentlichkeit war laut und brutal. Daß sie nicht handgreiflich wurde, ist nicht Verdienst abwägender Bedachtsamkeit, sondern polizeilicher Sicherungsvorkehrungen.

Wenn die Menschen in einem Staat zusammenleben wollen, sind sie gezwungen, sich nach einer sozialen Norm zu verhalten. Vorhandene Triebe müssen abgesichert werden.

Bei Jürgen Bartsch war die Triebsteuerung entweder nicht vorhanden oder durchgebrannt.

Die Empörung der Öffentlichkeit ist verständlich, aber gefährlich.

Die Wut der Leute, die sich als Amateurrichter betätigen, verweist auf Ursachen, die den Motiven des Jürgen Bartsch erschreckend ähnlich sind.

Sie wollen ihn vierteilt wissen, weil sie glauben, hier moralisch berechtigt zu sein, ihren Trieben freien Lauf zu lassen.

Jürgen Bartsch ist für die Gesellschaft gefährlich. Seine

EXTRa

Mitmenschen müssen vor ihm geschützt werden.

Aber wir müssen begreifen, daß wir im Stillen alle über die Stränge schlagen wollen.

Unser Normalverhalten ist kein moralisches Verdienst sondern Glücksache.

Triebanomalie ist kein moralischer, sondern ein psychischer Defekt und muß entsprechend behandelt werden.

Bundesjustizminister Heinemann warnte vergebens, daß durch sensationelle Berichterstattung über Triebverbrechen Personen mit labilen Triebsicherungen zu ähnlichen Taten veranlaßt werden könnten.

Machen Sie doch mal Revolutio

Alle sprechen von Protest. Wir auch. Denn Protest tut not. A
nicht jeder, der demonstriert, will die Gesellschaft verändern. M
cher will nur das Happening. Lesen Sie den Leitfaden für Prot
aktion im Januarheft von PARDON! Außerdem im neuen H

- „Wie halten Sie es mit dem Protest?" Pardon-Umfrage an: Gollwitzer/ Schütz/ Walser/
- „Aus dem Wörterbuch der ewig jungen Rechten."
- „Anita Ganghofer und
- G

Lücke/ Scheel/ Wolff/ Thadden/ Abendroth/ Schlamm/ Benz.

- „Wie man alle fertig macht." Die sanfte und die harte Methode des Protests.

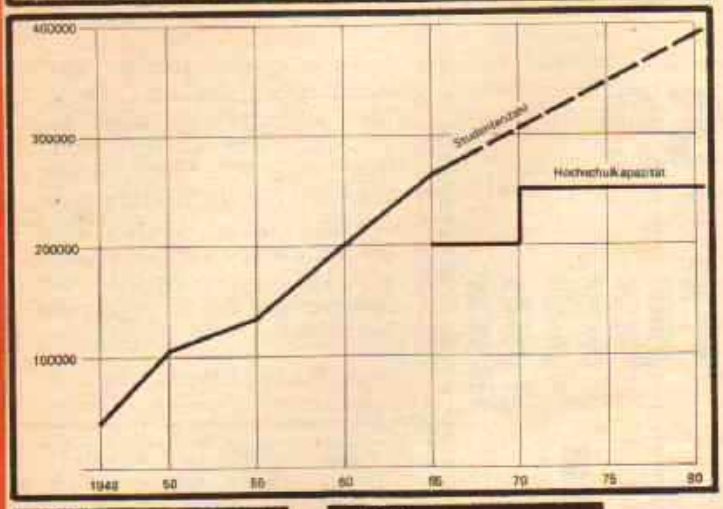
die Große Koalition."

- Günther Wallraff im Ruhr-Revier als Arbeitsloser: „Arbeit und Hilfe gesucht."
- „Mini-Röcke vor der Kremlmauer."

Pardon-Januarheft - ab sofort an allen Kiosken.

EXTRA
dokumentation

Die Studenten waren geduldig. Jahrelang. Sie haben Vorschläge gemacht. Sie wurden nicht gehört. Ihnen wurde verweigert, was in jedem Industriegroßbetrieb selbstverständlich ist: Mitbestimmung und geeignete Arbeitsplätze. Wenn die Studenten nun die Öffentlichkeit in Unruhe versetzen, so liegt das nicht zuletzt daran, daß ihre Vorschläge zur Hochschul- und Studienreform nicht gehört werden. Wer heute fragt: Was wollen die Studenten? – und das tun viele, darunter Professoren und Politiker – der hat die studentischen Denkschriften nie gelesen. Jetzt demonstrieren die Studenten. Sie wollen gehört werden.



1948

Die Studenten sind die Mitbegründer der Freien Universität Berlin, deren Satzung die Studentenschaft als verantwortlichen Partner und mitentscheidend anerkennt. Zwei studentische Vertreter im Akademischen Senat (Oberstes Entscheidungsgremium der Universität) erhalten das Stimmrecht in allen Fragen einschließlich der Berufung von Professoren.

1956

An den übrigen Universitäten des Bundesgebietes ist das „Berliner Modell" weiterhin nicht verwirklicht. Der Studentenschaft wird Mitverantwortung (Organschaft) nicht gewährt. Die Professoren bleiben im Senat und in den Falkutäten unter sich.

1957

Bei den Beratungen über das rheinland-pfälzische Hochschulgesetz wird den Studenten die Mitarbeit und der Einblick in den Gesetzesentwurf verweigert. Im Wintersemester 1957/58 bricht der Rektor der Mainzer Universität die Verhandlungen mit der Studentenschaft ab. Die Studentenvertreter reagieren heiter. In einem zweimonatigen Rasierstreik lassen sie sich Protestbärte wachsen. Ohne Erfolg.

1958

Die 37. VDS-Delegiertenkonferenz fordert einstimmig das Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht für studentische Vertreter in allen Organen der Universität. Auf dem Studententag in Karlsruhe richtet der VDS-Vorsitzende Wittneben einen dringlichen Apell an die Verantwortlichen in Hochschule und Staat, die Neugestaltung der Universität rascher voranzutreiben.

1959

Der Wissenschaftsrat (Planungs- und Koordinationsgremium zwischen dem Bund und den Ländern) meldet: „Es gibt juristische Seminare, in denen nur 150 Arbeitsplätze für mehr als 1000 Studenten vorhanden sind. Wie soll eine Übungsarbeit vorbereitet werden, wenn 400 Übungsteilnehmer denselben Aufsatz brauchen, der bestenfalls in 2 oder 3 Exemplaren vorhanden ist."

1960

„Auf der Suche nach Ausweichquartieren haben die Marburger und die Würzburger Universitäten ... Filialbetriebe in

Der VDS wendet sich gegen jeden Versuch, die unhaltbaren Zustände an den „Hochschulen" durch radikale Zulassungsbeschränkungen und „Herausprüfen" der Studenten zu lösen.

Die Zahl der Studierenden stieg gegenüber 1960 um weitere 34 000 von 201 092 auf 235 609. Im gleichen Jahr machen die Sozial-Kriegsfolgeleistungen im Bundeshaushalt 31,8% aus, auf die militärische Verteidigung entfallen 30 %, auf die Wissenschaft gerade 1,5 Prozent. Die Studentenschaft legt das Gutachten „Studenten und die neue Universität" vor, das von einer Kommission des VDS erarbeitet wurde. Es ist der erste bis in die Einzelheiten ausgeführte Gesamtplan für die Neugestaltung der Universitäten überhaupt.

„Der Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften bittet Bund und Länder drin-

Die deutschen Universitäten sind im Durchschnitt zu 34 Prozent überbelegt, die Universität Köln sogar zu 99 Prozent (Angaben nach Wissenschaftsrat).

Die geburtenstarken Jahrgänge drängen zur Universität. Während der Bedarf an akademischen Nachwuchskräften (Lehrern, Ärzten, Naturwissenschaftlern, Technikern) nicht gedeckt werden kann, entwickeln sich die Studienbedingungen an den Hochschulen zur Katastrophe. Der VDS fordert:

- Moderne Hochschulgesetze, die eine Reform der Hochschule fördern und ihre veränderte Stellung in der Gesellschaft berücksichtigen.
- Intensivierung des Studienanfangs.
- Reform der Prüfungsordnungen.

„Wir unterscheiden uns grundsätzlich von der Studentenschaft der Weimarer Zeit, weil wir unsern Staat mitgestalten wollen." Manfred Lennings, ehem. VDS-Vorsitzender

Gründung der Freien Universität Berlin. Auszug der Studenten aus der Ostberliner Humboldt-Universität 1948

ZAHLEN

1954	119 470
1955	126 776
1956	134 397
1958	166 071
1960	201 092
1962	235 609
1964	263 152
1966	272 038

Für das Jahr 1980 wird mit 350000 bis 400000

Beispiel Ha

In Hamburg stiegen die Studentenzahlen von 18 479 Studierende.

Im Wintersemester 1967/68 konnten von 60 Pharmazie nur 16 (2,8 %) zugelassen werden.

Der Lehrstuhl für Anthropologie ist nicht besetzt

Weit über 1000 Hörer sind in den Vorlesungheit.

Weniger Dozenten

1958 standen für 69 Mathematikstudenten d 262 Studenten) 16 Dozenten zur Verfügung. 196 471 Studenten) nur noch dreizehn. Die Zahl der nerhalb dieses Zeitraums von 70 % auf 37 %.

Im Pädagogischen Institut sind Räume für 800 dieren dort 3000.

Prüfungswirrwarr

Bei den Historikern wurde zu Beginn des Winte nerhalb einer Woche die Studienordnung geändert.

In der Juristischen Fakultät können sich Faku ren nicht einigen, welche Übungsscheine die Exa vorlegen sollen.

Hochschulreform

Die studentischen Vertreter im Akademischen schen Angelegenheiten" stimmberechtigt.

Die Verabschiedung eines neuen Hochschulgese

Weniger Geld

Das Mensaessen wird 1968 um 20 Pfennig teure

500 Freitische für bedürftige Studenten müssen Senat keinen Zuschuß gibt.

Die Mittel für politische Bildungsarbeit wur

Der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) p gen die beabsichtigten Kürzungen. „Die Studenten „ihre Diskussion um ein politisches Bewußtsein Straße zu tragen."

ZIT

„Warum ging das damals in Studienreformen? Weil Professthon 21 Jahre alt waren. Fichte Male mit grundlegenden Reform an die Öffentlichkeit trat. Humbo

„Wenn die Autonomie (der Uni chischer Strukturen führte, m die Studentenschaft zu einem Syndikat entwickelt. Ich muß w Entwicklung bedauern würden."
VDS-Vorsit
Studententa

„Besorgniserregende Bestrebu wollen die Studierenden zu w eigene Meinung und Urteilsfähig
VDS
Janu

„Die Studenten vermehren sic Hochschulen so langsam wie Ele
Hans Lenz,
schaftliche

Studierenden gerechnet. Der Bedarf an Jungakademikern im Jahre 1980 wird nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 300000 und 600000 angegeben. Die Aufnahmefähigkeit der Hochschulen im Bundesgebiet ist bereits seit Jahren überschritten. Sie betrug 1967 etwa 220000 Studierende.

Kinosälen eröffnet. Die Frankfurter Universität okkupierte den Andachtsaal der Gemeinde Christi sowie die Aula und die Klassenräume der Bettina-Schule während der bet- und schulfreien Stunden. Die Tübinger Universität sah sich genötigt, Platzkarten für den Lesesaal der Universitätsbibliothek auszugeben. Trotzdem stehen die Studiker bereits im Morgengrauen Schlange, um sich mit Einlaßschüben hineinzudrängen."

Spiegel 38/1961

Die Studenten protestierten.

gend, den kulturellen Angelegenheiten größere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Studentenzahlen steigen weiterhin an und noch immer reichen die Kulturausgaben... nicht einmal aus, den jetzigen Bedarf zu befriedigen. Auch die Forderungen des Wissenschaftsrates sind bisher kaum zur Hälfte erfüllt worden."

Presseerklärung des VDS anläßlich der (auch 1968) anhaltenden Verzögerung der Universitätsneuplanung in Bremen.

1965

Die Studenten entschließe
sich zum Handeln. Der VDS ru
den Bildungsnotstand aus. An
1. Juli demonstrieren die Stu
dierenden an allen Hochschule
des Bundesgebietes für eine be
sere Bildungspolitik.

1966

Die Unruhe innerhalb der St
dentenschaft wächst. Die Minde
forderungen des „Berliner Mo
dells" wurden bisher nur an d
neugegründeten Universität Ko

Prozeß um „Pension Clausewitz" wieder aufgerollt

„Mein Puff war kein Spionage-Bordell!"

Der Inhaber der berüchtigten Berliner „Pension Clausewitz", der Hamburger Kaufmann Hans Helmke, will seinen Landesverratsprozeß wieder aufrollen, der in den ersten Monaten des Jahres 1966 Schlagzeilen machte. Er begann jetzt mit einer Klage gegen das Verlagshaus Axel Springer und Sohn sowie drei Redakteure dieses Hauses.

Für die ihm „durch die Berichterstattung in der BILD-Zeitung entstandenen vermögensrechtlichen und nicht vermögensrechtlichen Schäden" verlangt er 16 000 DM, außerdem Ersatz für den Schaden an seinen anderen Geschäften.

„Der Rufmord in BILD hat meine „Victoria Trading Company" und meine Detektei „New York Press Agency" völlig kaputt gemacht. Niemand wagt mehr Geschäfte mit mir. Der jährliche Schaden beläuft sich auf über 300 000 DM."

„Hohe Politiker im Spionage-Bordell", „Bordell-Chef traf sich mit Agenten", „Bordell-Wirt hatte geheime Gästeliste" hießen damals die Schlagzeilen der Boulevardzeitung mit 4 Millionen Auflage.

Helmke: „Völlig aus der Luft gegriffen. Mein Puff war kein Spionage-Bordell." In selbstverständlichem Ton gibt er zu, daß er in seiner „Pension Clausewitz" „Mädchen laufen" hatte. Seine Verurteilung wegen Kuppelei zu 3 000 DM Geldstrafe sieht er als angemessenes Geschäftsrisiko an.

Zu sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung aufgrund des auch unter Rechtswissenschaftlern heftig umstrittenen Paragraphen 100 e des Strafgesetzbuches war Helmke wegen landesverräterischer Beziehungen verurteilt worden.

Das Gericht: Helmke hatte Beziehungen zu einem Ost-Berliner Major des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Helmke: Er habe auf der Leipziger Messe Beziehungen zu Dr. Winkelbauer geknüpft, der sich als Privatdozent der Humboldt-Universität und Fachmann für Patentfragen vorgestellt habe. „Mir wurden im Urteil eigensüchtige Motive vorgeworfen, weil ich in Ost-Berlin wirtschaftliche Beziehungen zu Ostblockländern anknüpfen wollte. Selbst das Gericht warf mir nicht vor, nachrichtendienstliche Aufträge erledigt zu haben."

Helmke bezieht sich weiter auf einen Ausspruch des Generalbundesanwalts Martin, in dem es heißt, die Bundesanwaltschaft „überziehe nicht leichtfertig Leute mit Strafverfahren (aufgrund des § 100 e), die nur Verwandte in Mitteldeutschland besuchen oder mit Geschäftspartnern auf der Leipziger Messe gesprochen haben."

„Gerade das ist aber bei mir der Fall gewesen, und daraus hat die BILD-Zeitung wochenlang Aufmacher in Riesenlettern geschunden" beschwert sich Helmke gegenüber EXTRA.

Angst auf der Kanzel

THIELICKE LIESS IHNEN EINS ORGELN

Wieso meint eigentlich der liebe Thielicke, Gott sei an manchen Orten mehr vertreten als an anderen Orten? Am 13. Januar abends meinte er das nämlich in der Michaeliskirche: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Helmut Thielicke predigte, und das mit unverkennbar politischem Akzent. Aber als hinterher der fast vollständig erschienene Hamburger Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) gemeinsam mit einer Gruppe junger Theologen über diese Predigt diskutieren wollte, da verschwand Thielicke von der

Schon Thielickes erste Reaktion auf das Diskussionsbegehren war ungewollt komisch: Wie ein Lehrer vor der unartigen Klasse, so kommandierte er außerplanmäßig, in Schnellsprache und mit erhobener Stimme: „Die Gemeinde erhebt sich und singt das Lied ‚Großer Gott wir loben Dich'!" Die Gemeinde stand und sang. Sowie es still war und der nächste SDS-ler ihn ansprach, kommandierte Thielicke: „Die Gemeinde erhebt sich noch einmal und singt das Lied: ‚Lobe den Herren'!"

Alte Gesetze für junge Zeitungen

EXTRA soll sterben

finden würde, sondern . Die Zeitung heißt HAM BLATT. Sie halten sie

Es war fast so wie in d Zeitung wurde geboren: „vor EXTRA war vom ersten Tag zeitung, der Straßenverkauf g Das Bezirksamt Mitte beschie einer Zeitung ist ein Gewer Gewerbe beim zuständigen Be Bezirksamt Altona beschied einzelne Verkäufer eine Reis gewerbeschein). Er kostet 35 sonen über 21 und erst nach von zwei Wochen ausgegeben käufer sind häufig unter 21, nicht. Wir meldeten unser Ge

Es gebe auch „hunderte" sagte die freundliche Dame. Dan ob wir vielleicht eine politische Ze eine. Das war schon wieder schl liege die Entscheidung bei ihren setzte entschied: „Sie treiben ein gab er nicht. Nun sind wir zum A kehr, zum Bauamt und zur Innenbe

Herr Baalcke vom Amt für Abt. Gewerbeaufsicht, sagte: „ geplant, nach der eine Sond verkauf von Zeitungen nicht schiedung einer solchen Ver Dienstanweisung, (entgegen d setz) dasselbe schon gewohnhe schen von der Behörde für I werbe treiben oder nicht, ist sensfrage."

Resümee dieser Vorstöße:

Ergo: Wir dürfen die Zeitu schein auf der Straße verkaufe hat uns geraten, einen Verein zu

Bei der Eintragung ins Vereinsr daß wir, wenn wir als gemeinnützi sollten, zum Finanzamt, Abteilung ten: Dort würde unsere Satzung na ten durchgesehen. Beim Finanzam erfuhren wir, es sei zwar möglich, d gemeinnützige Körperschaft Zeitung es kulturelle oder kirchliche Zeitun kirchliche Zeitungen liegt die Entsc Finanzamt. In dem Augenblick ab sche Zeitungen handelt, hat sich d scheidung allein vorbehalten. Also s gelfreund" oder der „Wachtturm" nützig. Bei uns - also, wenn wir uns sere Zeitung so ansehen, glauben gierung EXTRA für gemeinnützig den Rat, unsere Vereinssatzung an dern. Das Urteil steht allerdings sch sagten sie: gemeinnützig - das

Unter anderem bedeutet da Keine Verkäufer. Amen. Übe schaft in vielen Behörden kön gen. Aber die Bestimmungen - genauer Befolgung jederzeit m me Zeitung abzuwürgen.

Wir klagen die Rechtsunsicherheit an, geschaffen durch einen ideen-und couragelosen Gesetzgeber.

Kanzel in die Sakristei. Zum Diskutieren sei eine Kirche nicht da, erklärte in stellvertretender Aufregung Hauptpastor Quest.

Sondern etwas für solche Sprüche: „Wir gehen ins Dunkel wie ein Kind, mit jener Einfalt des Herzens, die uns die Lilien auf dem Felde und die Vögel unter dem Himmel sehen läßt." (Thielicke in seiner Predigt). Die jungen Protestanten diskutierten anschließend doch. In der Kirche, Ohne Thielicke. Gegen das ausdrückliche Verbot des Gemeindekirchenrates.

Die Gemeinde stand und sang.

Die Orgel spielte 40 Minuten lang. Die 300 blieben, bis die Flötentöne von oben schwiegen. Dann diskutierten sie. Schade, daß Thielicke nicht doch da war. So hätte er gleich mitbekommen, daß die Diskutierer am 17. Februar so gegen 17 Uhr im Michel noch viel heftiger diskutieren wollen. Da predigt nämlich Thielicke.

der mit wilhelminischen Zuständen zufrieden ist. Vielleicht aus gutem, beziehungsweise bösem Grund. Beispielsweise: die Zeitung, die Sie soeben lesen, soll sterben.

Sie weigert sich.

EXTRA
HAMBURGER EXTRABLATT
-,10

Nr. 1/68, 25. Jan.
2. Jahrgang

ZITAT

„Der Soldat der Bundeswehr kann in die Lage kommen, einmal gegen seine eigenen Landsleute kämpfen zu müssen. Mit diesem Problem ist ein Gefühls- und Gewissenskonflikt angesprochen, den nur Menschen mit einer festen inneren Bindung an die politische Idee der westlichen Welt und damit auch unserer Bundesrepublik lösen können."
HEINRICH LÜBKE

Chefredakteur: Rüdiger Freiherr von Hanxleden
Produktion: Peter P. Dahl
Mitarbeiter: Gerhard Has, Hans Jürgen Plaumann, Günter Schlenska, Thomas Schwieger, Helma Weber, Hans Joachim Wilkening, Mathias Wessel. Herausgeber: Hamburger Extrablatt; 2 Hamburg 50, Königstr. 30.
Tel. 22 – 73 – 46
Commerzbank Hamburg Kto. Nr. 38/672 64
Rollenoffset: Rundschau GmbH & Co, KG Itzehoe.

Hearings machen den Abgeordneten keinen Spaß. Die Sachverständ ser, meinen sie. Aber die Experten sollen den Parlamentariern die E formationen erleichtern. Ein Abgeordneter dachte:

„Hearing kommt von

Ein neues Wort macht die Runde durch Presse, Rundfunk und Fernsehen. Und eine schon ziemlich alte Einrichtung hat mit aller Deutlichkeit ihre Funktionsfähigkeit wieder bewiesen: Hearing des Bundestages.

Nach amerikanischem Vorbild standen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Mitgliedern des Bundestages Rede und Antwort. Unter den Scheinwerfern des Fernsehens wurde hart und sachlich diskutiert.

Uninteressiert

Etwa 30 öffentliche Hearings fanden seit 1960 statt. Sie handelten von der „Verringerung der Verkehrsopfer" bis zur Mehrwertsteuer. Die Öffentlichkeit nahm wenig Notiz von dieser Einrichtung des Parlaments.

Ein Bundestagsabgeordneter während der vier Hearings zur Verfassungsänderung für Notstandsfälle: „Es

Vor Gott, Innen- und Rechtsausschuß: Notstandshearing im Fraktionssaal der CDU/CSU.

Laut Paragraph 73, Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundestages ist Hearing die „öffentliche Informationssitzung" eines Bundestagsausschusses. „Zu diesen sind nach Bedarf Interessenvertreter, Auskunftspersonen und Sachverständige, die Presse sowie sonstige Zuhörer zugelassen, soweit es die Raumverhältnisse zulassen".

Das Wort Hearing kommt aus Amerika, und in den USA haben sich die hearings zu einem der stärksten Machtmittel des Kongresses - des amerikanischen Parlaments - gegenüber der Regierung und Verwaltung entwickelt.

Große Gesetzvorhaben werden in diesen Verhandlungen ebenso unter die Lupe genommen wie die Arbeit der Verwaltung. Vielen Skandalen kam man in hearings auf die Spur. Denn:

- Jeder Kongreßausschuß hat ein Untersuchungsrecht.
- Jedes Gebiet des öffentlichen Lebens kann ohne Einschränkung untersucht werden.
- Der Ausschuß kann jeden Bürger der Vereinigten Staaten hören.
- Jeder Bürger, vom Milchmann bis zum Präsidenten, ist unter Androhung hoher Strafen verpflichtet, vor dem Ausschuß auszusagen.

EXTRA KLEINANZEIGEN

VW 1200. B.J. 1955, AT-Motor, preisgünstig zu verkaufen. 6802 EXTRA

8 Zimmer (Wohn- oder Büroräume) Innenstadt gesucht. 6803 EXTRA

VORSCHLAG

für eine Verkaufssteigerung (Oder für eine Hilfe bei der Suche nach einem gebauchten Ölofen).

Sie haben die Möglichkeit, ca. 60 000 Hamburger anzusprechen.

Mit einem Aufwand, der geringer ist als 60 000 Telefongespräche oder eine Prospektwerbung. Weit geringer.

Mit einer Anzeige im

26.01.1968:
An der FU Berlin findet eine Vollversammlung der Romanisten statt zur Einstellung des Lehrbetriebs. Ein Arbeitsausschuss soll zur Phil fak-VV am 30.1.1968 erste Ergebnisse vorlegen.
Q: Romanistikstudium Putsch der Ordinarien, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

ROMANISTIK STUDIUM

PUTSCH DER ORDINARIEN

DER ASTA STELLT DAZU FEST:

Die Institutsleitung des romanischen Seminars hat durch die Einstellung des Lehrbetriebs für eine Woche das Recht der Studenten, am Forschungsprozeß teilzunehmen, beeinträchtigt und den Ablauf des Studiums in bedrohlichem Maße gestört. Die Ordinarien haben ihr Hausrecht dazu mißbraucht, Studenten daran zu hindern, die Diskussion über eine als notwendig eingestandene Verbesserung des Grundstudiums innerhalb der jeweiligen Lehrveranstaltung durchzuführen.

Der AStA wertet dies als erneuten Beweis, daß den Ordinarien mehr an einer unsinnigen Ruhe und Ordnung durch Abschreckung gelegen ist als an Reform durch verbindliche Diskussion in den Seminaren.

Auf der Vollversammlung der Phil. Fak. am Dienstag um 13 Uhr werden die Studenten darüber beraten, wie sie sich gegen die administrativen Zwangsmaßnahmen zur Wehr setzen können.

VOLLVERSAMMLUNG

PHIL. FAK. DIENSTAG 30.1.68 Audi. Max

DISKUSSIONEN IN DEN GRUNDSTUDIUMSKURSEN!

Beschluß der Vollversammlung der Romanistik - Studenten vom 26. 1. 68

Die VV der Romanistik - Studenten sieht in der administrativen Maßnahme der Einstellung des Lehrbetriebs am Seminar keinen Beitrag zu der dringenden Veränderung der Studienverhältnisse am romanischen Seminar. Diese Veränderung der Studienverhältnisse, insbesondere, was das bisherige Grundstudium betrifft, kann nur unter Mitwirkung aller Institutsangehörigen erfolgen. Die VV fordert die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs am RS für Montag, den 29. 1. Mit der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs muß gewährleistet sein, daß die Grundstudiums- (GS-) Kurse (wie auch die Tutorengruppen) allen Institutsangehörigen zur Meinungsbildung und Kritik offenstehen. Die Entscheidung darüber, ob über die Anwesenheit anderer Studenten und Dozenten hinaus Diskussionen vor oder / und während der GS - Kurse stattfinden, liegt bei den Teilnehmern. Die VV erwartet, daß ebenfalls bis Montag das Protokoll des Hochschulkurses, mit dem der Lehrkörper seit Wochen operiert, das den Studenten aber nicht zugänglich ist, dem AStA zur sofortigen Veröffentlichung übergeben wird.

Die Studentenvertretung wird beauftragt, zusammen mit den studentischen Mitgliedern der GS - Kommission auf Fakultätsebene festzustellen, welche Konsequenzen die Aufhebung des obligatorischen Charakters des GS hat. Dieser Arbeitsausschuß soll darüberhinaus einen Organisationsplan entwickeln, der gewährleistet, daß ein Studienmodell gür die ersten Semester unter Beteiligung aller Institutsangehörigen experimentell erarbeitet wird.

Dieser Arbeitsausschuß soll folgende Grundsätze berücksichtigen:
Ein Anfangsstudium darf nicht nur dem Erwerb von "Grundwissen" und "Rüstzeug" dienen, sondern muß ebensosehr den Abbau der an bloßer Wissensrezeption orientierten Lernhaltung der Schulzeit zum Ziel haben;
die experimentelle Erarbeitung zielt in erster Linie darauf ab, allen Beteiligten die Prämissen und Methoden und die gesellschaftliche Funktion ihrer wissenschaftlichen Arbeit bewußt zu machen;
die Zwischenprüfung stellt in Zukunft keine Zäsur mehr dar und darf nicht dem Ausleseprinzip dienen, sondern hat beratende Funktion;
unabhängig von der Ablegung der Zwischenprüfung sind den Romanistik-Studenten alle Lehrveranstaltungen zugänglich.

Der Arbeitsausschuß legt der VV der Phil. Fak. am Dienstag, dem 3o. 1 erste Ergebnisse vor.

26.01.1968:
In Berlin erscheint das Neuer Roter Turm (NRT) Flugblatt Nr. 3 'Für eine revolutionäre Globalstrategie'.
Q: Neuer Roter Turm: Für eine revolutionäre Globalstrategie, Berlin 26.1.1968

Neuer Roter Turm

Flugblatt Nr.3

1 Berlin 39
Hohenzollernstr.7
Tel. 809 12 38

FÜR EINE REVOLUTIONÄRE GLOBALSTRATEGIE !

"Sozialismus oder Untergang in der Barbarei !"
(Rosa Luxemburg)

Der Imperialismus hat im Laufe seiner blutigen Geschichte selbst den hintersten Winkel unseres Planeten in den kapitalistischen Weltmarkt einbezogen. Jede gesellschaftliche Veränderung in irgendeinem beliebigen Teil der Erde stößt sich auf diesem Markt direkt an den ökonomischen und strategischen Interessen der USA, der Speerspitze des Weltimperialismus. Das Pentagon beweist auf seine sehr untheoretische Weise die Richtigkeit des marxistischen Internationalismus. Überall auf der Welt, wo die Kraft der einheimischen Reaktion nicht mehr ausreicht, um dem noch unbewußten Drängen der gequälten und leidenden Massen zu einer Gesellschaft ohne Unterdrückung und ohne Ausbeutung standzuhalten, eilt ihr der amerikanische Imperialismus zu Hilfe und stellt sich in Gestalt der CIA an die Spitze konterrevolutionärer Putsche, die die Volksbewegung im eigenen Blut ertränken. Eine ganze Kette derartiger Gewaltstreiche prägt den Charakter unseres Jahrzehnts: Brasilien, Kongo, Sto. Domingo, Bolivien, Indonesien, Ghana und schließlich Griechenland.

VIETNAM ist zum Brennpunkt geworden. Auf dem Territorium dieses kleinen Landes stoßen die beiden großen welthistorischen Tendenzen unserer Zeit aufeinander: die internationale Arbeiterbewegung, vertreten durch ihre derzeitige Vorhut, die Kolonialrevolution, und das totalitäre Monopolkapital, würdig repräsentiert durch die Kriegsverbrecher-Regierung in Washington. Der Ausgang dieses erbarmungslosen Kampfes wird das Gesicht der vor uns liegenden Jahrzehn-

Daß der Klassenka
Kapitalismus eine
rakter angenomm
wahrheit unter de
päischen Linken.
den strategischen
weitem noch nicht
rechnenden Ström
das Ziel der Inter
berlin sein!

FÜR EINE REVOLUT GLOBALS

Was die Trümm
nale" hinterlass
Neues, wenn wi
die Sozialdemok
ein stinkender
nicht nur die hi
essen des Prol
zu einem bewuß
tischen Imperia
daß der langjäh
ehemals "linke"
gewesen ist?!

Die Sozialdemo
weist nicht nur
Wilson, der sic
listen prostitui
die abstoßende
Flügels, der zv
de Resolutione
mächtig den Zy
sich die Wilson
eigenen Partei
Gar nicht zu re
Sie hat es vers
Parteien imme
lidarität mit de
rin, daß die so
die Solidaritäts
knüppeln lasse
rungen zum am
läßt, da geschi
ratene linke Fl

Unser Urteil üb
kaum jemande
den Überbleibs
"Kommunistis
die offiziellen
mesische Revo
Sie machen auf

te bestimmen. Wie vor dreißig Jahren der spanische "Bürgerkrieg", so ist heute der Krieg in Vietnam Schlußpunkt der vorangegangenen und Auftakt der einer neuen Epoche. Damals hießen sie Hitler, Göring, Mussolini und Franco. Heute heißen sie Johnson, Rusk, McNamara und Ky. Sollten die Hitlers und Francos von heute ebenso siegen wie vor dreißig Jahren, so heißt das für die ganze Menschheit: Terror, Elend, brutale Unterdrückung. "Die permanente Revolution gegen die permanente Schlächterei : das ist der Kampf, in dem das Schicksal der Menschheit als Einsatz dient!"

(Leo Trotzki)

Wie hat die "offizielle" Arbeiterbewegung, wie haben die Parteien, die den Sozialismus für sich gepachtet haben, auf die große Herausforderung unserer Zeit geantwortet? Wie verteidigen sie die vietnamesische Revolution - und damit die Errrungenschaften der internationalen Arbeiterklasse ?
Nirgends zeigt es sich deutlicher als hier:

DIE TRADITIONELLEN PARTEIEN SIND BANKROTT!

rische Hilfe de
Vietnam. Aber
Doch wohl erst
bereits bomba
schen Eskalati
heimnis mehr
noch die Quali
weitem unter
was viel schli
schen Niveau
ist so wohldos
der amerikani
Worauf es abe
auf die imperi
weiteren Eska
Weshalb aber
Weil sie nicht
eingezogen we
in der internat
ressen des We
nierten Intere

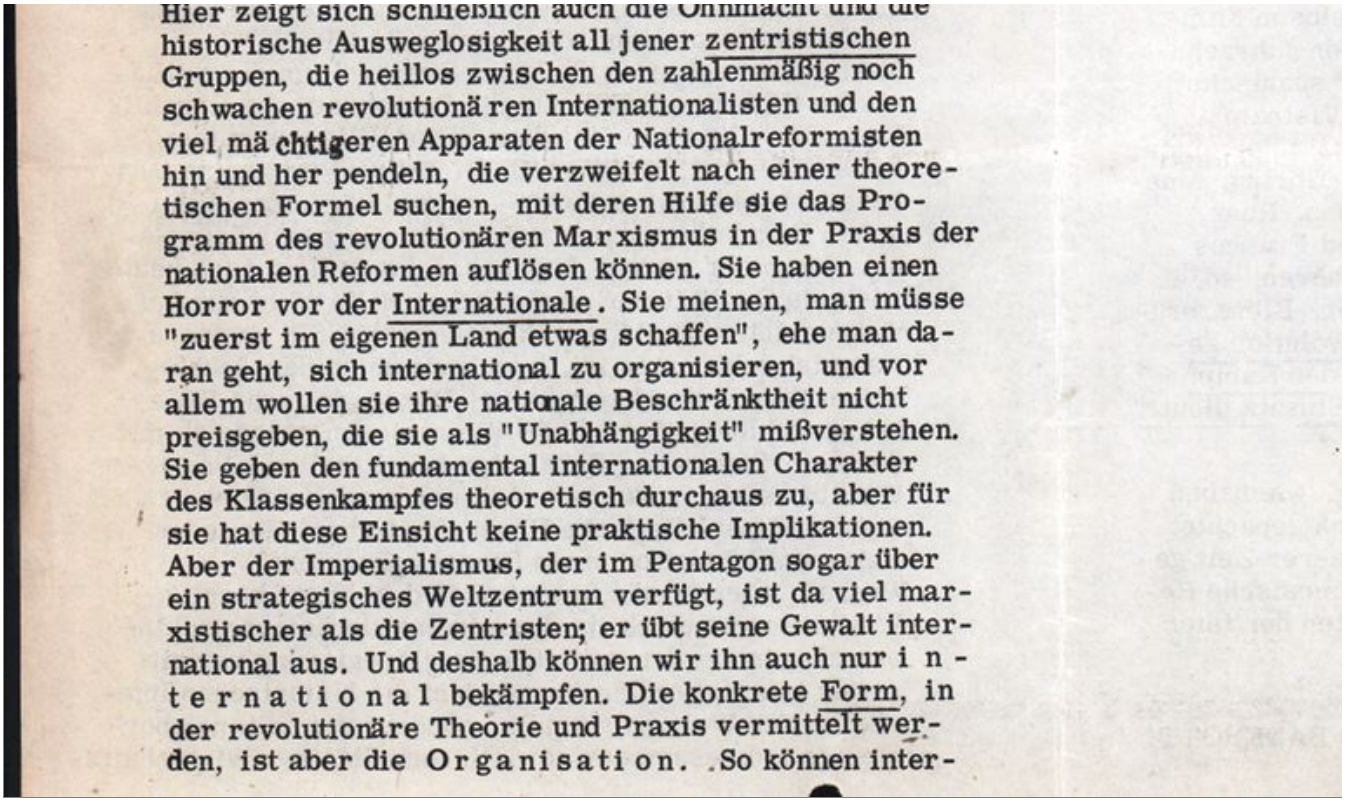
und Parteibürokratie (siehe dazu unser "rt"-Flugblatt Nr. 2, Nov. 1967). Und deren Interessen heißen eben: Status quo, "friedliche Koexistenz", Arrangement mit dem Imperialismus. Die Sowjetführung ist also nur so weit bereit, der vietnamesischen Revolution zu Hilfe zu kommen, als diese Hilfe nicht endgültig die Verständigungsmöglichkeiten mit den Vereinigten Staaten versperrt.

Sieht es nun mit den "kommunistischen" Parteien des Westens besser aus? Was tut z. B. die starke KP Frankreichs? Unsere Genossen von der französischen Jeunesse Communiste Révolutionnaire (JCR) können ein Lied davon singen. Die KPF versucht krampfhaft, die französische Vietnam-Bewegung in das Korsett ihrer abgeschmackten "Friedens"- und "Verständigungs"-Mythologie einzuzwängen. Statt eindeutig ihre aktive Solidarität mit der vietnamesischen Revolution zu erklären und zu praktizieren, bettelt sie beim Imperialismus um Verhandlungen auf der Basis der Verträge von Genf, jenes "Münchener Abkommens" für Südostasien! Dafür hetzt sie mit Springerschen Methoden gegen die revolutionären Jugendgruppen, die statt für "Verhandlungen" für die Vier Punkte der FNL und für den Sieg der vietnamesischen Revolution kämpfen und gehen neuerdings sogar zum physischen Terror gegen sie über! So tief ist die einst von Lenin und Trotzki gegründete Dritte Internationale gesunken.

Und warum? Weil die KPF nicht ihr Bündnis mit dem pro-atlantischen Bourgois Mitterand und dem NATO-Sozialisten Guy Mollet belasten will. Die "kommunistischen" Parteien des Westens sind keine revolutionär-internationalistischen, sondern national-reformistische Parteien! Sie vertreten die historischen Interessen des Weltproletariats ebenso wenig wie die Szialdemokratie; sie vertreten vielmehr die beschränkten, konsvervativen Interessen ihrer eigenen bürokratischen Parteiapparate und die Ziele der sowjetischen Außenpolitik, von der sie jahrzehntelang materiell abhängig waren.
Das gilt nicht nur für die "kommunistischen" Parteien Westeuropas, sondern für alle KPen, die mit Moskau verbündet sind (Lateinamerika), und gilt auch weitgehend für jene, die sich zu Peking bekennen, wie z. B. die indonesische KP vor dem Putsch und für die Linke KP Indiens.

FÜR EINE INTERNATIONALE STRATEGIE DER REVOLUTION - FÜR EINE INTERNATIONALE ORGANISATION DER REVOLUTIONÄRE !

Die Probleme der vietnamesischen Revolution können nicht von einem national-bornierten Standpunkt aus verstanden werden, sondern nur im Rahmen einer internationalistischen Perspektive, und sie können auch nur mit internationalistischen Methoden gelöst werden. Der imperialistischen Globalstrategie, wie sie sich in Vietnam manifestiert, müssen wir eine Globalstrategie der Revolution entgegenstellen. Ebendies ist der Sinn von Che Guevaras Parole: "Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam !"



Hier zeigt sich schließlich auch die Ohnmacht und die historische Ausweglosigkeit all jener zentristischen Gruppen, die heillos zwischen den zahlenmäßig noch schwachen revolutionären Internationalisten und den viel mächtigeren Apparaten der Nationalreformisten hin und her pendeln, die verzweifelt nach einer theoretischen Formel suchen, mit deren Hilfe sie das Programm des revolutionären Marxismus in der Praxis der nationalen Reformen auflösen können. Sie haben einen Horror vor der Internationale. Sie meinen, man müsse "zuerst im eigenen Land etwas schaffen", ehe man daran geht, sich international zu organisieren, und vor allem wollen sie ihre nationale Beschränktheit nicht preisgeben, die sie als "Unabhängigkeit" mißverstehen. Sie geben den fundamental internationalen Charakter des Klassenkampfes theoretisch durchaus zu, aber für sie hat diese Einsicht keine praktische Implikationen. Aber der Imperialismus, der im Pentagon sogar über ein strategisches Weltzentrum verfügt, ist da viel marxistischer als die Zentristen; er übt seine Gewalt international aus. Und deshalb können wir ihn auch nur i n t e r n a t i o n a l bekämpfen. Die konkrete Form, in der revolutionäre Theorie und Praxis vermittelt werden, ist aber die O r g a n i s a t i o n . So können inter-

26.01.1968:
An der Universität Hamburg stellt Rektor Ehrlicher, laut AStA (vgl. 29.1.1968), sein 'Sonderprogramm 1968' vor, welches mit Hilfe von 102 neuen Planstellen die Lehrverhältnisse merkbar verbessern solle.
Q: Auditorium Nr. 52, Hamburg Jan./Feb. 1968, S. 7

26.01.1968:
Der Republikanische Club (RC) Dortmund (vgl. 8.1.1968, 1.2.1968) richtet, nach eigenen Angaben, das folgende Einschreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Dietrich Keuning:"
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
wie wir aus Kreisen der französischen Presse erfahren haben, hat der Oberbürgermeister der Stadt Amiens in einem Telegramm an den Oberbürgermeister der Stadt Dortmund seiner Beunruhigung über das Anwachsen des Neofaschismus in der Bundesrepublik Ausdruck gegeben und an den Oberbürgermeister und den Rat der Stadt die Frage gestellt, was die Stadt gegen die weitere Ausbreitung des Neofaschismus in der Bundesrepublik und insbesondere in Dortmund zu tun gedenkt.

Bei unserer diesbezüglichen Anfrage an das Presse- und Informationsamt der Stadt Dortmund mußten wir leider feststellen, daß eine Information über diesen Vorgang nicht zu erhalten war.

Da an unseren Informanten nicht zu zweifeln ist und unsere Anfrage beim Presse- und Informationsamt gezeigt hat, daß das Telegramm der Öffentlichkeit vorenthalten wird, stellen wir folgende Fragen:

1. Trifft es zu, daß eine Anfrage der Patenstadt Amiens zum Neofaschismus vorliegt? Wenn ja, warum wurde die Bürgerschaft noch nicht von diesem Vorgang unterrichtet?

2. Wie gedenkt die Stadt Dortmund diese Anfrage zu beantworten, d.h. wie stellt sie sich zu folgenden Fragen:
a) Sind Sie auch der Meinung, daß das Problem des Neofaschismus in seinen Auswirkungen noch nicht erkannt oder aber bagatellisiert wird und so insbesondere im Ausland der Eindruck einer Komplizenschaft entsteht?
b) Sind Sie auch der Meinung, daß die politische Führung der Stadt mit der mangelnden Aufklärung über die wirtschaftliche Situation Unruhe, besonders bei großen Teilen der Arbeiterschaft, die in den etablierten Parteien keine Vertretung ihrer Interessen mehr sehen, hervorgerufen hat?

3. Sind Sie als oberster Vertreter der Bürgerschaft bereit, dahingehend zu wirken, daß das politische Gespräch dem Bürger nicht in undemokratischer Weise vorenthalten, und er so gezwungen wird, seine

Informationen aus eigenen zufälligen Nachforschungen zu beziehen?

Sind Sie auch der Meinung, daß durch diese undemokratische Haltung der etablierten Parteien der einzelne Bürger in einer permanenten politischen Unmündigkeit gehalten wird und er sich so leichter den totalitären Parolen des Neofaschismus zugänglich zeigt?

Da wir die Publizität dieses Vorganges sicherstellen möchten, glauben wir nicht darauf verzichten zu können, diesen Brief folgenden Institutionen und Personen zuzuleiten:
dem Bürgermeister und der Bürgerschaft der Stadt Amiens, den Tageszeitungen in Dortmund und Amiens, der DPA und dem Westfalenstudio des WDR.

Wir bitten Sie höflich, uns Ihre Stellungnahme zu unserer Frage baldmöglichst zuzuschicken und Sie gleichzeitig der Öffentlichkeit zu übergeben.

Wir verbleiben mit der Bereitschaft zur weiteren Mitarbeit

Hochachtungsvoll
REPUBLIKANISCHER CLUB DORTMUND
i.a. Max von der Grün
Heidrun Fuchs
Peter Rath
Christel Priemer
Jerken Diederich"

Gemeinsam mit diesem Brief wird auch die 'Presseinformation' des RC Nr. 1 veröffentlicht:"
Nach Informationen des Republikanischen Clubs Dortmund (RCD) hat der Oberbürgermeister der Dortmunder Patenstadt an den Oberbürgermeister der Stadt Dortmund seiner Beunruhigung über das Anwachsen des Neofaschismus in der BRD Ausdruck gegen und an den OB der Stadt Dortmund die Frage gestellt, was die politische Führung gegen die weitere Ausbreitung des Neofaschismus in der BRD, insbesondere in Dortmund zu tun gedenkt.

Diese Anfrage wurde der Öffentlichkeit bisher vorenthalten. Der RCD hat deshalb den beiliegenden Brief an den OB der Stadt geschrieben.

Der RCD ist der Meinung, daß die Anfrage aus Amiens einmal mehr eine Aufforderung an die etablierten Parteien ist, sich den Problemen des Neofaschismus zu stellen.

Die unzulängliche Informationspolitik der Stadt läßt vermuten, daß sie auch in diesem Fall der demokratischen Auseinandersetzung mit dem Problem des Neofaschismus in der Öffentlichkeit ausweicht und die französische Anfrage auf dem Wege bürokratischer Korrespondenz als Anlaß zur öffentlichen Diskussion unwirksam machen will.

Selbstverständlich sieht der RCD die Gefahr, die aus der öffentlichen Diskussion dieses Problems in einer unpolitischen und emotional reagierenden Bürgerschaft entstehen kann. Gerade das macht deutlich, daß die Frage des Neofaschismus nicht primär durch die Aussperrung einer rechtsradikalen Partei aus den parlamentarischen Vertretungskörperschaften gelöst werden kann. Das Problem ist weit gewichtiger. Um das weitere Anwachsen von rechtsradikalen Meinungen und Vorurteilen in der Bevölkerung zu verhindern, reicht die Projektion aller Übel auf eine bestimmte Partei nicht aus, sondern muß gefragt werden, woher denn ihre Anziehungskraft kommt. Dazu ist eine grundsätzliche Überprüfung der Entwicklung unserer Gesellschaft in den letzten Jahren unumgänglich, eine Entwicklung, die nicht anders als mit Restauration und Austrocknung der demokratischen Verfassung beschrieben werden kann.

Die Versuche der Beschwichtigung, wozu wir auch die Projektion auf eine bestimmte Partei rechnen müssen, haben in eine Sackgasse geführt. So sieht der RCD eine seiner wichtigsten Aufgaben darin, die öffentliche Diskussion trotz der oben genannten Bedenken zu diesem Thema auszulösen."
Q: RC Dortmund: Brief an den OB der Stadt Dortmund, Dortmund 26.1.1968; RC Dortmund: Presseinformation Nr. 1, Dortmund o.J. (Jan. 1968)

27.01.1968:
In Heidelberg wird die Veranstaltung "Studenten aus aller Welt singen und tanzen für Heidelberg" des Akademischen Auslandsamtes (AKA) in der Stadthalle durch SDSler gestört. Aufgerufen dazu hatte der SDS mit zwei Flugblättern.
Q: Innenministerium Baden-Württemberg: Verfügung: Verbot und Auflösung der Hochschulgruppe

Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Stuttgart 24.6.1970, zitiert nach: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 10, Bochum 29.6.1970; SDS: Studenten machen den Tanz nicht mehr mit!, Heidelberg o. J. (1968);SDS: Kommilitonen, O. O. (Heidelberg) o. J. (1968)

STUDENTEN" MACHEN DEN TANZ NICHT MEHR MEHR MIT !

Wir fordern unsere ausländischen und deutschen Kommilitonen auf, die Veranstaltung des akademischen Auslandsamtes unter Herrn Zake am Freitag, 26.1. um 19.30 Uhr in der Stadthalle "Studenten singen und tanzen für Heidelberg" nicht länger nur als ein harmloses Spektakel zu betrachten, sondern den politischen Charakter dieses Schauspiels zu sehen. Es darf nicht mehr angehen, daß das Auslandsamt die fremden Kommilitonen als eine Gruppe lustiger Musikanten in der Öffentlichkeit präsentiert und durch eine folkloristische Zirkusshow ablenkt von der objektiv vorhandenen Diskriminierung der ausländischen Studenten - besonders der aus Staaten der dritten Welt - und von den Ursachen hierfür.

Wir fordern die Überführung des akademischen Auslandsamtes in eine demokratische Selbstverwaltung der Studenten, weil dieses Amt in seiner gegenwärtigen Organisationsform und personellen Besetzung unfähig ist, den ausländischen Studenten wirksam zu helfen gegen selbstüberhebliche Diskriminierung in der Öffentlichkeit. Das Auslandsamt hat sich faktisch jeder Kontrolle entzogen und wird von Herrn Zake in eigener Machtvollkommenheit regiert. Daher konnte der Verdacht entstehen, daß von dort aus mit dem Bonner Aussenministerium zusammengearbeitet wird, nach dessen Intentionen sich die Vergabe von Beihilfen am politischen Wohlverhalten der Betroffenen orientiert und sogar Kontakte zu diversen Geheimdiensten bestehen. Solche Verhaltensweisen müssen jedoch notwendig zu politischer Erpressung und Korrumpierung der Studenten führen.

Das akademische Auslandsamt wird so zu einer autoritären Kontrollinstanz, die nach eigenem Ermessen über die ausländischen Kommilitonen verfügt und deren politische Organisierung verhindert.

Die Scheinaktivität, die Herr Zake mit Veranstaltungen wie "Studenten singen und tanzen " entwickelt, wird von Ihm und anderen Offiziellen ausgegeben als Beitrag zur Verbesserung des "Klimas", das angeblich das Verhältnis von Bevölkerung und Studenten regiert. Dem ist doch wohl entgegenzuhalten, daß Vorurteile primär etwas zu tun haben mit der Gesellschaft, in der sie entstanden sind, und die sie von sich aus nicht abzubauen in der Lage ist. Wir glauben, daß es nicht dem Interesse unserer Mitstudenten entspricht, sie als freundlich-exotische Komödianten vorzustellen, während zu wenig unternommen wird, die unzureichenden Informationen über die Ursachen der gegenwärtigen Verhältnisse besonders in der dritten Welt zu beseitigen.

Vorurteile gegen Ausländer spiegeln die Versagungen, die die Menschen in der manipulierten Gesellschaft der Bundesrepublik erleiden, und folkloristische Veranstaltungen àla "Tanze und singe" verwehren es ihnen gerade, die Erfahrung zu machen, die ihr Vorurteil in Frage stel würde. Die pol. und ökon. Rückständigkeit der Länder der Dritten Welt die auf der Ausbeutung durch die hochentwickelten kapitalistischen L der beruht, führt zu den Vorurteilen der hiesigen Bevölkerung, ohne da diese sich bisher des Zusammenhangs bewußt wäre. D.h. die Gesellschaft, die die durch die sog. Entwicklungshilfe nur notdürftig verschlei ert Ausbeutung der ökon. und pol. schwachen Länder betreibt, produziert zugleich die Vorurteile, die es ermöglichen, die Lage dieser Länder auf d angeblich natürliche "Faulheit", "Trägheit", "Unfähigkeit" usw. ihrer Bevölkerung zurückzuführen. Die Eigenschaften, die diesen Mensche n von Natur aus anhängen sollen, sind die Projektionen, die wir ihnen anhänge und die die Funktion habe n, den Menschen bei uns. systematisch die Solidarität mit den Ausgeplünderten zu verbieten. Solidarisierung mit den kämpfenden Völkern der Dritten Welt hieße zwangsläufig, das kapitalist Manipulationssystem der Bundesrepublik in Frage zu stellen.
Kommilitonen, unterstützt uns, wenn wir am Freitag in der Stadthalle die Diskussion dieser Thesen fordern. Hört mit uns, was die Kulturgrößen, der Vertreter der amerik. Botschaft und andere Neukolonialisten darau zu sagen haben.
Wir fordern prinzipiell die Überführung des Auslandsamtes in die Selbs verwaltung der Studenten.

Wir fordern als Übergangslösung :
1) Die Entlassung von Zake.
2) Vetorecht der Vollversammlung der ausländischen Studenten in der Frage der Neubesetzung.

V E N C E R E M O S

SDS-Heidelberg

Kommilitonen,laßt uns am Freitag den bürokratischen Speichelleckern den Kulturhengsten, und allen offiziellen Manipulateuren zum Tamz aufspielen.

Ihr habt gestern unsere Forderungen gelesen:Überführung des Auslandsamtes der Universität in studentische Selbstverwaltung,sofortige Entlassung von Herrn Zake und Vetorecht der Vollversammlung der ausländischen Studenten gegen jeden neuen Kandidaten.

Mit diesen Forderungen werden die ausländischen Kommilitonen in den generellen Kampf um Demokratisierung der Hochschule einbezogen und aufgefordert,sich nicht länger durch bürokratische Opportunisten wie Herrn Zake gängeln und erpressen zu lassen.

Wir haben gestern die erste Reaktion auf unser Flugblatt gehört: Diskussion ja,aber doch nicht am Freitag! Wir antworten: Ihr passt Euch mit der Trennung von Aktion und Diskussion den herrschenden Bürokraten an,die uns in der Hochschulpolitik seit Jahren an der Nase herumführen.Indem wir in die Manipulationsshow am Freitag eingreifen und dort die Diskussion fordern,nehmen wir vorweg,was eine demokratische Kultur wäre:Aufhebung der Beherrschung eines Publikums durch bürokratische Drahtzieher.

Wenn gesagt wird,der Erlös des Abends wird zu wohltätigen Zwecken für Ausländer verwendet,dann fragen wir euch:Ist die Bundesrepublik nicht reich genug,Euch die Wohltätigkeit zu ersparen?Und fließt ihr Reichtum nicht auch aus den Exportprofiten,die aus Geschäften mit der dritten Welt herausgeschlagen werden? Ihr,die ihr als Folklore-Tänzer auftretet!Habt Ihr euch einmal überlegt,ob die Tradition,die Ihr einem unausgebildeten Publikum präsentiert,nach Substanz hat? Ihr lateinamerikanischen Tänzer,was bedeuten Eure Trachten für die Arbeiter in den Zinngruben auf der Hochebene von Bolivien?

Ihr Afrikaner,ist es nicht an der Zeit,auf der Trommel neue Signale zu schlagen ?Signalisiert uns etwas darüber,wie es mit Euren Brüdern in Südafrika,Rhodesien und Angola steht!Kommilitonen der dritten Welt,laßt Euch nicht für das Show-Geschäft des Herrn Zake und des Rektors eins pannen.Mit Euren Tänzen wird der Eindruck suggeriert, als lebten Euere Länder in einer Epoche sonnigen Biedermeiers mit uralten Trachten und reizvoll fremder Musik.Dieser manipulierte Eindruck steht in krassem Widerspruch zur Realität.

Kommilitonen,kommt am Freitag um 19.3o Uhr an die Stadthalle,auch wenn ihr keine Eintrittskarten habt!Bringt Transparente mit!

Kampf den Bürokratischen Manipulateuren!!

SDS

VENCEREMOS

28.01.1968:
Laut 'Roter Morgen' demonstrieren in Mannheim ca. 1 000 Menschen gegen die USA-Politik in Südvietnam.
Q: Roter Morgen, Hamburg Feb. 1968, S. 2

28.01.1968:
In Berlin sagen der Arbeitskreis Entwicklungsländer (AKE) an der TU und der Internationale Arbeitskreis (IAK) an der FU das für heute geplante Persien-Seminar ab, da nicht genügend Referenten gefunden wurden.
Q: AKE, IAK: Persien-Seminar, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

AKE AKE AKE ARBEITSKREIS ENTWICKLUNGSLÄNDER an der TU AKE AKE AKE
IAK IAK IAK IAK INTERNATIONALER ARBEITSKREIS an der FU IAK IAK IAK

P E R S I E N - S E M I N A R

Die Tabuisierung unangenehmer Themen nimmt in unserem Lande allmählich jämmerliche Formen an. Die Arrivierten unserer Gesellschaft zeigen sich zur Selbstreflektion immer weniger bereit.

DER SACHVERHALT:
Der IAK an der FU und der AKE an der TU bereiteten für den 28. Januar ein Seminar über Persien vor. Das Modell der sozialen Revolution von oben sollte untersucht und am Gegenmodell der revolutionären sozialen Emanzipation von unten gemessen werden.

Einladungen ergingen an:

DR. HIRUMAND,
sagte nur unter der Vorbedingung eines prominenten Gegners zu.

DR. MÜLLER, Deutsch-iranische Handelskammer,
meinte wegen der ablehnenden Haltung seines Chefs, Dr. Hesserschmidt nicht zusagen zu können,

DER SPIEGEL,
erklärte, er habe bereits so viele Aufforderungen, über seinen Persi Artikel zu diskutieren, abgelehnt, daß er auch diesmal nicht zusagen wolle.

BMIB, für WIRTSCHAFTL. ZUSAMMENARBEIT,
gab keine verbindlichen Zusagen.

DR. SCHAPURIAN, Kaiserlich-iranische Botschaft,
erklärte sich nach anfänglicher Bereitschaft am folgenden Tage (!) für nicht zuständig.

KLAUS, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik,
der mit einer Forschungsgruppe aus Persien erst kürzlich zurückgekehrt und als Hauptstütze des Seminars vorgesehen war, mußte unter dem Druck seines Institutsdirektors absagen.

DR. CHARASCHKHADAGHI, Institut für ausl. Landwirtschaft,
war der einzige, der seine Zusage aufrechterhielt.

Das geplante Seminar kann also nicht mehr stattfinden.
Zu Beginn des SS 68 wollen wir das Persien-Seminar dennoch abhalten, aber auf die Zusammenarbeit mit den etablierten von 'links' und rechts verzichten.

Verantwortlich: Gerd Armanski, IAK, Berlin 45, Fontanestr. 8
Peter Zeischegg, AKE, TU Berlin, Studentenvertretur

29.01.1968:
Lars Müller berichtet aus Freiburg:"
Am 29. Januar diskutierte SDS-Sprecher Rudi Dutschke mit Soziologie-Professor Ralf Dahrendorf auf einem Autodach vor 3 000 Studenten und Schülern".
Q: Müller, Lars: Freiburger Kämpfe 1968 gegen Fahrpreiserhöhungen. In: Stattzeitung für Südbaden Nr. 53, Freiburg Mai 2003.

29.01.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt der HSU mit einem Gedicht zur ADS.
Q: HSU: Kommilitonen, Heidelberg o. J. (1968)

Kommilitonen, gebt acht, und hütet euch selbst und auch alles,
was seit alters besteht und nicht fehlt, weil es niemanden kümmert:
Sitte und Anstand und Ruhe und Ordnung, - denn Ordnung muß herrschen -
Ehre und Ruhm der Nation und Würde derselben und Mannes-
mut, der als Schmiß auf der Backe für alle sichtbar erscheinet, -
und an was sonst der Biedermann denkt, wenn das Abendland wackelt,
nämlich, wenn finstere Linke (mit Bart und die niemals sich waschen)
denken, was niemand gedacht hat, und tun, was zu tun sich nicht schicket
sei es, daß ganz bis ins Mark demokratisch die Uni sie wollen,
so doch ein wenig und weise mit Maß demokratisch genug ist,
sei es, daß gar Politik sie noch kümmert, wo jeder Student doch
sollte studieren, wie's ihm und dem Staate am trefflichsten frommet.
Kommilitonen, studiert, und legt euch dann ruhig zum Schlafe!
A D S garantiert, daß nicht früher ihr wieder erwachet,
als bis ihr selbst nicht mehr merkt, ob ihr wach seid oder noch schlafet.
Kommilitonen, die Mitte sind wir, denn wir sind die Mitte!
Wer nicht sieht und erkennt, wie hier eins aus dem anderen folget,
dem ermangelt der Sinn für subtile Gedankengebäude!
A D S ist die Mitte, die weder die Linke zum Freund hat
noch auch die Rechte zum Feind; - denn jeder ist selbst sich der Nächste!
Freunde, begehrt nicht zu wissen, woher wir das Geld für die vielen
tausend Plakate genommen, womit wir die Uni verkleistern:
Was ihr nicht wißt, macht e u c h nicht heiß -und auch uns ist es lieber
aber wir stehen den anderen Christenparteien nicht unfern.
Kommilitonen, jetzt frisch an die Urnen, wir werden's euch zeigen,
wie man nach Dalbergs Rezept die Hochschulreform in die Hand nimmt!
Haben wir selbst auch keine Ideen, so bleiben uns immer
Beispiele biederer Bürger, die einstmals den Fürsten gehorchten.
Kommilitonen, so laßt euch belehren und merket den Wahlspruch:
Wenn wir die A D S noch nicht hätten, so gäbe es keine!

Verantwortlich für das Versmaß: HOMER
Verantwortlich für den Inhalt: HSU Heidelberg

29.01.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint das Flugblatt des SDS "GO-IN die Grundordnungskommission" zur GO, das zur Vorbesprechung um 16 Uhr im Cafe Roma und zum Go-In um 20 Uhr aufruft.
Q: SDS: GO-IN die Grundordnungskommission, Heidelberg o. J. (29.1.1968)

GO-IN die Grundordnungskommission

Heute um 2o Uhr Juristisches Seminar, Friedrich-Ebert-Anlage

-- Die Öffentlichkeit muß jetzt hergestellt werden !

Was wird dort beraten ?

Die nicht öffentlich tagende "Senatskommission zur Vorbereitung der Erstellung einer Universitätssatzung" hat die Aufgabe, eine Grundordnung vorzubereiten, wie sie der Hochschulgesetzentwurf vorsieht. Danach kann die Universität beschliessen über :
Rektorats- oder Präsidialverfassung, Gliederung der Universität in Fakultäten und Abteilungen, Organisation der Institute und Fachbereiche, Ordnungen für Habilitation, Promotion und sonstige Prüfungen, Bildung und Besetzung von Universitätsgremien,
Schliesslich erscheint es möglich im Rahmen der Grundordnung die Mitwirkung der Studenten am Lehr- und Forschungsprozess und an der Selbstverwaltung der Universität qualitativ zu verändern und zu demokratisieren.

Wer sitzt dort ?

Die Mitglieder der Kommission (6 Professoren, 2 Dozenten, 2 Studenten) wurden zunächst vom Senat bestimmt. Das Studentenparlament bestand darauf, wenigstens die studentischen Vertreter demokratisch zu wählen, was auch geschah. Die Forderung der Studentenvertreter nach Öffentlichkeit der Sitzungen, nach paritätischer Besetzung und zumindest öffentlicher Information wurde abgelehnt mit der Begründung des vorläufigen und unverbindlichen Charakters der Kommission, die nach Erlass des Hochschulgesetzes sich neu konstituieren werde.

Was heisst da unverbindlich und vorläufig ?

Die Unverbindlichkeit und Vorläufigkeit dieser Kommission ist ein Schein der trügt. Die Arbeit dieser "vorläufigen" Kommission nimmt in undemokratischer Weise vorweg, was eine demokratische Öffentlichkeit an der Universität erst leisten müßte. Zweifellos werden diejenigen, die in der Grundordnungskommission hinter verschlossenen Türen zu Spezialisten sich herausbilden, die besten Aussichten haben, in die endgültige Kommission hereinzukommen. Selbst wenn dort Öffentlichkeit herrschen sollte, werden sie sich ständig auf die Diskussion der Vorkommission berufen können, und die Studenten, die am Willensbildungsprozess nicht rechtzeitig teilnehmen konnten, werden in Unverständnis und Passivität zwangsläufig verharren. Es wird dann so sein, dass die Reform der Universität nicht mehr grundsätzlich diskutiert werden kann, sondern auf technische Detailfragen reduziert wird. Selbst wenn eine einigermassen handfeste Mitbestimmung der Studenten eingeräumt werden sollte, wird sie ohne Inhalt bleiben, wenn sie nicht das Ergebnis der Anstrengung aller demokratischen Studenten ist.

Was ist ein GO-IN ?

GO-IN ist die Herstellung der Öffentlichkeit durch direkte Aktion. Durch unsere Präsenz durchbrechen wir die Verselbstständigung derartiger Gremien. Wir versammeln uns um 2o Uhr vor dem juristischen Seminar und fordern die dort tagenden Mitglieder der Kommission auf, über ihre Arbeit zu berichten und mit uns zu diskutieren.
Um 16 Uhr wird der SDS im Café Roma eine öffentliche Vorbesprechung der Aktion abhalten.

SDS-Heidelberg

29.01.1968:
In Heidelberg gibt der AStA der Universität vermutlich Anfang dieser Woche eine Sonderausgabe seines 'Info' (vgl. 22.1.1968, 29.1.1968) mit der "Erklärung des AStA zur Gründung des ADS" bzw. der Aktionsgemeinschaft Demokratischer Studenten (ADS) heraus.
Q: AStA Uni: Info Sonderinfo Erklärung des AStA zur Gründung des ADS, O. O. (Heidelberg) o. J. (1968)

29.01.1968:
In Heidelberg gibt der AStA der Universität vermutlich in dieser Woche sein 'Info' (vgl. 29.1.1968, 5.2.1968) als Sondernummer heraus zum Teach-In der Kritischen Universität (KU) am 2.2.1968.
Q: AStA Uni: Info Sondernummer Kritische Universität, Heidelberg o. J. (1968)

29.01.1968:
Heute soll in Mannheim eine Veranstaltung "Was Tun? Zukunft und Perspektive der deutschen Arbeiterklasse" stattfinden, zu deren Besuch im 'Roten Morgen' aufgefordert wurde. Anwesend sein soll auf diesem ersten Leserforum der revolutionären Linken mit der Zeitschrift 'Roter Morgen' auch der Herausgeber des 'Roten Morgens', Ernst Aust.
Q: Roter Morgen, Hamburg Jan. 1968, S. 10

29.01.1968:
An der FU Berlin luden die Freunde der Publizistik (FdP) ein in das Audimax der FU zum Vortrag von Asher Ben Nathan, Botschafter Israels in der BRD zum Thema "Israel - Nahost - BRD" mit anschließender Diskussion mit Prof. Dr. Sontheimer, Klaus Rainer Röhl ('konkret') und Peter Müller vom Bundesvorstand der DIS.

Die Arabische Studentenvereinigung (ASV) verteilt dazu das Flugblatt "Podium mit Schlagseite!", welches auch den Text "Zur Entstehungsgeschichte des Nahostkonfliktes" enthält.
Q: FdP: Israel - Nahost - BRD, O. O. (Berlin) O. J. (1968); ASV: Podium mit Schlagseite!, Berlin 29.1.1968

DIE "F R E U N D E D E R P U B L I Z I S T I K"
LADEN EIN:

ASHER BEN NATHAN

(BOTSCHAFTER ISRAELS IN DER BRD)

S P R I C H T Z U M T H E M A :

ISRAEL-NAHOST-BRD

Anschließend diskutieren mit dem Botschafter:

PROF. DR. SONTHEIMER

KLAUS RAINER RÖHL
(Chefredakteur von "k o n k r e t")

PETER MÜLLER
(Pressereferent im Bundesvorstand der DIS)

VERSAMMLUNGSLEITER: PETER HEILMANN
("Freunde der Publizistik")

MONTAG, 29.1. - 20^{00} H

AUDI MAX DER FU

PODIUM MIT SCHLAGSEITE!

Mögen Sie Podiumsdiskussionen, deren Ergebnis von vornherein feststeht?

W i r n i c h t

Ein Podiumsgespräch mit Schlagseite, veranstaltet von den "Freunden der Publizistik" und vom "LSD", wird heute um 20 Uhr im Audi Max über die Bühne gehen.

Thema: ISRAEL-NAHOST-BRD

Teilnehmer:

1 OFFIZIELLER VERTRETER ISRAELS
Ascher Ben Nathan, Israelischer Botschafter in Bonn
- auf den Ankündigungsplakaten graphisch hervorgehoben-

2 FREUNDE ISRAELS
- Prof. Kurt Sontheimer, den Teilnehmer seiner Lehrveranstaltungen als proisraelisch schildern
- Peter Müller, prominentes Mitglied der Deutsch-Israelischen Studiengruppe

1 KRITIKER ISRAELS
Klaus Reiner Röhl, Herausgeber der Zeitschrift 'konkret', die israelkritische Artikel veröffentlicht hat.

K E I N ARABISCHER VERTRETER
K E I N E FREUNDE ARABISCHER LÄNDER

Wenn der Nahostkonflikt öffentlich diskutiert wird, wollen auch wir arabischen Studenten unsere Meinung dazu öffentlich und in einem fairen Rahmen sagen können.
Dient die geplante Veranstaltung der Wahrheitsfindung?
Handelt es sich nicht um

MANIPULATION ?

Zusätzlicher Beweis: Ursprünglich waren die Veranstalter offensichtlich bereit, einen Araber mit aufs Podium zu setzen; sie widerriefen jedoch später in einem Telefongespräch diese Bereitschaft: ' Wir haben schon ein oder zwei, die für die Araber reden.' ???

Die "Freunde der Publizistik" und der "Liberale Studentenbund Deutschland" dringen, wenn es um die deutsche Presse geht, hartnäckig auf

Freiheit der Meinungsbildung

Warum tun sie es nicht, wenn es um diesen internationalen Konflikt geht?

Berlin, den 29-1-1968

Arabische Studentenvereinigung
1 Berlin 12
Postfach 71

b.w.

ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES NAHOSTKONFLIKTES:

Ein Bündnis von englischen Kolonial- und Ölinteressen und dem jüdischen Staatsgedanken führen 1948 zur gewaltsamen Errichtung des Staates Israel, vor allem durch Einwanderer aus USA und Europa. Israel ist keine Reaktion auf den Terror der Nationalsozialisten, denn es entsteht selbst durch grausame Vertreibung der arabischen Bevölkerung seit 1917.

Die UNO fordert in einer Resolution zur Entschädigung oder Rücksiedelung der 1,8 Millionen Flüchtlinge auf und wiederholt diese Resolution seit 20 Jahren. Israel befolgt sie nicht.

Die Zionisten, die seit der Staatsgründung die herrschende politische Richtung in Israel sind, betreiben seit 1948 eine Politik, die gekennzeichnet wird durch:

1. die Bekämpfung fortschrittlicher arabischer Staaten und Bewegungen und die Unterstützung zersplitterter Scheichtümer und von Kolonialmächten abhängiger arabischer Regierungen.

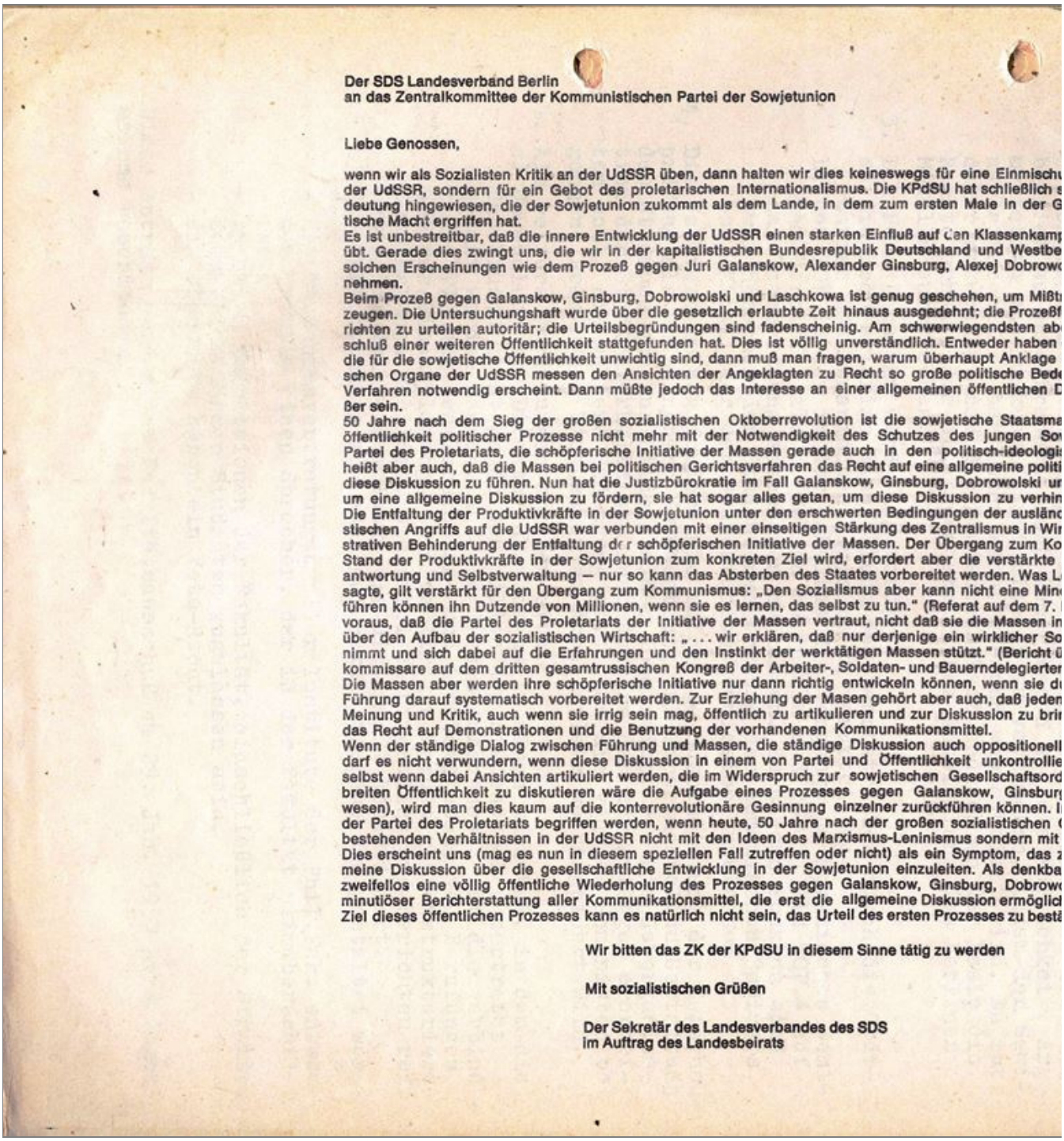
2. wiederholte Aggressionen: die 1967 angedrohte 'Strafexpedition' nach Damaskus, um dort die Regierung abzusetzen, sollte nur der vorläufige Endpunkt einer langen Reihe von Übergriffen und kleineren sogenannten 'Polizeiaktionen' sein. Es begann mit der 1949 durch die UNO als völkerrechtswidrig verurteilte Eroberung, in der Israel sich um fruchtbare westjordanische Gebiete und des südlichen Libanon und um die ganze Negevwüste vergrößerte. Als 1956 die Kolonialmächte England und Frankreich Ägypten wegen der Nationalisierung des Suezkanales angriffen, taten sie das in Absprache mit Israel, das gleichzeitig in Ägypten einfiel. Damals wiederholte Ben Gurion im Knesseth seine alte Forderung, daß alles Land zwischen Nil und Euphrat zu seinem 'Erez Israel' kommen müsse.

In der auf 1956 folgenden Periode, die von ständigen Grenzzwischenfällen gekennzeichnet ist, wird durch die Berichterstattung in der Presse und Fernsehen nur selten deutlich, was vorgeht. Nur manchmal werden Bilder von israelischen Fallschirmjägern gezeigt, die arabische Mühlen, Häuser, Getreidelager und Bewässerungsanlagen zerstören und kaum jemand weiß, daß Mosche Dayan ständig zum Eroberungskrieg und zur 'Vergrößerung' aufruft.

In der Reihe dieser vor der Weltöffentlichkeit verschleierten Übergriffe gehört die 1967 geplante Aktion gegen Syrien, deren Planung von Eschkol zugegeben wurde. Sie richtete sich gegen die Baath-Regierung ind Damaskus und sollte Israel an die Quellen des Jordan bringen, aus dem Israel heute schon mehr Wasser pumpt, als es ihm internationale Abkommen erlauben, ohne auf das jordanische Bedürfnis nach Wasser Rücksicht zu nehmen.
Nassers angeblicher Angriff bestand in der Zusicherung der Hilfe an Syrien und einigen demonstrativen Truppenbewegungen sowie in der Ausübung der Souveränität über die ägyptischen Gewässer, auf die Ägypten nie verzichtet hat; das angeblich 'ewige' und 'international anerkannte' Recht zum Transport israelischer Militärgüter durch den Golf von Akaba 'besteht' erst seit dem israelischen Angriff von 1956 und der Eroberung von Sharm el Sheik durch die Israelis; auch hat Ägypten den Golf für zivile Güter nie gesperrt.

Wir wollen die Ursachen des Konfliktes zeigen, um einen Weg zum Frieden zu finden. Die Politik, die die Lebensrechte der arabischen Völker angreift, wird genauso scheitern wie die alte Kolonialpolitik. Ein friedlicher Weg ist nur möglich bei Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der arabischen Völker und Rückzug der israelischen Truppen aus allen besetzten arabischen Gebieten.

29.01.1968:
In Berlin erscheint, laut einem Eingangsstempel heute, ein Flugblatt des Landesverbandes des SDS mit seinem Schreiben an das ZK der KPdSU zum Prozess gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa in der Sowjetunion.
Q: SDS-LV: Der SDS Landesverband Berlin an das…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)



Der SDS Landesverband Berlin
an das Zentralkommittee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen,

wenn wir als Sozialisten Kritik an der UdSSR üben, dann halten wir dies keineswegs für eine Einmischu
der UdSSR, sondern für ein Gebot des proletarischen Internationalismus. Die KPdSU hat schließlich s
deutung hingewiesen, die der Sowjetunion zukommt als dem Lande, in dem zum ersten Male in der G
tische Macht ergriffen hat.
Es ist unbestreitbar, daß die innere Entwicklung der UdSSR einen starken Einfluß auf den Klassenkamp
übt. Gerade dies zwingt uns, die wir in der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland und Westbe
solchen Erscheinungen wie dem Prozeß gegen Juri Galanskow, Alexander Ginsburg, Alexej Dobrowo
nehmen.
Beim Prozeß gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa ist genug geschehen, um Mißt
zeugen. Die Untersuchungshaft wurde über die gesetzlich erlaubte Zeit hinaus ausgedehnt; die Prozeßf
richten zu urteilen autoritär; die Urteilsbegründungen sind fadenscheinig. Am schwerwiegendsten ab
schluß einer weiteren Öffentlichkeit stattgefunden hat. Dies ist völlig unverständlich. Entweder haben
die für die sowjetische Öffentlichkeit unwichtig sind, dann muß man fragen, warum überhaupt Anklage
schen Organe der UdSSR messen den Ansichten der Angeklagten zu Recht so große politische Bede
Verfahren notwendig erscheint. Dann müßte jedoch das Interesse an einer allgemeinen öffentlichen D
ßer sein.
50 Jahre nach dem Sieg der großen sozialistischen Oktoberrevolution ist die sowjetische Staatsma
öffentlichkeit politischer Prozesse nicht mehr mit der Notwendigkeit des Schutzes des jungen So
Partei des Proletariats, die schöpferische Initiative der Massen gerade auch in den politisch-ideologi
heißt aber auch, daß die Massen bei politischen Gerichtsverfahren das Recht auf eine allgemeine politi
diese Diskussion zu führen. Nun hat die Justizbürokratie im Fall Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski ur
um eine allgemeine Diskussion zu fördern, sie hat sogar alles getan, um diese Diskussion zu verhin
Die Entfaltung der Produktivkräfte in der Sowjetunion unter den erschwerten Bedingungen der ausländ
stischen Angriffs auf die UdSSR war verbunden mit einer einseitigen Stärkung des Zentralismus in Wir
strativen Behinderung der Entfaltung der schöpferischen Initiative der Massen. Der Übergang zum Ko
Stand der Produktivkräfte in der Sowjetunion zum konkreten Ziel wird, erfordert aber die verstärkte
antwortung und Selbstverwaltung – nur so kann das Absterben des Staates vorbereitet werden. Was L
sagte, gilt verstärkt für den Übergang zum Kommunismus: „Den Sozialismus aber kann nicht eine Min
führen können ihn Dutzende von Millionen, wenn sie es lernen, das selbst zu tun." (Referat auf dem 7.
voraus, daß die Partei des Proletariats der Initiative der Massen vertraut, nicht daß sie die Massen in
über den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft: „. . . . wir erklären, daß nur derjenige ein wirklicher So
nimmt und sich dabei auf die Erfahrungen und den Instinkt der werktätigen Massen stützt." (Bericht ü
kommissare auf dem dritten gesamtrussischen Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegierter
Die Massen aber werden ihre schöpferische Initiative nur dann richtig entwickeln können, wenn sie d
Führung darauf systematisch vorbereitet werden. Zur Erziehung der Masen gehört aber auch, daß jeder
Meinung und Kritik, auch wenn sie irrig sein mag, öffentlich zu artikulieren und zur Diskussion zu bri
das Recht auf Demonstrationen und die Benutzung der vorhandenen Kommunikationsmittel.
Wenn der ständige Dialog zwischen Führung und Massen, die ständige Diskussion auch oppositionell
darf es nicht verwundern, wenn diese Diskussion in einem von Partei und Öffentlichkeit unkontrollie
selbst wenn dabei Ansichten artikuliert werden, die im Widerspruch zur sowjetischen Gesellschaftsord
breiten Öffentlichkeit zu diskutieren wäre die Aufgabe eines Prozesses gegen Galanskow, Ginsbur
wesen), wird man dies kaum auf die konterrevolutionäre Gesinnung einzelner zurückführen können. I
der Partei des Proletariats begriffen werden, wenn heute, 50 Jahre nach der großen sozialistischen
bestehenden Verhältnissen in der UdSSR nicht mit den Ideen des Marxismus-Leninismus sondern mit
Dies erscheint uns (mag es nun in diesem speziellen Fall zutreffen oder nicht) als ein Symptom, das
meine Diskussion über die gesellschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion einzuleiten. Als denkba
zweifellos eine völlig öffentliche Wiederholung des Prozesses gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrow
minutiöser Berichterstattung aller Kommunikationsmittel, die erst die allgemeine Diskussion ermöglic
Ziel dieses öffentlichen Prozesses kann es natürlich nicht sein, das Urteil des ersten Prozesses zu bestä

Wir bitten das ZK der KPdSU in diesem Sinne tätig zu werden

Mit sozialistischen Grüßen

Der Sekretär des Landesverbandes des SDS
im Auftrag des Landesbeirats

29.01.1968:
In Berlin beginnt der Arbeitskreis Springer Tribunal der Kritischen Universität (KU) den "Kampf" und ruft mit einem Flugblatt auf zum Tribunal am 1.2.1968 in der TU, Hörsaal HE 101.
Q: KU-AK Springer Tribunal: Frauenmörder…, Berlin 29.1.1968

Frauenmörder saß nackt am Tatort! Man sollte dem Tierquäler die Finger abhacken! Der Kanzler gab den Bergleuten sein Wort! Nackter Mann mit Maske überfällt Schulkinder - Eltern in Sorge! 18jähriger vor Gericht: Macht mich zum Mädchen! Das Opfer hat selbst schuld! Falscher Kammersänger verführte Minderjährige! Muttermord für 240 DM! Mord im Blindenheim! Mutter warf ihr Baby weg! Falscher US-Polizist biß in den Teppich!

DO. 1. FEBR. 20 h
TU HÖRS. HE 101

Dürfen Studenten über BILD-Leser lachen?
Wer ist klüger: Arbeiter oder Studenten?
Weiß nur der Student von der Unterdrückung?
Sind Arbeiter dumm?
Genügt das Aussprechen der Wahrheit?
Warum reagieren Arbeiter darauf aggressiv?
Gehören Studenten zur herrschenden Klasse?

WIE KÄMPFT MAN GEGEN DIE MANIPULATEURE?

Arbeitskreis der Kritischen Universität SPRINGER TRIBUNAL beginnt den Kampf.

1 Berlin 33, den 29.1.1968
Garystr. 20
Tel.: 7690 421

29.01.1968:
An der FU Berlin gibt der AStA vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt heraus mit einem Schreiben des Generalstaatsanwalts beim Landgericht an Bernd Wilhelmer zu dessen Anzeige gegen den Kirchendiener Bruhn, wozu das Verfahren eingestellt werde. Aufgerufen wird zur VV am 2.2.1968.
Q: AStA FU: Der Generalstaatsanwalt…, Berlin O. J. (1968)

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

1 Berlin 21, den 23. Januar 1968
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11, App.
(im Innenbetrieb: 933)
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30-13.00 Uhr

Gesch.-Nr. 1 P Js 1116.67

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Herrn
Bernhard W i l h e l m e r
B e r l i n 45
Hindenburgdamm 13

Auf Ihre Strafanzeige vom 13.November 1967 gegen den Kirch
diener Gerhard B r u h n wegen Körperverletzung und Sach
beschädigung:

Nach den durchgeführten Ermittlungen vermag ich ein öffent
liches Interesse an der Strafverfolgung der von Ihnen ange
zeigten Delikte nicht zu erkennen. Unabhängig davon, ob de
von Ihnen angezeigte Sachverhalt sich tatsächlich so abge-
spielt hat, wie Sie es behaupten (der Beschuldigte bestrei
tet die ihm vorgeworfenen Taten), oder ob der Beschuldigte
in seiner Eigenschaft als Kirchendiener gegen den in seine
Augen begangenen Hausfriedensbruch einzuschreiten berech-
tigt war, ist der durch die angezeigten Handlungen gestört
Rechtsfrieden auf das Innere der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis
kirche beschränkt. Bei dieser Sachlage vermag ich ein Inte
esse der Allgemeinheit an einer Strafverfolgung nicht zu
erkennen.
Ich habe daher das Verfahren eingestellt.

Sie haben die Möglichkeit, gegen den von Ihnen Beschuldigt
im Wege der Privatklage vorzugehen (§§ 374 ff. StPO).

Im Auftrage
Severin
Oberstaatsanwalt

Beglaubigt
Justizangestel

Krümmen Sie mal einem Kirchgänger ein Haar, er würde uns interessieren, welch öffentliches Interesse der Strafverfolgung der Oberstaatsanwalt dann zu erkennen vermag!

FREITAG

2.2.68

14 UHR

VOLLVERSAMMLUNG ALLER FAKULTÄTEN

IM AUDIMAX

Allgemeiner Studentenausschuß
Freie Universität Berlin

29.01.1968:
An der FU Berlin erscheint das Flugblatt "Dem Nachwuchs eine Chance" der HSU zum fehlenden Rektor der FU.
Q: HSU: Dem Nachwuchs eine Chance, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

Abschrift

29. JAN. 1968

dem nachwuchs eine chance

An alle Genetiker, Soziologen und Zahnmediziner, besonders Berliner !

Wenn Sie "Markenartikler" im wahrsten Sinne des Wortes werden wollen;

Wenn Sie dazu beitragen möchten, unsere starken Marken AKADEMISCHE WÜRDE, BERLINER MODELL, DISZIPLINARRECHT, RUHE UND ORDNUNG, HAUSRECHT, ZWANGSEXMATRIKULATION, BAUPOLIZEILICHE VORSCHRIFTEN, GEMEINSCHAFT VON LEHRENDEN UND LERNENDEN noch stärker zu machen;

Wenn Sie entschlossen sind, mit diesen Markenartikeln auf die Reise zu gehen,

DANN SIND SIE UNSER MANN.

Sie werden von erfahrenen akademischen Bürokraten ausgebildet und erhalten in unserem Hause eine spezielle Schulung, durch die Sie die Möglichkeit haben werden, schon sehr bald zu den Erfolgreichen zu gehören.
Wir bieten Ihnen Solidarität im Betrieb,
die üblichen Sozialleistungen (Honnefer Modell)
Amtstracht (mit attraktiver Kette)
und verbilligten Mittagstisch.

Wenn Sie diesen Weg mit uns gehen wollen, setzen sie sich bitte Anfang der Woche mit uns in Verbindung. Ihren Anruf erwarten wir unter der Nummer 76 90 / 2249 (Sachbearbeiter Völz).
Oder schreiben Sie uns unter dem Stichwort: NACHWUCHS-REKTOR der FU. (Zeugnisabschriften, Lichtbild und handgeschriebener Lebenslauf - bitte nicht vergessen.)

Akademischer Senat der Freien Univ.
1 Berlin 33
Ihnestrasse 24

Diese Anzeige entnahmen wir der Tagespresse. Seit dem 1. Okt. 67 ist es ein offenes Geheimnis, daß wir keinen Rektor mehr haben. Anfragen bei der Rektorenkonferenz (Bad Godesberg), der Studienreformkommission, beim Immatrikulationsbüro sowie der Fa. Grieneisen erbrachte das gleiche Resultät.

Humanistische Studenten UNion

29.01.1968:
An der FU Berlin luden die germanistischen Seminare der Kritischen Universität (KU) und die Studentenvertretung des Instituts für Germanistik für heute ein zur Arbeitsbesprechung im Clubraum des Germanischen Seminars.
Q: SV Germ: Vollversammlung, Berlin 24.1.1968, S. 2

2 8 JAN

KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

KU-Seminar "Politische Sprache"
" " "Verschüttete Aufklärung"
" " "Theorie einer demokratischen Literatur"
Studentenvertretung des Instituts für Germanistik
- Öffentlichkeitsausschuß -

An alle Teilnehmer der germanistischen KU-Seminare,
an alle Kritiker:

Die germanistischen Arbeitskreise der KU sind während der Arbeit dieses Semesters auf eine Vielzahl von Schwierigkeiten gestoßen; die in einer gemeinsamen Arbeitsbesprechung geklärt werden sollen. Angesichts der Situation der Germanistik an der FU ist die Rolle der KU-Seminare neu zu bestimmen.
Der Öffentlichkeitsausschuß der SV lädt daher zusammen mit den Arbeitskreisen alle Interessenten zu einer Arbeitsbesprechung ein:

ARBEITSBESPRECHUNG
MO, 29.1., 15 UHR
CLUBRAUM IM GERM.SEM.

Im einzelnen soll diskutiert werden über:

- GEGENGERMANISTENTAG: Debatte über Themenstellung und strategische Funktion innerhalb der KU,
- Programm der KU-Arbeitskreise im SS 68, Koordination, Verhältnis zu den regulären germanistischen Lehrveranstaltungen,
- Diskussion über Arbeit dieses Semesters: theoretische, soziale und organisatorische Schwierigkeiten der Arbeit,
- Möglichkeiten zur Publikation der Arbeitsergebnisse der KU-Seminare,
- Möglichkeiten zur Umfunktionierung der Tutorenkurse zur studentischen Selbhilfeeinrichtung,
- künftiges Verhältnis von KU und Studentenvertretung des Instituts, ev Kandidatur von Arbeitskreisteilnehmern, da (fast) die gesamte SV am Ende dieses Semesters zurücktritt.

Wir bitten alle Kommilitonen, zu den einzelnen Diskussionspunkten Vorschläge vorzubereiten.

29.01.1968:
An der FU Berlin gibt die Fachschaftsvertretung Politologie, laut einem Eingangsstempel heute, ein Flugblatt heraus zur Verschiebung der Veranstaltung über den lehrplan am OSI auf den 1.2.1968 und zur Vollversammlung der Phil Fak. am 30.1.1968.
Q: FU FSV Politologie: Wichtig !!, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

29. JAN 1968

W I C H T I G ! !

I N F O R M A T I O N S V E R A N S T A L T U N G über

LEHRPLAN SS 1968 verlegt auf D O N N E R S T A G , 1.2. HSA, 13.00

Wegen der auf Dienstag, 13.00 Uhr anberaumten äußerst wichtigen Vollversammlung der PHIL.-FAK. muß die für diesen Termin vorgesehene Informationsveranstaltung über die Vorbesprechungen zu den Lehrveranstaltungen im SS 1968 auf Donnerstag verschoben werden.

Auszug aus Info-Dienst Nr. 105:

In den nächsten drei Wochen finden die Vorbesprechungen zu den Lehrveranstaltungen im nächsten Semester statt. Viele Studenten sind der Aufforderung nachgekommen, ihre Planungen für das nächste Semester, die in den Infos veröffentlicht werden, ausführlich vorzustellen.

Durch diese Informationen wird die immer stärker werdende Kritik an d bisherigen Studiengestaltung in die Diskussion der konzipierten Lehrveranstaltungen einfließen können. Damit wird es den Studenten möglic sich an der Entscheidung über Konzeption und Durchführung der Lehrver anstaltungen zu beteiligen.

Diese Form der Vorbereitung auf das neue Semester kann jedoch nur in Zusammenhang gesehen werden mit der ständigen kritischen Reflexion von Lehr- und Lernpraxis, da isolierte Vorbesprechungen wenig an einer si verselbständigenden Veranstaltungspraxis ändern.
Um die der Forschung und Lehre immanenten Formen der Kooperation, die die Beteiligung der Studenten am Lehr- und Forschungsprozeß vorausset zu gewährleisten, ist die Bildung von Arbeitsgruppen notwendig.
Die bisher am OSI gemachten Erfahrungen wissenschaftlicher Kooperatio in AG's und kollektiver Erarbeitung der Diskussionsgrundlagen für Übu gen und Seminare, die zu Stoffproblematisierung und Methodenreflexion geführt haben, sollen im nächsten Info und in der angekündigten Information sveranstaltung der Fachschaft dargestellt und diskutiert werden.

Wir fordern alle an solcher experimentellen Wissenschaftspraxis beteiligten und interessierten Studenten und Dozenten auf, an der Veranstaltung teilzunehmen, ihre Erfahrungen darzulegen und sich der Kritik und öffentlichen Diskussion zu konfrontieren.

Wir hoffen, daß in solchen Diskussionen vorgebrachte Kritik und geforderten Alternativen die Notwendigkeit studentischer Mitbestimmung an der Studiengestaltung offen klargelegt wird.

‡ I m Z u s a m m e n h a n g d a m i t w e i s e n w i r
‡ e i n d r i n g l i c h a l l e S t u d e n t e n d e s
‡ O S I a u f d i e VV der PHIL.-FAK. am
‡ D I E N S T A G um 13:00 Uhr h i n.

Die Ergebnisse dieser Vollversammlung werden auch für die weitere Diskussion der Studiengestaltung am OSI entscheidend sein.

Fachschaftsvertretung Politologie

29.01.1968:
An der FU Berlin verfasst die Studentenvertretung des Romanischen Seminars vermutlich Anfang dieser Woche einen Brief "An alle Romanisten der Bundesrepublik" zur Einstellung des Lehrbetriebs.
Q: SV Rom FU: An alle Romanisten der Bundesrepublik, Berlin Ende Januar 1968

Studentenvertretung des
Romanischen Seminars
der Freien Universität Berlin

1 Berlin 33
Ihnestr. 22

Ende Januar 1968

An alle Romanisten der Bundesrepublik

wie Sie gewiß der Tagespresse entnommen haben, haben unsere Dozenten die Lehrveranstaltungen abgebrochen, als wir mit dem Experimentcharakter des Grundstudiums ernst gemacht haben. Nachdem sie bereits seit Wochen eine hysterische wie hilflose Propäganda gegen die progressiven Kräfte im studentischen Lager betrieben haben (wobei sie u. a. versuchten, kritische Jungstudenten als Radikalmarxisten zu verketzern und Tutoren, die im Dienste der Jüngern bis zu 2 Tagen in der Woche für 70 DM arbeiten, als Nutznießer des establishments zu diffamieren),dabei geschickt nach dem Schema operierend: zu Vollversammlungen der Studenten gehen wir nicht mehr, ihre Beschlüsse mißachten wir nach Möglichkeit - verwirklichten Studenten den Beschluß der Vollversammlung vom 19. 12. 1967 und führten unter Beteiligung der Kursmitglieder und auf deren Wunsch Diskussionen in den Grundstudiumskursen durch. Dieses primitivste aller akademischen Rechte beantwortete der "Lehrkörper" damit, daß die drei Direkto für eine Woche sämtliche Veranstaltungen am Institut verboten. Dabei kam es zu so grotesken Szenen wie der, daß der Ordinarius Horst Baader noch sein Hauptseminar hielt, obwohl am "Schwarzen Brett" ein von langer Hand vorbereiteter Zettel mit seiner Unterschrift die Schließung ankündigte. In welch ausweglose Situation sich der Lehrkörper inzwischen manövriert hatte, zeigt auc die Tatsache, daß selbst die Springerzeitungen die Behauptungen der Presseerklärung der Dozenten nicht abdruckten, zum Teil auch deswegen, weil sich die Korrespondenten an Ort u. Stelle von den ernsten Bemühungen der Studenten und ihrer Vertretung überzeugen konnten. Vor einiger Zeit haben wir ihnen unsere Zeitschrift "Romanistikstudium" geschickt, an der noch viel zu verbessern ist und für deren Kritik wir Ihnen dankbar sind. Statt die darin kritisierten Mißstände beseitigt zu sehen, müssen wir uns vom Dekan, Prf. Loos, vorwerfen lassen, darin würden "Hammerschläge auf einzelne Dozenten" verteilt und "Haß und Zerstörung" gesät.

Würden ihre Professofen genauso reagieren? Machen sie die Probe, denn auch Sie werden erstaunt sein.

Kaum haben wir rationale Diskussionen in den Kursen verlan schließen sie den Lehrbetrieb.

Wir warnen eindringlich vor der Einführung eines Grundstudiums, dessen Joch später nur mit ungeheurer Mühe abzuschütteln ist. Z r Zeit wird an der Phil. Fak. in breiter Front gegen das Grundstudium gekämpft und der Kamf lohnt sich.

Falls Sie einmal Gelegenheit haben, sich mit dem Privatdozenten Dr. Schrader, den Prof. Baader, Loos, Pabst oder den Assistenten Dr. Beckmann, Heydenreich, Hitze, Höhnisch, Gillesse Goebel, Foltys, Schroeder, Schauwecker, Straub, Funke, Voigt, Friedrich über das Grundstudium und die Studienreform zu unterhalten, sollten Sie diesem Gespräch nicht ausweichen, denn es wird ihnen Argumente vermitteln, die Sie hoffentlich sehr nachdenklich stimmen werden.

Wir hoffen, Ihnen Informationsmaterial beilegen zu können, so daß auch an ihrer Uni die Diskussion endlich ins Rollen kommt.

29.01.1968:
An der TU Berlin erscheint vermutlich Anfang bis Mitte dieser Woche erstmals ein 'AStA Info' (vgl. 6.2.1968) mit dem Leitartikel "AStA an der TU?".

Enthalten sind die Abschnitte:
- "Die Referate der Studentenvertretung";
- "Nachrichten aus dem Parlament";
- "Nachrichten aus den Fachschaften";
- "Mitteilungen der Referate".

Q: AStA Info TU Berlin AStA an der TU?, Berlin O. J. (1968)

ASTA INFO

INFORMATIONEN AUS DER STUDENTENVERTRETUNG DER TU BERLIN

Rainer Wethekam/ Eberhard Udem, 1. und 2. Vorsitzender der Stud.-Vertr

A S T A A N D E R T U ?

Die breite Eigenaktivität der Studentenschaft ist die Grundlage für eine wirksame Vertretung Ihrer Interessen. Auf dieser Grundlage wollen wir unsere Vorstandsarbeit aufbauen.

Warum AStA-Prinzip?

Wir lehnen ein autoritäres Vorstandsprinzip, wie es durch das bestehende System der "Studentenvertretung" impliziert ist, ab.

Qualifizierte Mitarbeit der Referenten erfordert gleichberechtigte Mitentscheidung. Im Sinne einer Demokratisierung der Exekutive werden wir nach dem AStA-Prinzip arbeiten. Das heißt: Wichtige Entscheidungen werden nicht vom Vorstand allein, sondern in Diskussionen im AStA getroffen. Für Sonderaufgaben, wie die Organisation von Veranstaltungen z.B. für das Kulturreferat ist es wünschenswert, daß sich weit öfter als bisher ad hoc Arbeitsgruppen interessierter Studenten bilden.

Unsere Hochschulpolitik muß auf die tägliche Arbeit jedes Studenten zugeschnitten sein. Das heißt: Auf die Arbeit in Vorlesungen, Übungen, Seminaren und in der Forschung. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den Fachschaften und dem AStA unabdingbar.

Wir schlagen vor:

+ Vor und nach jeder Sitzung des akad. Senats findet eine Besprechung mit den Fachschaftssprechern statt.
+ Die Fachschaften berichten in den AStA-INFO in kurzen Abständen über ihre Arbeit.
+ Die Arbeit der Fachschaffen an neuen Prüfungsordnungen sollte unter den Gesichtspunkten eines gemeinsamen Hochschulreformkonzeptes koordiniert werden.

****

AStA-INFO TU Berlin, herausgegeben vom Pressereferat der Studentenvertretung der TU. Erscheint nach Bedarf.

DIE REFERATE DER STUDENTENVERTRETUNG

Referat	Raum	Tel.	Sprechstunde
ANRISSE	2125	3361	tägl. ab 14 Uhr
Außenreferat	2136	549	täglich 12 bis 13 Uhr
Finanzreferat	2133	760	tägl. 11 bis 12
Hochschulref.	2135	1312	
Kulturreferat	2128	961	tgl. auß. Mo 10 bis 12
Politische Bild.	2127	3361	
Presse	2126	3361	tägl. ab 14 Uhr
Sozialref. Stud.	Haus	555	tgl. auß. Mi 10 bis 13
Sportref.	2110	3179	Di, Do 13 bis 14
Studienhilfe	2139	705	tgl. auß. Mi 11 bis 13

****

NACHRICHTEN AUS DEM PARLAMENT

1. o. Sitzung am 18.1.1968

1. Wahlen

Als Vorstand der Studentenvertretung: Wethekam/Udem (WG) mit 46:29:2 Stimmen (einziges Kandidatenpaar).
Senatssprecher: Wethekam und Dieter Läpple (WG)
Kuratoriumssprecher: Gerhard Hain (UAG)
Jens Krause (UAG) wurde in seinem Amt als Vorsitzender des Fakultätenrats bestätigt. Stellvertr. Vorsitzender des FR: Gert Heinrich (WG).

2. Beschlüsse

+ Alle am Wahlkampf beteiligten Gruppen veröffentlichen Höhe und Herkunft der zum Wahlkampf aufgewandten Geldmittel.
+ Das Studentenparlament ist über den Vorschlag der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus empört, Senatsrat Prill zum Polizei-Vizepräsidenten zu machen. Es fordert, daß Prill nicht ernannt wird und darüberhinaus, daß er aus seiner derzeitigen Position beim Innensenator entlassen wird.
Aus der Begründung: "Ein Mann, der Aussprüche getan hat wie 'Die (wilden Demonstranten) sollen ruhig kommen; die kriegen eins mit dem Knüppel auf den Hut. Das ist gleich ein gutes Übungsfeld für die Polizei' und 'wenn Ihnen das nicht paßt, dann können Sie ja auswandern', hat sich unserer Meinung nach für jede verantwortungsvolle Tätigkeit selbst disqualifiziert".

****

NACHRICHTEN AUS DEN FACHSCHAFTEN

Fachschaft BAU UND VERKEHR

1) Fachschaftssprechstunden Mo-Fr 11.45-12.30 Uhr
2) Ball der Bauingenieure
2. Februar 68, 20 Uhr im Prälat Schöneberg. Karten im EB 224 in den Sprechstunden.
3) Bemessungsklausur Stahlbeton I verschoben auf 17.2.68, 9.00 Uhr im Seminarraum Prof. Wagon: BH 112.

Fachschaft HÜTTENWESEN

Vordiplom-Kandidaten Achtung!!!
Zwischen den Prüfungsfächern Mineralogie, Geologie und Lagerstättenkunde darf der Student F r e i wählen! Das heißt:
Vorlesungen, Übungen und Klausuren müssen so erledigt werden wie in den Prüfungsbestimmungen festgelegt ist. Bei der Anmeldung zur Vordiplomprüfung soll der Kandidat dann im Diplomprüfungsamt seine Fachwahl angeben. Sie ist für Amt und Professoren bindend.

Fachschaft WI + ING

Sprechstunden: Di 12 - 13 , Do 13 - 15 Uhr. Raum H 2136 Tel. 1312

Fachschaftssprecher: M. Reutlinger, D. Rogge.

Die Sprechstunde ist eingerichtet für: Studienberatung
Schreibmaschinenausleihe
Prüfungskartei
Umdruckverteilung

Augenblicklich sind folgende Umdrucke erhältlich:
Stundenplan für Fachrichtung Maschinenbau bis zum Vordiplom
Liste der Sprechstunden von Professoren und Assistenten der Fak. VIII
Prüfungsstoff für das Fach Rechtswissensch. in der Dipl.-Hauptprüfung

Öffentliche Fachschaftssitzungen: Jeden Dienstag 18 - 21 Uhr H 1029.
Tagesordnung am Fachschaftsbrett und im Fachschaftsraum.

ACHTUNG: SEHR WICHTIG !!!!!!
Vollversammlung Do. 8.2. 12 - 14 Uhr H 0104
Ausgiebige Information über die neue Prüfungsordnung, die schon im SS 68 angewandt wird und wesentliche Neuerungen aufweist.

VORLESUNGSFRAGEBOGEN:
Die Fachschaft beabsichtigt, einen Grundfragebogen für alle von Wi Ing zu hörenden Vorlesungen herauszugeben. Die Fachschaft wird die Bögen an alle Studenten verteilen und die ausgefüllten Exemplare verschlüsselt an die Lehrstühle weiterleiten.
Die Aktion soll in Zusammenarbeit mit der Fakultät durchgeführt werden.
Die Ergebnisse der Fragebögen sollen veröffentlicht werden. Mitarbeiter werden noch gesucht.

STANDARDISIERUNG DES PRÜFUNGSSTOFFES :
Prof. Koenigs hat eine Zusammenstellung des ständigen Prüfungsstoffes im Fach Rechtswissenschaft für die Diplomhauptprüfung ausgearbeitet.
Dieser Umdruck ist erhältlich am Lehrstuhl, Zi. H 9120 oder im Fachschaftsraum, Zi. H 2136.
Für die Fächer BWL und VWL ist eine solche Zusammenstellung in Vorbereitung.
Es ist zu hoffen, daß sie noch vor dem nächsten Prüfungstermin erscheint.
Die Standardisierung des Prüfungsstoffes ist Voraussetzung für das Inkrafttreten der neuen Prüfungsordnung.

++++++++++++++

Fachschaft MASCHINENBAU

Die Abteilung Maschinenbau wird laut Fakultätsbeschluß aufgelöst.
Sie wird durch die drei Abteilungen
Allgemeiner Maschinenbau
Fertigungstechnik und
Verfahrenstechnik
ersetzt.
Das Studium in der Fakultät Maschinenwesen ist bis zum Vorexamen einheitlich für alle Abteilungen. Den Studenten steht bis zur Diplom-Hauptprüfung die Entscheidung für eine Abteilung frei.

++++++++++++++

Fachschaft FLUGTECHNIK

Eine Fachschaftsversammlung zusammen mit Professoren der Abteilung Flugtechnik zum Austausch von Kritik und Anregungen findet am Mittwoch, 14.2.68 um 15 Uhr im Seminarraum 305, Institut Flugtechnik, statt.

++++++++++++++

MITTEILUNGEN DER REFERATE

KULTURREFERAT

Veranstaltungen des Referats:

2./3. Febr. 20 Uhr Bierkeller Siegmunds Hof in Zusammenarbeit mit Siegmunds Hof: PANTOMIMENABEND GISELA TOLLE

9. Februar 20 Uhr Ehrenhof TU: Recital de Musica Clasica Latinoamericana y Europea in Zusammenarbeit mit der Asociation de estudiantes latinoamericanos en Berlin occidental.

9. Februar 22 Uhr Bierkeller Siegmunds Hof in Zusammenarbeit mit Siegmunds Hof: MODERN JAZZ CONCERT. Es spielen u.a. Manfred Schoof (Corn/Flügelh), Werner Dudek (ts), Alexander v. Schlippenbach (piano) und Mani Neumeier (cl)

11. Februar Freie Volksbühne 20 Uhr: "Der Schatten", ein Märchen für Intellektuelle mit anschließender Diskussion über das Stück zwischen Regisseur, Schauspielern, Kritikern und den anwesenden Studenten. Ferner wurde mit der Freien Volksbühne ein Abkommen getroffen, um von jetzt an auch billige Karten dieses Theaters in der Theaterkasse des Kulturreferats zu verkaufen.

24. Februar Audimax TU 20 Uhr: JAZZ CONCERT mit der Rias Big Band unter Dave Hildinger und mit prominenten Solisten.

In Vorbereitung für dieses Wintersemester:
"BORNIERTE GESELLSCHAFT", ein Abend mit Dietrich Kittner im Bierkeller Siegmunds Hof. Dietrich Kittner - der Tip des Monats vom Kulturreferat. Außerdem DICHTERLESUNG mit Stefan HERMLIN (DDR). Mit anschließender Diskussion.

Übrigens.....Anfang Februar gibt es wieder Theatergutscheine
.....Dienstag bis Freitag von 10 bis 12 Uhr
.....Wenn Sie Interesse und Ideen haben, um im Team des Kulturreferats mitzuarbeiten...kommen Sie zu uns.
.....sehr empfehlenswert:

23. Februar 22 Uhr Bierkeller Siegmunds Hof: JAZZ UND LYRIK AUS DER CSSR. Cabarett Viola, Prag; Jazzensemble Usti.

16. Februar 20 Uhr Bierkeller Siegmunds Hof: FOLKLORE AUS DER CSSR Folklore-Ensemble/Cimbal-Gruppe

++++++++++++

POLITISCHES REFERAT

Veranstaltungen:

1.2. 20 Uhr HE 101 SPRINGER-VERANSTALTUNG (Springer-Tribunal)
2.2. 20 Uhr AudiMax FU Vorbereitung zur Sitzdemonstration (Griechische Militärmission)
3.2. 11-13 Uhr Griechische Militärmission: SITZSTREIK, im Anschluß daran Diskussion im AudiMax TU
6.2. 20 Uhr AudiMax TU: Vollversammlung der KU
9.2. 19-24 Uhr AudiMax TU: Springer-Hearing
10.2. 14.30 - 23 Uhr AudiMax TU: Springer-Hearing
11.2. 10 - 22 Uhr AudiMax TU: Springer-Hearing
12.2. 20 Uhr HE 101 HANOI-FILM, Vietnam-Veranstaltung.
13.2. FU Hörsaal A: KUBA-BOLIVIEN.
14.2. FU Filmstudio (AudiMax) ?????
16.2. HE 101 TU : KUBA-Wochenschau
17.2. Audimax TU: VIETNAM-KONGRESS

++++++++++++

PRESSEREFERAT/ANRISSE

Die nächsten ANRISSE erscheinen am 7. Februar.

ENTEIGNET MATTHÄI. Helau.

****

29.01.1968:
Das Evangelische Publizistische Zentrum (EPZ) Berlin veröffentlicht vermutlich in dieser Woche die "Materialsammlung über die Unruhen an den Universitäten, das politische Mandat der Studentenschaft und die Stellung der Evangelischen Studentengemeinde" (ESG), mit den Texten:
- "1. Demonstrationserscheinungen bei Schülern und Studenten", ein Auszug aus einem Artikel von Werner Brölsch in den 'Berliner Informationen' vom Dez. 1967, der berichtet aus den USA, aber auch Berlin über die Schülergewerkschaft und die Studentendemonstrationen;
- "2. Auszug aus einem Referat von Studentenpfarrer Hasselmann (FU Berlin) vor der Konferenz Ev. Studentenpfarrer im September 1967" zur Rolle der ESG, erschienen in den 'Berliner Informationen' vom Dez. 1967;
- "3. Professor Gollwitzer in einer Fernsehdiskussion" im Dritten Programm am 14.6.1967 zum Thema "2. Juni 1967";
- "4. "'Studentenulk oder Notwendigkeit?'; Passagen einer Diskussion im Auditorium maximum der Universität Hamburg ('Die Zeit' vom 1.12.1967)" mit Beiträgen von Rudolf Augstein, Ralf Dahrendorf, Rudi Dutschke (SDS) und Harry Ristock (SPD), aber nicht von Jens Litten (SHB) und Knut Nevermann (FU Berlin), die ebenfalls teilnahmen; und
- "5. Auseinandersetzung um die gottesdienstliche Nutzung der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche durch die Evangelische Studentengemeinde" aus den 'Berliner Informationen' vom Okt. / Nov. 1967.

Im Anhang erscheinen:
- "1. Erklärung des Gemeindekirchenrats der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche" u.a. zur Störung des Gottesdienstes am 12.11.1967;
- "2. Erklärung der Evangelischen Studentenpfarrer Westberlins" zur Erklärung des Gemeindekirchenrats der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche vom 13.11.1967;
- "3. Darstellung der Ereignisse am Heiligen Abend 1967 in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche", wo Plakate gegen den Vietnamkrieg und eine Fahne gezeigt wurden;
- "4. Stellungnahme von Helmut Gollwitzer zu den Vorgängen in der KWG-Kirche";
- "5. Erklärung des Generalsuperintendenten Helbich zu den Vorgängen in der KWG-Kirche";
- "6. Die Vorgänge im Sylvestergottesdienst der KWG-Kirche";
- "7. Politische Verantwortung der christlichen Gemeinde (Eine Thesenreihe der Evangelischen Studentengemeinden)" vom Dez. 1967, aus den 'Berliner Informationen' vom Dez. 1967;
- "8. Mit den Führern radikaler Gruppen sprechen" von Bischof Scharf;
- "9. Berliner Kirchenleitung verurteilt Störungen der Gottesdienste" vom 3.1.1968;
- "10. Studentische Protestdemonstration im Hamburger 'Michel'" vom EPD, 15.1.1968;
- "11. Bundeswehr nicht als 'Hintergrund-Reserve' im Hamburger 'Michel'" vom EPD vom 25.1.1968;
- "12. Thielicke gegen Diskussionen im Gottesdienst" im Hamburger 'Michel', vom EPD vom 19.1.1968;
- "13. Vertrauen zur Diskussion wieder herstellen. Bischof Wölber zu den Vorgängen im Hamburger 'Michel'" vom EPD vom 25.1.1968;
- "14. Predigtdiskussion mit Studenten in Heidelberg. SDS-Resolution zu den Hamburger Vorgängen abgelehnt" am 21.1.1968, aus dem EPD vom 23.1.1968;
- "15. Landesbischof Heintze: Unruhe positiv beurteilen. Braunschweigische Landessynode zu Studentendemonstrationen ";
- "16. Lilje: Ursachen der Studentenunruhen durchdenken" von der Hannoverschen Landessynode, aus dem EPD vom 18.1.1968; sowie
- "17. Wölber: Der Schutz des Evangeliums gilt auch der Freiheit. Ein Brief des Hamburger Bischofs an alle Kirchengemeinden" aus dem EPD vom 18.1.1968.
Q: EPZ: Materialsammlung über die Unruhen an den Universitäten, das politische Mandat der Studentenschaft und die Stellung der Evangelischen Studentengemeinde, Berlin Jan. 1968

29.01.1968:
Der AStA der Universität Hamburg gibt sein 'Auditorium - Hamburger Studentenzeitung' Nr. 52 (vgl. Dez. 1967, 22.4.1968) für Januar / Februar vermutlich in dieser Woche in einer Auflage von 10 000 heraus. Leserbriefe wenden sich gegen die vielen Fremdwörter (Hiltrud Quicht) sowie gegen die Störer und den sie unterstützenden AStA (Klaus Schedukat): "Diesen Störern - professionellen Störern wie der Roth - aktivierten, um Oberstörer Oberlercher gescharten SDS-Clique - unter stellt der AStA, daß sie 'mit der Hochschulreform Ernst machen und ihrer Kritik an der Lehrveranstaltung in Vorlesungen in Diskussionen vorbringen wollen'."

Berichtet wird von den Studentenparlamentswahlen (StPW), dem studentischen Rechtshilfefonds (vgl. Juli 1967), dem Rektor Ehrlicher (vgl. 26.1.1968), der nur von dreien der fünf wegen Stören der Wenke-

Vorlesung mit Disziplinarverfahren bedachten Studenten die Mitgliedschaft im SDS zu kennen schien und vom Verbot des Buches 'Verdammte Zeit' von Peter Ekberg. Auszüge werden veröffentlicht aus der Flensburger Zeitschrift 'Zwischen den Zeilen', die von jungen engagierten Theologen herausgegeben werde und sich im Heft 7 mit einem Offenen Brief an Prof. D. Thielicke wandte. Will Teichert und Peter Martin berichten vom "Warten auf Honnef". Vorlesungsrezensionen behandeln Prof. Karl Ludwig Schneiders Vorlesung 'Das expressionistische Drama' sowie die 'Einführung in Didaktik und Methodik des Volksschulunterrichts auf Hospitationsbasis' von Prof. Walter Jeziorsky. Von ch stammt der Artikel: "Student '58 - Der Immatrikulationsjahrgang 1958 in der Statistik", der sich stützt auf Josef Hitpass: Das Studienschicksal des Immatrikulationsjahrgangs 1958. Peter Münder behandelt "Die stinkenden Rosen des Hans Habe" bzw. dessen offenen Brief für Axel Springer (vgl. 27.12.1967). Klaus-Michael verfaßte den Artikel "Bildungswerbung in der Krise. Kritik der reinen Bildungswerbung", der u.a. von den Rückschlägen mit den Freiburger Volksschülern berichtet sowie aus Berlin und aus Hamburg von den über 50 Schularbeitskreisen mit Förderunterricht.
In der Rubrik "Zur Diskussion: KU im Kreuzfeuer" äußern sich Gabriele Seydaack, D. Monko und Reinholdf dJ Oberlercher. Zum Konflikt um Oberlerchers Wenke-Rezension erscheint eine "Blütenlese" aus Leserbriefen, aber auch eine "Richtigstellung" von Petra Sellenschloh zu den Fälschungsvorwürfen gegen Oberlercher.

Hingewiesen wird auf die Veröffentlichungen:
- Hans Heiner Holz: Der Irrtum der 'Großen Weigerung' (über Herbert Marcuse);
- Demokratischer und autoritärer Staat - Studien zur politischen Theorie (hrg. v. Herbert Marcuse);
- die Schriftenreihe Wissenshaftstheorie, Wissenschaftspolitik, Wissenschaftsgeschichte des Bertelsmann-Verlages; und
- ein eigenes Paper über Vorlesungsrezensionen.

Rezensionen erscheinen zu:
- Max Horkheimer: Zur Kritik der instrumentellen Vernunft;
- Ernst Topitsch: Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft, sowie Ernst Topitsch: Die Sozialphilosophie Hegels als Heilslehre und Herrschaftsideologie.
- Mitscherlich / Brocher / von Mehring / Horn: Der Kranke in der modernen Gesellschaft;
- Jean Paul Sartre: Kritik der dialektischen Vernunft; und
- Sozialer Wandel. Zivilisation und Fortschritt als Kategorien der soziologischen Theorie (hrg. v. Hans-Peter Dreitzel).

Auf der Rückseite wird eine Bekanntmachung des Rektors dokumentiert (vgl. 29.12.1967).
Q: Auditorium Nr. 52, Hamburg Jan./Feb. 1968

29.01.1968:
Laut der 'Bochumer Studenten Zeitung' demonstrieren in Bochum ca. 2 000 Schüler und Studenten gegen die Fahrpreiserhöhungen. Die Demonstration "hatte politischen Erfolg, die Stadt Bochum wurde gezwungen, die Maßnahmen noch einmal zu überprüfen".
Q: Bochumer Studenten Zeitung Nr. 18, Bochum 1968, S. 1

30.01.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint das Flugblatt des SDS "Sachverständige konnten nicht zur Sache sprechen" zum Go-In in die Grundordnungskommission am Vortag.
Q: SDS: Sachverständige konnten nicht zur Sache sprechen, Heidelberg 30.1.1968

Sachverständige konnten nicht zur Sache sprechen

Am Montag fand das angekündigte go - in in die vorläufige Grund
ordnungskommission (GO) statt. In der GO sitzen sechs Professor
zwei Doz. und zwei Lernende, um sich hinter verschlossenen Türe
über so wichtige Fragen wie die Organisation der Universität, P
fungsordnungen und die Bildung und Besetzung von Entscheidungs
gremien zu verständigen. Wir forderten an Ort und Stelle Öffent
keit, demokratische Wahl(Prof. und Doz. sind nicht gewählt) und
paritätische Besetzung der Kommission.
Die Professoren weigerten sich, mit uns zu diskutieren. Sie begri
deten ihre Weigerung mit dem erstaunlichen Argument, sie seien
darauf nicht vorbereitet. Das heißt, daß die GO, die eigens des-
halb existiert, um über u n s zu verhandeln, nicht mit u n s dis-
kutieren konnte.
Nach der Weigerung der Prof. verließ das studentische Mitglied
Burkhart v. Braunbehrens die GO, um sich dem teach-in im Vorraum
des Jurist. Seminars anzuschließen. Nachdem in zweistündiger Dis
kussion Öffentlichkeit hergestellt war, kamen die Versammelten z
folgendem Beschluß :
Das Pol. Ref. des Asta oder die linken Hochschulgruppen werden
aufgefordert, in der kommenden Woche ein teach-in zum Thema der
GO einzuberufen, dem die folgende Resolution vorgelegt werden
soll :
Die anläßlich des go-in in die vorläufige Grundordnungskommissio
am 29.1.68 versammelten Studenten sind der Auffassung : Nachdem
die Professoren sich weigerten, mit uns über die Forderung nach
Öffentlichkeit, demokratischer Wahl und paritätischer Besetzung
GO zu diskutieren, fordern wir die beiden Vertreter der Studente
schaft auf, die GO zu verlassen. Das anschließend stattfindende
teach-in hat gleichwohl in Anwesenheit einiger Universitätsanges
Assistenten und Professoren zu demonstrieren versucht, daß eine
demokratische Diskussion über die Hochschulreform in Öffentlich-
keit nicht nur möglich, sondern unbedingt erforderlich ist, um so
wohl das Bewußtsein der Professoren als auch der Studenten in Hin
blick auf demokratische Einsicht und die kollektive Erarbeitung
von Argumenten zu verändern.
- -
Während die rechte Einfaltsfront (ADS) eine fremdfinanzierte Ma-
terialschlacht entfesselt, und die wahre Mitte mit der rechten
Mitte um die wahre Mitte prozessiert, hat der SDS mit der prakti-
schen Arbeit begonnen. Jede formalistische Interessenvertretung
der Studenten, die nicht in Diskussion von unten beginnt und so
Öffentlichkeit erarbeitet, führt zu Pyrrhussiegen. Wenn
Grundordnung, Prüfungsordnung, Parität etc. nicht als Resultat
der gemeinsamen Anstrengungen der Studentenschaft zustande kommen
ist es völlig egal, ob wir mit unseren Forderungen Erfolg haben
oder nicht. Wenn der Asta nicht kapiert, daß es gilt, die Student
schaft zu mobilisieren und dadurch zum Erfolg zu kommen, wird er
weiterhin das durchsichtige Feigenblatt bleiben, das die autori-
täre Blöße der Universität kaum verdeckt.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund HD 30.1.68

30.01.1968:
An der FU Berlin gibt der AStA ein Flugblatt heraus zur Internationalen Vietnam Konferenz am 17./18.2.1968.
Q: AStA FU: Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!, Berlin 30.1.1968

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Politisches Referat -

1 Berlin 33, den 30.1.1968
Garystr. 20
Tel. 76 90 421

Liebe Kommilitonirnen und Kommilitonen !

Am 26.5.1967 faßte der Konvent einen Beschluß zum Vietnamkrieg, in dem es hieß: Der Konvent stellt fest, daß ein längeres Ignorieren der Verbrechen in Vietnam durch die Universität einer Vorstellung von den Aufgaben der Universität entspricht, die er seit Jahren mit seiner Hochschulpolitik bekämpft. Die Universität glaubt sich deswegen zum Schweigen verpflichtet, weil sie ihre gesellschaftliche Funktion im Konformismus und in unpolitischer Wissenschaft sieht. Deswegen ist es ein unumgänglicher hochschulpolitischer Schritt des Konvents, durch Parteinahme im Krieg gegen das vietnamesische Volk unpolitischem Selbstverständnis der Universität entgegenzutreten und die Universität an ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern. Hinsichtlich der Verbrechen in Vietnam kann es für eine Universität weder mangelnde Informiertheit noch politische Neutralität geben.
Der Allgemeine Studentenausschuß lud die befreundeten Studentenvertretungen in der Bundesrepublik ein, an dem Kongreß teilzunehmen.

Am 17. und 18. Februar findet in Berlin die in der Presse bereits ausführlich angekündigte Internationale Vietnam Konferenz statt. Grundlegender Gegenstand der Diskussion und Kundgebung ist das Problem der Solidarisierung und Unterstützung der Vietnamesischen Revolution - gesehen im Zusammenhang mit der Befreiungsbewegung in der Dirtten Welt.
Der Allgemeine Studentenausschuß der Freien Universität Berlin befürwortet und unterstützt diese Konferenz und empfiehlt den befreundeten AStA's in der Bundesrepublik, dasselbe zu tun.

Der Allgemeine Studentenausschuß bittet alle Studenten, soweit es Ihnen möglich ist, Kongreßteilnehmer bei sich aufzunehmen. Wir bitten Sie, den Abschnitt ausgefüllt im AStA abzugeben.

---------- bitte wenden ------

Name..... Vorname .....

Adresse .....

Ich kann ..... Personen aufnehmen (männlich / weiblich)

Telefon: .....

gez. Helmut Giesa
- Referent -

ERKLÄRUNG ZUR

INTERNATIONALEN VIETNAMKONFERENZ - WESTBERLIN, 17./18. Februar 196

Vietnam ist das Spanien unserer Generation. Wir dürfen nicht durch Schweigen oder Neutralität gegenüber dem revolutionären Kampf des vietnamesischen Volkes Schuld auf uns laden. Daher begrüßen wir di Initiative der jungen Generation, die dazu beiträgt, die Weltmeinu gegen die US-amerikanische Intervention in Vietnam und die dadurch verursachte Vernichtung des vietnamesischen Volkes zu mobilisieren Wir solidarisieren uns mit den Streiks, die ein Ende dieser Inter- vention fördern und mit all denen, die amerikanische Bürger, welch ihren Militärdienst verweigern oder aus ihm desertieren, unterstüt

Wir begrüßen deshalb auch diese vom SDS einberufene Konferenz jung sozialistischer Gruppen aus den verschiedenen Ländern Europas zur terstützung des Kampfes gegen die amerikanische Intervention in V nam und die Quisling-Regierung in Saigon und setzen uns für das Re des vietnamesischen Volkes ein, seine Zukunft selbst zu bestimmen.

Dr. Johannes Agnoli, Ilse Aichinger, Ingeborg Bachmann, Reinhard Baumgart, Prof. Ernst Bloch, Nicolas Born, Dr. Margherita von Brentano, Hans Christoph Buch, Prof. Noam Chomsky, Franz Josef Degenhardt, F.C. Delius, Dr. Ingeborg Drewitz, Günter Hans Magnus Enzensberger, Ute Erb, Jacomo Feltrinelli, Hubert Fich Prof. Ossip K. Flechtheim, Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Wilfried Gottschalch, Heinrich Hannover, Prof. Eduard Hapke, Dr. Walter Hasenclever, Rolf Haufs, Hans Werner Henze, Günter Herburger, Wolfgang Hildesheimer, Dr. Peter Hübner, Dr. Reinhard Lettau, Horst Mahler, Prof. Herbert Marcuse, François Maspéro, Ulrike Mari Meinhof, Dr. Klaus Meschkat, Prof. Klaus Mollenhauer, Prof. Wolfga Müller, Maurice Nadeau, Nikolaus Neumann, Herrmann Piewitt, Arno Ploog, Dr. RJ. Raddatz, Stefan Reisner, Georges Reymond, Hans Wern Richter, Jean Paul Sartre, Peter Schneider, Laurent Schwarz, Jürgen Seifert, Prof. Jacob Taubes, Mary Tucholsky, Bernward Vesp Triangel, Dr. Klaus Wagenbach, Martin Walser, Gunilla Weiss, Peter Weiss, Peter Paul Zahl, Gerhard Zwerenz.

Die Unterzeichnenden bitten um weitere Unterschriften und um finanzielle Unterstützung der Konferenz:

Postscheckkonto Jürgen W e r t h , 1 Berlin 3o,
Nassauische Str. 7
Nr. 2o5o 48, Postscheckamt Berlin West, Stichwort "Vietnamkonferenz"

Bankkonto Gerhart R o t t , Berliner Diskonto Bank
Nr. 526/3oo9, Sonderkonto Vietnamkonferenz

30.01.1968:
In Berlin lud der Arbeitskreis 16, "Herrschaftsstruktur der Schule und Rolle des Lehrers", der Kritischen Universität (KU) für heute ein zur Informationsveranstaltung in der PH.
Q: KU-AK 16: Wie frei…, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

20.1.68

KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU KU

KU ARBEITSKREIS 16

HERRSCHAFTSSTRUKTUR DER SCHULE UND ROLLE DES LEHRERS

WIE FREI IST DER LEHRER?

SIND DIE BEAMTENGESETZE MIT DEM GRUNDGESETZ VEREINBAR?

IST EINE HERRSCHAFTSFREIE SCHULE MÖGLICH?

DIENSTAG, DEN 30. JANUAR, 18 UHR INFORMATIONSVERANSTALTUNG DER KRITISCHEN UNIVERSITÄT IN DER PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULE

DER ARBEITSKREIS 16 TAGT AUGENBLICKLICH BEI U. ROCKSTROH, B. 30, TREUCHTLINGER STR. 8 (U-BHF. BAYRISCHER PLATZ ODER SÄMTLICHE BUSLINIEN BUNDESALLEE, HALTESTELLE GÜNTZELSTRASSE), VIERZEHNTÄGIG, NÄCHSTER TERMIN: FREITAG, 2. 2. 68, 20 UHR s.t.

Hannelore Buschardt, stud. paed.
Wolfgang Juche, studienassessor
Irmgard Kohlhepp, Lehrerin an Sonderschulen
Bent Paulsen, stud. phil.
Ulla Rockstroh, Lehrerin zur Anstellung

30.01.1968:
An der FU Berlin erscheint das Flugblatt Nr. 2 der HSU, "Anzeige hatte Erfolg", zum gestrigen Flugblatt über den fehlenden Rektor der FU. Aufgerufen wird zur Vollversammlung der Phil Fak.
Q: HSU: Anzeige hatte Erfolg, Berlin 30.1.1968

30.1.68

HUMANISTISCHE
STUDENTEN Nr.2/68
UNION

1 Berlin 30, den 30. 1. 68
Keithstr.36-38 / 140
Tel. 7690497

Anzeige hatte Erfolg

Zu unserer nicht geringen Verwunderung und großen Freude erfuhren wir heute durch gewöhnlich gut unterrichtete Kreise der Universitätsbürokratie, daß die von uns gestern verbreitete Stellenanzeige aus der Tagespresse ein positives Echo fand. Wir hoffen, daß es im Interesse aller (auch des Betroffenen) ist, seinen Namen und die Adres einer breiteren Öffentlichkeit bekannt und zugänglich zu machen:

HARNDT, EWALD, 62
Prof. Dr. med., Dr. med. dent.
1 Berlin 12
Knesebeckstr. 68-69
Telefon: 8832323

Wie wir weiter erfuhren beabsichtigen der neue Rektor, S. Magnifizenz Harndt, auf der Vollversammlung der Philosophischen Fakultät sein Vorhandensein unter Beweis zu stellen und mit den Teilnehmern zu diskutieren. S. Magnifizenz entschlossen sich zu diesem ungewöhnlichen Schritt aufgrund der Schließeng des Romanischen Seminars durch die Institutsleitung.
Nehmen auch Sie Ihre Chancen wahr und kommen Sie zur

Phil.-Fak.-Vollversammlung

HEUTE HEUTE HEUTE 13 Uhr AUDIMAX 13 Uhr HEUTE HEUTE HEUTE

PS.So trägt die Pressepolitik des Rektorats bei zu einer Diffamierung der Studenten und ihrer Vertretung: Am 24. 1. wird in einer Presseerklärung das Verlangen der Romanistik- Studenten nach Diskussion des Grundstudiums als "gezielte Provokation" bezeichnet und die Aussperrung am Romanischen Seminar gerechtfertigt. Im Kommentar des "HANDELSBLATTS" liest man daraufhin folgende, höchst merkwürdige Schilderung:

(29. 1. 68)"Als kürzlich in München sechs als Polizeibeamte verkleidet Studenten in eine Lehrveranstaltung eindrangen, um sie zu stören, bekamen sie die richtige Antwort: Sie wurden an die frische Luft gesetzt und disziplinarisch mit Hausverbot bestraft. Man fragt sich, warum die zuständigen Gremien der Berliner Freien Universität nicht in gleicher Weise reagierten, als neuen Angehörige des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA)"- da lachen ja die Hühner,(HSU)- "unbefugterweise in eine Lehrveranstaltung des Romanischen Seminars gingen, um dort ei Diskussion zu erzwingen. Der Beschluss der Direktoren des Seminars, den Lehrbetrieb für eine Woche ausfallen zu lassen - vermutlich um ei Exempel zu statuieren - trifft die Störer überhaupt nicht, denn sie g hören dem Seminar nicht an. ..."

(?!)

30.01.1968:
An der FU Berlin wurde eingeladen zur Vollversammlung der Phil. Fak um 13 Uhr anläßlich der Schließung des Romanischen Seminars.

Der Fakultätsausschuss und die Romanisten legen ihre am 29.1.1968 beschlossenen Anträge in einem Flugblatt "Um weitere Aussperrungen zu verhindern" vor.
Q: FU-SV Phil Fak: Genossen - Phil. Fak. Vollversammlung, O. O. (Berlin) O. J. (1968); FU-Phil Fak Ausschuß: Um weitere Aussperrungen zu verhindern, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

18.1.68

NICHT NUR GENOSSEN -

RÄDELSFÜHRER, "ELEMENTE" UND BETROFFENE LADEN WIR EIN ZUR

PHIL.FAK.VOLLVERSAMMLUNG

DIENSTAG - 13°° - AUDIMAX

DIE TAGESORDNUNG DÜRFTE AUCH FÜR SIE INTERESSANT SEIN:

TOP 1 Zu den Vorfällen am Romanischen Seminar

TOP 2 Zur Neuordnung von Grundstudium und Prüfungsordnung an der Philosophischen Fakultät

TOP 3 Zur Situation der Studentenvertreter in der "Hohen Fakultät"

zu 1

Das Romanische Seminar wurde, nachdem die Studenten versucht hatten, in ihren Lehrveranstaltungen über Form und Ziel des Grundstudiums zu diskutieren, am 24. Januar durch einsamen Beschluß der Institutsleitung, mit Billigung des Rektors und des Berliner Senats, für eine Woche geschlossen.
Die Aussperrung der Romanistik-Studenten ist umso empörender, als sich die "akademische" Seite in den Wochen zuvor außerstande sah, mit unseren Kommilitonen in eine rationale Diskussion über das Grundstudium einzutreten.
Zusammen mit den Studentenvertretungen verschiedener Institute und Fachschaften, mit den Asten von FU und TU sowie mehreren westdeutschen Universitäten protestieren wir schärfstens gegen diesen in der Geschichte der FU einmaligen Vorfall.
Am Dienstag werden wir unsere Antwort auf diesen Vorfall diskutieren müssen.

zu 2

Das Grundstudium ist nicht nur für die Romanisten ein Problem. Auch Studenten anderer Fächer müssen sich damit herumschlagen.
Auf der Vollversammlung sollen studentische Vorschläge zur Neuordnung des Grundstudiums und im Zusammenhang damit auch das Prüfungsunwesen in den einzelnen Fächern diskutiert werden.

zu 3

84 stimmberechtigten Ordinarien sitzt in der "Hohen Fakultät" 1 stimmberechtigter Studentenvertreter gegenüber. Dem Fakultätssprecher wurde auch auf der letzten Fakultätssitzung nicht das Recht zugestanden, in der wichtigsten Kommission der Phil.Fak., der Strukturkommission, über die langfristige Planung der Arbeit der Fakultät mitzuberaten. Es kommt uns nicht auf iregendeine Parität an!
Wir fordern statt dessen Einspruchsrecht und Aufhebung der den berechtigten Interessen der Studenten zuwiderlaufenden Vertraulichkeit der Fakultätssitzungen.

Zitat aus der Fak.sitzg. am 17.1.68:

"Nichts ist ungeeigneter mit den Studenten beraten zu werden als langfristige Planung." ---

- Studentenvertretung der Phil.Fak.-

2 9. JAN. 19

UM WEITERE AUSSPERRUNGEN ZU VERHINDERN

Anträge des Fakultätsausschusses und der Romanisten an die Vollversa lung

1. Die Vollversammlung begrüßt die Initiative der Studenten am Roma- nischen Seminar,am Arbeitspplatz selbst über das Grundstudium zu diskutieren.

2. In einer Situation, in der Studenten beginnen, am Arbeitsplatz se d.h. im Seminar und in der Vorlesung über ihr Studium zu bestimme erweist sich die Schwäche des Berliner Modells. Die Ordinarien ha die ohnmächtige Macht, gegen die Interessen der Studenten den Leh betrieb zu unterbrechen; noch immer haben sie die Möglichkeit, Ar mentation und Diskussion autoritativ zu verhindern, indem der Sem narleiter allein bestimmen kann, wie und was studiert wird. Es is daher notwendig, daß die Studentenschaft endlich an der Basis die Rechte erhält, die einer demokratischen Entwicklung des Berliner Modells entsprechen.

3. Die Hohe Fakultät wird aufgefordert,
   a) die rechtswidrige Einstellung des Lehrbetriebes durch die Ordi narien des Romanischen Seminars zu verurteilen;
   b) den TOP 13 der in der Fakultät die Vorgänge am Romanischen Sem nar betrifft, als 3. TOP zu behandeln und TOP 11 als TOP 4 auf der Tagesordnung erscheinen zu lassen. Zu diesen Punkten sind zwei Sprecher der Studentenvertretung des Romanischen Seminars bzw. Mitglieder der Grundstudiumskommission zuzulassen.

4. Die Vollversammlung fordert die sofortige Suspendierung der Zwisch prüfung als unabdingbare Voraussetzung zur experimentellen Gestaltu des Studiums und zur Bildung einer Kommission, die die Neuorganis tion der Studienverhältnisse insbesondere der der Anfänger erarbei ten soll. Als weitere Bedingung gilt, daß die von den Romanisten b gonnene Praxis der Diskussion am Arbeitsplatz weitergeführt wird.

5. Als weitere Forderungen ergeben sich:
   a) Umwandlung der Direktorenkonferenz in einen Ausschuß, in dem di Beschlüsse nicht gegen den Willen der studentischen Vertreter gefaßt werden können. Aufgabe dieses Ausschusses ist die verbi liche Planung des Forschungs- und Lehrbetriebes, von Berufunge und der Finanzplanung. Zu Einzelfragen werden gleichstrukturie Kommissionen gebildet. Sie arbeiten öffentlich und berichten r mäßig der Vollversammlung, die die Arbeit kontrolliert.
   b) Die Mitbestimmung muß auch auf Fakultätsebene neu gestaltet we den:
      - die Studentenvertretungen aller Institute der Phil.Fak. ents den jeweils einen Sprecher, der in der Fakultät stimmberecht ist
      - in allen Kommissionen der Fakultät, einschließlich der Struk kommission müssen Studenten zugelassen sein.
      - die Studenten haben ein Veto-Recht.

Diese Anträge wurden vom Fakultätsausschuß am 29. Jan. 1968 ohne Geg stimme beschlossen.

30.01.1968:
Peter Schütt (vgl. März 1968) berichtet von der Universität Hamburg, dass heute Mitglieder des SDS die Psychologievorlesung von Prof. Hofstätter in ein teach-in über die 'Braune Universität Hamburg' umfunktionieren wollen, was sich nicht zuletzt gegen Hofstätter selbst richtet, denn:"
1963 hatte er in Vorträgen, in einem 'Zeit'-Artikel und einem 'Spiegel'-Interview seine Ansicht bekräftigt, daß Hitler den Juden den Krieg erklärt habe und daß die Judenmorde darum eigentlich Kriegshandlungen gewesen seien und mit dieser Begründung nach dem Eichmann-Prozeß eine Generalamnestie für alle NS-Verbrecher gefordert."
Q: Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 382f

31.01.1968:
Aus Vietnam berichtet Horst Szeponik (vgl. 21.11.1967, 14.3.1968):"
Beginn der Tet-Offensive durch die Befreiungsstreitkräfte. 43 größere Städte und Hunderte kleiner Ortschaften sowie 11 US-Stützpunkte werden angegriffen. Den US- und Saigoner Truppen werden schwere Verluste zugefügt."

Berichtet wird auch durch die KPD (vgl. Apr. 1972), daß diese Offensive ein "Sprung nach vorn" sei.
Q: Horizont Nr. 46, Berlin (DDR) 2. Novemberwoche 1972, S. 25f; Rote Fahne Nr. 44, Dortmund 24.5.1972, S. 7

31.01.1968:
An der Universität Heidelberg erscheint, laut AStA-Archiv heute, das Flugblatt des SDS "Wilde Störversuche in der Presse" zum 27.1.1968. Für die ausländischen Studenten wird ein Teach-in am Ende der Woche im Studentenwohnheim Klausenpfad angekündigt (vgl. 5.2.1968).
Q: SDS: Wilde Störversuche in der Presse, Heidelberg o. J. (1968)

31.1.68

Wilde Störversuche der Heidelberger Presse

Reaktionär Schmidt-Brücken(MdL)bestieg einen Stuhl und zerrte aufgereg
an Transparenten,die,von der Empore herabhängend,linke Meinung dokumen
tierten.Die Rhein-Neckar-Zeitung fühlte sich an 1933 erinnert.Altnazi
Stauder sah eine Kontinuität in Frage gestellt;er kostatierte:"Das hat
Heidelberg seit 1933 nicht mehr erlebt."Solch unfreiwillige Selbstent-
blößung derer,die sich freilich nicht erst seit 1933 hierzulande einge-
richtet haben,erreichten ohne viel Aufwand einige oppositionelle Studen
ten,die sichzur 1o-jährigen Geburtstagsfeier der Veranstaltung "Studen-
ten aus aller Welt tanzen und singen für Heidelberg" eingefunden hatten.
Aus der Friedhofsruhe aufgescheucht,erinnerte sich die Heidelberger Lok
presse aller üblen Tricks,die der bürgerlichen Presse immer dann zu Ge-
bote standen,wenn es linke Opposition zu bekämpfen galt.Sie log,unter-
sclug,hetzte und scheute vor keiner Verdrehung zurück,um jene zu dis-
kriminieren,die sie aus solcher Ruhe aufgeschreckt hatten.Aber in den
bewußten Lügen steckt ein gut Stück ungewollter Wahrheit:"Störenfriede"
in einer Gesellschaft zu sein,die sich ihren Frieden lediglich durch
Manipulation erhält,war und bleibt die Aufgabe des SDS und der oppositio
nellen Studenten.
Wir hatten unsere Aktion in mehreren Flugblättern angekündigt und begrü
det.Wir hatten gesagt,daß sichdie Aktion nicht richte gegen unsere aus-
ländischen Kommilitonen,sondern gegen ein Auskandsamt,das diese kontrol
liert und überwacht.Wir planten die Aktion nicht ohne Kontakt zu diesen
ausländischen Kom ilitonen.Viele sympathisierten mit unserem Vorgehen
und etliche nahmen daran teil.Selbst das Tageblatt kann nicht verschwei-
gen,daß einige "radikale ausländische Studenten " unsere "an Terror
grenzenden Störaktionen" unterstützten.Wie aber war es mit diesem Terro
bestellt?Der Terror des SDS,den auch die RNZ beschwört,entpuppt sich
bei näherem Zusehen als der Terror der Heidelberger Lokalpresse.Diesem
Terror ist kein Mittel zu widerlich,um es nicht anzuwenden gegen die
oppositionelle Studentenschaft.Man schreibt z. B:Der Dank eines indon-
esischen Studenten "an Zake wurde aus den SDS-Reihen mit Buh-Rufen be-
antwortet und dann stürmten die SDS-Leute unter Ho-Ho-Chi-Minh Rufen die
Bühne,um sich des Mikrophons zu bemächtigen."(RNZ)Nachdem zuvor konse-
quent verschwiegen wurde,daß nahezu alle SDS-Leute auf der Empore Platz
genommen hatten,muß jeder Leser annehmen,ein ganzer Pulk,mindestens 5o
Mann,hätte unter wildem Geschrei die Bühne gestürmt,wobei der an dieser
Stelle unwahre Hinweis auf Ho-Chi-Minh Rufe den Verdacht nahelegen soll,
es sei uns nicht um Diskussion,sondern um Dschungelkampf gegangen.In
Wahrheit hatten die auf der Empore versammelten SDS-Leute den Sprechchor
intoniert:"Nicht auf die Bühne stieren,lieber diskutieren!",als 2 Mit-
glieder des SDS eher gelassenen Schrittes sich dem Podium und den darauf
befindlichen Mikrofonen näherten.Als diese die Bühne betreten hatten,ge-
sellten sich ihnen zwei weitere Studenten bei.Zur Diskussion konnten die
die "Bühne stürmenden " SDS Kohorten freilich nicht einmal auffordern.
Obwohl die Bühne zu diesem Zeitpunkt leer war,kamen sie nicht zum Reden.
In der ersten Reihe sitzende Honoratioren ergriffen flugs die Mikrofone,
um sie von der Bühnenbrüstung in den Saal zu holen.Was ihnen denn auch ge
lang,sich aber als unnötige Mühe erwies,insofern die Leutsprecheranlage
längst abgeschaltet war.Während einer der vier SDS-Leute auf der Bühne
versuchte,allein mit Hilfe seiner Stimmbänder die Argumente gegen diese
Veranstaltung vorzubringen,kam es dann zu jener "handgreiflichen Ausein-
andersetzung"(RNZ),die die Presse zu Schlagzeilen anregte wie "Wilde
Störversuche des SDS".Diese "handgreifliche Auseinandersetzung" bestand
lediglich darin,daß einige Teilnehmer der Veranstaltung gegen jene 4 SDS-
Leute handgreiflich wurden,um sie ,statt sich mit ihnen auseinanderzu-

setzen, von der Bühne zu stoßen. An den Seiten des Saales wurden die s
cherart an der Diskussion verhinderten 4Bühnenstürmer dann von berei
gestellten Schlägerkorps empfangen, damit die verhinderte Diskussion
wenigstens mit anderem Mitteln fortgesetzt werde: mit Handkantenschlä
gen, Würgegriffen und Fußtritten.
Einstweilen hatte die auf der Empore stehende SDS - Gruppe, der auf
diese Art eindrücklich der Terror vor Augen geführt wurde, den sie
selbst durch Erstürmung der Bühne ausgeübt haben soll, dazu aufgefor
dert, die Veranstaltung zu verlassen. Den vor der Stadthalle versam-
melten Studenten gelang es, sich Zugang zum Vorraum zu verschaffen,
sodaß dort ein teach - in stattfinden konnte, das noch einmal die
Aktion zu begründen versuchte. Es wäre für die zahlreichen Studenten
nun eine Kleinigkeit gewesen, die Veranstaltung zu sprengen. Gerade
dies aber war nicht ihre Absicht. RNZ und Tageblatt sind des Lobes v
über die "besonnene Haltung, mit der die ausländischen Studenten und
der Leiter des akademischen Auslandsamtes, Helmut Zake, den Jubiläum
abend doch noch zu einem Erfolg gestalteten". (Tageblatt) In Wahrheit
war daran weder Zake noch der OB, "der durch dosiertes Eingreifen
einige schon fällige Explosionen verhütet hat" (RNZ), in irgendeiner
Weise beteiligt.
Wir wollten diskutieren und unsere Stellungnahme abgeben zu seiner
Veranstaltung, die ihren Charakter gerade am Freitag abend eindringli
bewies. An Handgreiflichkeiten kann nicht uns gelegen sein, sondern
nur einer Bürokratie, die sich dort der Fäuste erinnert, wo ihr die
Argumente fehlen.
Angesichts des Krieges in Vietnam und der Ausbeutung und Unterdrük -
kung der Länder der dritten Welt werden wir Störenfriede sein müssen,
- solange, bis ein wirklicher Friede nicht mehr durch Tanzveranstal-
tungen nur suggeriert, sondern durch Abschaffung von Ausbeutung und
Unterdrückung erst möglich gemacht wird. Diesem wirklichen Frieden
wird u.a. durch die Manipulationen des Auslandsamtes und der Lokal -
presse entgegengearbeitet.

Kommilitonen, wir können in einem Flugblatt die Manipulation durch
die Presse nicht in dem Maße belegen, wie sie es verdiente.

Lest unsere Wandzeitung in der Neuen Uni!

Ausländische Kommilitonen kommt zu unserem teach - in Ende dieser Woc
im Klausenpfad und kritisiert uns.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund HD

31.01.1968:
In München findet, laut 'apo press', eine Demonstration statt, wegen der Thomas Schmitz-Bender später einen Prozeß hat:"
Sein Vergehen bestand darin, am 31. Januar 1968 an einer Demonstration teilgenommen zu haben und mit einer Farbsprühdose die 114 (Widerstandsartikel der griechischen Verfassung) an die Wand des griechischen Generalkonsulats gesprüht zu haben" (vgl. 17.6.1968).
Q: apo press Nr. 25, 18.11.1968, S. 8

31.01.1968:
An der FU und der TU Berlin rief Student für Europa - Student für Berlin (SfE) für heute 15 Uhr 15 jeweils vor der Mensa zur Blutspende auf.
Q: SfE: Nur beim Demonstrieren Blut verlieren?? Nein!, O. O. (Berlin) O. J. (1968); SfE: Wir bieten Ihnen, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

E 67 e 2

Nur beim Demonstrieren Blut verlieren?

NEIN!

Studentenblut soll in den Adern der Berliner rollen!

Alle, auch die "schlimmen Linken", sind aufgerufe ihr Blut für diese Infiltrationsaktion zur Verfügung zu stellen.

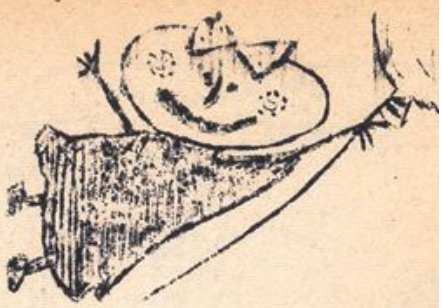
Positives Echo in der Presse: Siehe Tagesspie gel vom 28.6.67 und 17.10.67 an unseren Anschlägen.

Treffpunkt: 31.1.68, 15^{15} h, vor der Mer

Student für Europa
Student für Berlin e.V.

Nächstes Treffen:
7.2.68, 19^{30} h, Klubhaus
FU, 1-B-37, Goethestr.
U-Krumme Lanke
Bus - A3, A53

Student für Europa
Student für Berlin e.V.



Wir bieten Jhnen:

Freie Busfahrt nach Moabit
Freie Rückfahrt in alle Berliner Bezirke (West)
Kräftigen Jmbiss
Blutspenderpass (wichtig für Autofahrer) mit Blut
gruppe und Rhesusfaktor

Sie verlieren: 500 ccm Blut, ca. 90 min. Zeit

Denn: Blutspende = Geld = 2 Tage
Ferien für Grosstadtkinder

Jm vergangenen Jahr haben wir 5500 Kinder in
über 100 Aufenthalten betreut. Jn eigene
Regie und Verantwortung

Treffpunkt: Mi. 31.1.68, 15 15,
vor der Mensa

31.01.1968:
An der FU Berlin findet um 14 Uhr eine Vollversammlung aller Fakultäten im Audimax statt zum Konflikt am Romanischen Seminar, zu der der AStA morgens mit einem Flugblatt "Randalierer aller Fakultäten" aufruft. Aufgerufen wurde auch vom Fakultätsausschuß Math.-nat.

Vom SDS erscheint dazu das Flugblatt "Gesang vom romanischen Popanz". Die Arbeitsgemeinschaft an der Phil Fak (APhil) legt "Thesen zu der Studienreform der Romanistik" vor.

Zu den Auseinandersetzungen um die Stürmung der Sitzung der Philosophischen Fakultät erscheint später eine Stellungnahme die verurteilt, dass Jürgen-Bernd Runge (RCDS) geschlagen und ihm eine Zigarette in der Hand ausgedrückt worden sei.

Der RCDS FU äußert sich dazu in einem Flugblatt "Repressive Demokratie".
Q: N. N.: Vollversammlung, O. O. (Berlin) O. J. 81968); APhil: Thesen zu der Studienreform der Romanistik, O. O. (Berlin) O. J. (1968);AStA FU: Randalierer aller Fakultäten, Berlin 31.1.1968;FU Fakultätsausschuß Math.-nat.: Vollversammlung, O. O. (Berlin) O. J. (1968);Bauer, Karin et al.: Stellungnahme, O. O. (Berlin) O. J. (1968);RCDS FU: Repressive Demokratie, O. O. (Berlin) O. J. (1968);SDS: Gesang vom romanischen Popanz, O. O. (Berlin) O. J. (1968)

31.1.68

VOLL-
VERSAMMLUNG

▷ In einer Situation, in der Studenten beginnen, am Arbeitsplatz, d.h. im Seminar und in der Vorlesung über ihr Studium zu bestimmen erweist sich die Schwäche des Berliner Modells. Die Ordinarien haben die ohnmächtige Macht, gegen die Interessen der Studenten den Lehrbetrieb zu unterbrechen; noch immer haben sie die Möglichkeit, Argumentation und Diskussion autoritativ zu verhindern, indem der Seminarleiter allein bestimmen kann, wie und was studiert wird. Es ist daher notwendig, daß die Studentenschaft endlich an der Basis die Rechte erhält, die einer demokratischen Entwicklung des Berliner Modells entsprechen.

▷ Die Vollversammlung fordert die sofortige Suspendierung der Zwischenprüfung als unabdingbare Voraussetzung zur experimentellen Gestaltung des Studiums und zur Bildung einer Kommission, die die Neorganisation der Studienverhältnisse, insbesondere der der Anfänger erarbeiten soll. Als weitere Bedingung gilt, daß die von den Romanisten begonnene Praxis der Diskussion am Arbeitsplatz weitergeführt wird.

▷ Als weitere Forderungen ergeben sich:

a) Umwandlung der Direktorenkonferenz in einen Ausschuß, in dem die Beschlüsse nicht gegen den Willen der studentischen Vertreter gefaßt werden können. Aufgabe dieses Ausschusses ist die verbindliche Planung des Forschungs- und Lehrbetriebes, von Berufungen und der Finanzplanung. Zu Einzelfragen werden gleichstrukturierte Kommissionen gebildet. Sie arbeiten öffentlich und berichten regelmäßig der Vollversammlung, die die Arbeit kontrolliert.

b) Die Mitbestimmung muß auch auf Fakultätsebene neu gestaltet werden:
   - die Studentenvertretungen aller Institute der Phil. Fak. entsenden jeweils einen Sprecher, der in der Fakultät stimmberechtigt ist
   - in allen Kommissionen der Fakultät, einschließlich der Struktukommission, müssen Studenten zugelassen sein
   - die Studenten haben ein Veto-Recht.

Diese Anträge wurden vom Fakultätsausschuß am 29. Januar 1968 ohne Gegenstimme beschlossen.

HEUTE MI 14.00
AUDI-MAX

VOLLVERSAMMLUNG

aller

FAKUTÄTEN

HEUTE

MI: 14^{00}

AUDI. MAX.

Anträge von der Vollversammlung am 30.1. mit überwiegender Mehrheit beschlossen:

▷Die Vollversammlung begrüßt die Initiative der Studenten am Romanischen Seminar, am Arbeitsplatz selbst über das Grundstudium zu diskutieren. Die Studentenvertretungen der einzelnen Seminare werden aufgefordert, nach dem Beispiel des Romanischen Seminars in die einzelnen Kurse des Grundstudiums zu gehen, um dort mit den Kursteilnehmern und -Leitern den Sinn und Zweck des Grundstudiums mit dem Ziel der Abschaffung zu diskutieren.

▷Die Vollversammlung spricht den an der Schließung des Romanischen Seminars beteiligten Professoren (Loos, Baader, Pabst) das Mißtrauen aus. Sie fordert die Hohe Fakultät der Phil. Fak..auf, in ihrer Sitzung am 31.1.68. diese Ereignisse am Romanischen Seminar als einzigen Tagesordnungspunkt zu behandeln und ebenso wie die Studentenschaft das Verhalten der Professoren zu verurteilen. Weiterhin fordert die VV Öffentlichkeit der Hohen Fakultät. Um diese Forderung zu unterstützen wird für Mittwoch, 31.1., 14 Uhr, eine Vollversammlung aller Fakultäten einberufen.

b. w.

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Politisches Referat -

1 Berlin 33, den 30.1.1968
Garystr. 20
Tel. 76 90 421

Liebe Kommilitonirnen und Kommilitonen !

Am 26.5.1967 faßte der Konvent einen Beschluß zum Vietnamkrieg, in dem es hieß: Der Konvent stellt fest, daß ein längeres Ignorieren der Verbrechen in Vietnam durch die Universität einer Vorstellung von den Aufgaben der Universität entspricht, die er seit Jahren mit seiner Hochschulpolitik bekämpft. Die Universität glaubt sich deswegen zum Schweigen verpflichtet, weil sie ihre gesellschaftliche Funktion im Konformismus und in unpolitischer Wissenschaft sieht. Deswegen ist es ein unumgänglicher hochschulpolitischer Schritt des Konvents, durch Parteinahme im Krieg gegen das vietnamesische Volk unpolitischem Selbstverständnis der Universität entgegenzutreten und die Universität an ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern. Hinsichtlich der Verbrechen in Vietnam kann es für eine Universität weder mangelnde Informiertheit noch politische Neutralität geben.
Der Allgemeine Studentenausschuß lud die befreundeten Studentenvertretungen in der Bundesrepublik ein, an dem Kongreß teilzunehmen.

Am 17. und 18. Februar findet in Berlin die in der Presse bereits ausführlich angekündigte Internationale Vietnam Konferenz statt. Grundlegender Gegenstand der Diskussion und Kundgebung ist das Problem der Solidarisierung und Unterstützung der Vietnamesischen Revolution - gesehen im Zusammenhang mit der Befreiungsbewegung in der Dirtten Welt.
Der Allgemeine Studentenausschuß der Freien Universität Berlin befürwortet und unterstützt diese Konferenz und empfiehlt den befreundeten AStA's in der Bundesrepublik, dasselbe zu tun.

Der Allgemeine Studentenausschuß bittet alle Studenten, soweit es Ihnen möglich ist, Kongreßteilnehmer bei sich aufzunehmen. Wir bitten Sie, den Abschnitt ausgefüllt im AStA abzugeben.

---------- bitte wenden ------

Name..... Vorname .....

Adresse .....

Ich kann ..... Personen aufnehmen (männlich / weiblich)

Telefon: .....

gez. Helmut Giesa
- Referent -

Eofo2

Der Fakultätsausschuss der Math.-nat. Fakultät fordert Sie auf , an der

vollversamm-

lung

ALLER FAKULTÄTEN

heute, Mittwoch den 31.1.68, um 14 Uhr

im Audimax teilzunehmen.

Die Vollversammlung ist vom Asta einberufen anläßlich der jüngsten Ereignisse im Romanischen Seminar. Studenten versuchten innerhalb der Lehrveranstaltungen über das Grundstudium zu diskutieren.

Die Studentenvertretung des Romanischen Seminars war von der Vollversammlung der Romanisten beauftragt worden, gegebenenfalls auch solche Diskussionen zu erzwingen. In einer solchen Situation wurde eine Lehrveranstaltung von dem betr. Dozenten abgebrochen und darauf der Lehrbetrieb des Romanischen Seminars im Einvernehmen mit dem Berliner und dem akademischen Senat für eine Woche eingestellt.

HEUTE 14⁰⁰

Audimax

B. W.

Forderungen der gestern versammelten Phil.-Fak.Studenten:

1. Öffentlichkeit der Fakultätssitzungen
2. Studienreformdiskussion am Arbeitsplatz, d.h. in Vorlesungen und Seminaren
3. Berliner Modell der Selbstbestimmung in den Lehrveranstaltungen
4. Kommissionen zur Neuorganisation des Studiums, deren Ergebnis verbindlich ist
5. Durch Vollversammlungen kontrollierte Ausschüsse zur Planung des Forschung- und Lehrbetriebs
6. Sitz und Stimme der Institutssprecher in den Fakultäten
7. Studentischer Sitz und Stimme in allen Fakultätskommissionen
8. Vetorecht der jeweils Betroffenen

A S t A

b.w.

31.1.68

GESANG vom ROMANISCHEN POPANZ

Es waren einmal drei bäuchige Popanze, die regierten, wie alle ihre Verwandten, jeder über ein Ordanit. Diese drei Ordanite waren zusammengefaßt in einem losen Verband, der sich, wenn Ruhe im Lande war, dadurch auszeichnete, daß die drei Popanze, wenn sie sich sahen, sich die Hände gaben, und wenn sie wieder auseinandergingen, dasselbe taten.

Wie alle Popanze auf der Welt hatten auch sie die natürliche Neigung, sich mit einer Schar von Vielleichtnachwuchspopanzen, Aushilfspopanzen und Handreichpopanzen zu umgeben. Wie an allen Ordaniten mußten auch hier diese Unterpopanzen ihre Schwänzchen, die sie sich in mühevoller Arbeit angeeignet hatten, abgeben an die drei Großpopanzen, die damit den Ruhm der drei Ordanite über die ganze Welt verbreiteten. Und es gelang ihnen in kürzester Zeit, ihren Unterpopanzen klarzumachen, daß sie ihre Schwänzchen für eine gute Sache gegeben hatten. Diese nickten dann alle immer an den richtigen Stellen mit dem Kopf und freuten sich, daß sie in die große Familie der Popanzen aufgenommen waren.

Nun passierte es eines Tages, daß die Untertanen, denen eine Überprüfung ihrer popanzialen Versorgung versprochen worden war, ihre drei Popanze daran erinnerten. Jene gaben sich diesmal etwas länger die Hände. Als aber nichts geschah, murrte das Volk und entschloß sich, selbst einmal die Überprüfung vorzunehmen und die Vielleichtnachwuchspopanzen, Aushilfspopanzen, Handreichpopanzen und die drei Großpopanzen zu fragen, ob es nicht vielleicht, unter Umständen möglich ware, die Möglichkeit einer möglichen Überprüfung zu überprüfen.

Nun ist es eine Eigenschaft, die allen Popanzen gemeinsam ist, daß sie in einer solchen Situation sofort und unwiderleglich eine große Gefahr für ihre Popanziate wittern. Unterstutzt von ihren Unterpopanzen gingen sie also auch diesmal zum Heiligen Vater aller Popanzen und zum Meister Bürgerpopanzen und holten Rat ein, was zu tun sei. Man kam überein, daß man den Frieden der drei Ordanite nur dadurch bewahren konnte, wenn man die drei Popanzen für eine Zeit verschwinden ließ.

Das taten sie.

Nur hatten sie nicht daran gedacht, daß das Problem der Versorgung dadurch sich nicht verflüchtigte, sondern daß die Untertanen, als sie merkten, daß sie nicht mehr versorgt wurden, erst recht darüber sprachen und sich Gedanken machten.

Die Untertanen erkannten, daß dieses Problem nur dadurch zu lösen war, daß sie ihre Versorgung selbst betrieben. Die drei Popanzen sollten nur noch mit Ratschlägen dienen dürfen.

Als das Volk auf einer großen Versammlung dieses beschlossen hatte, machte es sich sogleich daran, die Gedanken, die es sich im Laufe der Jahre gemacht hatte, zu verwirklichen. Sie gaben alle Schwänzchen an die Unterpopanzen zurück und viele fühlten sich fast wie im Traum. Nur die drei ehemaligen Großpopanzen waren unglücklich, denn sie hatten auf einmal nichts mehr zu regieren. Ihre Sonne war untergegangen.

Aber eine Kundschaft eilte von Popanzenvolk zu Popanzenvolk :

MACHT EINE GROSSE FINSTER-NIS ÜBER ALLE POPANZIATE

(Noch zu gründende Projektgruppe "Anti - Popanzen - Poesie" des SDS)

APhil
APhil
APhil
APhil
APhil
APhil

E 062
31.2.68

THESEN ZU DER STUDIENREFORM DER ROMANISTIK

Wenn man das Studienziel, das sowohl Wissenschaftsrat als auch Studienreformkommission auf Universitäts-Ebene als erstrebenswert ansehen, grundsätzlich anerkennt, nämlich "Erziehung zu selbständigem, kritischem Denken durch Wissenschaft" (WR S. 14, Stellungnahme S. 4), dann sollte man das gesamte Studium als Funktion dieses Zieles betrachten. Das war leider bisher vor allem bei der Diskussion um das Grundstudium der Romanistik selten der Fall. In der Formulierung des Studienzieles ist der Begriff "Erziehung" allerdings mißverständlich, da nach allgemeinem Sprachgebrauch die Erziehung passive Objekte voraussetzt; er sollte durch "Anleitung" oder eine ähnliche Formulierung ersetzt werden. Bei der Diskussion um die Studienreform muß immer die Frage im Auge behalten werden, welche Leistungen der einzelnen Studienabschnitte zur Erreichung dieses Zieles überhaupt denkbar und welche sinnvoll sind.

Beim Studienbeginn ist es unumgänglich, Bekanntschaft mit der gewählten Wissenschaft zu vermitteln; der Erwerb von Kenntnissen sollte also im Vordergrund stehen. Um dem Studienziel gerecht zu werden, muß man aber schon soweit wie möglich versuchen, diese Kenntnisse von den Studenten selbständig an begrenzten Objekten erarbeiten zu lassen. Da Wissenschaft in erster Linie schriftlich fixiert mitgeteilt zu werden pflegt, sollten die Techniken dieser Mitteilung auch schon beim Studienbeginn unter dem Gesichtspunkt ihrer Zweckmäßigkeit und nicht allein unter dem traditionellen vorgestellte und diskutiert werden. Kenntnisse und Techniken könnten sich in Kurzreferaten (10-15 Min., 3-5 Seiten) und vor allem anschließender Diskussion oder entsprechenden Seminararbeiten überprüfen lassen. Eine zusätzliche Kontrolle durch Klausuren oder andere Formen der Überprüfung würde dadurch überflüssig. Für die Einführung in die Wissenschaft würden die ersten beiden Semester genügen, an denen Proseminare (rund 10 Teilnehmer) mit angegliederten Tutorengruppen nach freier Auswahl angeboten werden müßten.

In einem weiteren Studienabschnitt schon könnten die selbständige Erarbeitung von wissenschaftlichen Ergebnissen und die vorwiegend selbständige Darstellung im Vordergrund stehen, allerdings sollte vorherige Beratung noch möglich sein. Die objekte könnten schon umfassender sein und behandelt werden in Referaten und Diskussionen oder Seminararbeiten die 10 Seiten (30 Min.) nicht überschreiten sollten. Diese Art des Studiums sollte den Mittelseminaren vorbehalten werden.

Da durch Referate, Seminararbeiten oder ähnliches laufende Beratung und Selbstkontrolle möglich werden, erübrigt sich eine Kontrolle durch Klausuren, die nur Kenntnisse überprüfen (die für das kritische Denken in einer Wissenschaft nötig sind), aber die Fortschritte der

bitte wenden

kritischen Denkfähigkeit außer Acht lassen. Eine Zwischenprüfung nach einem so durchgeführten Studium mit kleinsten Arbeitsgruppen ist also unzweckmäßig. Fakultative Teilnahme an weiteren Seminaren sollte empfohlen werden.

In Hauptseminaren sollte die selbständige wissenschaftliche Arbeit ohne vorherige Beratung im Vordergrund stehen. Die Überprüfung der vorgelegten Arbeit sollte in Form von Kritik und Diskussion besser als bisher von den Seminarteilnehmern selbst vorgenommen werden. Der Referent sollte in Kurzform die Hauptthesen vortragen, über die die übrigen Teilnehmer sich vorher informieren müssen, und seine Arbeit verteidigen. Hauptform dieser Seminare müßte also die Diskussion sein , die bereits im vorangegangenen Studium geübt worden ist. Es wäre erstrebenswert, in Hauptseminaren soweit wie möglich Themen aus dem Forschungsprogramm der akademischen Lehrer mehr als bisher zu berücksichtigen, um die wissenschaftliche Arbeit der Studenten nicht Selbstzweck und damit steril werden zu lassen. Durch die Beteiligung der Studenten am wissenschaftlichen Forschungsprozes soll das Interesse an der Wissenschaft lebendig gehalten werden.

Ein so verstandenes und durchgeführtes Studium dürfte auch nicht ohne Konsequenzen für die Prüfungen bleiben. Es ist zwar anzuerkennen, daß die Prüfungen auch bisher schon exemplarischen Charakter hatten, es sollte aber die Möglichkeit geschaffen werden, den Schwerpunkt auf die Sprachwissenschaft, die neuere oder ältere Literaturwissenschaft zu legen.

Ekkehard Kleinhenz
Elisabeth Dickmann

Stellungnahme

Die Vorfälle um Herrn Runge, dessen politische Einstellung wir nicht akzeptieren, veranlassen uns, der Voll versammlung folgende Stellungnahme vorzulegen.

1. Die Auseinandersetzungen an der FU haben gezeigt, daß Veränderungen nur möglich sind, wenn man die "herrschenden" Spielregeln durchbricht.
2. Wir halten bewußte Provokationen für legitim, solange sie nicht zu tätlichen Angriffen auf einzelne Personen ausarten und solange sie Mittel bleiben, die rationale Diskussion mit den Professoren notfalls zu erzwingen
3. Wenn es stimmt, daß am Mittwoch, den 31. 1. 1968, Herrn Runge die Brille aus dem Gesicht geschlagen, eine Zigarette auf der Hand ausgedrückt und er geohrfeigt wurde, so halten wir diese Methoden für unmenschlich und fürchten, daß sie unser Eintreten für die Demokratisierung der Gesellschaft unglaubwürdig machen. Dieses Vorgehen nützt den politischen Gegnern, denen es zum Vorwand dient, der inhaltlichen Diskussion auszuweichen.

Karin Bauer(stud. phil.)
Christian Brete (stud. phil.)
Dr. Horst Domdey (Akad. Rat)
Manfred Lefèvre (Assistent)
Veronika Ullmer (stud. phil.)

J.M. 1967

REPRESSIVE DEMOKRATIE

Am 31.1. fand eine Vollversammlung aller Fakultäten über die Vorfäl
am romanischen Seminar statt.
Nach längerer Diskussion wurden dort zwei Forderungen an die zu glei
Zeit am German.Sem tagende Hohe (Phil.) Fak.gestellt:
Herstellung der Öffentlichkeit der Sitzung u.sofortige Behandlung de
Vorfälle am Rom.Sem.

Die Professoren lehnten das Verlangen ab,stellten aber in Aussicht,d
im TOP 12 ein neuer Fakultätsbeschluss über die Aufhebung der Vertr
lichkeit gefasst werden würde. Daraufhin beschloss die Versammlung, vor
Räumen der Hohen Fakultät ein Sit-in zu veranstalten.

Zu Beginn wurde der Antrag von T.Fichter angenommen,die Türen zum Si
saal aufzubrechen.Die Verwirklichung des Beschlusses unterblieb zunä
da Prof.Gollwitzer versuchte zu vermitteln.
Obwohl die Versammlung erst an die Abstimmung in der Fakultät abwart
wollte,ehe zu konkreten Aktionen geschritten werden sollte,wurde ein
Tür eingetreten,während Gollwitzer noch um einen Kompromiss bemüht w

Die Kommilitonen Runge,Foof,Popp und Töpffer stellten sich vor die
Tür und versuchten mit passivem Widerstand-der Versammlungsmehrheit
sprechend-weitere Gewaltanwendung zu verhindern.

Von dem weiteren Geschehen einige Beispiele:
Bei dem Versuch,das Vordringen einer Minderheit zu verhindern,wurden
Konventsabgeordneten Runge und Foof getreten. Ersterem wurde di
Brille aus dem Gesicht geschlagen,eine Zigarette auf der Hand ausge-
drückt.Runge wurde u.a. auch von Lefèvre (SDS)tätlich angegriffen.
Runges Vorwurf,dies seien faschistische Methoden,beantwortete Wiesa
mit einem Schlag auf den Kopf.

Fichter(SDS) rief den hinausgehenden Professoren zu:"Wir sind noch v
zu mildtätig gewesen,ihr Schweine!"

Kommilitone Blankhertz(B-45,Schillerstr.11 Tel:73 17 83):
"Professoren ins KZ!"

Antrag der AStA-Ref.Fronius:Die Wände des Germ.Sem. mit Farbe zu bes
Ausruf:"Wer nicht hören will,muss lesen!"

Prof.Gollwitzer,"linken"Studenten durchaus wohlgesonnen,wurde von ei
diesen niedergeschrieen.

Dieses Sit-in hat deutlich gezeigt,dass Terror das bevorzugte Kampfm
gerade derjenigen ist,die sich als Gralshüter der Demokratie aufspie
Wir rufen die Studentenschaft auf,sich von diesen Methoden zu distan

Wir fordern den Konventspräsidenten auf,dieses Sit-in am Montag,6.5.
um 15Uhr im Audi Max in einer ausserordentlichen Konventssitzung dis
tieren zu lassen.

RCDS-FU

gez.Ulrich Grasser
Versitzender

31.01.1968:
An der FU Berlin erscheint ein 'FU-Spiegel' unter der Schlagzeile "Krise verschärft" zu den heutigen Auseinandersetzungen.
Q: FU-Spiegel Krise verschärft, Berlin 31.1.1968

FU-SPIEGEL
informationen

31. JAN. 1968

KRISE VERSCHÄRFT

Die unkontrollierte, nichtöffentliche Herrschaft der Ordinarien an dieser Universität ist ungebrochen. Mit der Schließung des Romanischen Seminars - ein für die FU nie dagewesenes Ereignis - haben sie unmißverständlich demonstriert, daß sie eine wirksame Einflußnahme der Studenten auf Studiengang, auf Inhalt und Vermittlung des Stoffes unterbinden wollen. Die Vollversammlung der Phil. Fak. am Dienstag setzte sich mit den administrativen und repressiven Maßnahmen der Professoren auseinander. Für den Mittwoch wurde zur Diskussion dieser die ganze Studentenschaft betreffenden Vorgänge eine Vollversammlung aller Fakultäten einberufen.

Der Konflikt um die Schließung des Romanischen Seminars wurde schon kurz nach Beginn der Vollversammlung durch die Ordinarien der Phil. Fak. verschärft. Die gleichzeitig tagende Hohe Fakultät schloß den stud. Sprecher der Phil. Fak. Wiesand von der Sitzung aus: Er hatte sich geweigert, bedingungslose Vertraulichkeit zuzusichern. Die Vollversammlung beschloß daraufhin einmütig, eine 3-köpfige Delegation (AStA-Vorsitzender Landsberg, die Sprecherin des Romanischen Seminars Lönnecke, sowie Runge vom RCDS) zusammen mit Wiesand in die Fakultätssitzung zu entsenden. Auftrag der Delegation: Forderung nach Öffentlichkeit der Fakultätssitzung und vorrangige Behandlung der Schließung des Romanischen Seminars.

Die Delegation wurde erst nach 45 Minuten eingelassen. Der wartenden Vollversammlung konnte sie wenig später nur berichten, daß beide Forderungen abgelehnt worden waren. Lediglich eine Änderung des Vertraulichkeitsparagraphen war in Aussicht gestellt worden. Die Vollversammlung reagierte mit der Annahme der folgenden Resolution:

> Die Vollversammlung aller Fakultäten erblickt in der Aussperrung der Romanisten und in der Weigerung der Hohen Fakultät, diese in der Geschichte der FU einmalige Tatsache öffentlich zu erörtern, einen neuen Beweis für die irrational und anachronistisch gewordene Ordinarienuniversität, die durch Gewährung von unverbindlichen Diskussionen und Kommissionen darüber hinwegtäuschen will, daß sie nach wie vor die Interessen der Ordinarien den rational begründeten Ansprüchen der Studenten überordnet.

Weiter beschloß die versammelte Studentenschaft einmütig, die Vollversammlung in das Gebäude der Phil.Fak., Boltzmannstr. 3, zu verlegen, wo die Hohe Fakultät tagte. Damit sollte der Forderung nach Öffentlichkeit der Fakultätssitzung Nachdruck verliehen werden.

b.w

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE IN DER BOLTZMANNSTR.

Die Vollversammlung diskutiert imTreppenhaus der Boltzmannstraße weiter über Möglichkeiten, die Studienreform auf Institutsebene durchzusetzen. Die Türen zum Sitzungsraum bleiben verschlossen. Der Phil.Fak.-Sprecher wiederholt telefonisch die Forderung nach sofortiger Diskussion mit den versammelten Studenten. Die Professoren lehnen ab (18 h).

Nach kurzer Diskussion beschließt die Versammlung die Öffnung der Tür. RCDS-Vertreter distanzieren sich von der Versammlung und fordern zum Verlassen des Hauses auf. Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei treffen ein. Landsbergs Aufforderung, sich gegebenenfalls passiv hinaustragen zu lassen, findet allgemeine Zustimmung.

Es wird bekannt, daß Prof. Gollwitzer zur Versammlung sprechen will. Die Versammlung sichert ihm zu, daß sein Herauskommen nicht dazu benutzt wird, in den Sitzungsraum hineinzugehen (18.30 h). Man will bis 19 h auf ihn warten. Sein Erscheinen zögert sich bis 19.15 h hinaus. Die Polizei wird aufgefordert, das Gebäude zu verlassen: Niemand werde gegen die Professoren tätlich vorgehen; es gehe der Versammlung ausschließlich um Diskussion.

Die Professoren Gollwitzer und Nichols erscheinen - gegen den Willen der Fakultät, wie sie selbst mitteilen. Auf Befragen erklären beide es für ausgeschlossen, daß die Ordinarien einer Fortsetzung der Fakultäts-Sitzung im Audi-Max zustimmen werden. Gollwitzer macht den privaten Vermittlungsvorschlag, am folgenden Tag eine öffentliche Diskussion mit den Professoren im Audi-Max zu veranstalten. Die versammelten Studenten machen den Gegenvorschlag, die Fak.-Sitzung jetzt zu unterbrechen und am nächsten Tag öffentlich fortzusetzen, um nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Sie akzeptieren schließlich die Beschränkung dieser Sitzung auf die Punkte 11 bis 13 (Studienreform-Kommission, Vertraulichkeit der Sitzungen, Schließung des Romanischen Seminars). Als Delegierte sollen Landsberg und Wiesend den Kompromißvorschlag den Ordinarien bekanntgeben, die ihre Entscheidung innerhalb von 30 Min. mitteilen sollen (20 h). Als diese zusammen mit den beiden Professoren den Sitzungsraum betreten wollen, wird ihnen der Zutritt verwehrt. Die Zeit verstreicht, während sie vor der Tür warten müssen. Kurz vor Ablauf der Frist verlangt Wiesend schließlich als Mitglied der "Hohen Fakultät" per Megaphon vergeblich Zutritt zur Sitzung.

Der Konventspräsident Herterich, zugleich Versammlungsleiter, hat inzwischen mit dem Mitglied der "Hohen Fakultät" Prof. Lieber telefoniert. Er gibt bekannt, daß die "Hohe Fakultät" laut Lieber von der gesetzten Frist angeblich nichts wisse. Nun überstürzen sich die Ereignisse. Gollwitzer erscheint erneut und teilt mit, daß die Ordinarien lediglich bereit sind, die Phil.-Fak.-Sprecher Wiesend und Sommer einzulassen und anzuhören. Die Tür wird vollends eingedrückt (20.30 h). Während die Diskussion im zunehmenden Tumult untergeht, dringen die ersten Studenten zum Sitzungsraum vor. Der inzwischen zurückgekehrte J.B. Runge versperrt mit Freunden für nachdrängende Studenten die Türöffnung. Es kommt zu einem Handgemenge, als Runge den Weg nicht freigeben will, bis er schließlich doch zur Seite gedrängt wird. Währenddessen haben die Ordinarien den Abbruch der Sitzung beschlossen und verlassen durch die dichtgedrängten Studenten hindurch das Gebäude. Die dreimalige Aufforderung des Versammlungsleiters, sich vor den Studenten zu äußern, bleibt von ihnen unbeachtet. Die Versammlung vertagt sich. Der AStA wird beauftragt, die Vollversammlung in den nächsten Tagen erneut einzuberufen.

Die Fakten sprechen für sich. Trotz der seit Tagen andauernden Krise verweigerte die "Hohe Fakultät" der Phil.Fak. jede Diskussion mit der Vollversammlung aller Fakultäten. Sie hielt es noch nicht einmal für nötig, dies zu begründen.

Verantwortlich: Reinhard Mayer

Letzte Änderung: 01.03.2023

[Zum Seitenanfang] [nächste Zwischenübersicht] [Hauptübersicht] [Impressum]